



Tabelle: Übersicht zu den Materialien

Lfd. Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Ergänzende Angaben	Seiten	Ort
Materialien für die Hand der Lehrer/innen					
I	Tabelle: Übersicht ... (<i>Informationen zur Mappe</i>)	Übersicht zu allen Materialien (für die Hand der Lehrer/innen)	Informationen für Lehrer/innen	6	
II	Didaktisch-methodische Überlegungen zum Aufbau und Einsatz der multimedialen Mappe (<i>Informationen zur Mappe</i>)	Anhand von Fragen (und deren Beantwortung) wie z. B. ■ Wie kann man mit dem Material arbeiten? ■ Welche Leitfragen ...? werden nützliche Hinweise zur Arbeit mit den Materialien gegeben.	Informationen für Lehrer/innen	7	
Zum Einstieg und Abschluss der Arbeit und Glossar					
1 A	Zu Beginn ... und zum Abschluss (<i>Aufgabenblatt</i>)	Aufforderung zur „Selbstvergewisserung“ (zu Kenntnissen, Einstellungen, Fragen, ...) für die Schüler/innen	Eignet sich gut für den Einstieg und den Abschluss der Arbeit mit dem Material.	1	
2 M	Glossar (<i>Informationen</i>)	In den Materialien immer wieder verwendete relevante Begriffe werden erläutert und wenn möglich mit ihren Bildsymbolen verknüpft.	Sollte als „ständiger Begleiter“ für die Arbeit mit den Materialien zur Verfügung stehen. In der digitalen Version sind alle Symbole farbig.	17	
Informationen und Texte zu den Themen Erinnern, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Geschichtsschreibung					
3 M/A	Wahrnehmen und Speichern – Erinnern und Erzählen oder Wie Geschichte entsteht (<i>Informationstext und Aufgaben</i>)	Wie funktionieren menschliche Wahrnehmung, wie Speichern, Erinnern und Erzählen? Erkenntnisse der Psychologie und Neurobiologie, kurz und verständlich zusammengefasst; Rückschlüsse auf die Entstehung von Geschichte	Die Aufgaben fördern die Verarbeitung der Aussagen und fordern auf, eigene Alltagsbeispiele für die Phänomene zu finden. Als Ergänzung eignen sich die konkreten Erinnerungen in 24 M, 28 M und 30 M.	3	
4 M/A	Erinnern von Vergangenheit – für Gegenwart und Zukunft (<i>Thesen und Aufgaben</i>)	15 Thesen zur Relevanz des Erinnerns von Vergangenheit, um Gegenwart zu verstehen und Zukunft zu gestalten	Die Aufgabe fordert auf, die Thesen zu gewichten und sich über ihre Bedeutsamkeit auszutauschen. Ergänzt und überprüfbar mit den Interviewausschnitten (ab 23 M/A).	2	
5 M/A	Verschiedene Quellen und Materialien – eine Geschichte? (<i>Unterschiedliches Quellenmaterial, Aufgaben</i>)	Zum Thema Wahlen und Wahlfälschung in der DDR wird deutlich: Geschichte wird aus unterschiedlichen Quellen und Belegen „gemacht“. Je nach Standpunkt werden unterschiedliche Sichtweisen und Bewertungen deutlich.	Mit den (anspruchsvollen) Aufgaben werden arbeitsteilig die Aussagen der Materialien fragenorientiert erarbeitet. Zusätzliche Anregungen fördern zum Meinungsbild und zur Diskussion auf.	8	
6 M	Zeitzeugen und Interviews – zur Methode (<i>Informationstext</i>)	Text antwortet auf Fragen, wie z. B. ■ Wer ist Zeitzeuge? ■ Was sind Vorteile/Probleme des Interviewens?	Die Infos behandeln die Methoden der Oral History und werden durch 7 A ergänzt.	2	
7 A	Zeitzeugen und Interviews – euer Projekt! (<i>Checkliste – Aufgabenblatt</i>)	Ausführliche Anleitung für ein Projekt in selbstständiger Erarbeitung	Das Material motiviert die Lernenden zu einem eigenen Interviewprojekt, Ergänzung zu 6 M.	3	



Lfd. Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Ergänzende Angaben	Seiten	Ort
Informationen und Texte zu Themen wie Opposition, IM, Stasi u. a.:					
8 M/A I und II	Opposition und Widerstand in der DDR – Überblick (<i>Informationstext I und II, Anregungen</i>)	An der Chronologie orientierter Text, der einen Überblick zum Thema gibt. Hier kann u. a. nachvollzogen werden, wann welche Gruppierungen entstanden und wichtig wurden.	Version I ist ausführlicher und länger als II. Eine Anregung schlägt vor, den Text abschnittsweise an Lernende für ein gemeinsames Referat zu vergeben.	I: 6 II: 5	
9 M	Die „Norm“ der sozialistischen Persönlichkeit (<i>Informationstext</i>)	Der anspruchsvolle Text gibt Aufschluss über die „Norm“, die der Staat vorgab und an der entlang „Widerstand“ und „Opposition“ definiert wurden.	Der Text ist durch Überschriften (Chronologie und inhaltliche Schwerpunkte) gegliedert.	4	
10 A	Die „Norm“ ... – Was ist das? (<i>Aufgabenblatt</i>)	Anleitung zum Umgang mit dem Material für eine Gruppenarbeit mit Expertinnen und Experten.	Enthält die Aufforderung zur Urteilsbildung (Sach- und Werturteil).	1	
11 M	Was sind eigentlich „Stasi-Methoden“? – Formen von Repression und Unterdrückung in der DDR (<i>Informationstext</i>)	Der Text widmet sich besonders den sogenannten „weichen“ Methoden der Repression (mit Beispielen), aber auch weiteren Themen, wie zugrunde liegenden Strukturen u. a.	11 M und 12 A sind gut durch 13 M, 14 A, 16 M/A sowie durch die Stasi-Ballade von W. Biermann (vgl. 49 M) ergänzbar.	3	
12 A	Was sind eigentlich „Stasi-Methoden“? ... (<i>Aufgabenblatt</i>)	Aufforderung und Anleitung, in Einzelarbeit auf der Grundlage von 11 M ein „Denkblatt“ anzulegen. Hierfür muss mit 11 M begonnen werden!	Im Anschluss fordern Diskussionsimpulse zur Meinungsbildung und zu einem Gegenwartsbezug auf.	1	
13 M	Wissenswertes zu den Inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (<i>Informationstext</i>)	Tabelle und Infotext, orientiert an Fragen wie z. B. ■ Wie wurde man IM? ■ Konnte man auch „aussteigen“?	Eine „Innenansicht“ aus der IM-Perspektive wird durch 16 M/A ergänzt.	2	
14 A	Wissenswertes zu den Inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (<i>Aufgabenblatt</i>)	Fordert auf, die Infos in einer Map zu visualisieren und zu strukturieren; es wird zur Urteilsbildung aufgefordert.	13 M und 14 A eignen sich gut in Kombination zu 11 M und 12 A sowie zu 16 M/A.	1	
15 M	Aufbau eines MfS-Dokuments (<i>Dokument mit Erläuterungen</i>)	Das Beispieldokument betrifft Stephan Bickhardt. Es enthält kaum inhaltliche Aussagen, ist aber für die Quellenkritik geeignet.	Der Aufbau eines solchen Dokuments, seine Kürzel, Bestandteile usw. werden erläutert.	1	
16 M/A	Innenansichten eines IM am Beispiel von Rainer Schedlinski, 1992 (<i>Dokument, Interviewauszug und Anregung</i>)	Die Auszüge aus einem Artikel in der FAZ spiegeln die Gedanken, Rechtfertigungen, Selbstzweifel usw. von R. Schedlinski wider. Ein Interviewausschnitt mit St. Bickhardt berichtet von einer Entschuldigung Schedlinskis und Bickhardts Reaktion darauf.	Die Anregung fordert die Lernenden zur Erstellung eines „Meinungsblattes“ auf und macht konkrete Angaben zum Vorgehen für diese Methode.	3	
17 M/A	Die Stasi und der politische Witz – Humor ist, wenn man trotzdem lacht (<i>Witze, Infos, Aufgaben</i>)	Das Material enthält sowohl beispielhafte Witze als auch Aussagen zur Funktion politischer Witze sowie Aufgaben und Internethinweise.	Durch die Aufgaben sollen vorrangig die Sachausagen mit konkreten Witzen, die diese belegen, verknüpft und Witze in ihrer Bedeutung erläutert werden.	3	



Lfd. Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Ergänzende Angaben	Seiten	Ort
Biografien, Familie Baake/Bickhardt					
18 M/A	Reinhold Baake – eine widersprüchliche Biografie? (<i>Informationstext und Aufgaben</i>)	Die Informationen konzentrieren sich auf politische Zusammenhänge (NSDAP, berufliche Karriere in der DDR, Haft, MfS-Tätigkeit) und die Bedeutung des Großvaters für den Enkel Stephan Bickhardt.	Die Aufgaben fordern zur kritischen Auseinandersetzung auf. Ein angefügter Stammbaum informiert über die genealogischen Zusammenhänge.	3	
19 M	Peter Bickhardt – Kurzbiografie (<i>Informationstext</i>)	Persönliche Daten und Informationen zum Vater von Stephan Bickhardt, Zeitzeuge	Familienstammbaum ist angefügt.	1	
20 M	Stephan Bickhardt – Kurzbiografie (<i>Informationstext</i>)	Persönliche Daten und Informationen zum hauptsächlichsten Zeitzeugen	Eignet sich zur Einsicht parallel zu anderen Materialien zur Person. (Stammbaum angefügt)	2	
21 M/A	Kathrin Bickhardt-Schulz – eine eindeutige Biografie? (<i>Informationstext und Aufgaben</i>)	Persönliche Daten und Informationen zur Ehefrau von Stephan Bickhardt, Zeitzeugin	Die Aufgaben beschäftigen sich mit Widerstand und Anpassung innerhalb einer Biografie. Eignet sich zur Einsicht parallel zu anderen Materialien zur Person. (Stammbaum angefügt)	2	
22 M	Sophia Bickhardt – Kurzbiografie (<i>Informationstext</i>)	Persönliche Daten und Informationen zur Schwester von Stephan Bickhardt, Zeitzeugin	Interviewausschnitte mit Sophia Bickhardt sind in den digitalen Zeitstrahl integriert. (Stammbaum angefügt)	1	
Interviewausschnitte und Dokumente zu Stephan Bickhardt und Kathrin Bickhardt-Schulz					
23 M/A	Initialzündungen – Was Widerstand auslöste, Stephan Bickhardt im Interview (<i>Interviewausszüge, Aufgaben</i>)	Kurze Interviewausszüge. Bericht über ein Buch von Reiner Kunze (Schweigen dürfen) und das Köln-Konzert von Wolf Biermann (Neinsagen) als Abgrenzung zur erlebten Uniformität in der Schule	Verbindungen zu 49 M, 50 M, 51 M/A und 24 M gut möglich. Die Aufgaben beinhalten die Aufforderung zu einem Lebensweltbezug.	1	
24 M	Jugendliches Verhalten – Stephan Bickhardt und Kathrin Bickhardt-Schulz im Interview (<i>Interviewausszüge</i>)	Interviewausszüge, in denen Bickhardts sich als Jugendliche (Äußeres, Freizeit ...) beschreiben, dabei nehmen sie auch zu ihren Beweggründen (im Blick auf oppositionelles Verhalten) Stellung.	Thematisiert werden vor allem Elternhaus, Kirche, Musik, Schule und Jugendszene.	2	
25 A	Jugendliches Verhalten ... (<i>Aufgabenblatt</i>)	Textarbeit (Einzelarbeit) zu Formen der Jugendkultur und Motivationen (Schwerpunkt: Stephan Bickhardt) und Diskussion (Plenum) mit Impulsen	Enthält die Aufforderung zu einem ausführlichen Gegenwarts- und Lebensweltbezug (Plenumsdiskussion).	1	
26 M	Mein Großvater, Stephan Bickhardt im Interview (<i>Interviewausszüge</i>)	Nach drei inhaltsschwerpunkten gegliederte Interviewauszüge mit Erinnerungen an den für Stephan Bickhardt wichtigen Großvater, Präzisionen durch diesen werden deutlich.	Vermittelt auch Infos über die Person Reinhold Baake. Ergänzend eignen sich 36 M, 37 M sowie 18 M/A.	2	
27 A I und II	Mein Großvater (<i>Aufgabenblatt I und II</i>)	Textarbeit: Bereiche, in denen der Großvater als Vorbild bzw. seine Appelle als „Lehren“ fungieren, werden erfragt. Frage nach „Vorbildern“ der Lernenden.	Enthält die Aufforderung zu einem Gegenwarts- und Lebensweltbezug. II: Enthält Zeilenhinweise als Hilfestellung für die Textarbeit.	I: 1 II: 1	










Lfd. Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Ergänzende Angaben	Seiten	Ort
28 M	Gedanken – Überzeugungen – Motive, Stephan Bickhardt im Interview (Interviewauszüge)	Interviewauszüge zu Stephan Bickhardts Überzeugungen, Gedanken und Motivationen; Stellungnahmen zu politischen, religiösen und anderen Fragen	Geeignet, um den Menschen und seine Ideen kennenzulernen. Gut als Ergänzung zu 31 M geeignet.	2	
29 A	Gedanken ... Stephan Bickhardt (Aufgabenblatt)	Eine Kurzbeschreibung zur Person Stephan Bickhardts soll auf einer Umrisszeichnung erstellt werden, Satzanfänge geben Impulse.	Eine persönliche Stellungnahme der Schüler/innen wird eingefordert.	1	
30 M	Gedanken – Überzeugungen – Motive, Kathrin Bickhardt-Schulz im Interview (Interviewauszüge)	Um ein Foto angeordnete, knappe Interviewauszüge, u. a. zu Themen wie Schwerer-zu-Pflugscharen und Feindbilder	Gut als Ergänzung zu 28 M geeignet. (Stephan Bickhardt, gleiches Thema)	1	
31 A	Gedanken – ... Kathrin Bickhardt-Schulz – und ich (Aufgabenblatt)	Die Aufgaben fordern zur Informationsrecherche sowie zu eigenen Gedanken im Blick auf persönlichen Überzeugungen auf.	Diskussion zum Zusammenhang zwischen persönlichen Gedanken und politischen Rahmenbedingungen.	1	
32 M/A	Action! Oppositionelle Arbeit konkret – Kathrin Bickhardt-Schulz und Stephan Bickhardt erinnern sich (Interviewauszüge, Aufgaben)	Interviewauszüge geben Einblicke in die Anlieferung und Verteilung von Druckmaschinen aus dem Westen und die Verfolgung mit PKWs durch das MfS.	Die Aufgaben zielen auf die Emotionen ab, eine Anregung schlägt die Gestaltung eines Comics vor (fächerübergreifend mit Kunst umsetzbar). Gut durch 3 M/A und 4 M/A zu ergänzen.	3	
33 M	IM-Bericht über Stephan Bickhardt, 1987 (Dokument)	Kurzer Bericht über Treffen einer „Ost-West-Runde“, „Bewertung“ Bickhardts, der seine persönliche Motive für sein „Ar[an]gement im politischen Untergrund“ angeben hätte.	Beispiel für einen IM-Bericht	1	
34 M	Auskunftsbericht des MfS über Stephan Bickhardt, 1987 (Dokument)	Ausführlicher Bericht des MfS über Stephan Bickhardt und seine Aktivitäten, die in Kontrollmaßnahmen münden, sowie eine Wohnungsskizze	Beispiel für einen Auskunftsbericht	3	
35 M	Abschlussbericht des MfS über Kathrin Bickhardt-Schulz, 1987 (Dokument und Informationen)	Der Bericht enthält Angaben, warum es eine Überwachung gab, weshalb sie eingestellt wurde, und berichtet über Kathrin Bickhardt-Schulz und ihre Aktivitäten; enthält Observationsfotos.	Beispiel für einen Auskunfts- und Abschlussbericht	2	
36 M	Brief von Stephan Bickhardt an seinen Großvater Reinhold Baake vom 19.5.1985 (Persönlicher Brief)	Stephan Bickhardt sieht sich durch die Gespräche mit dem Großvater in die Familiengeschichte eingebunden, er schlägt zukünftige Gesprächsthemen (Lebensabschnitte von Baake) vor.	Einblicke in persönliche Gedanken. Gut durch 26 M und 37 M zu ergänzen.	3	
37 M	Brief von Stephan Bickhardt an seinen Großvater Reinhold Baake vom 28.1.1987 (Persönlicher Brief)	Stephan Bickhardt betont die positiven Erinnerungen an die Besuche bei den Großeltern und wünscht sich eine Fortsetzung.	Einblicke in persönliche Gedanken. Gut durch 26 M und 37 M zu ergänzen.	2	



Lfd. Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Ergänzende Angaben	Seiten	Ort
38 M	Oppositionelle Aktivitäten von Stephan und Peter Bickhardt – Überblick über einige wichtige widerständige Gruppierungen (<i>Informationstext</i>)	Text, der viele Gruppen und Initiativen der DDR-Opposition vorstellt und die Beteiligung von vor allem Stephan und Peter Bickhardts verdeutlicht.	Ausführliches Zusatzmaterial; Infos über z. B. ASZ, SoFD und viele andere	6	
Informationen und Dokumente zum Großvater, Reinhold Baake					
39 M	Konspirative Festnahme von Reinhold Baake am 9.2.1960 (<i>Dokumente</i>)	Anordnung zur „konspirativen“ Festnahme und Bericht über erfolgte Festnahme „ohne jegliche Vorkommnisse“	Beispiel für die Art der Dokumentation der Behörden für eine Festnahme	2	
40 M	Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 (<i>Dokument</i>)	Auszüge informieren über die Folgen für „Verbrechen gegen den Staat und die Tätigkeit seiner Organe“, enthalten u. a. den § 23 zur „Schädlingstätigkeit und Sabotage“, nach dem Reinhold Baake verurteilt worden ist.	Zusatzmaterial; hier sind § 23 und weitere Paragraphen im Zusammenhang nachzulesen.	9	
41 M	Schlussbericht zur Strafsache Reinhold Baake vom 21.6.1960 (<i>Dokumente</i>)	Begründung für die Verurteilung von Reinhold Baake (z. B. „Behinderung der Tätigkeit staatlicher Organe“) nach § 23 StEG sowie Abdruck des Paragraphen	Beispiel für eine Urteilsbegründung nach § 23 StEG	3	
42 M	Knastgedicht (von Reinhold Baake) (<i>Gedicht</i>)	Reinhold Baake bearbeitet in diesem Gedicht seine Verhaftung, den Prozess und seine Haftzeit (1960–63), thematisiert persönliche „Unrechtserfahrung“ und deren Verarbeitung.	Geeignet als Einstieg zur Person sowie zum Thema Justiz in der DDR im Blick auf den Umgang mit unliebsamen Personen (bürgerlich-christlichen Milieus).	2	
43 A I und II	Knastgedicht (von Reinhold Baake) (<i>Aufgabenblatt I und II</i>)	Fragen zum Textverständnis, letzte Aufgabe fordert auf, weitere eigene Fragen zu stellen und diese mit zusätzlichen Materialien zu beantworten.	Material geeignet für den fächerübergreifenden Unterricht (mit Deutsch). Aufgabenblatt II mit Zeilenhinweisen.	I: 1 II: 1	
44 M	Zweiter Gnadenbeschluss in der Strafsache Reinhold Baake vom 24.8.1963 (<i>Dokumente</i>)	Begründung für die Strafaussetzung wie „vorbildliche Führung“, „Tateinsicht“ etc.	Beispiel für Begründungen in einem „Gnadenbeschluss“.	2	
45 M/A	Anwerbung Reinhold Baakes als Informant des MfS , 1963 (<i>Dokumente und Aufgaben</i>)	Dokumentiert wird die Anwerbung Reinhold Baakes noch während seiner Haftzeit. Beispiel für das Vorgehen des MfS, verdeutlicht die „Eigenwahrnehmung“ des MfS.	Die Anregungen fokussieren das Vorgehen des MfS und dessen Selbstdarstellung. Gut kombinierbar mit 46 M, 42 M, 13 M und 16 M/A.	3	
46 M	Auszüge aus Treffberichten des MfS mit Reinhold Baake (<i>Dokumente und Informationen</i>)	Beispielhafte Auszüge aus Treffberichten (1963–65), die auch Einschätzungen des MfS über Baakes Glaubwürdigkeit und seinen „Nutzen“ enthalten.	Das Material gibt Einblick in die Interessen des MfS, aber auch über den Umgang mit Kontaktpersonen bzw. IMs. Gut kombinierbar mit 45 M/A, 42 M, 13 M und 16 M/A.	4	



Lfd. Nr.	Titel	Kurzbeschreibung	Ergänzende Angaben	Seiten	Ort
Beispielhafte Ideen- und Impulsgeber für die DDR-Opposition					
47 M	Wolf Biermann – Sänger, Schriftsteller, Oppositioneller (<i>Informationstext</i>)	Schwerpunkte sind wichtige Lebensdaten sowie Reaktionen des DDR-Regimes auf Biermanns Texte und Aktivitäten.	Verweist auf den Einfluss, den Biermann auf Oppositionelle hatte. Enthält Hinweise auf aktuelle Internetseiten.	2	
48 A	Wolf Biermann – ... (<i>Aufgabenblatt</i>)	Zur Person Biermanns soll eine Tabelle oder eine Map mithilfe verschiedener Materialien erstellt werden.	Bezieht vor allem 47 M, aber auch 49 M mit ein.	1	
49 M	„Die hab ich satt ...“ – Texte von Wolf Biermann (<i>Gedicht, Lieder</i>)	Ein Gedicht und drei Liedtexte laden zum Lesen, Singen, Nachdenken und Reden ein.	Gut auch für den fachübergreifenden Unterricht geeignet (z. B. mit Musik und Deutsch).	4	
50 M	„Zwischen Liebe und Zorn“ – Die (verbotene) Band Renft (<i>Liedtext und Informationen</i>)	Das Material enthält einen Liedtext und Informationen zur Band, besonders für die DDR-Zeit.	Ein zusätzliches Beispiel für unangepasstes Künstlerverhalten und Reaktionen der Behörden	2	
51 M/A	„Den großen Traum des Sozialismus verwirklichen ...“ – Robert Havemann (<i>Informationstext und Aufgaben</i>)	Schwerpunkte sind Leben und Wirken sowie erfahrene Repressionen.	Die Anregungen beinhalten neben Impulsen zur Diskussion den Vorschlag, die Biografie in einem „Flussbild“ zu deuten.	2	
(digitaler) Zeitstrahl und Literatur- sowie Quellenangaben					
52 M	Zeitstrahl	Viergliedrig aufgebauter Zeitstrahl von 1945 bis 1990, der Informationen zu den Bereichen allgemeine politische Weltgeschichte, Geschichte der DDR und der Bundesrepublik, Oppositionsgeschichte in der DDR sowie Familiengeschichte (Baake/Bickhardt) enthält. Die parallel zueinander angelegten Ebenen ermöglichen „gleichzeitige“ Einblicke in alle Bereiche und Bezüge zwischen „politischer“ und „persönlicher“ Geschichte.	Dient zur grundlegenden Information und zur Vernetzung der Ebenen, enthält vielfältige Verlinkungen zu Dokumenten, Fotos, Videosequenzen (der Interviews) und viele Zusatzmaterialien. Mit dem Zeitstrahl kann gut ergänzend, aber auch unabhängig (von den Printmaterialien) gearbeitet werden.		
53 M	Literatur- und Quellenangaben (<i>Literaturübersicht, Internetadressen ...</i>)	Das Verzeichnis verweist auf alle genutzten Quellen der Autorinnen. Es dient auch dem Nachweis der genutzten Literatur für die Materialien der digitalen Mappe.	Die Materialien enthalten jeweils am unteren Rand Nummern, die in diesem Verzeichnis aufgeschlüsselt werden.	9	





Didaktisch-methodische Überlegungen zum Aufbau und Einsatz der multimedialen Mappe

Um sich zügig orientieren zu können, sind diese Vorüberlegungen an Leitfragen orientiert.

1. Welche *inhaltlichen Schwerpunkte* werden gesetzt?

Widerständiges Verhalten von DDR-Bürgerinnen und Bürgern und repressive Reaktionen des Staates nehmen in Geschichtsbüchern und anderen Materialien für den Unterricht in der Regel nur einen kleinen Anteil innerhalb der deutschen Nachkriegsgeschichte ein. Dieses Material widmet sich dem Thema mit großer Ausführlichkeit; dabei wird die Geschichte einer Familie – und hier vorrangig einiger Personen – besonders beleuchtet.

Die Behandlung dieses Schwerpunkts ermöglicht einen Einstieg in die deutsche Geschichte und in die (eigene) National- und Zeitgeschichte (oder eine Vertiefung dieser), die die Gegenwart der Lernenden mitprägen, sei es als Erfahrung der eigenen Familie, sei es in der Wahrnehmung der aktuellen geschichtskulturellen Diskussion oder als Lerngegenstand.

Das Material bietet, vor allem auf der Ebene der *Fallgeschichten*, Beispiele für Ausgeliefertsein, Ohnmacht und Repression, für Aufbegehren und Zivilcourage, aber auch für Anpassung und Nischendasein, für Ausharren und Bleiben, nicht zuletzt für Handlungsspielräume und aktives Engagement.

2. Welches *didaktische Konzept* wird verfolgt und welche *fachdidaktischen Unterrichtsprinzipien* gelangen zur Umsetzung?

Die Arbeit mit den Materialien trägt vor allem zur Auseinandersetzung mit Opposition, Repression, staatlicher Gewalt und individuellem Erleben als wichtigen Elementen *demokratischer Erziehung* bei. Das Konzept nutzt insbesondere die Möglichkeiten, die die Aufarbeitung von Zeitgeschichte mit sich bringen, dazu gehören vor allem die Chancen der Oral History in Form von *Zeitzeugeninterviews* und die Sichtung von *Akten* und *Dokumenten* in verschiedenen Archiven.¹

Der *biografische Ansatz* wird durch Ausschnitte aus verschiedenen *Interviews* (in schriftlicher Form und in Videodateien) deutlich und durch Dokumente, Fotos und andere Materialien ergänzt.

Insofern ist das Material als *exemplarisch* anzusehen, denn es wird nicht der Versuch unternommen, dem gesamten Widerstand in der DDR-Geschichte und allen dort aktiv gewordenen Gruppen gerecht zu werden. Stattdessen wird durch die zu Wort kommenden Menschen vor allem dem kirchlichen – und hier dem *evangelischen* – Widerstand Rechnung getragen. Dieser kann wiederum als ein wichtiges und tragendes Glied innerhalb des gesamten Widerstands gelten.²

Lernende begegnen konkreten und (größtenteils) *lebenden Menschen und ihren Geschichten*, lernen dabei deren Mentalitäten, Normen und Werte kennen, erhalten Einblicke in ihre Erfahrungen, Gedanken, Motive und Handlungen, setzen sich aber auch mit ihren Ängsten, Misserfolgen und Brüchen auseinander. Durch diesen anschaulichen Zugang wird für die Schüler/innen das nicht durch eigene Erfahrung zugängliche Thema *verstehbar* und *real*.

Die Einbeziehung von *Aktenbeständen*, die die behandelten Personen betreffen, verdeutlicht für die Lernenden, wie der Apparat des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) funktioniert hat, und zwar in

¹ Hier z. B. die BSTU, das Archiv Bürgerbewegung in Leipzig oder das Archiv der DDR-Opposition bei der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. in Berlin.

² Vgl. Kowalczyk, Endspiel, S. 197 ff.



einer fassbaren, weil kontextualisierten Art und Weise. Auch der Aufbau solcher Dokumente wird anhand eines Beispiels erläutert (vgl. 15 M); hier wird nachvollziehbar, wie ein Dokument quellenkritisch untersucht und damit „aufgeschlossen“ werden kann.

Somit werden individuelle, erzählte und durch Dokumente und Sachtexte scheinbar „objektive“ Geschichte/n miteinander vergleich- und kontrastierbar und damit ebenso die jeweiligen ganz *unterschiedlichen Dokumentationen und Manifestationen der Deutung von Vergangenheit*. Ein Quellen- und Materialvergleich (vgl. 5 M/A) fördert zum einen die Kompetenz, verschiedene Quellenarten voneinander zu unterscheiden, und verdeutlicht zum anderen, dass Geschichte immer (re-)konstruiert ist.

Unterstützt und ergänzt wird der biografische Zugriff zusätzlich durch Materialien, die den Ansatz auch kritisch begleiten und über diesen hinausgehen (vgl. z. B. den informierenden, digitalen Zeitstrahl oder Materialien wie 3 M/A und 4 M/A).

Insofern verdeutlicht das Material zwar schwerpunktmäßig bestimmte und eher in ihrem widerständigen Denken zumindest einander sich gleichende Perspektiven, ohne jedoch insgesamt monoperspektivisch zu sein.

Neben dem „(Kennen-)Lernen“ steht auch das „Sich-dazu-in-Beziehung-Setzen“ als *Lebensweltbezug* im Fokus des Ansatzes. Insbesondere die *Aufgabenformate* sind so ausgerichtet, dass sie zu eigenen *Stellungnahmen*, zum *Vergleich mit individuellen Erfahrungen*, zum *Gegenwartsbezug* und zur *Urteilsbildung* anregen und herausfordern.

Geschichte bekommt in diesem Material Gesichter, Namen und Gestalt, ohne dass zur kritiklosen Identifikation mit den Betroffenen oder ihren Schicksalen aufgefordert wird; *Fremdverstehen* wird möglich. Hier liegt die Überlegung und Erkenntnis zugrunde, dass DDR-Erfahrungen für heutige Jugendliche nur noch mittelbar nachzuvollziehen sind und daher zum Teil so fremd wie die anderer vergangener Epochen wirken mögen. Zudem wird aber auch ein kritischer Abstand durch die Materialien und die Aufgabenstellungen ermöglicht und eingefordert.

Zusätzlich werden die Lernenden ausdrücklich durch das Material (vgl. 7 A) ermutigt und befähigt, eigene Recherchen zu betreiben und ihr „Bild“ von der und über die DDR mittels eigener Fragestellungen und vielleicht ganz anders geprägter Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu ergänzen.

Kurz zusammengefasst wird DDR-Geschichte unter dem spezifischen Aspekt des Zusammenhangs von Opposition und Repression vorgestellt und rekonstruiert. Die Lernenden sind herausgefordert, zu dekonstruieren, selbst zu erzählen sowie kritisch zu betrachten und zu beurteilen. Dabei werden immer Bezüge zur eigenen Wirklichkeit und Persönlichkeit hergestellt.

3. Welche Personen können die Schülerinnen und Schüler als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen näher kennenlernen?

Die Schülerinnen und Schüler lernen fünf Personen näher kennen:

- Stephan Bickhardt, Jahrgang 1959, Polizeiseelsorger und Religionslehrer
- Kathrin Bickhardt-Schulz, die Ehefrau von Stephan Bickhardt, Jahrgang 1966, Pfarrerin
- Sophia Bickhardt, Schwester von Stephan Bickhardt, Jahrgang 1964, Sozialwissenschaftlerin
- Peter Bickhardt, Stephan und Sophia Bickhardts Vater, Jahrgang 1933, Pfarrer im Ruhestand
- Reinhold Baake, Stephan und Sophia Bickhardts Großvater mütterlicherseits, 1903–1987, Ingenieur

Mit den vier erstgenannten Personen konnten Interviews geführt werden.



4. Wie bekommt man einen Überblick über die Materialien der multimedialen Mappe und welcher Art sind sie?

Die Mappe und das digitale Angebot halten unterschiedliche Materialien und Quellen für die Lernenden bereit, die nummeriert in einer Überblick gebenden Tabelle (vgl. I) aufgelistet sind. Lediglich das digitale Angebot ist dort nicht vollständig erfasst.

Zu dem Materialpool gehören u. a. (zum großen Teil als Print- und Digitalversion):

- Interviewauszüge (als Printversionen wie auch als Videos) von Stephan Bickhardt, Kathrin Bickhardt-Schulz, Sophia Bickhardt und Peter Bickhardt
- Informationstexte
- Dokumente
- Liedtexte und Gedichte
- Aufgaben und Anregungen (in Form von Aufgabenblättern oder angefügt an Materialien)
- ein ausführliches Glossar
- ein mehrteiliger Zeitstrahl (nur digital), vgl. auch 11.3 in diesem Text

5. Wie kann man mit den Materialien (Print- und Digitalversion) arbeiten?

Als Lehrkraft können Sie je nach Zeitbudget und Zielstellungen Ihres Unterrichts z. B.

- einzelne Materialien und/oder Teile des digitalen Angebots gezielt zur Bearbeitung auswählen und damit Schwerpunkte setzen;
- ihren Lernenden mithilfe der Übersichtstabelle (vgl. I) für die individuelle Bearbeitung Wahlmöglichkeiten überlassen;
- arbeitsgleich in verschiedenen Sozialformen arbeiten;
- arbeitsteilig in verschiedenen Sozialformen arbeiten, um in Etappen oder am Ende der Erarbeitung Ergebnisse zusammenzutragen;
- leitfragenorientiert arbeiten (vgl. 8. in diesem Text);
- Zeitzeugenaussagen, die in diesem Materialfundus anzutreffen sind, mit anderen, z. B. durch eigene Interviews (vgl. Hinweise dazu in 7 A), vergleichen und kontrastieren;
- das Material im „normalen“ Geschichtsunterricht einsetzen;
- fächerübergreifend, z. B. mit Deutsch, Politik, Religion (bzw. Ethik oder LER), arbeiten;
- ein Stationenlernen bzw. ein Lernbuffet mit dem Material gestalten;
- eine Projektwoche organisieren.

6. In welchen Zusammenhängen ist das Material in den Geschichtsunterricht (in Berlin und Brandenburg) zu integrieren?

Mit dem Material kann in der Sekundarstufe I gearbeitet werden, und zwar

- in der Doppeljahrgangsstufe 9/10, im Themenfeld 3: Konfrontation der Blöcke und die Deutsche Frage (vgl. Rahmenlehrplan *Berlin*, S. 40)³ bzw.

³ Vgl. <http://www.berlin.de/sen/bildung/schulorganisation/lehrplaene/>, gültig seit Sommer 2006, Zugriff: 10.10.2009.



im Themenfeld „Vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart – Katastrophen und Chancen“ (vgl. Rahmenlehrplan *Brandenburg*, S. 24);⁴

- innerhalb von unterschiedlichen Längsschnitten (wie sie die Pläne *Berlins* und *Brandenburgs* vorsehen), z. B. zum Thema „Opposition und Repression in der modernen europäischen Geschichte“.

Mit dem Material kann in der Sekundarstufe II gearbeitet werden, und zwar

- im 4. Kurshalbjahr: 4.4 Die bipolare Welt (vgl. den Rahmenlehrplan Geschichte, *Berlin* und *Brandenburg*, S. 27).^{5, 6}

7. Was sagt die Nummerierung der Materialien aus?

Die Nummerierung der Materialien in der eine Übersicht gebenden Tabelle (vgl. I) hilft, sich zu orientieren. Sie gibt jedoch keinesfalls eine festgelegte Reihenfolge der Bearbeitung vor.

Die Materialien sind in inhaltlichen Blöcken geordnet, die durch Zwischenüberschriften gekennzeichnet sind.

Wenn sich eine bestimmte Reihenfolge der Bearbeitung oder ein besonderer Zusammenhang der Materialien anbietet, so finden Sie in der Tabelle entsprechende Hinweise.

8. Welche Leitfragen könnten im Unterricht zielführend sein?

Hier nur eine kleine Auswahl an möglichen leitenden Fragestellungen:

- Welche Formen widerständigen Verhaltens gab es innerhalb der DDR-Geschichte und wer waren die Träger/innen und Ausführenden der Opposition?
- Welche Formen repressiven Verhaltens gab es in der DDR-Geschichte und wer waren die Träger/innen und Ausführenden der Repression?
- In welchem Verhältnis standen Opposition und Repression in der DDR-Geschichte zueinander? Kann man Aktionen und Reaktionen nachvollziehen?
- Wie ist das Vorgehen der DDR-Regierung im Blick auf widerständiges Verhalten der Bevölkerung zu beurteilen? (Sach- und Werturteil)
- Welche Rolle/n spielte die Politik der Bundesrepublik für die Opposition und für die offizielle DDR-Repressionspolitik? Gab es wechselseitige Beeinflussungen?
- Was hat sich für die vorgestellten Personen als wesentlich erwiesen im Blick auf ihre Prägungen, Erfahrungen, Entscheidungen, Handlungen usw.?
- Wie ist das widerständige Verhalten der vorgestellten Personen (der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und der „Impulsgeber“, vgl. 47 M ff.) zu bewerten? Wer könnte für das eigene Auftreten beispiel- oder impulsgebend sein oder auch nicht? (Sach- und Werturteile)
- Unter welchen Umständen sind Widerstand und Opposition in einer Gesellschaft/ einem Staat gerechtfertigt oder notwendig?
- Wie könnte/sollte „Opposition“ in einem/unserem demokratischen Staat definiert sein und wie könnte/sollte der Staat mit „Opposition“ umgehen?

⁴ Vgl. http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/curricula_s1_bb.html, gültig seit 1.8.2008.

⁵ Vgl. <http://www.berlin.de/sen/bildung/schulorganisation/lehrplaene/>, gültig seit Sommer 2006, Zugriff 14.11.2008.

⁶ Vgl. http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/curricula_gost_bb.html, gültig seit 1.8.2006.



- Was ist aus persönlich erlebter und erzählter Geschichte zu erfahren, was aus Akten, was aus durch Historiker/innen oder andere Fachleute erzählter Geschichte? Was sind Unterschiede? Gibt es die „wirkliche“ Geschichte?
- Welche Bedeutsamkeit hat das Thema a) für unsere Gegenwart, b) für uns als Individuen, c) für unsere persönliche Familiengeschichte im Blick auf unsere Vergangenheit, unsere Gegenwart und Zukunft?
- Welche Einsichten, Motivationen, Haltungen etc. gehen in die Arbeit mit der Mappe ein, welche werden (für die Deutung von Vergangenheit, für Gegenwart und Zukunft) mitgenommen?

9. Welche Kompetenzen können mit der Bearbeitung der Mappe gefördert werden?

Die Hinweise zur Kompetenzförderung richten sich an den Kompetenzaussagen der Rahmenlehrpläne für Geschichte der Sekundarstufen I und II für Berlin und für Brandenburg aus.⁷

Die in allen Plänen als zentral ausgewiesene **narrative Kompetenz** (reflektiertes, historisches Erzählen und Urteilen) umfasst sowohl das (eigene) sinnbildende Darstellen und Erzählen von Vergangenheit wie auch das Analysieren, Deuten und Beurteilen von (vorhandenen) Darstellungen über Geschichte.

Die narrative Kompetenz wird durch die Arbeit mit der Mappe und vor allem die Aufgabenstellungen und Anregungen vielfältig geübt und vertieft.

Die in den Plänen aufgeführten Teilkompetenzbereiche (die zusammengekommen zur narrativen Kompetenz beitragen) werden gezielt und gesondert wie auch in ihrem Zusammenspiel entwickelt und ausgebildet:

Analysekompetenz, indem mannigfache Darstellungen und Deutungen von Geschichte (Sachtexte, Interviewaussagen, Dokumente usw.) auf ihre Aussagen, Voraussetzungen, Strategien und Absichten hin untersucht und beurteilt werden.

Deutungskompetenz, indem mannigfache Darstellungen und Deutungen von Geschichte in ihren Besonderheiten identifiziert und interpretiert werden. Wissens Elemente der komplexen Vergangenheit werden (entlang konkreter Fragestellungen) in Zeitverläufen und Strukturen geordnet und daraus Geschichte eigenständig und „neu“ erzählt.

Methodenkompetenz, indem vorgegebene und selbstständig zu entwickelnde Fragen an die Vergangenheit und an die sich unterscheidenden Deutungen von Vergangenheit gestellt und quellenorientiert beantwortet werden. Dabei kommen unterschiedliche Lernstrategien und Arbeitstechniken zur Anwendung. Insbesondere die „Entstehung“ von Geschichte wird untersucht und kritisch betrachtet.

Urteils- und Orientierungskompetenz, indem die Auseinandersetzung mit Geschichte zur „reflektierten und vernunftgeleiteten (Wert-)Urteilsbildung und zur individuellen Identitätsbildung“⁸ genutzt wird.

⁷ Vgl. die Fußnoten 3–6.

⁸ Vgl. Rahmenlehrplan, Sekundarstufe I, Geschichte, Brandenburg, S. 15.



10. Welche inhaltlichen Voraussetzungen sollten die Lernenden für die Bearbeitung mitbringen?

Hilfreich sind Grundkenntnisse über die gesamtdeutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, über die Einbettung der deutschen Staaten in die jeweiligen politischen Lager sowie über den Kalten Krieg.

11. Wie sind die Arbeitsaufgaben konzipiert?

11.1 Welche Sozialformen werden berücksichtigt?

Die Sozialformen, in denen mit dem Material gearbeitet werden kann, variieren. Zum Teil gibt es konkrete Vorschläge. Sie als Lehrkraft können auf der Grundlage Ihrer Bedingungen die Entscheidung treffen, ob Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit angemessen erscheinen. In allen Aufgaben wird die einzelne Schülerin, der einzelne Schüler in der Du-Form direkt angesprochen.

11.2 Welche Methoden werden berücksichtigt?

Bei den in den Aufgaben vorgeschlagenen Methoden geht es aufgrund des Materials schwerpunktmäßig um Varianten zur Texterarbeitung; es werden aber auch das Spektrum erweiternde und ganz unterschiedliche methodische Vorgehensweisen vorgeschlagen.

11.3 Gibt es zu allen Dokumenten und Teilen der Arbeitsmappe Aufgabenstellungen und wo sind sie zu finden?

Es gibt zu vielen, aber nicht allen Materialien Aufgabenstellungen. Sie sind entweder auf gesonderten Bögen zu finden (A) oder auch direkt an die Materialien angefügt (M/A). Die *Aufgabenstellungen* sind als Anweisungen formuliert. Alternativ oder ergänzend gibt es auch *Anregungen*, die Vorschläge für ein Vorgehen unterbreiten, Impulse für die Diskussion geben usw.

11.4 Gibt es eine Differenzierung bei den Materialien und Aufgabenstellungen?

Bei den Materialien (M) wie bei den Aufgabenblättern (A) finden Sie vereinzelt zwei Versionen. Die Aufgabenblätter in der Version I weisen einen höheren Schwierigkeitsgrad als die der Version II auf. Bei den Materialien gibt es zur Differenzierung z. B. längere bzw. kürzere Texte, wiederum kenntlich durch die Versionen I (anspruchsvoller) und II (vergleichsweise einfacher).

12. Was beinhaltet das digitale Angebot?

12.1 Wie kann mit dem digitalen Angebot gearbeitet werden?

Vornehmlich der mehrteilige Zeitstrahl und das Glossar eignen sich für die individuelle Arbeit der Schüler/innen.

Ebenso sinnvoll kann es sein, an Aufgaben oder Leitfragen orientiert (vgl. 8. in diesem Text) zu arbeiten.

Hier könnte arbeitsteilig recherchiert werden, und die zusätzlichen Dokumente und Texte, die nur digital verfügbar sind, könnten einbezogen werden.



12.2 Welche Materialien sind (nur) digital zu finden?

- **Dokumente, Texte, Aufgaben ...**

Alle Dokumente der Printversion sowie zusätzliches Material sind digital abrufbar.

- **Glossar**

Das Besondere des digitalen Glossars im Vergleich zu dem in der Arbeitsmappe ist die Farbigkeit von vielen Elementen, vor allem von Emblemen, Abzeichen usw.

- **Interviewausschnitte**

Das digitale Angebot enthält zahlreiche Interviewausschnitte als Videoversion. Hier sind sie nicht thematisch übergeordneten Fragestellungen zugeordnet, sondern in den chronologischen Zeitstrahl eingefügt.

- **Zusätzliche Fotos und Materialien**

Insbesondere der Zeitstrahl beinhaltet zusätzliche Fotos, eine Audiodatei (Mitschnitt eines Biermann-Konzerts) und anderes, was nicht aus der Tabelle (I) ablesbar wird.

12.3 Worin besteht das besondere Angebot des digitalen Zeitstrahls?

Ein besonderes Angebot besteht in dem mehrteiligen Zeitstrahl, mit dem die Schüler/innen eigenständig arbeiten können und der überblicksartig Informationen zusammenträgt. Er verbindet vor allem die **politische Geschichte** mit der der **Familie**.

Für die Jahre 1945 bis 1990 können parallel zueinander verfolgt werden:

- **Weltgeschichte**

Hier geht es um Geschichte außerhalb der beiden deutschen Staaten. Berücksichtigt sind vor allem solche Ereignisse, die auch Auswirkungen auf die gesamtdeutsche Geschichte hatten (wie z. B. die Kubakrise von 1962).

- **DDR-Geschichte und Geschichte der Bundesrepublik**

Offensichtlich wird in diesem Zusammenhang vor allem die Verflechtung der Geschichte beider Staaten (z. B. durch den Generalvertrag von 1952 und die darauf folgende Schließung der inner-deutschen Grenzen).

- **Oppositionsgeschichte in der DDR**

Hier sind insbesondere Aktivitäten, Gruppierungen, Fluchtbewegungen, aber auch die Reaktionen des Staates durch z. B. Verhaftungen oder Gesetzgebungen nachvollziehbar.

- **Familiengeschichte rund um Kathrin Bickhardt-Schulz und Stephan Bickhardt**

Hier geht es vor allem um die Erfahrungen der Einzelnen im Blick auf ihr widerständiges Verhalten.

Die Zeitstrahlebenen zeigen zunächst Schlagwörter oder/und Jahreszahlen im Kursivdruck (wie z. B. 1976: „16. November: Ausbürgerung von Wolf Biermann“). Werden diese angeklickt, findet man „dahinter“ nähere, aber doch knappe Informationen zu dem Stichwort, aber auch Links zu Dokumenten, Abbildungen usw. Insbesondere werden hier auch Interviewausschnitte als kurze Videodateien verlinkt, vorrangig solche mit Stephan Bickhardt, aber auch mit Kathrin Bickhardt-Schulz (Stephan Bickhardts Ehefrau), mit Peter Bickhardt (Stephan Bickhardts Vater) und Sophia Bickhardt (Stephan Bickhardts Schwester), die nicht nur Informationen, sondern vor allem persönliche Erfahrungen, Erinnerungen und Einschätzungen vermitteln.



Opposition und Repression in der DDR-Geschichte

Zu Beginn ...

Bevor man beginnt, ein Thema zu bearbeiten, ist es gut, sich seiner selbst zu „vergewissern“, d. h., sich zu einigen Fragen und Voraussetzungen Gedanken zu machen. Diese Gelegenheit kannst du jetzt für dich wahrnehmen. Fertige zu jedem Satzanfang (z. B. auf der Rückseite) zumindest einige Notizen an. Hefte dann den Bogen ab. Am Ende der Bearbeitung des Themas nimm ihn nochmals zur Hand und bearbeite den unteren Teil des Arbeitsbogens.

1. Wenn ich an das Thema Opposition und Widerstand in der DDR denke, dann weiß/kenne ich schon ...
2. Wenn ich an das Thema Repression in der DDR denke, dann weiß/kenne ich schon ...
3. Über Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und ihren Anteil an dem Entstehen von Geschichte und Geschichtsschreibung denke ich ...
4. Aufschluss zum Thema erwarte ich durch ... (z. B. durch welche Art von Materialien?)
5. Von der Einbeziehung von (Zeitzeugen-)Interviews und der Biografien der Personen zum Thema nehme ich an / erhoffe ich ...
6. Fragen, die mich interessieren, sind ...
7. Was mir noch durch den Kopf geht: ...

... und zum Abschluss

Auch zum Abschluss der Beschäftigung mit einem Thema ist es gut, sich Gedanken zu machen und nochmals auf „das Ganze“ zu schauen.

Dazu kannst du die sieben Anregungen (von oben) und deine Antworten durchgehen. Notiere in Stichpunkten, was sich jeweils geändert hat, was du z. B. neu dazugelernt hast, was du jetzt anders beurteilst, ...

Über die Veränderungen und Ergänzungen wie auch über vielleicht offengebliebene Fragen könnt ihr euch im Plenum verständigen.

Vielleicht seid ihr jetzt auch motiviert, eine eigene Zeitzeugenbefragung zu einem bestimmten Thema durchzuführen, dabei helfen euch vor allem die Materialien 6 M und 7 A.



Glossar

(Auf die Kennzeichnung der beiden deutschen Staaten, die DDR und die Bundesrepublik, mit dem Verweiszeichen ↗ wird im Glossar verzichtet.)

Ärzte für den Frieden



Logo der Ärzte für den Frieden

Die Gruppe Ärzte für den Frieden war eine unabhängige ärztliche Friedensbewegung in der DDR, sie wurde 1983 in Ost-Berlin gegründet. Die Ärzte für den Frieden und ähnliche Gruppen, die auch in anderen Teilen der DDR entstanden waren, wollten aus ärztlichem Ethos und christlichem Bekenntnis heraus einen eigenen Beitrag für die Friedenssicherung leisten und arbeiteten vorwiegend im kirchlichen Raum.

ASZ = Aktion Sühnezeichen



Logo der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist eine christliche Friedensorganisation. Sie wurde 1958 als gesamtdeutsche Organisation gegründet, um in kritischer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Friedens- und Versöhnungsarbeit in Ländern zu leisten, die unter der Herrschaft der Nationalsozialisten und dem Zweiten Weltkrieg besonders gelitten hatten. Da die Spaltung Deutschlands jedoch eine gemeinsame Arbeit unmöglich machte, entwickelten sich zwei Organisationen, Aktion Sühnezeichen (ASZ)

in der DDR unter dem Dach der Evangelischen Kirche und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) in der Bundesrepublik. Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten fusionierten beide Organisationen 1990.

Die ostdeutsche ASZ konzentrierte ihre Aktivitäten wegen der eingeschränkten Reisefreiheit notgedrungen auf das eigene Land, Polen und die Tschechoslowakei (↗ ČSSR), während die westdeutsche ASF in vielen europäischen Ländern tätig wurde. Ab 1962 begann die ostdeutsche ASZ mit dem Aufbau und der Entwicklung von Sommerlagern, in denen Menschen aus verschiedenen Ländern des ↗ Ostblocks miteinander lebten und arbeiteten. ASZ war keine organisierte Opposition, schuf aber ein kulturelles Milieu für eigenständiges Denken und Handeln und wurde dementsprechend von ↗ SED und ↗ MfS unter Kontrolle gehalten. Der offiziellen Meinung der DDR-Führung zufolge war die Arbeit der ASZ überflüssig, denn aus dieser Perspektive war die DDR ein antifaschistischer Staat, der für die Folgen des deutschen Faschismus nicht haftbar gemacht werden konnte und demzufolge auch keine Versöhnungsverantwortung hatte.

(Die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im Internet: <http://www.asf-ev.de>)



Blockpartei

In der DDR waren neben der SED vier weitere Parteien, die sogenannten Blockparteien, zugelassen: die CDU der DDR, die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Formal waren diese Parteien zwar unabhängig, tatsächlich ordneten sie sich aber dem Führungsanspruch der SED unter und unterschieden sich in ihren politischen Grundaussagen kaum von denen der SED. Die Parteien waren in einer „Dachorganisation“, dem sogenannten Demokratischen Block, organisiert, ohne dessen Einverständnis sie keine Entscheidungen treffen konnten. Der Demokratische Block wiederum bildete den Kern der Nationalen Front. Auf diese Weise existierte in der DDR formal zwar ein Mehrparteiensystem, gleichzeitig war die Vormachtstellung der SED aber gesichert.

BRD = Bundesrepublik Deutschland



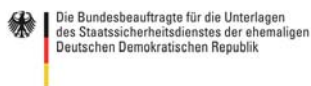
Flagge der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 23.5.1949 auf den Gebieten der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone gegründet. Von 1949 bis 1990 bestand die Bundesrepublik aus zehn Bundesländern, West-Berlin war kein konstitutiver (hier: rechtlich den übrigen Bundesländern nicht gleichgestellter) Bestandteil der Bundesrepublik. Die Bundeshauptstadt war Bonn. 1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei. Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik am 3.10.1990 stieg die Zahl der Bundesländer auf 16, die Anzahl der

Einwohner auf knapp 80 Millionen und Berlin wurde zur Bundeshauptstadt. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie.

(Die Bundesregierung im Internet: <http://www.bundesregierung.de>)

BStU = Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik



Logo der BStU

Die BStU bewahrt in ihren Archiven die Hinterlassenschaften des MfS (Akten, Karteikarten, Filme, Tondokumente, Mikrofiches) auf und stellt sie nach strengen gesetzlichen Vorschriften Privatpersonen, Institutionen und der Öffentlichkeit zur Verfügung. Außerdem forscht die BStU auch selbst zur Geschichte und Wirkungsweise des MfS und stellt ihre Forschungsergebnisse in Form von Publikationen, Ausstellungen, Veranstaltungen und im Internet der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Behörde hat ihren Hauptsitz in Berlin. Die Gründung der Behörde der Bundesbeauftragten im Januar 1992 geht auf das Engagement vieler Bürger/innen in der DDR zurück, die im Herbst 1989 und Winter 1990 die Öffnung der Akten des MfS forderten.

(Die BStU im Internet: <http://www.bstu.bund.de>)



Bündnis 90



Logo von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zur 7. Volkskammerwahl im März 1990 bildeten die Bürgerbewegungen Demokratie Jetzt (7. DJ), Initiative Frieden und Menschenrechte (7. IFM) und Neues Forum (7. NF) die Listenverbindung Bündnis 90: Bürger für Bürger. Die Listenverbindung bekam 2,9 % der Stimmen und bildete in der neu gewählten Volkskammer mit der 7. Grünen Partei der DDR, die im November gegründet worden war, die Fraktion Bündnis 90/Grüne. Zur ersten gesamtdeutschen

Bundestagswahl im Dezember 1990 bekam die Listenverbindung, der sich nun auch der 7. UFV anschloss, den Namen Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegung. Sie trat noch unabhängig von der westdeutschen Partei 7. DIE GRÜNEN an. 1991 konstituierte sich Bündnis 90 formell als Partei und vereinigte sich 1993 mit der bereits seit Ende 1990 gesamtdeutschen Partei DIE GRÜNEN zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Offiziell heißt die Partei noch heute BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, meistens wird sie jedoch verkürzt DIE GRÜNEN genannt.

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Internet: <http://www.gruene.de>)

CDU = Christlich Demokratische Union Deutschlands



Logo der CDU

Die CDU ist eine politische Partei mit christdemokratischer konservativer Ausrichtung. Sie wurde 1945 als gesamtdeutsche Partei gegründet.

In der DDR ordnete sich die CDU der 7. SED-Führung unter, sie war eine der sogenannten 7. Blockparteien. Zur 7. Volkskammerwahl im

März 1990 trat die DDR-CDU in einem Wahlbündnis mit dem Demokratischen Aufbruch (7. DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) an. Im Oktober 1990 vereinigte sich die ostdeutsche CDU mit ihrer westdeutschen Schwesterpartei.

Im Bundestag bildet die CDU mit der bayerischen Christlich-Sozialen Union (CSU) eine Fraktion.

(Die CDU im Internet: <http://www.cdu.de>)

Charta 77

Die Charta 77 war zunächst eine Petition (Bittschrift, Eingabe) von tschechoslowakischen Künstler/innen und Intellektuellen, die auf Menschenrechtsverletzungen in der 7. ČSSR aufmerksam machte. Sie wurde Anfang 1977 veröffentlicht. Daraus entwickelte sich eine der größten und bedeutendsten Oppositionsbewegungen im gesamten 7. Ostblock. Einer der Mitbegründer und Sprecher der Charta 77, Václav Havel, wurde nach dem politischen Umbruch 1989 erster nicht kommunistischer Staatspräsident in der ČSSR.

ČSSR = Československá socialistická republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)



Flagge der ČSSR und der heutigen Tschechischen Republik

ČSSR war seit 1960 die offizielle Abkürzung für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik. Seit 1948 war die Tschechoslowakische Republik eine kommunistische Diktatur. Sie umfasste das Gebiet der heutigen Tschechischen Republik und der Slowakei. 1990 wurde das Land in Tschechoslowakische Föderative Republik umbenannt. 1992 beschloss das tschechoslowakische Parlament die Auflösung des Staates und damit die Bildung zweier getrennter Staaten, der Tschechischen Republik und der Slowakei.



DA = Demokratischer Aufbruch



Logo der Partei Demokratischer Aufbruch

Der Demokratische Aufbruch wurde im Oktober 1989 als Bürgerrechtsbewegung von überwiegend kirchlichen Vertreter/innen in Ost-Berlin gegründet. Im Dezember 1989 konstituierte (gründete) sich der DA als politische Partei. Anfangs trat der DA noch für die Reformierung und Demokratisierung der DDR ein, ab Dezember dann für eine baldige Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Von Dezember 1989 bis März 1990 saßen Vertreter/innen des DA am Zentralen

↗ Runden Tisch. Zur ↗ Volkskammerwahl im März 1990 ging der DA mit der ostdeutschen ↗ CDU und der Deutschen Sozialen Union (DSU) das Wahlbündnis Allianz für Deutschland ein, das die Wahl gewann. Im August 1990 gliederte sich der DA der ostdeutschen CDU an, die im Oktober ihrer westdeutschen Schwesterpartei beitrug.

DDR = Deutsche Demokratische Republik



Flagge der DDR

Die Deutsche Demokratische Republik wurde am 7.10.1949 auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (↗ SBZ) gegründet. Die politische Macht hielt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (↗ SED), unter deren Führung die anderen zugelassenen Parteien, die sogenannten ↗ Blockparteien, und sonstigen Organisationen zu einer Allparteienblockregierung zusammengefasst waren. Ab 1968 war die

führende Rolle der SED in der Verfassung verankert. Die DDR orientierte sich politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell an der Sowjetunion (↗ SU). Ab 1948 war die DDR Mitglied des ↗ RGW und ab 1955 des ↗ Warschauer Paktes. Zum 3.10.1990 wurde die Existenz der DDR mit der deutschen Wiedervereinigung beendet.

DIE GRÜNEN (BRD)



Wahlplakat der GRÜNEN zur Bundestagswahl 1980

Die bundesdeutsche Partei DIE GRÜNEN wurde 1980 in Karlsruhe gegründet. 1983 zogen DIE GRÜNEN erstmals in den Bundestag ein. Die Partei versteht sich als ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Sie tritt für internationale Solidarität und die Gleichberechtigung der Geschlechter ein. Im Dezember 1990 vereinigten sich DIE GRÜNEN mit ihrer im selben Jahr gegründeten ostdeutschen Schwesterpartei ↗ Grüne Partei der DDR. Im Jahr 1993 erfolgte der Zusammenschluss mit ↗ Bündnis 90 zur Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Offiziell heißt die Partei noch heute BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, meistens wird sie jedoch verkürzt DIE GRÜNEN genannt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Internet: <http://www.gruene.de>)



DJ = Demokratie Jetzt



Logo von Demokratie Jetzt

Demokratie Jetzt war eine Bürgerbewegung in der DDR. Sie wurde im September 1989 gegründet, ihre Mitglieder stammten vor allem aus kirchlichen Kreisen. Demokratie Jetzt hatte ihre Wurzeln in der Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung (↗IAPPA) der Berliner Bartholomäus-Gemeinde. Die Bürgerbewegung DJ forderte eine demokratische und friedliche Umgestaltung der Verhältnisse in der DDR, später auch eine langsame Wiedervereinigung in drei Stufen. Von Dezember 1989 bis März 1990 saßen Vertreter/innen von DJ am Zentralen ↗Runden Tisch. Zur ↗Volkskammerwahl im März 1990 schloss sich DJ mit der Initiative Frieden und Menschenrechte (↗IFM) und dem Neuen Forum (↗NF) zur Listenverbindung ↗Bündnis 90: Bürger für Bürger zusammen.

EOS = Erweiterte Oberschule

Die Erweiterte Oberschule war seit 1959 in der DDR die zum Abitur führende höhere Schule mit den Klassenstufen neun bis zwölf (ab 1981 nur noch die Klassenstufen elf und zwölf). Der Zugang zur EOS war beschränkt und erfolgte nur durch eine Delegation (Abordnung) der ↗POS oder in Ausnahmefällen auf Antrag der Eltern. Entscheidend für eine Zulassung waren neben den schulischen Leistungen auch die soziale Zugehörigkeit, die politische Einstellung, das gesellschaftliche Engagement und der spätere Studien- bzw. Berufswunsch.

ESG = Evangelische Studentengemeinde

Evangelische Studentengemeinden sind besondere Formen der Evangelischen Gemeinden in Städten mit Fach- oder Hochschulen. Die ESGn werden meist von Studentenpfarrer/innen betreut. In der DDR waren die ESGn ebenso wie die Jungen Gemeinden (↗JG) vor allem in den 1950er-Jahren scharfen Verfolgungskampagnen ausgesetzt, weil sie sich dem Totalitätsanspruch der ↗SED und deren Jugendorganisation, der ↗FDJ, entzogen.

(Die ESG im Internet: <http://www.bundes-esg.de>)

FDJ = Freie Deutsche Jugend



Emblem der FDJ

Die Freie Deutsche Jugend wurde 1946 in der sowjetischen Besatzungszone (↗SBZ) zunächst als überparteiliche Organisation gegründet. Ab den 1950er-Jahren richtete sie sich klar nach den Vorgaben der ↗SED aus. Die FDJ war in der DDR die einzige staatlich anerkannte und geförderte Jugendorganisation für junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren. Die FDJ verstand sich als sozialistischer Jugendverband und „zuverlässiger Helfer und treue Kampfpreserve der Partei“.

Die Mitgliedschaft in der FDJ war formal freiwillig, jedoch mussten Nichtmitglieder mit Nachteilen in Schule und Beruf rechnen. Sowohl die FDJ als auch die ihr angegliederte Pionierorganisation (↗JP) orientierten sich in ihrer Organisationsform und äußeren Erscheinung am sowjetischen Vorbild. Beide Organisationen verfügten über eigene Zeitungen und vielfältige kulturelle und sportliche Freizeitangebote im Rahmen der Schule und auch im außerschulischen Bereich. Die FDJ existiert noch heute als Verein.

(Der Verein im Internet: <http://www.fdj.de>)



Grüne Partei der DDR



Logo der Grünen Partei der DDR.
Quelle: Bundesarchiv.
Bild 183-1990-0208-015.
Lizenz cc-by-sa

Die Grüne Partei der DDR wurde im November 1989 gegründet. Von Dezember 1989 bis März 1990 saßen Vertreter/innen der Grünen Partei der DDR am Zentralen \rightarrow Runden Tisch. Zur \rightarrow Volkskammerwahl im März 1990 schloss die Grüne Partei der DDR ein Wahlbündnis mit dem Unabhängigen Frauenverband (\rightarrow UFV), das sich jedoch direkt nach der Wahl wieder auflöste. In der neu gewählten Volkskammer bildete die Grüne Partei der DDR zusammen mit \rightarrow Bündnis 90 die Fraktion Bündnis 90/Grüne. Zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 trat die Grüne Partei der DDR zusammen mit dem \rightarrow Bündnis 90 an, aber noch unabhängig von ihrer westdeutschen Schwesterpartei \rightarrow DIE GRÜNEN. Am nächsten Tag vereinigte sich die Grüne Partei der DDR mit den westdeutschen Grünen. 1993 schloss sich die (nun gesamtdeutsche) Partei DIE GRÜNEN mit dem \rightarrow Bündnis 90 zusammen und heißt seitdem offiziell BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Meistens wird die Partei jedoch verkürzt DIE GRÜNEN genannt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Internet: <http://www.gruene.de>)

GST = Gesellschaft für Sport und Technik



Emblem der GST

Die 1952 gegründete Gesellschaft für Sport und Technik war eine Massenorganisation in der DDR. Sie diente der gemeinschaftlichen Freizeitgestaltung technisch und sportlich interessierter Jungen und Mädchen ab 14 Jahren und gleichzeitig der wehrsportlichen Erziehung und vormilitärischen Ausbildung. Die Angebote der GST waren kostenlos und für viele Jugendliche attraktiv. So konnten sie z. B. Tauchen, Fallschirmspringen oder Segelfliegen lernen und ohne lange Wartezeiten den Führerschein erlangen.

IAPPA = Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung

1986 entstand innerhalb der Evangelischen Kirche der DDR der deutschlandpolitische Arbeitskreis Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, der einen Synodalantrag gleichen Titels formulierte. (Synoden sind in der Evangelischen Kirche Versammlungen von gewählten Vertreter/innen, die z. B. auch über Entscheidungen abstimmen.) In diesem Antrag wurde festgestellt, dass den Menschen in der DDR durch die eingeschränkten Reisemöglichkeiten der internationale und interkulturelle Austausch verwehrt sei und dadurch die Gesellschaft falsche Fremdbilder entwickeln und erkranken würde. Außerdem wurde eine Liberalisierung der gängigen Reisepraxis gefordert und die Synode aufgerufen, die Absage an die geltende Praxis auszusprechen. Obwohl die Synode den Antrag ablehnte, zeigte er erhebliche Wirkung. In der Folgezeit diskutierten viele Gemeinden den Antrag und bewirkten damit die Herausbildung eines kirchlich geprägten Oppositionsmilieus. Im Mai 1987 wurde die Initiativgruppe Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung gegründet, die vielfältige Aktivitäten unternahm, um ihr Anliegen auch in der nicht kirchlichen Öffentlichkeit zu verbreiten. So organisierte die IAPPA zusammen mit anderen Gruppen eine nahezu landesweite Kontrolle der Kommunalwahlergebnisse vom 7.5.1989 und deckte damit den Wahlbetrug auf. Im September 1989 rief die IAPPA dazu auf, eine oppositionelle Sammlungsbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR zu gründen, Demokratie Jetzt (\rightarrow DJ).



IFM = Initiative Frieden und Menschenrechte



Mitglieder der IFM 1987 in Ost-Berlin. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die Initiative Frieden und Menschenrechte wurde 1986 in Berlin von den Mitgliedern anderer lokal begrenzter Friedens- und Umweltgruppen gegründet. Sie ist die älteste von Staat und Kirchen unabhängige Oppositionsgruppe in der DDR. Die IFM orientierte sich in ihren Zielstellungen und ihrer Arbeitsweise an der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung ↗ Charta 77, Themenschwerpunkte waren die globale Abrüstung und die Wahrung bzw. Verwirklichung der Menschenrechte. Schon bald nach der Gründung und nicht zuletzt auch mithilfe der eigenen ↗ Samisdat-Zeitung „grenzfall“ wurde die IFM in der oppositionellen Szene der DDR bekannt.

Zur Kommunalwahl im März 1990 ging die IFM mit den Bürgerbewegungen Neues Forum (↗ NF) und Demokratie Jetzt (↗ DJ) die Listenverbindung ↗ Bündnis 90: Bürger für Bürger ein.

IM = Inoffizielle/r Mitarbeiter/in (des ↗ MfS)

Inoffizielle Mitarbeiter/innen des Ministeriums für Staatssicherheit (↗ MfS) waren im Geheimen agierende Informant/innen. Sie waren nicht regulär beim MfS angestellt, hatten sich aber in den meisten Fällen durch eine schriftliche Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit dem MfS bereit erklärt und wurden in einer eigenen Kartei erfasst. IM sollten ihr Umfeld überwachen und ggf. beeinflussen. Sie waren in allen Bereichen der Gesellschaft der DDR und auch im Ausland (einschließlich der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins) eingesetzt. Dementsprechend gab es mehrere IM-Kategorien. Der langjährige Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, bezeichnete die IM als „Hauptwaffe gegen den Feind“. Im Jahr 1989 waren 189.000 IM aktiv, davon mindestens 3.000 in der Bundesrepublik.

JG = Junge Gemeinde



Das sogenannte Kugelkreuz ist das Bekenntniszeichen der Jungen Gemeinde.

Junge Gemeinden sind Angebote der Evangelischen Kirchen für junge Christ/innen, also Formen der Gemeindearbeit und keine Organisationen. In der DDR waren die Jungen Gemeinden vor allem in den 1950er-Jahren scharfen Verfolgungskampagnen ausgesetzt, weil sie sich dem Totalitätsanspruch der ↗ SED und deren Jugendorganisation, der ↗ FDJ, entzogen. Aus den Jungen Gemeinden haben sich bis zum Ende der DDR immer wieder oppositionelle Gruppen entwickelt.



JP = Junge Pioniere



Emblem der Pionierorganisation

Die Pionierorganisation war in der DDR die Massenorganisation für Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren. Sie wurde 1947 als „Kindervereinigung der FDJ“ gegründet, 1948 in „Verband der Jungen Pioniere“ umbenannt und erhielt 1952 schließlich den Namen „Ernst Thälmann“ (Informationen zu Thälmann vgl. <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/ThaelmannErnst/index.html>). Sowohl die Pionierorganisation als auch die FDJ orientierten sich in ihrer Organisationsform und äußeren Erscheinung am sowjetischen Vorbild.

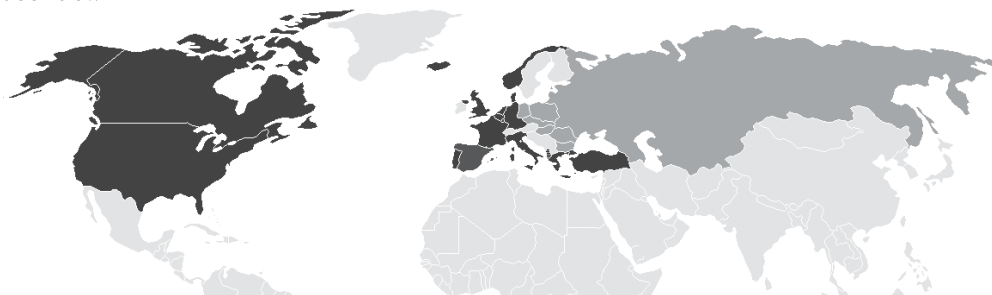
Beide Organisationen verfügten über eigene Zeitungen und boten vielfältige kulturelle und sportliche Freizeitangebote im Rahmen der Schule und auch im außerschulischen Bereich an.

Jugendweihe

Die Jugendweihe ist eine festliche, nicht kirchliche Zeremonie, die den Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter kennzeichnen soll. Sie ist keine Erfindung der DDR. Schon 1852 wurde sie erstmals von einem evangelischen Pfarrer als Ersatzritual (Ersatzhandlung) für kirchliche Feiern durchgeführt. In der DDR war die Jugendweihe ab 1955 eine offizielle, staatlich organisierte Feier am Ende des achten Schuljahres, die die Jugendlichen symbolisch in den sozialistischen Staat integrieren sollte. In einem Gelöbnis bekannten sie sich zur DDR und zum Sozialismus und wurden dann in die Reihe der Erwachsenen aufgenommen. In Vorbereitung auf die Jugendweihefeier fanden während des achten Schuljahres sogenannte Jugendstunden statt, in denen u. a. Fragen zu Weltanschauung und Politik, Wissenschaft und Technik sowie Geschichte und Philosophie behandelt und Exkursionen unternommen wurden. Formal war die Teilnahme an der Jugendweihe freiwillig, tatsächlich konnte eine Nichtteilnahme aber Nachteile in der Schule und dem weiteren beruflichen Werdegang nach sich ziehen.

Kalter Krieg

Der Begriff wurde 1947 geprägt und bezeichnet die globale Systemauseinandersetzung zwischen den Westmächten unter Führung der USA und den Ostblockstaaten unter Führung der Sowjetunion (SU) ab dem Zweiten Weltkrieg bis 1989/90. Zwar vermieden die Blöcke eine offene militärische Auseinandersetzung aus Angst vor einem dritten Weltkrieg, jedoch unternahmen sie große Anstrengungen, um jederzeit technisch und strategisch in der Lage zu sein, sich global zu verteidigen oder auch anzugreifen. Bewaffnete Konflikte wurden als regional begrenzte sogenannte Stellvertreterkriege in Afrika, Asien und Lateinamerika ausgetragen. Durch die politischen Umbrüche in Osteuropa 1989/90 und den Zerfall der Sowjetunion 1991 wurde der Kalte Krieg beendet.



Die Militärbündnisse im Kalten Krieg
 ■ NATO ■ Warschauer Vertrag

**konspirativ**

Konspirativ bedeutet heimlich, geheim.

KP = Kontaktperson (des ↗ MfS)

Als Kontaktperson bezeichnete das Ministerium für Staatssicherheit (↗ MfS) eine Person, die auf ↗ konspirative Weise Kontakt mit dem MfS hielt und Auskünfte lieferte. Im Vergleich zu inoffiziellen Mitarbeiter/innen (↗ IM) wurden KP meistens nicht förmlich zur Zusammenarbeit verpflichtet und nicht in einer Kartei registriert. Oft diente die Phase als KP zur Anbahnung einer späteren Zusammenarbeit als regulärer IM.

KPD = Kommunistische Partei Deutschlands

Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde 1919 unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet mit dem Ziel, eine kommunistisch orientierte Diktatur des Proletariats zu errichten. Unter der Leitung Ernst Thälmanns kam es zwischen 1925 und 1933 zur Stalinisierung der KPD (↗ Stalin/ismus). Trotz Widerstands und Abspaltungen geriet die Partei in immer größere Abhängigkeit zur ↗ KPdSU. Während der Zeit des Nationalsozialismus (↗ NS), 1933 bis 1945, war die KPD verboten. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Partei erneut gegründet. In der Sowjetischen Besatzungszone (↗ SBZ) erfolgte 1946 die Vereinigung der KPD und der ↗ SPD zur ↗ SED. In den westlichen Besatzungszonen blieb diese Vereinigung aus. 1956 wurde die KPD in der Bundesrepublik vom Bundesverfassungsgericht verboten, setzte ihre Arbeit aber in der Illegalität (gegen Recht und Gesetz) fort. 1968 wurde in der Bundesrepublik die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gegründet, die sich als Nachfolgerin der KPD versteht.

(Die DKP im Internet: <http://www.dkp.de>)

KPdSU = Kommunistische Partei der Sowjetunion (↗ SU)

Die KPdSU war eine kommunistische Partei in Sowjetrußland und der Sowjetunion (↗ SU). Ihre Anfänge reichen bis 1898 zurück. Ab 1925 nannte sich die Partei KPdSU. Zwischen 1918 und 1991 beherrschte die KPdSU das gesamte gesellschaftliche Leben in der Sowjetunion. Im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde die KPdSU verboten, es gründete sich aber eine neue kommunistische Partei, die ihre Nachfolge antrat.

KSZE = Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1973 wurde die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als Gesprächsforum ost- und westeuropäischer Staaten, Kanadas und der ↗ USA mit dem Ziel gegründet, gemeinsame Projekte in Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Umweltschutz und Abrüstung zu organisieren und zur Sicherheit und Gewährleistung der Menschenrechte in Europa beizutragen. Auch die Bundesrepublik und die DDR nahmen teil. Nach zweijährigen Verhandlungen endete die Konferenz 1975 mit der Unterzeichnung der Schlussakte in Helsinki, in der die oben benannten Ziele bekräftigt wurden. Nach dem politischen Umbruch in den Ost-West-Beziehungen erhielt die KSZE mit der Charta von Paris (1990) eigene Institutionen und schließlich den Status einer internationalen Organisation (OSZE) mit Sitz in Wien.

(Die OSZE im Internet: <http://www.osce.org/de>)



Marshallplan

Der nach dem damaligen US-Außenminister G. C. Marshall benannte Marshallplan war das Wiederaufbauprogramm der ↗USA für die westeuropäischen Staaten. Es wurde 1948 vom US-Kongress beschlossen und trug entscheidend zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg bei. Bis 1952 erhielten 18 Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, sowohl materielle als auch technische und finanzielle Unterstützung. Die Sowjetunion (↗SU) lehnte für sich und die von ihr dominierten Länder den Marshallplan ab und gründete 1949 in Reaktion auf den Marshallplan den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (↗RGW).

MfS = Ministerium für Staatssicherheit der DDR



Seit Ende der 1960er-Jahre gebräuchliches Dienstwappen des MfS

Das Ministerium für Staatssicherheit war politische Geheimpolizei und geheimer Nachrichtendienst der DDR und zugleich Untersuchungsorgan, vor allem in politischen Strafsachen. Es war das wichtigste Instrument der ↗SED-Führung, um ihre Macht zu sichern, dementsprechend wurde es auch als „Schild und Schwert der Partei“ bezeichnet. Das MfS wurde 1950 gegründet und 1989 aufgelöst. Kurz vor der Auflösung hatte das MfS ca. 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter/innen (davon ca. 13.000 Zeitsoldaten) und 189.000 inoffizielle Mitarbeiter/innen (↗IM), davon waren ca. 6% jünger als 18 Jahre.

Nationale Front

Die Nationale Front war der Zusammenschluss aller Parteien und wichtigen Massenorganisationen in der DDR unter Führung der ↗SED. Die Nationale Front stellte die Einheitslisten für die ↗Volksammerwahlen, auf denen die Sitzverteilung in der Volkskammer von vornherein festgelegt war.

NATO = North Atlantic Treaty Organization



Flagge der NATO

Die NATO wurde 1949 als Bündnis zur politischen und militärischen Verteidigung von den ↗USA, Kanada und zehn westeuropäischen Staaten gegründet. Erklärtes Hauptziel war die Abwehr der Expansionsabsichten des Kommunismus und die Verteidigung gegenüber der Sowjetunion (↗SU). Die Bundesrepublik Deutschland trat der NATO 1955 bei. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes änderte sich auch das strategische Konzept der NATO grundlegend. Heute hat die NATO 26 Mitglieder, der Sitz befindet sich in Brüssel.

NF = Neues Forum

Die Bürgerbewegung Neues Forum wurde im September 1989 gegründet und war die erste landesweite Oppositionsbewegung in der DDR außerhalb der Evangelischen Kirche. Das Neue Forum forderte die demokratische Umgestaltung der DDR, sie entwickelte sich zur größten Bürgerbewegung in der DDR. Zur ↗Volksammerwahl im März 1990 schloss sich das Neue Forum mit der Initiative Frieden und Menschenrechte (↗IFM) und Demokratie Jetzt (↗DJ) zur Listenverbindung ↗Bündnis 90: Bürger für Bürger zusammen.



NS = Nationalsozialismus

Nationalsozialismus ist die Bezeichnung für 1. eine extrem menschenfeindliche und gegen jegliche Freiheit gerichtete Ideologie, die in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg von der NSDAP vertreten wurde, und 2. für die zwischen 1933 und 1945 von der NSDAP unter Führung von Adolf Hitler errichtete totalitäre Diktatur in Deutschland. Der Nationalsozialismus verfolgte extrem nationalistische, antisemitische (judenfeindliche), rassistische (übersteigertes Denken in Rassebegriffen) und imperialistische (Bestreben, z. B. die politische und militärische Macht auszudehnen) Ziele. Kern der nationalsozialistischen Ideologie war die Idee des „arischen (nichtjüdischen) Herrenvolkes“ das sich aller Mittel bedienen sollte, um sich „Lebensraum“ zu schaffen, andere (angeblich minderwertige) Völker und Nationen zu unterdrücken und die Welt vom Judentum zu „befreien“. Zum „Rasse“- und zum „Lebensraum“-Gedanken trat als drittes Element ein fanatischer Antikommunismus. Die Verachtung des Menschen im Nationalsozialismus zeigte sich vor allem in der fabrikmäßigen Tötung von Millionen Menschen und in einem grausamen Vernichtungsfeldzug gegen die europäischen Nachbarn. Verfolgt und ermordet wurden insbesondere politisch Andersdenkende, Homosexuelle, Sinti und Roma und vor allem Juden und Jüdinnen.

NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei war eine radikale, antidemokratische, antirepublikanische und antisemitische (judenfeindliche) Partei. Sie wurde 1920 gegründet und stand ab 1921 unter der Führung von Adolf Hitler, der 1933 zum Reichskanzler berufen wurde. Von Dezember 1933 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war die NSDAP die einzige zugelassene Partei in Deutschland. 1945 wurde die NSDAP von den Alliierten verboten und aufgelöst.

NVA = Nationale Volksarmee



Wappen der NVA

Bezeichnung für die bewaffneten Streitkräfte der DDR. Die NVA wurde 1956 gegründet und nach der Wiedervereinigung 1990 aufgelöst. Ihr Material, ihre Einrichtungen und Teile ihres Personals wurden von der Bundeswehr der Bundesrepublik übernommen.

Offene Arbeit

Der Begriff Offene Arbeit bezeichnet einen Arbeitsbereich in der Evangelischen Kirche der DDR. Die Offene Arbeit war oft vom Engagement einzelner Pfarrer/innen und Diakon/innen abhängig. Sie verstand sich als Anlaufstelle für alle Menschen, die sich in den staatlichen Institutionen nicht aufgehoben fühlten, unabhängig davon, ob sie religiös waren oder nicht. Vor allem bei jungen Leuten war die Offene Arbeit beliebt, weil sie hier offen diskutieren und ihre Unzufriedenheit mit dem SED-Regime laut äußern konnten.

operativ

Der Begriff beschrieb im Sprachgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) eine konkrete geheimdienstliche Handlung oder Maßnahme gegenüber Personen, die als feindlich eingeschätzt wurden. Dazu gehörten Beobachtung, Kontrolle, Bearbeitung und gegebenenfalls Beseitigung „feindlich-negativer“ Auffassungen und Handlungen.



Ostblock

Ostblock ist ein Sammelbegriff für die Staaten Mittel- und Osteuropas, die bis zum Ende des ↗ Kalten Krieges unter der Führung der Sowjetunion (↗ SU) im ↗ Warschauer Pakt und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (↗ RGW) zusammengeschlossen waren. Dazu zählten neben der Sowjetunion auch Bulgarien, die DDR, die ↗ ČSSR, Polen, Rumänien und Ungarn. Gelegentlich wurde der Begriff auch als Sammelbegriff für weltweit alle sozialistischen oder kommunistischen Staaten verwendet, umfasste dann also auch Vietnam, Kuba und anfangs die Volksrepublik China.

PDS = Partei des Demokratischen Sozialismus



Logo der PDS

Die PDS war die rechtliche Nachfolgepartei der ↗ SED. Sie entstand im Dezember 1989, als sich die SED in SED/PDS umbenannte. Ab Februar 1990 nannte sich die Partei nur noch PDS und änderte 2005 den Namen erneut in Die Linkspartei.PDS. Im Juni 2007 schloss sie sich mit der 2005 gegründeten Partei Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit zur Partei Die Linke zusammen.

(Die Linke im Internet: <http://www.die-linke.de>)

Politbüro des Zentralkomitees der SED

Politbüro ist die Abkürzung für Politisches Büro. Das Politbüro war das oberste Entscheidungsgremium in der ↗ SED und tagte wöchentlich. Die Mitglieder des Politbüros wurden vom ↗ ZK der SED gewählt. An der Spitze stand der Vorsitzende des Politbüros, der zugleich Generalsekretär des ↗ ZK war. Das Politbüro war faktisch das Machtzentrum der DDR. Hier wurden Gesetze beschlossen, die das Parlament der DDR, die ↗ Volkskammer, in Kraft zu setzen hatte. Hier fielen Entscheidungen über strategische Ausrichtungen in Wirtschaft und Politik, über Todesurteile und über personelle Besetzungen öffentlicher Ämter. Das Politbüro war gegenüber den Ministerien, Betrieben und staatlichen Einrichtungen absolut weisungsberechtigt. Im November 1989 trat das Politbüro unter dem Druck der Massenproteste zurück und formierte sich mit wenigen Mitgliedern neu. Im Dezember 1989 traten das ZK und mit ihm das Politbüro endgültig zurück.

POS = Polytechnische Oberschule

Die Polytechnische Oberschule war seit 1958 die allgemeine Schulform in der DDR für alle schulpflichtigen Mädchen und Jungen der Klassenstufen eins bis zehn.

radix-Verlag

Der radix-Verlag wurde 1986 von Stephan Bickhardt, Ludwig Mehlhorn und Konrad Blank ins Leben gerufen. Der Verlag war ein sogenannter ↗ Samisdat-Verlag, d. h., er war illegal und agierte im Untergrund. Zwischen August 1986 und September 1989 gab der Verlag elf Samisdat-Hefte, die „radix-Blätter“ heraus. Daneben entstanden einige Flugblätter und Flugschriften, so etwa 20.000 Exemplare des mehrseitigen Faltblattes „Neues Handeln“ (1988).



RGW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe war eine Organisation der ➤ Ostblockstaaten unter Führung der Sowjetunion (➤ SU) für die gegenseitige Unterstützung und Abstimmung in wirtschaftlichen Belangen. Der RGW wurde 1949 als Gegengewicht zum sogenannten ➤ Marshallplan gegründet und im Zuge der politischen Umwälzungen in Osteuropa 1991 aufgelöst.

Runder Tisch

In der DDR trat der erste Zentrale Runde Tisch im Dezember 1989 in Ost-Berlin auf Initiative von Bürgerbewegungen und Repräsentant/innen der Kirche zusammen. Der Runde Tisch war eine Gesprächsrunde, bei der sich Vertreter/innen der Regierung der DDR und Vertreter/innen der Opposition gleichberechtigt gegenüber saßen und die Zukunft des Landes diskutierten, moderiert von Vertreter/innen der Kirche. Wenig später entstanden auch auf lokaler Ebene zahlreiche Runde Tische. Die Idee der Runden Tische stammte aus Polen. Die Runden Tische handelten nicht als Parlamentsersatz, sie wollten aber an wichtigen Entscheidungen über gesellschaftliche Reformen mitwirken. Mit der ersten freien ➤ Volkskammerwahl im März 1990 verloren sie an Bedeutung.

Samisdat

Der Begriff Samisdat kommt aus dem Russischen und bedeutet Selbstverlag. Samisdat bezeichnet systemkritische und offiziell verbotene Schriften, Texte oder Grafiken, die ohne staatliche Genehmigung per Hand, Schreibmaschine, Abzuggerät, Fotokopie oder Computerdruck hergestellt und verbreitet wurden. Für viele Schriftsteller/innen und Oppositionelle in der DDR und anderen sozialistischen Staaten war dies der einzige Weg, ihre Texte an der staatlichen Zensur vorbeizuschleusen und publik (öffentlich) zu machen.

SBZ = Sowjetische Besatzungszone

Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die Alliierten (Verbündeten) Deutschland in vier Besatzungszonen auf. Die Zonen wurden durch die vier Alliierten ➤ USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion (➤ SU) militärisch besetzt und verwaltet. Die Sowjetische Besatzungszone umfasste das Gebiet der heutigen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und den östlichen Teil von Berlin. Auf den Gebieten der Sowjetischen Besatzungszone wurde 1949 die ➤ Deutsche Demokratische Republik gegründet. Auf den Gebieten der US-amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen entstand 1949 die Bundesrepublik Deutschland.

Schwerter zu Pflugscharen



Logo „Schwerter zu Pflugscharen“

Die Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung war eine oppositionelle Bewegung in der DDR in den Jahren 1980 bis 1982 gegen die Militarisierung der Gesellschaft und gegen das internationale Wettrüsten. Die Bewegung hatte mehr als 100.000 Sympathisant/innen. Kennzeichen der Bewegung waren Aufnäher an der Kleidung, auf denen ein Mann ein Schwert in eine Pflugschar umschmiedet. (Dieses Bild wiederum bezieht sich auf Verse aus der Bibel, nämlich aus dem Buch Micha 4, 1–4 im Alten Testament.)



SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands



Emblem der SED

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands war eine kommunistische Partei in der DDR. Sie ist 1946 aus der Zwangsvereinigung von ↗KPD und ↗SPD in der ↗SBZ hervorgegangen und wurde massiv von der ↗KPdSU unterstützt. Die SED verstand sich als Führung der Arbeiterklasse und beanspruchte die Macht und Wahrheit für sich. Von der Gründung bis zum Ende der DDR war die SED die führende Partei in der DDR; sie traf alle wesentlichen Entscheidungen in Gesellschaft, Ökonomie, Kultur und Justiz.

SoFD = Sozialer Friedensdienst

1980 initiierte Christoph Wonneberger, Pfarrer der Dresdner Weinbergsgemeinde, die Initiative für die Einführung eines zivilen sozialen Friedensdienstes (SoFD) als gleichberechtigte Alternative zu Wehrdienst und Wehersatzdienst, die beide innerhalb der Armee ausgeführt werden mussten. Von Anfang an war geplant, den Aufruf über die offiziellen kirchlichen Gremien als Gesetzesinitiative vor die ↗Volkskammer zu bringen. Jedoch übernahmen diese den eindeutig ↗SED-kritischen Aufruf nicht, weil sie befürchteten, damit das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu verschlechtern. Daraufhin wurde der Aufruf auch außerhalb der Kirche veröffentlicht und in Form eines Kettenbriefes verbreitet, der, auch für die Initiativgruppe völlig überraschend, Tausende Menschen erreichte und so zu einer weiteren Politisierung der Friedensbewegung führte. Nach etwa einem Jahr musste die Initiativgruppe SoFD ihre Arbeit unter dem Druck der Kirchenleitung und des Staates aufgeben.

Solidarność



Logo von Solidarność

Solidarność ist polnisch und bedeutet Solidarität. 1980 gründete sich in Polen eine unabhängige Gewerkschaft unter diesem Namen. Die Solidarność wurde 1981 verboten, arbeitete bis 1989 aber im Untergrund weiter und war danach als Bürgerkomitee tätig. Die Solidarność war die wichtigste Kraft des politischen Umbruchs in Polen.

Ihr Vorsitzender, Lech Wałęsa, wurde nach der politischen Öffnung zum Staatspräsidenten Polens gewählt. Er war von 1990 bis 1995 im Amt.

SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands



Logo der SPD

Die Sozialdemokratische Partei ist die älteste politische Partei Deutschlands. Sie ist 1875 als Sozialistische Arbeiterpartei aus dem Zusammenschluss zweier anderer Vereinigungen hervorgegangen und heißt seit 1890 SPD. Während der Zeit des Nationalsozialismus (↗NS), 1933 bis 1945, war die SPD verboten. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde sie erneut gegründet. In der Sowjetischen Besatzungszone (↗SBZ) ging die SPD 1946 zwangsweise mit

der ↗KPD zur ↗SED zusammen. Nach dieser Vereinigung war die SPD in der DDR verboten. Erst im Oktober 1989 wurde in der DDR illegal wieder eine sozialdemokratische Partei gegründet, die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Im Januar 1990 nannte sich die SDP in SPD um und schloss sich im September 1990 mit ihrer westdeutschen Schwesterpartei zusammen. Die SPD versteht sich als Volkspartei, die sich zu einem demokratischen Sozialismus bekennt und für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität eintritt.

(Die SPD im Internet: <http://www.spd.de>)



Stalin/ismus

Der Begriff Stalinismus leitet sich vom Namen des sowjetischen Diktators Josef W. Stalin ab, der während seiner Regierungszeit 1924 bis 1953 eine totalitäre kommunistische Diktatur in der Sowjetunion (→ SU) errichtete. Dabei bediente er sich terroristischer Methoden, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen (zur Person Stalins vgl. <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/StalinJosef/index.html>). Der Begriff Stalinismus bezeichnet 1. die unmittelbare Herrschaftszeit Stalins, 2. Stalins theoretische Interpretation des Kommunismus und 3. die diktatorische Herrschaft einer kommunistischen Parteiführung oder eines einzelnen Parteiführers mit Terror, Repressionen (Unterdrückung) und Personenkult.

SU = Sowjetunion



Flagge der Sowjetunion

Sowjetunion ist die Kurzbezeichnung für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), die 1922 gegründet wurde. Die Sowjetunion umfasste das Gebiet des heutigen Russlands, Armeniens, Aserbaidschans, Estlands, Georgiens, Kasachstans, Kirgisistans, Lettlands, Litauens, der Republik Moldau, Tadschikistans, Turkmenistans, der Ukraine, Usbekistans und Weißrusslands. Bis zu ihrem Zerfall 1991

stellte die Sowjetunion das politische Zentrum des → Ostblocks dar. Während des → Kalten Krieges standen sich die kommunistische Sowjetunion und die kapitalistischen → USA feindlich gegenüber.

UB = Umwelt-Bibliothek

In Reaktion auf die Atomreaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 (vgl. dazu z. B. <http://www.greenpeace-berlin.de/tschernobyl/>) und um dem staatlichen Informationsmonopol etwas entgegenzusetzen, gründeten Ost-Berliner Oppositionelle im September 1986 die Umwelt-Bibliothek in den Räumen der evangelischen Zionskirchgemeinde in Berlin-Prenzlauer Berg. Die UB sammelte schwer zugängliche bzw. verbotene Literatur und stellte sie Interessierten zur Verfügung, sie organisierte Veranstaltungen und gab außerdem die → Samisdat-Zeitschrift „Umweltblätter“ heraus, in der gesellschaftspolitische Fragen kritisch diskutiert wurden. Die UB entwickelte sich zu einem wichtigen Informations- und Kommunikationszentrum für die gesamte DDR-Oppositionsbewegung. Auch nach dem Umbruch 1989/90 war die UB aktiv, bis sie 1998 aus finanziellen Gründen aufgelöst werden musste.

UFV = Unabhängiger Frauenverband

Der UFV wurde im Dezember 1989 in Berlin gegründet. Er verstand sich als organisatorisches Sammelbecken der unabhängigen Frauenbewegung der DDR und ging auf ältere bestehende Gruppierungen in der DDR zurück. Der UFV forderte die paritätische (gleichberechtigte) Beteiligung der Frauen an allen politischen und ökonomischen Entscheidungen. Von Dezember 1989 bis März 1990 saßen Vertreterinnen des UFV an den → Runden Tischen. Zur → Volkskammerwahl im März 1990 ging der UFV mit der neu gegründeten → Grünen Partei der DDR ein Wahlbündnis ein, das er jedoch direkt nach der Wahl wegen Unstimmigkeiten wieder aufkündigte. Zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 trat der Verband in einer Listenverbindung mit dem → Bündnis 90 an. Ab 1993 arbeitete der UFV als Verein weiter, 1998 löste er sich auf.

**UNO = United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)**

Emblem der UNO

Die UNO ist eine internationale überstaatliche Organisation mit ständigem Sitz in New York zur Wahrung des Weltfriedens sowie zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf allen Gebieten, der Förderung der Kultur und der Menschenrechte. Die UNO wurde 1945 in San Francisco gegründet. 1973 wurden die beiden deutschen Staaten in die UNO aufgenommen. Derzeit sind 192 Staaten Mitglied der UNO.

USA = United States of America

Flagge der USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eine Bundesrepublik mit 50 Bundesstaaten, die nahezu den gesamten südlichen Teil Nordamerikas umfassen. Während des ↗ Kalten Krieges standen sich die kapitalistische Weltmacht USA und die kommunistische Sowjetunion (↗ SU) feindlich gegenüber.

Volkskammer

Die Volkskammer war das Parlament der DDR. Formal war sie das oberste gesetzgebende Organ, tatsächlich hatte sie aber kaum politisches Gewicht, denn alle wesentlichen Entscheidungen wurden vom ↗ Politbüro der SED getroffen und dann von der Volkskammer regelmäßig und zuverlässig bestätigt. Die Volkskammer wurde alle vier bzw. fünf Jahre gewählt, wobei die Sitzverteilung schon vor den Wahlen feststand, denn zur Abstimmung stand lediglich die Einheitsliste der ↗ Nationalen Front. Zu einer echten Volksvertretung wurde die Volkskammer erst im März 1990, nachdem erstmals in freien und geheimen Wahlen über ihre Zusammensetzung abgestimmt worden war.

Warschauer Pakt

Warschauer Pakt oder auch Warschauer Vertrag ist die Bezeichnung für das Militärbündnis kommunistischer Staaten in Europa, das 1955 mit dem „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ in Reaktion auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und gegen die ↗ NATO gegründet wurde. Zu den Gründungsmitgliedern des Militärbündnisses zählten Albanien, Bulgarien, die ↗ ČSSR, die DDR, Polen, Rumänien, die Sowjetunion (↗ SU) und Ungarn. Die Mitgliedsstaaten garantierten gegenseitigen militärischen Beistand und die Bildung eines gemeinsamen militärischen Oberkommandos. Mit der Auflösung des ↗ Ostblocks wurde 1991 auch der Warschauer Pakt aufgelöst.



Wehrerziehung

Im Rahmen der allgemeinen Militarisierung der DDR-Gesellschaft fand Wehrerziehung auf vielen Ebenen und in etlichen Bereichen der Gesellschaft statt. Die Wehrerziehung diente vorgeblich der Verteidigung in einem möglichen Krieg. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass sie vor allem zur Disziplinierung der Bevölkerung eingesetzt wurde. Bereits im Kindergarten wurde mit der Wehrerziehung begonnen, indem z. B. Kriegsspielzeug ausgegeben oder Patenschaften mit der \nearrow NVA gepflegt wurden. Die Pionierorganisation (\nearrow JP) und die \nearrow FDJ veranstalteten Manöver (Übungen für den Krieg) und wehrsportliche Wettbewerbe. Die \nearrow GST organisierte die vormilitärische Ausbildung von Jugendlichen in der Freizeit. Im Schuljahr 1978/79 wurde Wehrkunde als Pflichtfach für die neunten und zehnten Klassen eingeführt: Zusätzlich zum Theorieunterricht mussten die Jungen an einem 14-tägigen Wehrlager teilnehmen, die Mädchen wurden in der Zivilverteidigung ausgebildet. Auch an der \nearrow EOS, in der Lehre und im Studium war eine vormilitärische Ausbildung Pflicht.

ZK = Zentralkomitee der SED

Zwischen den \nearrow SED-Parteitagern war das vom Parteitag gewählte Zentralkomitee das höchste politische Organ der SED. Das ZK trat mehrmals im Jahr zu Plenartagungen zusammen und leitete die gesamte politische Tätigkeit der Partei. Es wählte das \nearrow Politbüro, die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK), die als interne Polizei und Staatsanwaltschaft fungierte, und das Sekretariat. An der Spitze des Sekretariats des ZK stand der Erste Sekretär bzw. Generalsekretär, der zugleich auch Vorsitzender des Politbüros war. De facto (den Fakten nach) war das Amt des Generalsekretärs das wichtigste im Staat. Der Generalsekretär hatte mehr Macht als das Staatsoberhaupt und als der Regierungschef. Von 1960 bis 1971 sowie von 1976 bis 1989 wurden die Ämter des Generalsekretärs und des Staatsoberhauptes von Walter Ulbricht bzw. Erich Honecker in Personalunion (Vereinigung von Ämtern in der Hand *einer* Person) ausgeübt, ebenso für kürzere Zeit in der Umbruchsperiode von Egon Krenz. Das ZK trat im Dezember 1989 geschlossen zurück.



Wahrnehmen und Speichern – Erinnern und Erzählen oder Wie Geschichte entsteht

1. Erinnern – eine schwierige Angelegenheit

Sicher habt ihr es schon erlebt: Ein Zauberer vollbringt vor unseren Augen Zaubertricks und wir können, trotz aufmerksamen Hinschauens, nicht sehen und erkennen, welche Handlungen zum Gelingen des Tricks beigetragen haben.

Ein anderes Beispiel: Man beobachtet mit anderen zusammen einen Streit, bei dem mehrere Personen beteiligt sind. In kurzer Zeit passieren viele Dinge. Nach den Abläufen befragt, kommen die Beobachter, ganz zu schweigen von den Beteiligten, zu ganz unterschiedlichen Berichten über das Geschehen. – Dabei haben doch alle das Gleiche erlebt und gesehen. Dass unterschiedliche Menschen oft Unterschiedliches über eine Situation zu erzählen haben, kommt häufig vor und ist „normal“. Aber wie kommt das zustande?

Wenn wir uns an Erlebtes oder Beobachtetes erinnern, müssen wir zuvor wahrgenommen haben.

2. Wie nehmen wir Dinge wahr und speichern sie ab?

Wir sind bei der **Wahrnehmung** auf unser Sinnessystem angewiesen. Aus den vielen Signalen, die in unserer Umwelt vorhanden sind, nehmen unsere Sensoren nur wenige, ausgewählte auf. Mit der gesamten Fülle an Eindrücken sind wir überfordert. In der Fachsprache nennt man die beschränkte Fähigkeit „selektive Aufmerksamkeit“. Da wir unsere Aufmerksamkeit immer nur auf ausgewählte Zusammenhänge richten können, gibt es für vieles, was wir eigentlich erlebt haben, auch Bereiche des „Nicht-Erinnern-Könnens“. Das, worauf wir unsere nur eingeschränkte Aufmerksamkeit richten und konzentrieren, ist zumeist das, was wir erwarten zu sehen. Man könnte knapp zusammenfassen: „Wir sehen, was zu sehen nützlich ist.“¹ Unsere Wahrnehmungen sind also weder besonders objektiv noch lückenlos oder detailgetreu.

Ein weiteres Problem kommt hinzu: Für den Prozess der **Speicherung** im Gehirn versuchen wir, trotz unserer lückenhaften Wahrnehmungen immer ein „Ganzes“ abzuspeichern und Begründungen für Zusammenhänge zu finden. Vorhandene Lücken werden durch unsere Vorerfahrungen „logisch“ ergänzt und sie bilden dann einen Teil der späteren Erinnerung. Hier wird deutlich, dass sich, ganz ohne Absicht, Fehler einschleichen können. Noch häufiger kommt es vor, dass wir z. B. das Handeln anderer Menschen mit der Interpretation, also der Bedeutung, die wir begleitend entwickeln, festhalten – so kommt es, gerade unter einander Fremden, schnell zu Fehlern und Missverständnissen.

3. Was läuft beim Erinnern und Erzählen ab und wie genau sind Erinnerungen?

Wollen wir etwas Erlebtes wiedergeben, müssen wir uns daran erinnern und benötigen dazu unseren Langzeitspeicher, das sogenannte episodische Gedächtnis. Wie das Wahrnehmen ist auch das **Erinnern** ein aufwendiger Prozess, bei dem nicht immer alle zusammengehörenden Gedächtnisspuren

¹ Singer, Wolf: Wahrnehmen, Erinnern, Vergessen. Über Nutzen und Vorteil der Hirnforschung für die Geschichtswissenschaft: Eröffnungsvortrag des 43. Deutschen Historikertags am 26.09.2000 in Aachen. <http://www.mpih-frankfurt.mpg.de/global/Np/Pubs/Historikertag.pdf>, S. 2.



35 zueinander finden. Wir können Erlebtes oder Beobachtetes leider nicht wie eine zusammenhängende Datei auf einer Festplatte abrufen. Manchmal erinnern wir uns an einen Ort, aber nicht mehr an das, was sich dort ereignete, manchmal an ein Gespräch, aber nicht mehr an alle Beteiligten usw. Auch Gefühle, Gerüche und andere Sinneserfahrungen sind gespeichert und können, manchmal unabhängig von anderen Bestandteilen, erinnert werden. Wie bei der Wahrnehmung und Speicherung versuchen wir auch beim Erinnern, trotz mancher Lücken, ein Gesamtbild zu erschaffen. Wir sprechen von „rückblickend“, können aber nicht wirklich noch einmal hinschauen. Beim Erinnern nehmen wir immer wieder Veränderungen vor:

Das Gedächtnis ist ein „Geschichtenerzähler“. Es hebt manches hervor, es lässt anderes weg. Wenn wir uns erinnern, kommt es vor, dass wir nachträglich etwas „hinzutun“ und so unsere Lücken auffüllen. Es kann auch sein, dass wir etwas beim Erinnern umbauen, weil es uns so „logischer“ 45 vorkommt, oder dass wir etwas anders und neu bewerten, weil wir unsere Meinung über das, was wir erinnern, inzwischen geändert haben. Weitere Gründe für Abweichungen zwischen der Erfahrung, ihrer Speicherung und der Erinnerung liegen z. B. in anderen, neuen Erfahrungen, die wir in der Zwischenzeit gesammelt haben. Sie können sich über die alten Erfahrungen „rüberlegen“ und so Altes „überschreiben“. Andere Menschen haben uns über das, was wir erinnern, ihre Version und ihre Deutung berichtet, wir haben über die Zeit, die wir miterlebt haben, vieles gehört und 50 gelesen. Auch diese Elemente bilden Puzzleteilchen unserer persönlichen Erinnerungen, weil wir sie mit einweben. Es gibt sogar Beispiele aus der Forschung dafür, dass Menschen meinen, sich an ein Erlebnis genau und lebhaft, z. B. aus ihrer Kindheit, zu erinnern, das so jedoch nie geschehen ist. Die dann meist wiederholten Erzählungen anderer können dazu führen, dass die lebhaft geschilderte „Geschichte“ Teil der eigenen Erinnerung und für „wahr“ gehalten wird. 55

Negative Erfahrungen werden häufig mit der Dauer der Zeit „abgeschwächt“, sie verblassen sozusagen, denn in der Zwischenzeit haben sich viele andere, auch positive Dinge ereignet, und es ist auch angenehmer, sich an Positives zu erinnern und darüber zu berichten.

So können sich in die Erinnerungen, die wir anderen erzählen oder aufschreiben, zusätzlich zu den Schwächen in der Wahrnehmung und Speicherung neue Fehler einschleichen. Diese sind uns 60 zumeist nicht einmal bewusst, da sie in der Regel unabsichtlich unterlaufen. Andererseits können besonders eindrucksvolle, für uns wichtige Erfahrungen auch besonders fest und klar gespeichert und mit vielen zu Erinnernden Einzelheiten verbunden sein.

Wenn man seine eigenen Erinnerungen (autobiografische Erinnerungen) **erzählt**, so können 65 diese zusätzlich durch die Situation, in der gefragt und erzählt wird, gelenkt werden. Bestimmte, z. B. verunsichernde, Fragen oder solche, die eine bestimmte Wertung schon durch die Frage unterstellen (Ist es nicht eigentlich so, dass das für Sie auch ein Schock war?), können ebenso die Erinnerungen beeinflussen.

4. Wie wichtig sind Erinnern und Erzählen?

70 Die eigene Lebensgeschichte zu erzählen ist für uns Menschen wichtig, es bedeutet, sich seiner selbst bewusst zu sein, zu wissen, wer man in der Vergangenheit war und in der Gegenwart ist. Es bedeutet zudem, eine Perspektive, eine Idee für die Zukunft zu entwickeln. So ist es für die Entwicklung von Kindern wichtig, dass sie sich z. B. mit ihren Eltern immer wieder gemeinsam an Erlebtes erinnern und man zusammen die Geschichten dazu erzählt. Erinnern und Erzählen gehören dazu, ein für uns 75 sinnvolles und stimmiges Selbstbild zu entwickeln.



5. Resümee

Zusammenfassend können wir festhalten, dass unsere Wahrnehmungen und unsere Erinnerungen auf lückenhaften und nur ausgewählten Daten basieren, die wir aufgrund von Wahrscheinlichkeiten rekonstruieren, also wieder zusammenbauen. Beim Erinnern und Erzählen wirkt sich immer die jeweilige Gegenwart aus, sie bestimmt mit, welche Bedeutungen wir dem Erzählten beimessen.

6. Was bedeutet das für die Verlässlichkeit von Geschichte?

Geschichte baut immer auf Erinnerungen auf, sie ist ein Geflecht, so der Hirnforscher Singer, aus dem, was „die Menschen hervorbringen – ihre Taten, Wahrnehmungen, Erinnerungen, Empfindungen, Schlussfolgerungen und Bewertungen – und natürlich auch die Geschichten, die sie unwissentlich fortwährend erfinden“².

Diese Erkenntnisse sollen uns aber nicht dazu führen, dass wir jeder erinnerten, erzählten, aufgeschriebenen, ja jeglicher Geschichte nur noch mit Misstrauen begegnen. Deutlich werden jedoch drei Dinge:

1. Jede und jeder erzählt „ihre“ bzw. „seine“ Geschichte, die aus der persönlichen Sicht Sinn macht und „wahr“ ist.
2. Weil wir alle so unterschiedlich wahrnehmen und deuten, kann es zu einem Zusammenhang nie nur „eine“ oder gar „wahre“ Geschichte geben.
3. Um der Vergangenheit möglichst nahezukommen, brauchen wir immer mehrere Wahrnehmungen, Erinnerungen, Deutungen und Geschichten.

Aufgaben

1. Lest den in sechs Abschnitte gegliederten Text für euch allein und markiert Wichtiges farbig.
2. Wer fertig ist, sucht sich zwei andere für eine Kleingruppe. Tauscht euch zunächst über den Inhalt aus. Was habt ihr über das Thema gelernt? Klärt untereinander offene Fragen und holt, wenn ihr etwas nicht klären könnt, die Lehrerin / den Lehrer zu Hilfe.
3. Teilt die Abschnitte 1 bis 4 und 6 unter euch auf und sucht für die Ausführungen Beispiele aus eurem Erleben und Alltag. Berichtet euch gegenseitig darüber.
4. Sprecht noch mal im Plenum gemeinsam über die Schlussfolgerungen in Abschnitt 6. Könnt ihr zustimmen? Würdet ihr etwas ergänzen wollen?

² Singer, S. 11.



Erinnern von Vergangenheit – für Gegenwart und Zukunft

THESEN

- 1. Wir sehen, was zu sehen nützlich ist.
- 2. Unsere Wahrnehmung und unsere Erinnerungen sind immer lückenhaft.
- 3. Unsere Wahrnehmung und unsere Erinnerungen sind immer emotional gefärbt.
- 4. Lücken in unserer Wahrnehmung gleichen wir durch für uns stimmige Erklärungen aus, diese werden dann Teil unserer „Erinnerung“.
- 5. Wir beschönigen unsere Erinnerungen, Negatives blenden wir nach Möglichkeit aus.
- 6. Unsere Erinnerung ist manipulierbar (durch nachträgliche Informationen, durch Fragestellungen, ...).
- 7. Unsere Erinnerungen sind wichtige Bausteine unserer Identität.
- 8. Wir passen unsere Erinnerung bewusst oder unbewusst immer wieder neu an unsere aktuellen Lebensumstände, Wertvorstellungen und Haltungen an.
- 9. Jedes Erinnern findet in der Gegenwart statt, damit verändern sich unsere Erinnerungen, sie entstehen „neu“ und werden „umgeschrieben“ oder „ergänzt“ und damit „überschrieben“.
- 10. „Wer die Vergangenheit vergisst, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.“ (George Santayana)
- 11. Es gibt keine Zukunft ohne Erinnerung.
- 12. Aus der Vergangenheit können (wichtige/kaum/gar keine?) Lehren für die Zukunft gezogen werden.
- 13. Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.
- 14. Aus der Summe individueller Erinnerungen bilden Gemeinschaften ein „kollektives“ Gedächtnis – es wird gemeinsam „konstruiert“, gemeinsam wird Negatives „abgestoßen“ – daraus entsteht „gute“ Geschichte.
- 15. Geschichte wird ständig neu von Menschen hervorgebracht, durch ihre Taten, Wahrnehmungen, Erinnerungen, Empfindungen, Schlussfolgerungen, Bewertungen und ihre Geschichten, die sie darüber „erfinden“. (nach Singer)



Anregungen zur Arbeit mit den Thesen

Einzelarbeit:

1. Teilt die Thesen in eurer Lerngruppe auf, jede/r sollte in Einzelarbeit mindestens zwei bearbeiten. Versucht „eure“ Thesen mit eigenen Worten zu formulieren und darin euer persönliches Verständnis zum Ausdruck zu bringen: „Ich verstehe die Aussage so: ...“
2. Kennzeichne die Thesen farbig, denen du aus eigener Erfahrung zustimmen kannst. Was für Erfahrungen sind das?
3. Umkreise jetzt die Nummern der Thesen, die nach deiner persönlichen Meinung besonders bedeutsam sind, wenn man mit Zeitzeugeninterviews arbeitet.

Plenumsarbeit:

4. Tauscht euch über eure Ergebnisse aus und berichtet euch von euren Erfahrungen (vgl. 2.).
5. Formuliert gemeinsam Thesen
 - zur Bedeutung von Erinnerungen für jede/n Einzelne/n
 - zur Bedeutung von Erinnerungen für Gegenwart und Zukunft
 - zur Bedeutung von Erinnerungen für die Arbeit mit Zeitzeugen
 - zur Bedeutung von Geschichtsschreibung



Verschiedene Quellen und Materialien – *eine* Geschichte?

Thema: Wahlen in der DDR

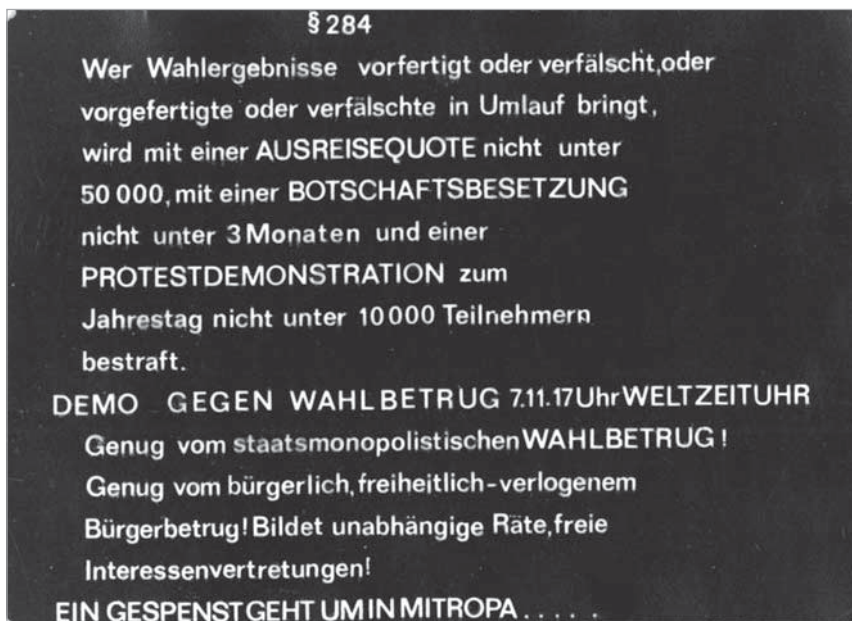
A) Wahlplakat zur ersten Volkskammerwahl in der DDR im Oktober 1950



Text: „Als junger Friedenskämpfer trete ich am 15. Oktober für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ein.“

Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

B) Aufruf zum Protest gegen Wahlfälschungen von 1989



Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft



C) Geheime Anweisung

Geheime Anweisung des Politbüros der SED zur Gültigkeit der Stimmzettel bei den Kommunalwahlen (in Auszügen). 15. Juni 1957

„Für die Auszählung der Stimmzettel soll folgende Instruktion mündlich an die Wahlvorsteher gegeben werden:

2. Der Stimmzettel ist gültig und gilt als für den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegeben, wenn folgende Änderungen vorgenommen wurden:

- (a) wenn Kandidaten und Nachfolgekandidaten auf dem Stimmzettel gestrichen sind;
- (b) wenn auf dem Stimmzettel Zustimmungserklärungen für die Kandidaten und Nachfolgekandidaten enthalten sind, wie ja, einverstanden, Frieden u. ä.;
- (c) wenn sich ein Kreuz hinter dem Namen eines Kandidaten oder Nachfolgekandidaten befindet oder die Namen einzelner Kandidaten oder Nachfolgekandidaten einzeln unterstrichen sind.

4. Als Stimmzettel gegen den Vorschlag der Nationalen Front sind zu betrachten:

- (a) Stimmzettel, auf denen alle Kandidaten und Nachfolgekandidaten einzeln gestrichen sind;
- (b) Stimmzettel, auf denen ein Kreuz quer über dem gesamten Stimmzettel angebracht ist;
- (c) Stimmzettel, auf denen Äußerungen des Wählers aufgezeichnet sind, die seine Gegenstimme klar zum Ausdruck bringen.

Die Veröffentlichung der Wahlergebnisse nach der Auszählung in Presse und Rundfunk erfolgt nur auf besondere Anweisung des Wahlleiters der Republik oder seines Stellvertreters.“¹

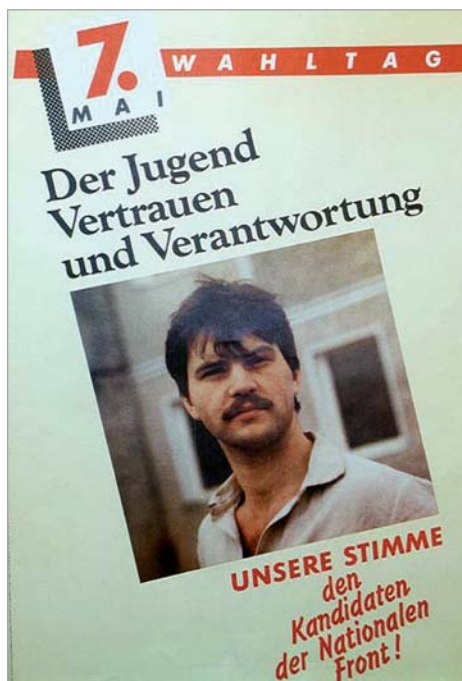
D) Peter Bickhardt zum Thema „Wahlschlepper“ im Interview (2009)

„Und wir waren damals als Studenten schon gewappnet, dann kommen die Wahlschlepper. Und wir haben uns ein Vergnügen daraus gemacht, die so lange aufzuhalten, dass sie wenig andere Leute besuchen können. [...] Manchmal war es so, dass es dann klingelte und die nächsten Wahlschlepper kamen zu uns und die vorhergehenden saßen seit über einer Stunde bei uns. Wir haben auf die Art und Weise versucht, einfach ein bisschen Sand ins Getriebe zu kriegen.“

¹ Quelle: Instruktion für die Wahlvorsteher, Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 25/57 des Politbüros vom 15. Juni 1957. In: Jüdt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997. Vgl. auch: <http://www.ddr-im-www.de/index.php?itemid=67>.



E) Wahlplakat zur Kommunalwahl in der DDR im Mai 1989



Text: „7. Mai Wahltag. Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Unsere Stimme den Kandidaten der Nationalen Front!“

Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

F) 7. Juni 1989: Demo gegen den Wahlbetrug vor der Sophienkirche in Ost-Berlin



Foto: Hans-Jürgen Röder. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft



G) Interview mit Erich Honecker (1990)

In der Zeit von Februar bis Mai 1990 führten zwei Journalisten in mehreren Etappen ein Interview mit Erich Honecker. Im Folgenden Auszüge daraus:

Frage: „*Kommen wir zur DDR-Politik zurück, die sich im unmittelbaren Vorfeld Ihrer Ablösung vollzog. [...] Die Wahlergebnisse wurden verfälscht und verursachten starke Proteste. Mittlerweile haben das auch die Untersuchungen der Bürgerkomitees ans Licht gebracht. Was sagen Sie dazu?*“

Antwort: „*[...] Wahlfälschung betrachte ich als etwas Furchtbares, weil das nicht nur ein Selbstbetrug ist, sondern auch Betrug am Volk, um dessen Mehrheit man doch rang. [...]*“

Frage: „*Abgesehen von den Wahlfälschungen fanden viele, dass das nie richtige Wahlen waren, mehr eine Art Volkszählung. Es fand keine Auswahl zwischen den Parteien statt, da waren keine entschiedenen Interessenvertreter des Volkes, es gab keine geheimen Wahlen in Wahlkabinen. Wie sehen Sie das?*“

Antwort: „*Zunächst möchte ich feststellen, dass ich das natürlich für grundlegend falsch halte, diese Wahlen als Pseudowahlen zu bezeichnen. [...] Man muss meines Erachtens grundsätzlich unterscheiden zwischen einer [‘sogenannten’ freien Wahl] in einem bürgerlichen Staate und einer Wahl in einem sozialistischen Staat. [...] Ich kann mich noch sehr genau an die Parteispendenaffäre in der Bundesrepublik erinnern. Dabei stellte sich heraus, dass die verschiedensten Parteien bestochen wurden durch Banken und Konzerne. Wahlen in einem sozialistischen Land und Wahlen in einem kapitalistischen Land sind also nicht vergleichbar. [...] Bei allen Fehlern unseres Wahlsystems [...] war es doch im Großen und Ganzen in Ordnung und brachte den Willen der Menschen zum Ausdruck.*“

Frage: „*Aber wer nicht wählen ging, hatte unter Umständen Nachteile, oder?*“

Antwort: „*Meines Erachtens ist das ein übles Gerücht. Das entsprach weder der Linie unserer Partei- und Staatsführung noch der Nationalen Front. Wir waren wirklich interessiert, dass in Vorbereitung der Wahlen mit jedem gesprochen wurde. Wenn einer nicht zur Wahl gehen wollte, brauchte er nicht einen Nachteil daraus zu haben. [...] Im Gegenteil, wir waren ja wirklich daran interessiert, die Meinung des Volkes kennenzulernen.*“²

H) Stephan Bickhardt zum Thema „Wahlverweigerung“ im Interview (2008)

„*[Das] Nicht-Teilnehmen [war] ein Ausdruck von Freiheit, wie das Sich-Nicht-Beteiligen an Wahlen, die in der DDR abgehalten worden sind. Die wollten ja immer, dass man hingeht. Denen war sogar wichtig, dass man hingeht, selbst wenn man mit Nein stimmt. Aber das Sich-Nicht-Beteiligen, das hat die verunsichert, das war die Ablehnung des Systems.*“

² Quelle: Andert, Reinhold / Herzberg, Wolfgang: Der Sturz. Honecker im Kreuzverhör, Berlin 1990.



I) Titelseite des ND vom 8. Mai 1989 am Tag nach der Kommunalwahl



Text: „Neues Deutschland: Eindrucksvolles Bekenntnis zu unserer Politik des Friedens und des Sozialismus. 98,85 Prozent stimmten für die Kandidaten der Nationalen Front“

Quelle: Neues Deutschland, 8. Mai 1989

J) Aufruf zum Protest gegen Wahlfälschungen von 1989



Text des Flugblattes: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution. R. [Rosa] Luxemburg“

Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie)

**K) Informationstext auf einer aktuellen Online-Seite³**

Am 7. Mai 1989 sind die ↗DDR-Bürger wieder einmal aufgerufen, die „Kandidaten der ↗Nationalen Front“ zu wählen. Das Wahlverfahren ist wie eh und je nur scheinbar demokratisch: Auf einer von der ↗SED abgesegneten Einheitsliste stehen die Kandidaten, die fast keinem der Wähler bekannt sind. Eine Abstimmung über einzelne Wahlvorschläge ist nicht möglich. [...]

In der Bevölkerung wird der Gang zur Wahlurne deshalb auch treffend als „Zettelfalten“ bezeichnet. Was nur wenige DDR-Bürger wissen: Eine Nein-Stimme, also eine Ablehnung des Wahlvorschlags, wird nur dann anerkannt, wenn der Wähler auf der Liste jeden einzelnen Namen säuberlich durchstreicht. Jede Abweichung von dieser äußeren Form macht den Stimmzettel ungültig. Zwar ist in jedem Wahlbüro eine Wahlkabine aufgebaut, doch werden die Bürger, die die Kabine benutzen, von den bestellten linientreuen Wahlhelfern registriert: In einem sozialistischen Staat hat in ihren Augen ein rechtschaffener Mensch nichts zu verbergen.

[...] die Wahlbeteiligung der DDR-Bevölkerung liegt auch ohne die unmittelbare Anwendung von Druckmitteln bei weit über 90 Prozent. Wer jedoch bis 16 Uhr nicht ins Wahllokal kommt, muss damit rechnen, dass ihn Wahlhelfer zu Hause aufsuchen, um die fehlende Stimme abzuholen. Die Wahlkreise konkurrieren untereinander um die höchste Zustimmungsrate. 99 Prozent sollen es am besten sein – und so muss hier und da manipuliert werden.

L) Peter Bickhardt zum Thema „Wahlbetrug“ im Interview (2009)

„Die ganze Geschichte Wahl ist für mich ein Riesenthema, die mich ständig beschäftigt hat. [...] 1950 war am 15. Oktober die erste Betrugswahl, d. h., dass die Leute alle freiwillig ihre Zettel offen in die Urne steckten und Kabinen irgendwo im Hintergrund standen und manchmal nicht mal Stifte da drinnen waren.“

Und dann mache ich den Sprung zu 1968. Da war also die Frage erstmalig mal wieder mit Kreuzchenmachen seit vielen Jahren, zur neuen Verfassung Ja oder Nein zu sagen. [...] dann bin ich natürlich wieder zur Auszählung gegangen. Und die Auszählung ergab, dass da ganz wenige Kreuze auf Nein waren, fast alle waren auf Ja und elf Stimmen hatten überhaupt nichts angekreuzt. Und das wurde alles als Ja gerechnet.“

M) Evelyn Zupke, Zeitzeugin zum Thema „Proteste gegen den Wahlbetrug“ (bei der Kommunalwahl im Mai 1989)

„Wir haben an alle Abgeordnete von [Berlin-]Weißensee Briefe geschrieben. Wir haben die sozusagen über das informiert, was wir errechnet hatten. Wir haben es Wahlbetrug, Wahlfälschung genannt. Wir haben sie davon in Kenntnis gesetzt und sie aufgefordert, was dagegen zu tun. Und gesagt, sie wären als Abgeordnete gar nicht so richtig legitimiert. Die Resonanz war, wie man sich das vorstellen kann, gering. Es wurde nicht komplett ignoriert, wir wurden schon zum Gespräch eingeladen. Da wurde uns zum Beispiel gesagt: ‚Es kann nur eine Wahrheit geben, und die steht im ND [Neues Deutschland].‘“⁴

³ <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=209>, verantwortlich: Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und Bundeszentrale für politische Bildung.

⁴ Evelyn Zupke, Zeitzeugin auf <http://www.jugendopposition.de>.

**Aufgaben:**

1. Bildet **Zweiergruppen** und beschäftigt euch mit den Materialien. Nehmt stichpunktartige Eintragungen in der Tabelle (S. 8) vor, wenn ihr Antworten finden könnt. Bearbeitet zu zweit Teil I oder Teil II oder Teil III.
 - I. A, B, C und D
 - II. E, F, G und H
 - III. I, J, K und L
2. Bildet **Sechsergruppen** (aus I, II und III gemischt). Berichtet euch gegenseitig und ergänzt eure Tabellen.
3. Stellt fest, wo und warum es inhaltliche Widersprüche zwischen den Materialien gibt!
4. Tauscht euch im Plenum über eure Ergebnisse zu 3. aus!

Anregungen für das Plenum:

5. Wie denkt ihr persönlich über die Wahlen in der DDR-Geschichte?
6. Diskutiert und nehmt Stellung zu der Frage in der Überschrift von 5 M/A.
7. Diskutiert die Aussage des Historikers Ilko-Sascha Kowalczuk:
In der Einleitung zu seinem (602 Seiten umfassenden) Buch „Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR“, erschienen 2009, schreibt Kowalczuk über die Aufgaben und die Stellung von Historiker/innen:
*„Ich gehöre nicht zu jenen Vertretern dieser Zunft [der Historiker/innen], die behaupten, in der historischen Darstellung könne es Objektivität geben. Ich bin ein Kind meiner Zeit, meine Fragen sind interessengeleitet. Ich habe Vorannahmen, Standpunkte, Erfahrungen, ethische Grundsätze. Die kann ich benennen, aber nicht ausblenden. Andere mögen meinen, dies zu können. Ich glaube nicht an ihre Wundertaten. Ich halte die sogar für besonders raffinierte Scharlatane.“*⁵

⁵ Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 16 f.



Wahlen in der DDR – *Verschiedene* Quellen und Materialien – *eine* Geschichte?

Fragen	Antworten	Material/Quelle
Wie wurde in der DDR Werbung für Wahlen betrieben?		
Gab es geheime und freie Wahlen in der DDR?		
Wie versuchte die Regierung die Menschen zu motivieren, zur Wahl zu gehen?		
Wie reagierte der Staat auf das Fernbleiben seiner Bürger/innen bei Wahlen?		
Hatten Beobachtungen von unabhängigen Beobachter/innen Folgen? Welche?	Mai 1989: Keine wirklichen; die Abgeordneten verweisen auf die „Mahrheit“ im ND.	M) Zeitzeugenbericht
Welche Aktivitäten gab es aus der Opposition gegen die Wahlbedingungen und -ergebnisse?	Eigene Berechnungen der Beobachter/innen; Gespräche mit Abgeordneten	M) Zeitzeugenbericht
Gab es Repressionen oder Nachteile gegen Wahlverweigererinnen und Wahlverweigerer, gegen Demonstrierende?		
Wer bewertet die Wahlen wie ?		



Zeitzeugen und Interviews – zur Methode

Wer ist Zeitzeuge?

Ein Zeitzeuge¹ ist eine Person, die ein Ereignis, einen Vorgang oder eine Entwicklung in der Vergangenheit selbst bewusst erlebt hat. Zeitzeugen können von einer Entwicklung Betroffene sein (z. B. Verfolgte des SED-Regimes) oder auch aktiv Beteiligte (z. B. Menschen, die sich in der DDR oppositionell betätigt haben, Mitglieder der FDJ, Mitarbeiter/innen des MfS).

Zeitzeugen müssen in der Zeit, über die sie berichten, keine besondere Stellung innegehabt haben.

Was ist ein Zeitzeugeninterview?

Ein Zeitzeugeninterview ist eine geplante und vorbereitete Befragung eines Zeitzeugen, es ist kein spontanes Gespräch.

Man unterscheidet zwei Formen von Zeitzeugeninterviews, das thematische Interview und das biografische Interview. Im *thematischen Interview* wird der Zeitzeuge zu ganz bestimmten, meistens zeitlich begrenzten Sachverhalten befragt. Im *biografischen Interview* erzählt der Zeitzeuge seine Lebensgeschichte oder Ausschnitte daraus.

Zeitzeugeninterviews sind historische Quellen, die, wie jede andere historische Quelle auch, mithilfe bestimmter Methoden ausgewertet werden müssen.

Bei einem Zeitzeugeninterview geht es nicht darum, zu erfahren, wie die Vergangenheit wirklich war, sondern darum, wie sich ein Mensch aus heutiger Sicht an vergangene Ereignisse und Entwicklungen erinnert und wie er sie bewertet.

Wie macht man das, ein Zeitzeugeninterview?

Damit es gelingt, muss ein Zeitzeugeninterview gründlich vorbereitet und sorgfältig durchgeführt werden. Dabei sind verschiedene Dinge und Arbeitsphasen zu beachten. Arbeitsblatt 7 A macht konkrete Vorschläge für die Vorgehensweise bei Zeitzeugeninterviews.

Was sind Vorteile des Zeitzeugeninterviews?

Zeitzeugeninterviews machen Geschichte lebendig und interessant. Sie sind eine wertvolle Ergänzung zu anderen Quellen, weil sie Auskunft über Sachverhalte geben können, über die andere Quellen kaum berichten, so z. B. über Alltagserfahrungen der Menschen in einer bestimmten Zeit.

Zeitzeugeninterviews sind persönlich und man erfährt Genaueres aus einer bestimmten Perspektive. Die besondere Perspektive kann man mit anderen Sichtweisen vergleichen und feststellen, dass es nicht die „eine“ oder die „wahre“ Geschichte gibt.

Wenn man ein Zeitzeugeninterview durchführt, produziert man also in Zusammenarbeit mit dem Zeitzeugen eine historische Quelle, macht selbst „Geschichte“.

¹ In diesem Text wird für die bessere Lesbarkeit nur die männliche Form benutzt, Zeitzeuginnen sind ebenso gemeint.



Zeitzeugeninterviews können Orientierung geben, d. h. die Deutungen des Zeitzeugen können die eigenen Sichtweisen ergänzen oder neue Erkenntnisse bringen; unter Umständen tragen sie auch zur Abgrenzung bei und helfen festzustellen, was man warum selbst anders sieht und bewertet.

Mithilfe von Zeitzeugeninterviews kann man erfahren, wie Menschen aus heutiger Sicht vergangene Erlebnisse und Entwicklungen erinnern und bewerten. Dies kann helfen, die Mitmenschen, die Vergangenheit und die Gegenwart besser zu verstehen und zu lernen, wie Erinnerung – auch die eigene – funktioniert.

Welche Probleme gibt es beim Interviewen?

Oft fällt es den Interviewerinnen und Interviewern schwer, eine kritische Distanz zum Zeitzeugen aufzubauen, also zu hinterfragen, was der Zeitzeuge erzählt. Dies ist jedoch sehr wichtig, damit man nicht Gefahr läuft, das Erzählte als historische Wahrheit einzustufen. Denn Zeitzeugeninterviews sind keine geeigneten Quellen, um z. B. alles über historische Fakten zu erfahren. Oft erinnern sich Zeitzeugen falsch an bestimmte Daten, Orte oder Ereignisfolgen. Außerdem muss bedacht werden, dass die Erinnerung des Menschen lückenhaft und emotional gefärbt ist, weil er schon während des Ereignisses, an das er sich im Nachhinein erinnert, nur Ausschnitte wahrgenommen hat und seitdem vieles vergessen, verdrängt oder revidiert (abgeändert) hat. (Siehe dazu auch 3 M/A.)

Das Gelingen eines Zeitzeugeninterviews, also die Qualität der historischen Quelle, hängt stark davon ab, wie geschickt die Interviewer/innen vorgehen, wie und wonach sie fragen, wie viel Vorwissen sie mitbringen und wie gut sie auf den Zeitzeugen eingehen können.



Zeitzeugen und Interviews – euer Projekt

Zur Ausgangslage:

Zur DDR-Geschichte stehen uns noch Zeitzeugen¹ zur Verfügung, eine besondere Situation im Umgang mit der Vergangenheit, denn naturgemäß ist es nur möglich, noch Lebende nach ihren Erlebnissen, Erfahrungen, Deutungen ... zu befragen.

Eine gute Gelegenheit, „Geschichte“ zu machen! *Jetzt seid ihr dran! Entwickelt ein eigenes Projekt!*

Durch die Arbeit mit der Mappe könnt ihr viele Anregungen erhalten, wisst um Vorteile und Probleme der Zeitzeugenbefragung und des Entstehens „neuer“ Geschichte/n (vgl. vor allem 4 M/A und 6 M). Dieses Arbeitsmaterial kann euch als Checkliste vor, während und nach der Befragung dienen! Es ist sehr ausführlich, entscheidet, was für euch und euer Thema wichtig ist!

- 1.** Entwickelt **eine zentrale Fragestellung**, einen Themenschwerpunkt, der euch interessiert! Beispiele: „Welche Jugendszene/n gab es in der DDR?“, „Wie sah die Erziehung in der DDR aus?“, „Reisen ...“, „Benachteiligung ...“ usw. Entscheidet dabei auch, ob ihr ein biografisches oder ein thematisches Interview führen wollt (vgl. 6 M)!
- 2.** Überlegt, wie ihr **unterschiedliche Zeitzeugen** finden und gewinnen könnt! Die „Unterschiedlichkeit“ in der Zusammensetzung der Befragten kann und sollte in verschiedenen Bereichen liegen, z. B.
 - im Alter der Befragten (dadurch erhält man Erinnerungen von z. B. „Jugend“ über einen längeren Zeitraum der DDR-Geschichte),
 - in der grundsätzlichen Einstellung zum Staat der DDR (dadurch erhält man verschiedene Beurteilungen, von „Zustimmung“ bis „Ablehnung“),
 - im Geschlecht, in der Bildung, im Beruf, im Lebensumfeld (Stadt, Land).
- 3.** Bildet kleine **Arbeitsgruppen**, die sich jeweils auf eine Befragung konzentrieren und die Arbeit untereinander sinnvoll aufteilen.
- 4. Die Phase der Vorbereitung**
Damit es gelingt, muss ein Zeitzeugeninterview gründlich vorbereitet und sorgfältig durchgeführt werden. Dabei sind verschiedene Dinge und Arbeitsphasen zu beachten. Bei der Vorbereitung des Interviews sollte man:
 - sich so gut wie möglich mit dem Thema und dem historischen Hintergrund vertraut machen,
 - sich ausreichend über den Zeitzeugen informieren,
 - sich klar machen, worüber genau man im Interview etwas erfahren möchte, und entsprechende Fragen notieren,
 - den Zeitzeugen gut über den Zweck des Interviews informieren, damit er weiß, worauf er sich einlässt,

¹ In diesem Text wird für die bessere Lesbarkeit nur die männliche Form benutzt, Zeitzeuginnen sind ebenso gemeint.



- sich darauf einstellen, dass der Zeitzeuge eventuell auch sachlich oder moralisch Fragwürdiges berichten könnte,
- sich alle technischen und anderen Hilfsmittel (Aufnahmegerät, Notizblock, Fragenkatalog usw.) bereitlegen und überprüfen.

5. Die Phase der Durchführung

Bei der Durchführung des Interviews sollte man:

- auf eine freundliche Atmosphäre, eine nette Ansprache und einen höflichen Gesprächston achten, damit sich der Zeitzeuge wohl und nicht bloßgestellt fühlt,
- das Interview mit einer möglichst weit gefassten Frage beginnen, um das Gespräch in Gang zu bringen,
- unbedingt Fragen vermeiden, die eine Wertung enthalten, die den Zeitzeugen in eine bestimmte Richtung drängen könnte,
- immer nur eine Frage stellen, nicht mehrere gleichzeitig,
- darauf achten, dass die Fragen kurz und präzise sind,
- die Erzählung des Zeitzeugen möglichst nicht durch Nachfragen unterbrechen, sondern weitere Fragen lieber notieren und im Anschluss stellen,
- den Zeitzeugen durch gezielte Fragen wieder auf das eigentliche Thema zurückbringen, falls er zu sehr abschweift,
- bei jedem neuen Themenabschnitt darauf achten, dass der Zeitzeuge seinen damaligen Aufenthaltsort und seine Rolle deutlich macht, damit man später nachvollziehen kann, ob er tatsächlich Augenzeuge des Geschehens war oder ob er seine Informationen aus anderen Quellen erhalten hat,
- die Berichte des Zeitzeugen nicht infrage stellen, auch wenn er sachlich Falsches erzählt,
- dem Zeitzeugen durch Blickkontakt, Nicken und eventuell Kommentare zu verstehen geben, dass man seinen Ausführungen aufmerksam folgt,
- sich Notizen machen, aber nicht versuchen, alles mitzuschreiben, was der Zeitzeuge sagt, weil ihn dies irritieren könnte,
- ein Verlaufsprotokoll anlegen, in dem man Eindrücke zur Gesprächsatmosphäre, zu Gefühlsäußerungen des Zeitzeugen und andere Dinge festhält, die nicht mit dem Aufnahmegerät aufgezeichnet werden können.

6. Die Phase der Nach- und Aufbereitung

Nachdem das Interview durchgeführt wurde, sollte es transkribiert, d. h. abgeschrieben werden. Das erleichtert die weitere Arbeit mit dem Interview. Danach ist es sinnvoll, den Text in Sinneinheiten zu gliedern und Überschriften dafür zu finden. Wenn es zu aufwendig ist, das gesamte Interview aufzuschreiben, genügt es auch, für jede Sinneinheit Überschriften zu finden und die wichtigsten Sätze wortgetreu herauszuschreiben. Dabei ist es wichtig, zu jeder Sinneinheit zu notieren, an welchem Ort und in welcher Zeit das Erzählte passierte und woher und auf welche Weise der Zeitzeuge davon erfahren hat.



Danach folgt die schwierigste Arbeitsphase, die **Auswertung** des Interviews.

Bei der Auswertung muss man sich genau darüber im Klaren sein, dass der Zeitzeuge im Interview nicht die Vergangenheit schildert, sondern seine Erinnerung an Ereignisse, die schon Jahre oder Jahrzehnte zurückliegen. Es kann sein, dass sich seine heutige Sichtweise stark von der damaligen unterscheidet. Deshalb ist es wichtig, das Erzählte einzuordnen und zu bewerten.

- I. Dazu sollte man in einem **ersten Schritt** einen **tabellarischen Überblick** oder einen **Zeitstrahl** über den Lebensabschnitt **erstellen**, über den der Zeitzeuge berichtet. In einer zweiten Spalte der Tabelle oder einem zweiten Zeitstrahl kann man diesem Überblick Ereignisse aus dem öffentlichen Leben gegenüberstellen, um zu untersuchen, ob und wie die gesellschaftlichen Ereignisse das Privatleben des Zeitzeugen beeinflusst haben.
- II. Im **zweiten Schritt** sollte man das Erzählte **mit anderen Quellen** über den betreffenden Zeitabschnitt (Zeitzeugenberichte, Texte, Fotos usw.) **vergleichen**, um zu überprüfen, wo es Übereinstimmungen oder Abweichungen gibt und ob das Erzählte in sich schlüssig und vollständig ist. Dort, wo es Widersprüche zu anderen Quellen gibt, ist zu überlegen, wie sich diese erklären lassen.
- III. Im **dritten Schritt** sollte man versuchen, das Erzählte **aus verschiedenen Perspektiven** zu **betrachten**, so z. B. aus der Perspektive der damals handelnden Person, aus der Perspektive des heutigen Zeitzeugen und aus der Perspektive des Zuhörers. Das hilft, eine kritische Distanz zur Erzählung des Zeitzeugen aufzubauen, also die Erzählung zu hinterfragen, um zu ermitteln, welche Haltungen, Meinungen und Wertvorstellungen dem Erzählten zugrunde liegen.
Wenn man ein Zeitzeugeninterview durchführt, produziert man also in Zusammenarbeit mit dem Zeitzeugen eine historische Quelle, macht selbst „Geschichte“.

Ein ausführlicher Leitfaden zur Durchführung von Interviews mit vielen Tipps findet sich auch im Internet, vgl. <http://zeitzeugengeschichte.de/pdf/EG-Leitfaden.pdf>.



Opposition und Widerstand in der DDR – Überblick

„Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“

Neues Deutschland (Zentralorgan der SED), 17. Mai 1957:

„Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. [...] Opposition ist nur der Beweis dafür, daß die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen müssen.

[...] In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die Kriegsverbrecher, Monopolisten und Junker entmacht. Hier gehören die Fabriken und Banken dem Volk. [...] Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt, und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. [...] Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müßte sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise, gegen die niedrigen MTS-Tarife [Ausleihgebühren für Maschinen und Traktoren], gegen die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müßte sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat richten. Sie müßte für den Einsatz von Militaristen und Faschisten in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.“

In jeder Phase der SBZ/DDR hat es in der Bevölkerung auch immer eine Vielzahl von Menschen gegeben, die mit den politischen Verhältnissen oder einfach mit den alltäglichen Lebensbedingungen nicht zufrieden waren. Die Gründe dafür waren sehr unterschiedlich und veränderten sich im Laufe der Zeit im Takt mit den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber nur wenige äußerten ihre Unzufriedenheit öffentlich und leisteten aktiv Widerstand gegen die Staatsführung. Die Mehrheit verhielt sich still – meist aus Angst vor Verfolgungen durch die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS.

Die 1940er- und 1950er-Jahre

In den **1940er- und 1950er-Jahren** richtete sich der **Widerstand** in der SBZ/DDR vor allem **gegen** die Errichtung und den Ausbau einer kommunistischen **Diktatur** und die **Spaltung Deutschlands**. Nach den Erfahrungen der NS-Diktatur wollten sich viele Menschen um keinen Preis erneut einer Diktatur ausliefern.

Träger dieses antikomunistischen Widerstandes waren vor allem Mitglieder der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Parteien, Jugendliche, Schüler/innen, Studierende und Angehörige der beiden Kirchen. Aber auch innerhalb der neu gegründeten SED versuchten einige sozialdemokratische Mitglieder, sich gegen die entstehende Diktatur zu wehren. Sie wurden in kürzester Zeit durch sogenannte „Säuberungen“ aus der Partei ausgeschlossen, viele wurden inhaftiert.

Die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS gingen in den 1940er- und 50er-Jahren besonders hart und brutal gegen Oppositionelle vor, vergleichsweise geringe Vergehen wurden mit hohen Gefängnisstrafen geahndet.¹

¹ So wurden zum Beispiel Schüler/innen der Potsdamer Einstein-Oberschule mehrere Jahre lang in sowjetischen Internierungslagern inhaftiert, weil sie sich am 1. Mai 1946 statt der politisch korrekten roten Nelken weiße Nelken angesteckt hatten. Noch schlimmer erging es 1950 dem 18-jährigen Hermann Joseph Flade. Nachdem er mit selbst geschriebenen Flugblättern gegen die undemokratische Volkskammerwahl protestiert hatte, wurde er zum Tode verurteilt. Aufgrund von heftigen Protesten in West-Berlin und der Bundesrepublik (BRD) wurde die Todesstrafe in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt. In Erfurt wurde 1957 ein Arbeiter zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den 17. Juni 1953 als Arbeiteraufstand bezeichnet, den Aufstand in Ungarn 1956 begrüßt und politische Witze über Walter Ulbricht erzählt hatte.



In der Innenstadt von Görlitz demonstrieren am 17. Juni 1953 über 40.000 Menschen. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie)

Ein erster sichtbarer Höhepunkt des Widerstands gegen das SED-Regime war der **Volksaufstand am 17. Juni 1953**. Dem Aufstand vorausgegangen war eine schwere politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise im ganzen Land. Um die Produktion wieder anzukurbeln, hatte die SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen verfügt, ohne jedoch gleichzeitig die Löhne anzuheben. Diese Normerhöhungen nahmen Arbeiter/innen in Berlin zum Anlass, um ihrer Wut auf das SED-Regime bei Kundgebungen und durch Streiks Luft zu machen. Sie forderten die Rücknahme der Normerhöhungen, aber auch freie Wahlen, den Abzug der Besatzungsmacht, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Ablösung der Regierung. Viele Menschen

schlossen sich den Arbeiter/innen an, die Protestaktionen griffen in den nächsten Tagen auf das ganze Land über. Mit Unterstützung der Volkspolizei schlugen sowjetische Besatzungstruppen den Aufstand nieder, Zehntausende Menschen wurden verhaftet, viele Tausend verletzt und mehr als 50 kamen ums Leben. Auch eine unbekannte Anzahl sowjetischer Soldaten, die sich geweigert hatten, auf die Demonstrierenden zu schießen, wurden standrechtlich getötet.² Die SED-Führung reagierte auf den Volksaufstand mit dem intensiven Ausbau ihres Sicherheitsapparates und verschärfte die Verfolgung Andersdenkender.

Schon vor dem Volksaufstand hatten viele Menschen die DDR verlassen und auf diese Weise ihre politische Gegnerschaft bekundet. Nach dem Aufstand nahm der Flüchtlingsstrom noch erheblich zu und wurde zu einem ernststen wirtschaftlichen Problem für die DDR, da besonders junge Menschen und qualifizierte Arbeitskräfte das Land verließen. **1961** entschloss sich die SED-Führung, die Grenze nach West-Berlin durch den **Bau der Berliner Mauer** zu schließen.

Zwischen 1949 und dem Bau der Mauer waren bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 17 Millionen knapp 2,7 Millionen Menschen aus der DDR nach Westdeutschland geflohen, das waren 15% der Bevölkerung.

Die 1960er- und 1970er-Jahre

Nach dem Bau der Mauer ebte der antikommunistische Widerstand in der DDR ab. Die Mehrheit der Menschen kam zu der Überzeugung, dass sie das SED-Regime nicht beseitigen konnten, und sie stellten fest, dass es so gut wie unmöglich geworden war, das Land zu verlassen. Zwar waren sie über den Bau der Mauer zutiefst empört, öffentliche Proteste gab es jedoch nur wenige. Der Schock nach den Ereignissen im Juni 1953 und der anschließenden Verfolgungswelle saß noch zu tief.

Wenn sie ihre Lebensumstände verbessern wollten, blieb ihnen also nur, zu versuchen, das System zu verändern. Jedoch zerschlug sich auch diese Hoffnung schon wenige Jahre später, als **1968** Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei (ČSSR) einmarschierten und den dortigen Reformversuchen gewaltsam ein Ende bereiteten. Die Reformversuche in der Tschechoslowakei hatten die Menschen in der DDR hoffen lassen, dass auch in ihrem Land Veränderungen möglich wären. Aber die Niederschlagung des „**Prager Frühlings**“ hatte ihnen deutlich gemacht, dass

² In Ausnahme-, Belagerungs- oder Kriegszuständen kann, je nach Verfassung, das Standrecht in Kraft treten. Es erlaubt, in einem abgekürzten gerichtlichen Verfahren durch Standgerichte zu entscheiden und eine dabei verhängte Todesstrafe umgehend zu vollstrecken. In der DDR erklärte die sowjetische Besatzungsmacht am Nachmittag des 17. Juni 1953 den Ausnahmezustand und das Standrecht. In den nächsten Tagen wurden von sowjetischen Truppen zahlreiche standrechtliche Todesurteile vollstreckt. Der Ausnahmezustand wurde erst Anfang Juli wieder aufgehoben.



Einheiten der Warschauer Vertragsstaaten rücken mit schwerer Kampftechnik in Prag ein. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie)

dies nicht der Fall war. Zwar waren in der DDR die meisten Menschen, selbst die sonst eher unpolitischen, über die Ereignisse in Prag schockiert. Aber ebenso wie nach dem Mauerbau äußerten dies nur relativ wenige öffentlich in Protestaktionen. In der Folgezeit flüchteten einige aus der DDR oder stellten Ausreiseanträge. Andere versuchten, die verordneten Normen zu umgehen, ohne jedoch politisch aktiv zu werden. Der Großteil richtete sich in diesem Staat ein und lebte angepasst. Nur sehr wenige engagierten sich gegen das SED-Regime.

Zu den wenigen Tausend Menschen, die sich während der **1960er- und 1970er-Jahre** in der DDR oppositionell betätigten, zählten vor allem Intellektuelle und Angehörige

der Evangelischen Kirche.

Die **Intellektuellen**, zu deren bekanntesten Vertretern der Chemiker Robert Havemann, der Philosoph Rudolf Bahro und der Liedermacher Wolf Biermann gehörten, kritisierten die SED-Führung von einem marxistischen Standpunkt aus. Das bedeutet, dass sie weiterhin von der sozialistischen Idee überzeugt, aber mit deren Umsetzung in der DDR unzufrieden waren.

Sie entwickelten **Vorschläge, wie der Sozialismus in der DDR verbessert werden könnte**. Ein zentraler Punkt war immer die Demokratisierung des Staates. Allerdings erreichten diese Vorschläge nur wenige Menschen in der DDR, weil die Texte und Lieder dieser Leute verboten wurden.



Robert Havemann und Wolf Biermann Mitte der 1970er-Jahre. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die oppositionellen Kräfte innerhalb der Kirche erreichten mehr Menschen, vor allem junge Leute, denen die Kirche die Möglichkeit gab, unter ihrem Dach offen über Themen zu sprechen, für die es in der DDR-Gesellschaft sonst kaum Platz gab. Nach und nach entwickelte sich die **Evangelische Kirche** zu einem **Sammelbecken der Opposition**. Den kirchlichen Widerstandskräften ging es vor allem darum, die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit und Unabhängigkeit der Kirchen gegen den totalen Machtanspruch der SED zu behaupten. Ein besonders schockierendes Zeichen (für die Menschen in Ost wie West) gegen die Diktatur setzte der Pfarrer Oskar Brüsewitz, als er sich 1976 öffentlich selbst verbrannte.

Ab **Mitte der 1970er-Jahre** wuchs die Zahl der Menschen, die sich gegen das SED-Regime auflehnten. Verschiedene innen- und außenpolitische Ereignisse hatten ihre Unzufriedenheit verstärkt.³

³ Dazu zählen die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, die Ausbürgerung Wolf Biermanns und die Selbstverbrennung Oskar Brüsewitz' 1976, die Gründung der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ in der Tschechoslowakei, der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan 1979, die Entwicklungen in Polen und der Reformkurs in der Sowjetunion in den 1980er-Jahren.



Es entwickelten sich zwei Richtungen von Kritikerinnen und Kritikern, die „**Hierbleiber**“ und die „**Ausreiser**“. Die „Ausreiser“ sahen für sich keine Perspektive mehr in der DDR und stellten Ausreiseanträge, um so schnell wie möglich nach Westdeutschland übersiedeln zu dürfen. Die „Hierbleiber“ versuchten die DDR von innen zu verändern, eigene funktionsfähige politische Strukturen in der DDR aufzubauen und ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Innerhalb der Evangelischen Kirche, aber auch unabhängig davon, entstanden Friedenskreise, die sich gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und das weltweite Wettrüsten einsetzten und einen zivilen Wehersatzdienst (↗ SoFD) forderten.



Der in der Ost-Berliner Oppositionsszene engagierte Schriftsteller Rüdiger Rosenthal im Juli 1987 vor dem „Tränenpalast“ am Grenzübergang Friedrichstraße. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft



Stoffaufnäher mit dem Symbol der Friedensbewegung, hergestellt 1985/86 in Berlin. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die 1980er-Jahre

Die größte dieser **Friedensinitiativen** und die größte oppositionelle Massenbewegung seit dem Juni 1953 überhaupt war 1980/82 die Protestbewegung ↗ Schwerter zu Pflugscharen mit ungefähr 100.000 Sympathisantinnen und Sympathisanten. Äußeres Kennzeichen der Bewegung waren Aufnäher an der Kleidung, auf denen ein Mann ein Schwert in eine Pflugschar umschmiedet.⁴ Das Tragen dieser Aufnäher war verboten und wurde zeitweilig scharf verfolgt.

Später differenzierten sich die Friedensgruppen in **Umwelt-, Menschenrechts-, Dritte-Welt-, Wehrdiensttotalverweigerergruppen und andere**. Einige davon waren die Frauen für den Frieden, die Jenaer Friedensgemeinschaft, die Initiative Frieden und Menschenrechte (↗ IFM), die Umwelt-Bibliothek (↗ UB) oder der Freundeskreis Wehrdienstverweigerer.

Anfangs waren die Gruppen noch auf wenige Großstädte und Regionen begrenzt, erst am **Ende der 1980er-Jahre** fanden sie eine **größere Zahl von Anhänger/innen in vielen Teilen des Landes**. Anders als die im Geheimen agierenden Oppositionellen der 1960er- und 1970er-Jahre arbeiteten diese Gruppen nun öffentlich und riskierten damit ständig Verfolgung und Repressionen (Unterdrückung).

Die thematischen Schwerpunkte und Anschauungen der einzelnen Gruppen waren sehr unterschiedlich, ebenso auch die Mittel und Wege, mit denen sie ihre Ziele umsetzen wollten. **In einem Punkt waren sie sich aber einig: Das Machtmonopol der SED musste beseitigt werden.** Diese Forderung war jedoch nicht gleichbedeutend damit, die DDR abzuschaffen. Im Gegenteil, die meisten Gruppen wollten die DDR als Staat erhalten, allerdings in stark veränderter Form. Die DDR sollte demokratisiert werden, rechtsstaatliche Strukturen⁵ sollten geschaffen und die allgemeinen Menschenrechte und die Reisefreiheit sollten durchgesetzt werden.

⁴ Die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ lehnt sich an ein Bibelzitat an (Micha 4,3): „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfür nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Die Darstellung des Schmiedes auf dem Aufnäher orientierte sich ironischerweise an einem Denkmal, das die Sowjetunion 1957 der ↗ UNO geschenkt hatte.

⁵ Dazu gehören z. B. die Gewaltenteilung, dabei besonders die Unabhängigkeit der Rechtssprechung, die Rechtssicherheit und die Garantie der Grundrechte.



Um ihre Anliegen in der Öffentlichkeit zu verbreiten, nutzten die Gruppen unterschiedliche Aktionsformen wie Friedensdekaden, Seminare, Workshops, Fastenaktionen, Bluesmessen⁶, Samisdat oder Eingaben an öffentliche Behörden. Einige hatten Kontakt zu westdeutschen Politikerinnen und Politikern und Journalistinnen und Journalisten, die in den Westmedien ab und zu über ihre Arbeit berichteten. Gleichwohl wurden sie von den allermeisten Menschen in der DDR kaum wahrgenommen.

Das MfS dagegen nahm die Gruppen sehr wohl wahr, und zwar als Bedrohung. Dementsprechend beobachtete es sie ständig. In einige Gruppen schleuste das MfS inoffizielle Mitarbeiter/innen (IM) ein, die über Mitglieder und Aktivitäten berichten und die Arbeit der Gruppen behindern sollten. Immer wieder wurden Gruppen auch komplett zerschlagen, die Mitglieder wurden bespitzelt und schikaniert, viele wurden zeitweise verhaftet und einige sogar aus der DDR ausgewiesen, wie Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang und Lotte Templin, Freya Klier und Stephan Krawczyk.⁷

Ab Mitte der 1980er-Jahre begannen sich die Gruppen zu vernetzen und überregionale Zusammenschlüsse zu bilden. Es entstanden die Netzwerke Frieden konkret, Solidarische Kirche, Kirche von Unten, Ökologisches Netzwerk Arche und andere. Gleichzeitig wurden **neue überregionale politische Organisationen** gegründet, die sich zum Teil als **Bürgerbewegungen**, wie z. B. Demokratie Jetzt (DJ) und Neues Forum (NF), und zum Teil als Parteien verstanden, wie z. B. der Demokratische Aufbruch (DA), die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) oder die Grüne Partei der DDR.

Diesen Organisationen schlossen sich in kurzer Zeit Tausende Menschen an. Mittlerweile waren sie durch die Westmedien, die jetzt regelmäßig über sie berichteten, in Ost und West bekannt geworden. Ausschlaggebend für den Beitritt und die Sympathie vieler Menschen mit den Organisationen waren die aktuellen politischen Ereignisse, so z. B. die Reformversuche Michail Gorbatschows in der Sowjetunion (SU), die Wahlfälschung im Mai 1989 in der DDR und die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung.

1989/90 – Friedliche Revolution

Im **Sommer 1989** verschärfte sich die **innenpolitische Krise in der DDR** erheblich, einerseits durch die stetig wachsende Zahl von Menschen, die die DDR über Ungarn und die Tschechoslowakei verließen, und andererseits, weil die SED-Führung weiterhin an ihrem starren Kurs festhielt. Obwohl das Land vor dem finanziellen und wirtschaftlichen Ruin stand, verschloss sich die Parteiführung jeglichen Forderungen nach Reformen, aus Sorge, ihre Macht zu verlieren.

Die Menschen wollten diesen Zustand nicht mehr länger hinnehmen. Am 4. September 1989, einem Montag, gingen in Leipzig erstmals mehrere Hundert Frauen und Männer auf die Straße, um gegen die Politik der SED und für demokratische Reformen zu demonstrieren.



Demonstration in Rostock am 29. Oktober 1989.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

⁶ Bluesmessen waren Gottesdienste, die mit unkonventionellen Predigten, Gebeten, Musik und Sketchen gestaltet wurden. Es wurden Themen aus dem Alltag der Jugendlichen und auch gesellschaftspolitische Fragestellungen behandelt. Die erste Bluesmesse fand 1979 in Berlin statt und wurde von Pfarrer Rainer Eppelmann und dem Bluesmusiker Günter Holwas durchgeführt. Bis 1987 fanden etwa 20 Veranstaltungen statt. Zu den Bluesmessen reisten zeitweilig 8.000 bis 9.000 Jugendliche aus der ganzen DDR an, darunter auch viele nicht religiöse junge Frauen und Männer. Die Staatsführung versuchte, die Veranstaltungen abzusetzen, und das MfS überwachte sie massiv.

⁷ Kurze Biografien der genannten Personen sind zu finden auf http://www.chronikderwende.de/_lexikon/biografien/index_jsp.html.



Dies war der Auftakt der **Friedlichen Revolution**. In den folgenden Wochen versammelten sich in Leipzig immer mehr Menschen zu **Montagsdemonstrationen** und auch in vielen anderen Städten der DDR kam es zu Demonstrationen mit Tausenden Beteiligten. Den Anstoß zu den Demonstrationen hatten die Oppositionellen gegeben, es beteiligten sich aber vor allem auch viele Zehntausend Menschen, die sich bisher nicht politisch betätigt hatten, und sogar unzufriedene Mitglieder der SED demonstrierten mit. Anfangs reagierte die SED-Führung auf diesen Druck noch mit Polizeiterror und Verhaftungen in großem Umfang. Am 9. Oktober, als in Leipzig über 70.000 Menschen auf die Straße gingen, musste die Parteiführung aber einsehen, dass sie gegen diese Menschenmassen nicht mehr mit Gewalt vorgehen konnte und deren Forderungen ernst nehmen sollte. Sie ließ ihre bereits in Stellung gebrachten Truppen wieder abziehen. Nach weiteren Wochen mit Demonstrationen **fiel am 9. November die Berliner Mauer**. Danach überstürzten sich die Ereignisse. Die Bürgerbewegung und Vertreter/innen der Kirche verlangten Verhandlungen mit der Regierung über die demokratische Umgestaltung der DDR. Auf ihren Druck hin entstanden im Dezember 1989 in allen Bezirken die sogenannten **Runden Tische**, an denen sich die DDR-Führung endlich mit der Opposition und der Kirche auseinandersetzen musste.



Am 10. November 1989 feiern die Menschen aus Ost und West an der Berliner Mauer. Foto: Birgit Wenzel

In den folgenden Wochen wurden am Zentralen Runden Tisch in Berlin freie **Volkskammerwahlen**, die Auflösung des MfS und weitere Änderungen vereinbart, die zum Teil auch umgesetzt wurden. So erfolgte im **Januar 1990 die Auflösung des MfS** und im **März 1990 die Durchführung der ersten und letzten freien und demokratischen Volkskammerwahlen**. Nach den Wahlen verloren die Runden Tische ihre Bedeutung.

Im Juli 1990 wurde die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel in der DDR eingeführt, und am **3. Oktober 1990 endete die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik** mit deren Beitritt zur Bundesrepublik (**BRD**).

Die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR endete schon mit der Volkskammerwahl im März 1990. Denn mit der **Demokratisierung des Landes war das wichtigste Anliegen aller Widerstandskräfte seit 1945** erreicht worden. So unterschiedlich ihre sonstigen Ziele und Methoden auch gewesen sein mögen, die Forderung nach demokratischen Wahlen war für alle zentral gewesen.

Anregungen:

1. Der Text ist in eine Einleitung und in verschiedene Zeitabschnitte gegliedert. Einzelne Lernende können einen oder mehrere Abschnitte übernehmen und darüber ein kurzes **Referat** vorbereiten, um die gesamte Gruppe zu informieren. Hilfreich hierfür wäre es, die Zwischenüberschriften und ein paar Schlagwörter für die Zuhörenden zu visualisieren.
2. Plenumsdiskussion zum Verhältnis zwischen Eingangszitat, den Informationen des Textes und eigenen Gedanken.

Verwendete Literatur/Quellen:
22, 39, 40, 54, 76,
b, c, d, g, m, n, p, q und r.

→ 53 M



Opposition und Widerstand in der DDR – Überblick

„Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“

Neues Deutschland (Zentralorgan der SED), 17. Mai 1957:

„Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. [...] Opposition ist nur der Beweis dafür, daß die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen müssen.

[...] In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die Kriegsverbrecher, Monopolisten und Junker entmacht. Hier gehören die Fabriken und Banken dem Volk. [...] Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt, und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. [...] Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müßte sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise, gegen die niedrigen MTS-Tarife [Ausleihgebühren für Maschinen und Traktoren], gegen die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müßte sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat richten. Sie müßte für den Einsatz von Militaristen und Faschisten in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.“

In jeder Phase der SBZ/DDR hat es in der Bevölkerung auch immer eine Vielzahl von Menschen gegeben, die mit den politischen Verhältnissen oder einfach mit den alltäglichen Lebensbedingungen nicht zufrieden waren. Die Gründe dafür waren sehr unterschiedlich und veränderten sich im Laufe der Zeit im Takt mit den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber nur wenige äußerten ihre Unzufriedenheit öffentlich und leisteten aktiv Widerstand gegen die Staatsführung. Die Mehrheit verhielt sich still – meist aus Angst vor Verfolgungen durch die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS.

Die 1940er- und 1950er-Jahre



In der Innenstadt von Görlitz demonstrieren am 17. Juni 1953 über 40.000 Menschen. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BSTU-Kopie)

In den 1940er- und 1950er-Jahren richtete sich der Widerstand in der SBZ/DDR vor allem gegen die Errichtung und den Ausbau einer kommunistischen Diktatur und die Spaltung Deutschlands. Nach den Erfahrungen der NS-Diktatur wollten sich viele Menschen um keinen Preis erneut einer Diktatur ausliefern.

Die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS gingen in den 1940er- und 1950er-Jahren besonders hart und brutal gegen Oppositionelle vor, vergleichsweise geringe Vergehen wurden mit hohen Gefängnisstrafen geahndet.¹

¹ So wurden zum Beispiel Schüler/innen der Potsdamer Einstein-Oberschule mehrere Jahre lang in sowjetischen Internierungslagern inhaftiert, weil sie sich am 1. Mai 1946 statt der politisch korrekten roten Nelken weiße Nelken angesteckt hatten. Noch schlimmer erging es 1950 dem 18-jährigen Hermann Joseph Flade. Nachdem er mit selbst geschriebenen Flugblättern gegen die undemokratische Volkskammerwahl protestiert hatte, wurde er zum Tode verurteilt. Aufgrund von heftigen Protesten in West-Berlin und der Bundesrepublik (BRD) wurde die Todesstrafe in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt. In Erfurt wurde 1957 ein Arbeiter zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den 17. Juni 1953 als Arbeiteraufstand bezeichnet, den Aufstand in Ungarn 1956 begrüßt und politische Witze über Walter Ulbricht erzählt hatte.



Ein erster sichtbarer Höhepunkt des Widerstands gegen das SED-Regime war der **Volksaufstand am 17. Juni 1953**. Arbeiter/innen forderten in Demonstrationen die Rücknahme von Normerhöhungen (mehr Arbeit für das gleiche Geld), aber auch freie Wahlen, den Abzug der Besatzungsmacht, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Ablösung der Regierung. Viele Menschen schlossen sich an, die Protestaktionen griffen in den nächsten Tagen auf das ganze Land über. Mit Unterstützung der Volkspolizei schlugen sowjetische Besatzungstruppen den Aufstand nieder. Es gab Verhaftungen, viele Verletzte und mehr als 50 Tote.²

Zu einem ersten wirtschaftlichen Problem für die DDR wurde die Abwanderung von DDR-Bürger/innen, da besonders junge Menschen und qualifizierte Arbeitskräfte das Land verließen.

1961 entschloss sich die SED-Führung, die Grenze nach West-Berlin durch den **Bau der Berliner Mauer** zu schließen.

Zwischen 1949 und dem Bau der Mauer waren bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 17 Millionen knapp 2,7 Millionen Menschen aus der DDR nach Westdeutschland geflohen, das waren 15% der Bevölkerung.

Die 1960er- und 1970er-Jahre



Einheiten der Warschauer Vertragsstaaten rücken mit schwerer Kampftechnik in Prag ein. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie)

Nach dem Bau der Mauer ebte der antikommunistische Widerstand in der DDR ab. Zwar waren viele über den Bau der Mauer zutiefst empört, öffentliche Proteste gab es jedoch nur wenige. Der Schock nach den Ereignissen im Juni 1953 und der anschließenden Verfolgungswelle saß noch zu tief.

Die Reformversuche in der Tschechoslowakei (↗ ČSSR) **1968** hatten die Menschen in der DDR hoffen lassen, dass auch in ihrem Land Veränderungen möglich wären. Aber die Niederschlagung des „**Prager Frühlings**“ (durch den Einmarsch von Truppen des ↗ Warschauer Paktes) hatte ihnen deutlich gemacht, dass dies nicht der Fall war.

Zu den wenigen Tausend Menschen, die sich während der **1960er- und 1970er-Jahre** in der DDR oppositionell betätigten, zählten vor allem Intellektuelle und Angehörige der Evangelischen Kirche.

Die **Intellektuellen**, zu deren bekanntesten Vertretern der Chemiker Robert Havemann, der Philosoph Rudolf Bahro und der Liedermacher Wolf Biermann gehörten, kritisierten die SED-Führung von einem marxistischen Standpunkt aus. Weiterhin von der sozialistischen Idee überzeugt, entwickelten sie **Vorschläge, wie der Sozialismus in der DDR verbessert werden könnte**. Ein zentraler Punkt war immer die Demokratisierung des Staates.



Robert Havemann und Wolf Biermann Mitte der 1970er-Jahre. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

² In Ausnahme-, Belagerungs- oder Kriegszuständen kann, je nach Verfassung, das Standrecht in Kraft treten. Es erlaubt, in einem abgekürzten gerichtlichen Verfahren durch Standgerichte zu entscheiden und eine dabei verhängte Todesstrafe umgehend zu vollstrecken. In der DDR erklärte die sowjetische Besatzungsmacht am Nachmittag des 17. Juni 1953 den Ausnahmezustand und das Standrecht. In den nächsten Tagen wurden von sowjetischen Truppen zahlreiche standrechtliche Todesurteile vollstreckt. Der Ausnahmezustand wurde erst Anfang Juli wieder aufgehoben.



Allerdings erreichten diese Vorschläge nur wenige Menschen in der DDR, weil die Texte und Lieder dieser Leute verboten wurden.

Nach und nach entwickelte sich die **Evangelische Kirche** zu einem **Sammelbecken der Opposition**. Den kirchlichen Widerstandskräften ging es vor allem darum, die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit und Unabhängigkeit der Kirchen gegen den totalen Machtanspruch der SED zu behaupten. Ein besonders schockierendes Zeichen (für die Menschen in Ost wie West) gegen die Diktatur setzte der Pfarrer Oskar Brüsewitz, als er sich 1976 öffentlich selbst verbrannte.

Ab **Mitte der 1970er-Jahre** wuchs die Zahl der Menschen, die sich gegen das SED-Regime auflehnten. Verschiedene innen- und außenpolitische Ereignisse hatten ihre Unzufriedenheit verstärkt.³

Es entwickelten sich zwei Richtungen von Kritikerinnen und Kritikern, die „**Hierbleiber**“ und die „**Ausreiser**“. Die „Ausreiser“ sahen für sich keine Perspektive mehr in der DDR und stellten Ausreisearträge, um so schnell wie möglich nach Westdeutschland übersiedeln zu dürfen. Die „Hierbleiber“ versuchten die DDR von innen zu verändern und ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Innerhalb der Evangelischen Kirche, aber auch unabhängig davon, entstanden Friedenskreise, die sich gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und das weltweite Wettrüsten einsetzten und einen zivilen Wehersatzdienst (↗ SoFD) forderten.



Der in der Ost-Berliner Oppositionsszene engagierte Schriftsteller Rüdiger Rosenthal im Juli 1987 vor dem „Tränenpalast“ am Grenzübergang Friedrichstraße.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die 1980er-Jahre



Stoffaufnäher mit dem Symbol der Friedensbewegung, hergestellt 1985/86 in Berlin. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die größte dieser **Friedensinitiativen** und die größte oppositionelle Massenbewegung seit dem Juni 1953 überhaupt war 1980/82 die Protestbewegung ↗ **Schwerter zu Pflugscharen** mit ungefähr 100.000 Sympathisantinnen und Sympathisanten. Äußere Kennzeichen der Bewegung waren Aufnäher an der Kleidung, auf denen ein Mann ein Schwert in eine Pflugschar umschmiedet.⁴ Das Tragen dieser Aufnäher war verboten und wurde zeitweilig scharf verfolgt.

Anfangs waren die Gruppen noch auf wenige Großstädte und Regionen begrenzt, erst am **Ende der 1980er-Jahre** fanden sie eine **größere Zahl von Anhängern in vielen Teilen des Landes**.

Bei aller Unterschiedlichkeit waren sich die Gruppen **in einem Punkt einig: Das Machtmonopol der SED musste beseitigt werden**. Dabei wollten die meisten Gruppen die DDR als Staat erhalten, allerdings in stark veränderter, demokratischer Form.⁵

³ Dazu zählen die ↗ KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, die Ausbürgerung Wolf Biermanns und die Selbstverbrennung Oskar Brüsewitz' 1976, die Gründung der Bürgerrechtsbewegung ↗ „Charta 77“ in der Tschechoslowakei, der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan 1979, die Entwicklungen in Polen und der Reformkurs in der Sowjetunion in den 1980er-Jahren.

⁴ Die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ lehnt sich an ein Bibelzitat an (Micha 4,3): „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Die Darstellung des Schmiedes auf dem Aufnäher orientierte sich ironischerweise an einem Denkmal, das die Sowjetunion 1957 der ↗ UNO geschenkt hatte.

⁵ Dazu gehören z. B. die Gewaltenteilung, dabei besonders die Unabhängigkeit der Rechtssprechung, die Rechtssicherheit und die Garantie der Grundrechte.



Nicht die Bevölkerung der DDR insgesamt, sehr wohl aber das **Mfs** nahm die Gruppen wahr, und zwar als Bedrohung. Die Gruppen wurden beobachtet, zum Teil wurden inoffizielle Mitarbeiter/innen eingeschleust, die über Mitglieder und Aktivitäten berichteten, zum Teil wurden Gruppen auch komplett zerschlagen. Mitglieder der Gruppen wurden bespitzelt und schikaniert, viele wurden zeitweise verhaftet und einige sogar aus der DDR ausgewiesen, wie Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang und Lotte Templin, Freya Klier und Stephan Krawczyk.⁶

Ab Mitte der 1980er-Jahre entstanden Netzwerke und **neue überregionale politische Organisationen**, die sich zum Teil als **Bürgerbewegungen**, wie z. B. Demokratie Jetzt (↗ DJ) und Neues Forum (↗ NF), und zum Teil als **Parteien** verstanden, wie z. B. der Demokratischer Aufbruch (↗ DA) oder die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) und die ↗ Grüne Partei der DDR.

Diesen Organisationen schlossen sich in kurzer Zeit Tausende Menschen an. Mittlerweile waren sie durch die Westmedien, die jetzt regelmäßig über sie berichteten, in Ost und West bekannt geworden. Ausschlaggebend für den Beitritt und die Sympathie vieler Menschen mit den Organisationen waren die aktuellen politischen Ereignisse, so z. B. die Reformversuche Michail Gorbatschows in der Sowjetunion (↗ SU), die Wahlfälschung im Mai 1989 in der DDR und die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung.



Demonstration in Rostock am 29. Oktober 1989.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

1989/90 – Friedliche Revolution

Im **Sommer 1989** verschärfte sich die **innenpolitische Krise in der DDR** erheblich, einerseits durch die stetig wachsende Zahl von Menschen, die die DDR über Ungarn und die Tschechoslowakei verließen, und andererseits, weil die SED-Führung weiterhin an ihrem starren Kurs festhielt.

Am 4. September 1989, einem Montag, gingen in Leipzig erstmals mehrere Hundert Frauen und Männer auf die Straße, um gegen die Politik der SED und für demokratische Reformen zu demonstrieren. Dies war der Auftakt der **Friedlichen Revolution**. In den folgenden Wochen versammelten sich in Leipzig immer mehr Menschen zu **Montagsdemonstrationen** und auch in vielen anderen Städten der DDR kam es zu Demonstrationen mit Tausenden Beteiligten. Sogar unzufriedene Mitglieder der SED demonstrierten mit. Anfangs reagierte die SED-Führung

auf diesen Druck noch mit Polizeiterror und Verhaftungen. Als am 9. Oktober in Leipzig über 70.000 Menschen auf die Straße gingen, musste die Parteiführung einsehen, dass sie gegen diese Menschenmassen nicht mehr mit Gewalt vorgehen konnte. Sie ließ ihre bereits in Stellung gebrachten Truppen wieder abziehen. Nach weiteren Wochen mit Demonstrationen **fiel am 9. November die Berliner Mauer**. Danach



Am 10. November 1989 feiern die Menschen aus Ost und West an der Berliner Mauer. Foto: Birgit Wenzel

⁶ Kurze Biografien der genannten Personen sind zu finden auf http://www.chronikderwende.de/_lexikon/biografien/index_jsp.html.



155 überstürzten sich die Ereignisse. Die Bürgerbewegung und Vertreter/innen der Kirche verlangten Verhandlungen mit der Regierung über die demokratische Umgestaltung der DDR. Auf ihren Druck hin entstanden im Dezember 1989 in allen Bezirken die sogenannten ↗ **Runden Tische**, an denen sich die DDR-Führung endlich mit der Opposition und der Kirche auseinandersetzen musste.

160 In den folgenden Wochen wurden am Zentralen Runden Tisch in Berlin freie ↗ Volkskammerwahlen, die Auflösung des MfS und weitere Änderungen vereinbart, die zum Teil auch umgesetzt wurden. So erfolgte **im Januar 1990 die Auflösung des MfS und im März 1990 die Durchführung der ersten und letzten freien und demokratischen Volkskammerwahlen**. Nach den Wahlen verloren die Runden Tische ihre Bedeutung.

165 Im Juli 1990 wurde die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel in der DDR eingeführt, und am **3. Oktober 1990 endete die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik** mit deren Beitritt zur Bundesrepublik (↗ BRD).

170 Die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR endete schon mit der Volkskammerwahl im März 1990. Denn mit der **Demokratisierung des Landes war das wichtigste Anliegen aller Widerstandskräfte seit 1945** erreicht worden. So unterschiedlich ihre sonstigen Ziele und Methoden auch gewesen sein mögen, die Forderung nach demokratischen Wahlen war für alle zentral gewesen.

Anregungen:

1. Der Text ist in eine Einleitung und in verschiedene Zeitabschnitte gegliedert. Einzelne Lernende können einen oder mehrere Abschnitte übernehmen und darüber ein kurzes **Referat** vorbereiten, um die gesamte Gruppe zu informieren. Hilfreich hierfür wäre es, die Zwischenüberschriften und ein paar Schlagwörter für die Zuhörenden zu visualisieren.
2. Plenumsdiskussion zum Verhältnis zwischen Eingangszitat, den Informationen des Textes und eigenen Gedanken.



Die „Norm“ der sozialistischen Persönlichkeit

Stephan Bickhardt im Interview:

„Es ging also um sehr Grundlegendes. Es geht in der Diktatur immer um sehr Grundlegendes, nämlich um die Behauptung von Individualität. [...] Heute ist Individualität eher bei jungen Leuten wahrgenommen als etwas, wo ich mich ständig beweisen muss. Aber wir hatten das Grundproblem, dass sich unsere Individualität ja überhaupt nicht entfalten sollte, sondern es sollte sich die entwickelte – was auch immer das für eine Entwicklung ist – sozialistische Persönlichkeit entfalten. Das war mir ja nun immer das allergrößte Rätsel, was das sein sollte. Ich empfand das einfach immer nur als eine Unverschämtheit. Ich wollte sein, wie ich bin.“

1. Gesellschaftsaufbau nach sowjetischem Vorbild

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der \nearrow SBZ/ \nearrow DDR der Aufbau der Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild durchgeführt. Die sowjetischen Strukturen wurden auf alle gesellschaftlichen Bereiche übertragen und die marxistisch-leninistische Weltanschauung wurde ebenso wie in der Sowjetunion (\nearrow SU) auch in der DDR zur ideologischen Grundlage, auf der die führende Partei ihren Herrschaftsanspruch legitimierte.

2. Vom „neuen Menschen“ zur „sozialistischen Persönlichkeit“

Um ihre Macht zu sichern, gehörte es zu den gesellschaftspolitischen Zielen der \nearrow SED, die Menschen in der DDR zu treuen Staatsbürgern zu erziehen. Die SED propagierte ein idealisiertes sozialistisches Menschenbild, das in den 1950er-Jahren unter dem Schlagwort „neuer Mensch“ und seit den 1960er-Jahren als „sozialistische Persönlichkeit“ programmatisch gestaltet wurde. Der neue Mensch bzw. die sozialistische Persönlichkeit zeichnete sich besonders dadurch aus, dass er oder sie über vielseitiges Wissen und Können verfügte, arbeitsam war, ein ausgeprägtes sozialistisches Bewusstsein besaß, sich stets diszipliniert und nach sozialistischen Maßstäben moralisch verhielt, kulturell und sportlich interessiert und aktiv war und insgesamt eine positive, optimistische Lebensauffassung vertrat.

Dieses Menschenbild gründete sich auf die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie, laut der es nach der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse möglich sei, eine gerechte, soziale und freie Gesellschaft zu schaffen, in der jeder Mensch all seine geistigen, körperlichen und kulturellen Fähigkeiten voll entfalten und seine materiellen und geistigen Bedürfnisse vollständig befriedigen könne.

3. Die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“, 1958

Als konkrete Richtschnur für korrektes sozialistisches Verhalten und Handeln, an der sich die Menschen orientieren sollten, verkündete Walter Ulbricht im Juli 1958 auf dem 5. Parteitag der SED die folgenden „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“. Die Gebote wurden auf dem nächsten SED-



Parteitag 1963 in das Parteiprogramm aufgenommen und 1976 ersetzt durch die knappe Formulierung, dass jedes Parteimitglied die Pflicht habe „die Normen der sozialistischen Moral und Ethik einzuhalten und die gesellschaftlichen Interessen über die persönlichen zu stellen“¹.

10 GEBOTE

für den neuen sozialistischen Menschen

- 1 DU SOLLST Dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.
- 2 DU SOLLST Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen.
- 3 DU SOLLST helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.
- 4 DU SOLLST gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.
- 5 DU SOLLST beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.
- 6 DU SOLLST das Volkseigentum schützen und mehren.
- 7 DU SOLLST stets nach Verbesserung Deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
- 8 DU SOLLST Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.
- 9 DU SOLLST sauber und anständig leben und Deine Familie achten.
- 10 DU SOLLST Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.

WALTER ULBRICHT AUF DEM V. PARTEITAG DER SED
AM 10. JULI 1958 IN BERLIN

Flugblatt „10 Gebote für den neuen sozialistischen Menschen“. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

¹ Moral, Sozialistische, in: Enzyklopädie der DDR. Personen, Institutionen und Strukturen in Politik, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft und Kultur. CD-ROM, Berlin 2004.



4. Erziehung und Bildung der Jugend, 1965, 1969 und 1979

Für die schulische und außerschulische Erziehung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wurde die Formung von sozialistischen Persönlichkeiten als primäres Bildungsziel gesetzlich festgeschrieben. So hieß es in § 1 des 1965 verabschiedeten Bildungsgesetzes: „Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewusst das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen.“²

Speziell für Jugendliche definierte das Jugendgesetz von 1974 ähnlich zu den „Zehn Geboten“ Leitsätze, die all ihren Entscheidungen zugrunde liegen sollten. Außerdem legte es fest, dass es eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Gesellschaft sein sollte, „alle jungen Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, als Patrioten und Internationalisten denken und handeln, den Sozialismus stärken und gegen alle Feinde zuverlässig schützen. Die Jugend trägt selbst hohe Verantwortung für ihre Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten.“³

5. Die sozialistische Persönlichkeit – Ausgangspunkt und Zielvorgabe

Die Erziehung der Menschen in der DDR zu neuen Menschen bzw. sozialistischen Persönlichkeiten sollte von frühester Kindheit an lebenslang geschehen und sich in einem kontinuierlichen gesamtgesellschaftlichen Prozess vollziehen, sowohl im Bereich der Schule bzw. der Arbeitswelt als auch im Privaten. Jeder sollte sich an diesem Prozess beteiligen: die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, die Massenorganisationen und andere öffentliche Institutionen sowie Vorgesetzte und Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, Freizeitbekanntschaften, der Freundeskreis und nicht zuletzt die Familie. Eine sozialistische Lebensweise war also einerseits das Ergebnis der Entwicklung der Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten und andererseits die Voraussetzung der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung.

6. Schule und Pläne

Formuliertes Ziel des einheitlichen, zentralistisch organisierten Bildungssystems in der DDR war es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von Geschlecht, Abstammung, sozialer Herkunft und Wohnort gleiche Bildungschancen auf hohem Niveau zu ermöglichen. Kern dieses Bildungssystems war die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule (↗ POS). Einige wenige Schüler/innen durften unter bestimmten Voraussetzungen im Anschluss an die POS die Erweiterte Oberschule (↗ EOS) besuchen und dort das Abitur ablegen. Die Zulassung zum Abitur sowie die Aufnahme an einer Hochschule oder Universität war zahlenmäßig stark begrenzt und nicht nur von den Leistungen der Jugendlichen abhängig, sondern auch von ihrer politischen Zuverlässigkeit und der sozialen Herkunft. So war Kindern aus oppositionellen oder christlichen Elternhäusern der Zugang zu höherer Bildung oft versagt. Hier wurde die Bildungspolitik ihrem Gleichheitsanspruch also nicht gerecht.

² <http://www.verfassungen.de/de/ddr/schulgesetz65.htm>.

³ <http://www.verfassungen.de/de/ddr/jugendgesetz74.htm>.



In den Lehrplänen war festgeschrieben, dass die einzelnen Fächer neben den fachspezifischen Inhalten immer auch sozialistische Werte und Weltanschauung vermitteln sollten. Den Naturwissenschaften, dem sogenannten polytechnischen Unterricht und den ideologisch-politischen Fächern wurde besondere Bedeutung beigemessen.⁴ Andere Fächer dagegen wurden als zweitrangig angesehen.

7. Beiträge von Organisationen

Eine Art paralleles Erziehungssystem für die Kinder und Jugendlichen stellten die staatlichen Kinder- und Jugendorganisationen, d. h. die Pionierorganisation (PJO) und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) dar. Sie boten sowohl im Rahmen der Schule als auch im außerschulischen Bereich vielfältige Freizeitaktivitäten an und konnten auf diese Weise Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen ausüben. Die Mitgliedschaft in den Organisationen war formal zwar freiwillig, jedoch konnte eine Nichtmitgliedschaft negative soziale und berufliche Konsequenzen haben. So war zum Beispiel eine Mitgliedschaft in der FDJ meist Voraussetzung für den Besuch der EOS und der Hochschule oder dafür, die gewünschte Lehrstelle zu bekommen.

Ebenso wie für Kinder und Jugendliche galt der allumfassende Erziehungsanspruch der SED-Führung auch für die Erwachsenen. Arbeits- und Nachbarschaftskollektive⁵, gesellschaftliche Massenorganisationen⁶ und Maßnahmen der Erwachsenenbildung sollten den Einfluss der SED bis in den persönlichen Alltag der Menschen hinein gewährleisten.

Sogar der private Freizeitbereich jenseits der staatlichen Institutionen sollte zur Formung der sozialistischen Persönlichkeiten beitragen. Es gab zahlreiche Angebote für die individuelle und zugleich gelenkte Freizeitgestaltung, wie z. B. Kinos, Theater, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Sportvereine, Kleingartenvereine, Tanzveranstaltungen und Jugendclubs. Diese Angebote wurden direkt aus staatlichen Mitteln, über die Massenorganisationen oder Betriebe finanziert und unterlagen dadurch einer gewissen staatlichen Kontrolle.

8. „Erfolge“?

Trotz all dieser Bemühungen der SED-Führung, die Menschen in der DDR in ihrem Sinne zu erziehen, blieb der Anteil der überzeugten Sozialistinnen und Sozialisten geringer als erhofft. Viele Menschen waren zwar formal Mitglieder der gesellschaftlichen Massenorganisationen, waren in ihren Betrieben in Arbeitskollektive integriert und nahmen in ihrer Freizeit staatlich geförderte Angebote in Anspruch, jedoch engagierten sich aus Sicht der Machthaber/innen eher wenige politisch. Vielmehr versuchten viele, der Lenkung und Kontrolle ihres Lebens so weit wie möglich zu entgehen, indem sie sich ins Private zurückzogen.

⁴ Der polytechnische Unterricht umfasste alle Klassenstufen. In Klasse 1 bis 6 erhielten die Schüler/innen Schulgarten- und Werkunterricht, in Klasse 7 und 8 wurde das Fach Technisches Zeichnen unterrichtet. In Klasse 7 bis 10 sollten die Schüler/innen in den Fächern Einführung in die sozialistische Produktion und Produktive Arbeit in die Theorie und Praxis des Arbeitsalltags eingeführt werden. Zur ideologisch-politischen Bildung gehörte neben dem Fach Staatsbürgerkunde ab 1978 auch der sog. Wehrkundeunterricht, in dem die Mädchen und Jungen der 9. und 10. Klassen eine vormilitärische Ausbildung erhielten. Die Wehrerziehung wurde sowohl während des Unterrichts als auch in der Freizeit durchgeführt. Die Jungen mussten Lehrgänge in Ausbildungslagern absolvieren, wo sie u. a. Exerzier- und Schießübungen durchführten, während die Mädchen Sanitätsdienste erlernen sollten.

⁵ Arbeitskollektive wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebildet, die in einem Betrieb in der gleichen Produktionseinheit oder Abteilung zusammenarbeiteten. Die Angehörigen eines Kollektivs sollten ohne Konkurrenz und ohne Statusunterschiede kameradschaftlich zusammenarbeiten, um die Produktionsziele zu erfüllen. Darüber hinaus wurde erwartet, dass die Mitglieder eines Kollektivs einander bei beruflichen und auch privaten Problemen unterstützten und sogar einen Teil ihrer Freizeit miteinander verbrachten. Auf diese Weise wurde durch die Arbeitskollektive gesellschaftliche Kontrolle über das Privatleben der Menschen ausgeübt. Ähnlich funktionierten auch die Nachbarschaftskollektive.

⁶ Zu den gesellschaftlichen Massenorganisationen gehörten z. B. die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, der Kulturbund, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, die Volksolidarität und viele andere.



Die „Norm“ der sozialistische Persönlichkeit – Was ist das?

Stephan Bickhardt sagt in einem Interviewausschnitt (vgl. 9 M) über die sozialistische Persönlichkeit: „Das war mir ja nun immer das allergrößte Rätsel, was das sein sollte.“ Für den DDR-Staat war die sozialistische Persönlichkeit ein wichtiges Erziehungsziel.

Jetzt seid ihr dran!

Legt zunächst ein „Ergebnisblatt zu 9 M“ an und haltet darauf anschließend alle Teilergebnisse stichwortartig fest!

Ergebnisblatt zu 9 M:

1. Textarbeit:

Bildet Kleingruppen von vier Personen und teilt den Text 9 M jeweils untereinander auf. (Vorschlag: A: 1.–2.; B: 3.; C: 4.–5.; D: 6.–8.)

Jede/r wird „Expert/in“ für seinen/ihren Textteil, d. h., ihr erarbeitet die wesentlichsten Inhalte, um sie den anderen im Anschluss zu präsentieren.

Tipps/Vorgehen: Dafür kann man z. B. Textteile farbig markieren, eine Liste mit Stichwörtern anlegen oder eine Map erstellen. Jede/r sollte seinen/ihren Teil nicht länger als drei Minuten vorstellen.

2. Denkarbeit:

Schaut euch jetzt gemeinsam (in der Kleingruppe) noch einmal genauer die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ (vgl. 3. in 9 M) an.

Stellt Vermutungen an:

- a) Warum gerade zehn Gebote?
- b) Warum zehn Gebote und nicht Regeln oder Hinweise?

Haltet eure Diskussionsergebnisse in Stichwörtern auf dem Ergebnisblatt fest.

3. Definitionsarbeit:

Die „Norm“ – Was ist das?

Wisst ihr jetzt, was eine sozialistische Persönlichkeit ist?

Versucht eine kurze Zusammenfassung auf eurem Ergebnisblatt zu formulieren.

4. Persönliche Urteilsbildung:

Wie denkt ihr persönlich über diese sozialistische Persönlichkeit?

Haltet ihr sie

- a) für ein anzustrebendes Ziel?
- b) für ein erreichbares Ziel?

Oder ...?

Begründet eure Meinung!

5. Kreativität:

GESUCHT: Die „ideale“ Persönlichkeit (abseits von politischen oder ideologischen Vorstellungen)!

Entwerft (allein oder in der Kleingruppe) euer Idealbild und vergleicht es mit dem Ergebnis von Aufgabe 3!



Was sind eigentlich „Stasi-Methoden“? – Formen von Repression und Unterdrückung in der DDR

Wer unterdrückte wen?

Während des gesamten Bestehens der DDR versuchte die SED-Führung, ihre Macht zu erhalten und zu sichern, indem sie das Leben der Bürgerinnen und Bürger umfassend kontrollierte und lenkte. Sie ging mit verschiedenen Formen der Verfolgung und Unterdrückung gegen all jene Menschen vor, die sie als Bedrohung ihrer Alleinherrschaft empfand. Das waren Personen, die sich in irgendeiner Weise unangepasst verhielten, sich z. B. in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder Bereichen außerhalb der staatlichen Strukturen engagierten (z. B. Kirchen-, Umwelt-, Friedens- oder Menschenrechtsgruppen) oder bestimmten Jugendsubkulturen angehörten (z. B. Punks, Skinheads).



Formen der Machtausübung änderten sich

Die Formen der Machtausübung veränderten sich im Laufe der 40-jährigen DDR-Geschichte. In den 1940er-, 1950er- und zum Teil auch noch in den 1960er-Jahren reagierten die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS besonders brutal auf nonkonformes Verhalten, oft mit körperlicher Gewalt und hohen Gefängnisstrafen. Später wurden verstärkt weniger sichtbare, „weichere“, meist nicht-straftrechtliche Methoden zur Einschüchterung und Disziplinierung angewendet.¹

Die „weichen“ Formen der Verfolgung (ab den 1970er-Jahren)

a) Ausübende

Für die praktische Durchführung der „weichen“ Formen der Verfolgung war vor allem das MfS verantwortlich, aber auch andere Institutionen und Personen waren beteiligt, wie z. B. das Ministerium des Inneren, die Verwaltungsbehörden der Bezirke und Kreise, Betriebs-, Universitäts- und Schulleitungen, Sparkassenfilialen oder behandelnde Ärztinnen und Ärzte.



b) Ziele

Ziel der „weichen“ Repressionsmaßnahmen, die das MfS „Zersetzung“ nannte und in einem eigenen sogenannten „Politisch-Operativem Wörterbuch“ definierte, war es zunächst, so viel wie möglich über die Betroffenen zu erfahren. Dann wurde versucht, so in ihr Leben einzugreifen und sie psychisch zu beeinflussen und zu steuern, dass sie ihr kritisches Verhalten aufgaben. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden unterschiedliche Mittel und Methoden eingesetzt, oft auch in Kombination.²

c) Mittel und Methoden

Die Betroffenen wurden systematisch durch hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IM) des MfS überwacht und bespitzelt, sie wurden abgehört und ihre Post wurde

¹ Die Veränderung der Herrschaftstechniken war kein Anzeichen für eine allmähliche Demokratisierung des Landes, sondern durch innen- und außenpolitische Zwänge verursacht.

² Die Aufzählung ist nicht vollständig.



kontrolliert, um Anhaltspunkte für ein Vergehen zu finden oder sie zu verunsichern. Meist waren diese Maßnahmen für die Betroffenen nicht sichtbar, manchmal wurden sie aber auch offen durchgeführt.³

35 ■ Kontakte zwischen Ost und West wurden systematisch unterbunden, indem den Betroffenen keine Aus- oder Einreisegenehmigungen erteilt wurden, ihre Post einbehalten wurde und Telefongespräche gestört wurden.⁴

40 ■ Im persönlichen und beruflichen Umfeld der Betroffenen wurden gezielt Konflikte, Schwierigkeiten und Misserfolge herbeigeführt, um sie zu verunsichern und zu entmutigen und ihnen somit die Energie und Zeit für ihr kritisches Engagement zu nehmen.

45 ■ Persönliche und berufliche Beziehungen wurden belastet bzw. zerstört, indem demütigende Gerüchte über die Betroffenen verbreitet wurden. Dazu gehörten Aussagen wie, dass sie im Beruf versagen würden, alkoholabhängig seien, ihre/n Ehepartner/in betrügen würden, homosexuell seien oder Kontakte zu rechtsextremen Kreisen, zu westlichen Geheimdiensten oder zum MfS pflegen würden. Besonders der Verdacht, dass die Betroffenen heimlich Kontakte zu einflussreichen staatlichen Stellen unterhielten, konnte zusätzlich verstärkt werden, indem ihnen unvermittelt Vergünstigungen und Privilegien gewährt wurden, z. B. Westreisen, eine größere Wohnung, ein Telefonanschluss, Urlaubsplätze, Karrierechancen oder Auszeichnungen.

50 ■ Die Betroffenen wurden psychisch zermürbt, indem ihnen anonyme⁵ oder pseudonyme⁶ Briefe gesendet, sie durch regelmäßige (nächtliche) Telefonanrufe belästigt, beschimpft und bedroht sowie anrühige Annoncen oder Bestellungen in ihrem Namen aufgegeben wurden.⁷

55 ■ Um die Betroffenen einzuschüchtern oder womöglich „auszuschalten“, wurden z. B. ihre Fahrzeuge beschädigt, wurde körperliche Gewalt gegen sie angewendet, ihre Lebensmittel wurden vergiftet, sie wurden ärztlich falsch behandelt (bis hin zur Einweisung in psychiatrische Kliniken) oder es wurden auch eventuelle Selbstmordabsichten unterstützt.⁸

3 Stephan Bickhardt berichtet im Interview, wie seine Wohnung nachts mit hellen Scheinwerfern ausgeleuchtet wurde. Seine Frau empfand dies als sehr beängstigend. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1986.)

4 Peter Bickhardt erzählt im Interview, dass er 1964 nicht zur Beerdigung seines Vaters in die Bundesrepublik reisen durfte (vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1964). Später wurden ihm auch Dienstreisen in die BRD, nach West-Berlin und sogar ins sozialistische Ausland verweigert. Familie Bickhardt hielt über die deutsch-deutsche Grenze hinweg Kontakt per Post und wendete dabei verschiedene Tricks an, um die Briefzensur zu umgehen. So benutzten Bickhardts zum Beispiel einen Geheimcode für die Übermittlung besonders wichtigster Nachrichten: Nach ?! im Brief begann der Code. Danach musste jedes fünfte Wort jedes Satzes gelesen werden, um die versteckte Botschaft zu entschlüsseln. Das Ende des Codes wurde durch - - angezeigt. Um zu markieren, dass ein Brief bzw. eine Postkarte einen Code enthält, wurde der Name des Empfängers auf dem Briefumschlag bzw. der Postkarte unterstrichen. – Mit einer ebenfalls sehr einfachen, aber wirkungsvollen Methode konnten die Bickhardts überprüfen, ob Briefe von Verwandten aus dem anderen Teil Deutschlands vom MfS kontrolliert worden waren. Sie brauchten sich lediglich die Briefumschläge genau anzusehen. Waren diese sauberlich verschlossen, wussten die Empfänger, dass das MfS die Briefe geöffnet und gelesen hatte. Denn sie selbst klebten Briefe nie vollständig zu, sondern ließen immer einige Millimeter der Klebekante offen.

5 Anonym: ohne Namensangabe.

6 Pseudonym: unter einem Decknamen verfasst.

7 Das MfS gab 1985 im Namen von Wolfgang Templin, einem bekannten Bürgerrechtler und Mitbegründer der Oppositionsgruppe Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), mehrere Annoncen, Bestellungen und Kontaktanzeigen auf bzw. antwortete auf solche Anzeigen. Daraufhin meldete sich eine Vielzahl von Personen bei Templin, die Waren liefern und bezahlt haben wollten (z. B. antike Möbel, Baumaschinen, lebende Hühner, zehntausende Kondome), die von ihm etwas kaufen oder sich zu einem Rendezvous mit ihm verabreden wollten. Erst nach dem Parteitag der SED im April 1986, zu dem die IFM einen Protestbrief vorbereitet hatte, stellte das MfS die Annoncenkampagne gegen Templin ein.

8 In den MfS-Akten nachgewiesen ist der Mordversuch an dem Fluchthelfer Wolfgang Welsch und seiner Familie im Jahr 1981 mittels Gift. Überliefert ist ebenso ein Plan für die Ermordung des 1962 beim Dienst an der Grenze geflohenen Soldaten Rudi Thurow vom November 1963. Ungeklärt ist, inwieweit das MfS am Tod des Fußballspielers Lutz Eigendorf beteiligt war, der 1979 von einem Spiel in der Bundesrepublik nicht mehr in die DDR zurückkehrte und 1983 an den Folgen eines mysteriösen Autounfalls starb.



Die Betroffenen wurden durch strafrechtliche Maßnahmen schikaniert und eingeschüchtert. Dazu gehörten u. a. Hausdurchsuchungen, Zuführungen⁹, Vernehmungen, Beschlagnahmen, Einziehung des Fahrzeugs, Entzug des Führerscheins, Ausbürgerungen, Aufenthaltsbeschränkungen (Hausarrest¹⁰, Berlin-Verbot u. ä.), Ordnungsstrafen, (angedrohter) Entzug des Erziehungsrechtes für die eigenen Kinder und Ausstellung eines behelfsmäßigen Personalausweises, der jede legale Ausreise aus der DDR, auch in die befreundeten sozialistischen Nachbarstaaten, unmöglich machte.

Zugrunde liegende Strukturen für Repressionen und Unterdrückung

Die genannten direkten Formen der Unterdrückung und Verfolgung betrafen meist Einzelne. Die Voraussetzung dafür, dass sie überhaupt funktionieren konnten, bildeten aber die allgemeinen Strukturen und Rahmenbedingungen der DDR-Diktatur, die disziplinierend und unterdrückend auf die ganze Gesellschaft wirkten. Dazu zählten u. a.:

- die Alleinherrschaft einer Partei ohne demokratische Legitimation
- staatliche Strukturen ohne Gewaltenteilung
- das Fehlen jeglicher demokratischen Öffentlichkeit
- das der Politik der SED untergeordnete Rechtssystem
- das Grenzregime
- die staatliche Zensur
- der hierarchische Aufbau und die dichte Vernetzung aller gesellschaftlichen Institutionen
- die Berufslenkung und das Kaderwesen
- die Willkür und Undurchschaubarkeit des „verwaltungsrechtlichen“ Verhaltens z. B. bei Entscheidung über Anträge aller Art und bei der Vergabe oder Verweigerung von Vorteilen
- Privilegien und Teilhabe an der Macht

⁹ Bei den DDR-Sicherheitskräften üblicher Begriff für Festnahme.

¹⁰ Stephan Bickhardt berichtet im Interview, dass ihm an Tagen, an denen hoher Staatsbesuch in Berlin erwartet wurde, verboten war, seine Wohnung zu verlassen. Um dies sicherzustellen, postierten sich Mitarbeiter des MfS vor seiner Wohnungstür. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1986.)



Was sind eigentlich „Stasi-Methoden“? – Formen von Repression und Unterdrückung in der DDR

Einzel- oder Partnerarbeit:

Legt doch mal ein **Denkblatt** an, das geht so:

1. Nehmt ein leeres, mindestens A4-großes Blatt (Querformat) und schreibt das Thema (Was sind eigentlich „Stasi-Methoden“?) in die Mitte. Darum herum schreibt (und wenn ihr wollt, zeichnet) ihr auf, was ihr darüber wisst. Das können Begriffe, Aussagesätze, Vermutungen, Fragen sein. Ergänzt eure Einträge auch durch Zeichen (Pfeile, Ausrufezeichen usw.)!
2. Arbeitet jetzt mit 11 M weiter. Lest den Text (auch arbeitsteilig möglich).
3. Anschließend oder parallel dazu geht die Arbeit am Denkblatt weiter. Jetzt könnt ihr Antworten auf eure Fragen eintragen, zusätzliche Begriffe oder Aussagen einfügen, Vermutungen bestätigen oder verwerfen ...
4. Die fertigen Denkblätter könnt ihr an einer Wand „ausstellen“ und die Ergebnisse vergleichen.

Plenumsdiskussion:

5. Diskutiert miteinander!

Impulse für die Diskussion:

- Was hat sich an euren Vermutungen, eurem Vorwissen durch 11 M bestätigt?
- Was war neu, was unvermutet, was erstaunlich für euch?
- Könnt ihr verstehen, dass und warum Menschen zu IM wurden? (Vergleicht hierzu auch 16 M/A.)
- Macht euch sachkundig und diskutiert:
Welche staatlichen „Überwachungsmaßnahmen“ werden zurzeit in Deutschland diskutiert? Welche Meinungen werden vertreten? Wie steht ihr dazu?



Wissenswertes zu den Inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit

Die Arbeit der inoffiziellen Mitarbeiter/innen des MfS war für die SED unverzichtbar. Die IM trugen zum Funktionieren des politischen Systems und zum Machterhalt der SED bei.

40 Jahre DDR – ca. 624.000 IM insgesamt

DDR-Bürger/innen	ca. 612.000
BRD-Bürger/innen, Bürger/innen anderer westlicher Staaten	ca. 12.000
Durchschnittsalter	zwischen 25 und 40 Jahre
IM unter 25 Jahren	7 %
„Durchschnitts-IM“	männlich
Frauenanteil, DDR-IM	7 %
Frauenanteil, IM im westl. Ausland	28 %

Angaben aus: Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Bd. 3, Berlin 2008.

Wo wurden IM eingesetzt?

IM wurden in praktisch allen Bereichen des Lebens eingesetzt, um Informationen über einzelne Personen oder Personengruppen, Stimmungen in der Gesellschaft, Verhältnisse am Arbeitsplatz, in der Schule, der Universität und in Vereinen zu sammeln, um bestimmte Vorgänge direkt zu beeinflussen oder um das MfS logistisch¹ zu unterstützen.

Wie wurde man IM?

Das MfS suchte gezielt Personen aus, die für eine IM-Tätigkeit infrage kamen, überprüfte sie, ihr Umfeld und ihre Einsatzmöglichkeiten und versuchte dann, sie als IM anzuwerben. Für die inoffizielle Zusammenarbeit konnte man sich also *nicht freiwillig* melden.

In der DDR-Gesellschaft galt das MfS zwar als allmächtig und fast allwissend, aber auch als abstoßend und anrüchig. „Spitzeltätigkeit“ wurde von den meisten Menschen als negativ empfunden und abgelehnt. Wer sich trotzdem als IM werben ließ, muss also Motive gehabt haben, die stärker waren als die eigenen Skrupel.

Was waren Motive für die Mitarbeit?

Die Beweggründe konnten sehr unterschiedlich sein, das Spektrum reichte von politischer Überzeugung oder zumindest der Ansicht, dass diese Arbeit notwendig sei, über die Aussicht auf Anerkennung, Belohnung und persönliche Vorteile bis hin zu Ängsten oder auch Rachegelüsten

¹ Eine eigene Kategorie von IM stellte dem MfS zeitweise ein Zimmer, ihre Wohnung oder ihr Haus für geheime Treffen zur Verfügung oder gestatteten dem MfS, ihre Adresse oder ihr Telefon als Deckadresse bzw. Decktelefon zu benutzen.



oder dem Wunsch nach Macht und der Sehnsucht nach Geborgenheit und Akzeptanz.²

Am häufigsten kam die Zusammenarbeit aus ideellen³ Gründen zustande. So konnten IM zum Beispiel der Meinung sein, durch ihre inoffizielle Arbeit mitzuhelfen, gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Probleme zu lösen und Missstände zu beseitigen. Sie glaubten, wenn das MfS nur möglichst genau über die wirkliche Stimmung in der Bevölkerung informiert wäre, würde sich die Politik zugunsten der Bürger/innen ändern.

Andere waren davon überzeugt, dass die DDR das bessere, gerechtere System sei, und sahen in ihrer IM-Tätigkeit einen notwendigen Beitrag, dieses System zu stärken.

An zweiter Stelle kam das Motiv des persönlichen Vorteils. Viele erhofften sich Anerkennung und Belohnung für ihre Bemühungen in Form von Unterstützung bei Ausbildung, Studium oder Berufskarriere, bei privaten Hobbys, dem Kauf von Luxusgütern oder Reisen. Materielle Anreize, wie Geld oder Sachgeschenke, waren eher die Ausnahme und blieben meist in einem kleineren Rahmen.

Einige Menschen, besonders solche ohne feste soziale Bindungen, ließen sich auf die inoffizielle Zusammenarbeit ein, weil ihnen die Mitarbeiter/innen des MfS ein Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit gaben, sie scheinbar ernst nahmen und wertschätzten.

Andere betätigten sich aus Neid, Missgunst oder Rachegefühlen als IM, in der Absicht, unliebsamen Mitmenschen Schaden zuzufügen; wieder andere aus dem Wunsch heraus, an der Macht teilzuhaben.

Wurde bei der Anwerbung Druck ausgeübt?

Erpressungen und Nötigungen wurden oft bei Personen angewendet, die berufliche, private oder politische Normverletzungen, Regelverstöße oder Straftaten begangen hatten. Ihnen wurde versprochen, dass ihre Taten nicht öffentlich gemacht oder geahndet (bestraft) würden, wenn sie sich als IM verpflichteten. Personen, die bereits im Gefängnis saßen, wurden Hafterleichterungen oder Strafrabatte in Aussicht gestellt.

Viele Menschen hatten Angst, dass eine Ablehnung der inoffiziellen Arbeit negative berufliche oder persönliche Konsequenzen für sie oder ihnen nahestehende Personen nach sich ziehen würde – teilweise wurde ihnen dies durch die Mitarbeiter/innen des MfS auch eindeutig suggeriert – und sie weigerten sich deshalb nicht, mitzumachen. In der Regel war diese Angst zwar unbegründet, weil das MfS in den meisten Fällen, von Ausnahmen abgesehen, eine Weigerung akzeptierte und die Betroffenen nicht weiter behelligte. Jedoch war dieser Umstand allgemein nicht bekannt, sodass nur sehr wenige die Zusammenarbeit von Anfang an konsequent ablehnten.

Konnte man „aussteigen“?

Einige IM versuchten, ihre inoffizielle Arbeit nach einiger Zeit zu beenden, indem sie Ausreden erfanden, nicht zu vereinbarten Treffen erschienen oder nur wertlose Informationen weitergaben. Die wirkungsvollste Methode war, sich zu „dekonspirieren“, d. h., seine Verbindung zum MfS offenzulegen, denn sobald ein/e IM einer anderen Person von ihrer/seiner inoffiziellen Arbeit erzählte, wurde sie/er für das MfS unbrauchbar.

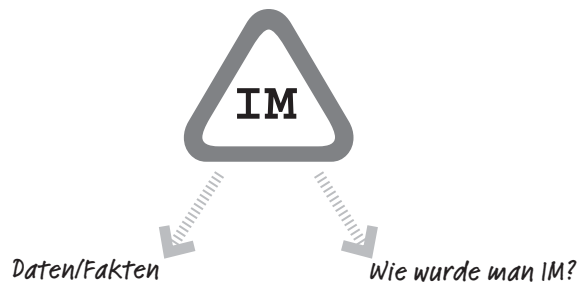
Viel häufiger als von den IM selbst wurde die Zusammenarbeit jedoch vonseiten des MfS abgebrochen.

² In 16 M/A schildert ein IM, warum er für das MfS gearbeitet hat.
³ Aus Überzeugung.



Wissenswertes zu den Inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit

1. Erstelle mithilfe des Informationsmaterials (13 M) eine Map, mit der du das Thema auch jemandem vorstellen kannst, der es nicht bearbeitet hat!



2. Wie denkst du jetzt über Menschen, die in der DDR als IM für das MfS tätig waren? Wie über Menschen aus der Bundesrepublik, die sich dafür anwerben ließen? Fasse deine Meinung in einigen Sätzen schriftlich zusammen und begründe sie! Schreibe deinen Namen darunter.

Anregung:

Ihr könnt eure Meinungen in einer kleinen Wandzeitung (z. B. um eine gelungene Map herum) zum Lesen für andere ausstellen und gemeinsam über das Meinungsspektrum diskutieren.



Aufbau eines MfS-Dokuments

Dienstseinheiten: Das MfS war in viele Hauptabteilungen, (Unter-)Abteilungen, Referate und Arbeitsgruppen gegliedert. Die Hauptabteilungen hatten klar vorgegebene Tätigkeitsfelder und waren zumeist mit römischen Ziffern, die Unterabteilungen mit arabischen Zahlen nummeriert. So war z. B. die Hauptabteilung XX/2 ab 1975 zuständig für staatsfeindliche Hetze, Jugend und Sicherung der FDJ, Revisionismus und Sozialdemokratismus sowie Nazi- und Kriegsverbrechen.

Der Begriff „operativ“ war ein Begriff des MfS für eine konkrete geheimdienstliche Handlung oder Maßnahme, wie Beobachtung, Kontrolle, Bearbeitung und ggf. Beseitigung feindlich-negativer Auffassungen und Handlungen.

Aus Datenschutzgründen schwärzt die BStU Namen und Informationen zu unbeteiligten dritten Personen. Offen bleiben die Namen und Decknamen von hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter/innen (IM) des MfS und Namen und Informationen zu Personen der Zeitgeschichte. Hinter dem Decknamen des berichtenden IMB „Christian“ verbirgt sich Lutz Nagorski, dessen Name deshalb hier auch nicht geschwärzt ist. IMB bezeichnet eine besondere Kategorie von IM.

Abteilung XX/2

Berlin, 10. September 1985
lu-28 - 42 326

BStU
000039

Operative Information

Quelle: IMB „Christian“ - Überprüft/zuverlässig

Zusammenkunft operativ-bekannter Personen bei dem Bickhardt, Steffen - BV Berlin, Abt. XX/4

Anlässlich seines Geburtstages hielten sich am 3. 9. 1985, in der Zeit von 19.00 bis 01.00 Uhr, in der Wohnung des Bickhardt, Steffen - BV Berlin, Abt. XX/4 ca. 25 Personen auf.

Bekannt waren:

■	BV Bln., XX/2
■	BV Bln., XX/2
■ Nagorski, Lutz	BV Bln., XX/2
■ Bickhardt, Steffen	BV Bln., XX/4
■ Wollenberger, Vera	BV Bln., XX/4
■ Schuldt, Reinhard	BV Bln., XX/4
■ Mehlhorn, Ludwig	BV Bln., XX/4
■	KD Pankow
■ Poppe, Gerd	HA XX/2
■	HA XX/2
■ Fischer, Werner	HA XX/9
■ Rathenow, Lutz	HA XX/9

Während der Zusammenkunft, die ansonsten als eine normale Geburtstagsfeier verlief, bat Bickhardt die Personen

Poppe, Gerd
Wollenberger, Vera
Schuldt, Reinhard
Nagorski, Lutz
■
Mehlhorn, Ludwig

Namenskürzel des Autors (hier Hauptmann Ludewig) und der Schreibkraft, die das Dokument abgetippt hat, sowie die Telefondurchwahl.

Seitennummerierung, mit der die BStU jedes einzelne Blatt in einer Akte versieht.

Die Informationen in diesem Schriftstück stammen von einem IMB mit dem Decknamen „Christian“. Der Zusatz „überprüft/zuverlässig“ ist eine Qualitätsaussage, die dem Adressaten anzeigt, dass die Informationen von IMB „Christian“ glaubwürdig sind.

Dienstseinheiten des MfS, bei denen die Personen registriert waren. BV ist die Abkürzung für Bezirksverwaltung, KD steht für Kreisdienststelle und HA für Hauptabteilung.

In der Verteilerliste stehen die Empfänger, die dieses Dokument erhalten sollten, z. B. Dienstseinheiten des MfS. Ebenso sind auch Akten aufgelistet, in die dieses Dokument aufgenommen werden sollte. Das konnten z. B. Akten zu Ermittlungsvorgängen gegen Personen (sog. operative Vorgänge = OV) sein, die oftmals Decknamen hatten, wie hier „Fliege“ oder „Diplom“, oder auch die IM-Akte der/des berichtenden IM, in der alle Informationen über den IM und ihre/seine Berichte gesammelt wurden.

BStU
000041

3

Maßnahmen:

1. Inhalt der geplanten Stellungnahme beschaffen und den Tatbeitrag der einzelnen Personen dokumentieren;
2. Inoffizielle Absicherung der Zusammenkunft am 13. 9. 1985 und Dokumentierung der einzelnen Positionen zu Charta 77 unter personeller Zuordnung;
3. Weitere Konkretisierung des geplanten Zusammentreffens mit Vertretern der Charta 77 und Entscheidungsfindung zu Fährdungsmaßnahmen.

Verteiler

1x Leiter XX
1x HA XX
1x XX/4
1x XX/2 - OV „Fliege“
1x XX/2 - OV „Diplom“
1x XX/41
1x IM-Unterlagen

Ludewig
Hauptmann

Dienstgrade: Ab 1952 hatten alle hauptamtlichen Mitarbeiter/innen des MfS militärische Dienstgrade, die sich an denen der Armee orientierten. Insgesamt gab es 16 Dienstgrade, vom Soldaten bis hin zum Armeegeneral. Der höchste Dienstgrad war dem Minister für Staatssicherheit vorbehalten.

Dieses Dokument stammt aus der Akte mit der Signatur MfS AOP 137/88. Die Archivsignatur des MfS ist folgendermaßen aufgebaut: Der erste Teil bezeichnet die Dienstseinheit, die diese Akte ablegt (hier ist es die Zentrale in Berlin = MfS). Der zweite Teil steht für Archivierter Operativer Vorgang, meint also ein vom MfS geführtes konspiratives Ermittlungsverfahren, das im Archiv abgelegt wurde. Der letzte Teil setzt sich aus der laufenden Nummer der Akte (hier 137) und dem Jahrgang der Archivierung (hier 1988) zusammen.



Innenansichten eines IM am Beispiel von Rainer Schedlinski, 1992

Rainer Schedlinski, geb. 1956, gehörte in den 1980er-Jahren zu den führenden oppositionellen Schriftstellern der DDR und war einer der wichtigsten Vertreter der unabhängigen Literatur- und Kunstszene. Ab Mitte der 1970er-Jahre arbeitete Schedlinski als inoffizieller Mitarbeiter (IM) für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

5 Im Januar 1992 wurde er in einer ARD-Fernsehsendung als langjähriger IM enttarnt. Wenige Tage danach äußerte er sich selbst in einem langen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung¹ zu seiner IM-Tätigkeit:

10 *Sehr oft bin ich in den letzten Tagen von Freunden gefragt worden, warum ich mich bisher nicht offenbarte. Ich habe noch immer keine – zumindest keine schnelle Antwort darauf. Ich zwingen mich gegen alle Widerstände in meinem Kopf, hier ein erstes Mal einfach aufzuschreiben, was gewesen ist.*

[...]

15 *Einige Zeit später wurde ich verhaftet und in den darauffolgenden Wochen alle zwei bis drei Tage zum Verhör abgeholt. Man drohte mir mit 10 Jahren Haft wegen Kurierdiensten für ein Fluchtunternehmen. Die Drohungen paarten sich im Laufe der Verhöre immer mehr und immer unverblümt mit Aufforderungen zur Zusammenarbeit. [...] Weil ich aus diesem Vernehmungszimmer nur noch raus wollte und weil ich glaubte, die Haft nicht zu überstehen, schrieb ich die Verpflichtungserklärung.*

[...]

20 *Mit dieser Verpflichtung war ich zunächst entlassen und in den nächsten Monaten meldete sich niemand von der Stasi. Erst im Jahr darauf kam einer der verhörenden Offiziere zwei oder drei Mal mit einem Päckchen Kaffee zu mir in die Wohnung und redete völlig unverbindlich über den Klassenfeind und den Arbeiter-und-Bauern-Staat. Vor der Haft fühlte ich mich jetzt sicher und die Besuche nahm ich nicht ganz ernst und fand es auch nicht so tragisch. [...] Ein Freund und Kollege erzählte mir, dass auch er jemanden von der Stasi kenne und die Treffen mit ihm ebenso lächerlich und abenteuerlich fände [...], sodass ich fast den Eindruck hatte, es sei in diesem Alter ganz normal, einen persönlichen Aufpasser zu haben, etwa als sei die Stasi eine Art Jugendhilfe.*

[...]

30 *Als die Ausstellungen und Lesungen in der Wohnung meines Freundes begannen, drängte man mich, darüber zu informieren. [...] und ich geriet das erste Mal in einen Vertrauenskonflikt meinen Freunden gegenüber. [...] Dem Druck, immer mehr sagen zu sollen, hielt ich [...] kaum Stand, und ich fühlte mich derart zerrissen, dass ich mich von etwa 1979 bis 83 fast ununterbrochen in psychiatrische Behandlung begab.*

[...]

35 *Kurz darauf erzählte ich das gleiche einer Freundin und noch einer zweiten, die es auf eine Art verbreitete, dass wieder andere Freunde Abstand von mir nahmen. Das war zwar traurig, aber andererseits war es mir ganz recht, dass mir nun das Gerücht anhaftete, ich sei bei der Stasi, denn nun erzählte man mir nicht mehr so viel, was ich hätte verschweigen müssen. [...] Die eigentliche Angst aber, mich gänzlich zu offenbaren, war nicht die Angst, Freunde zu verlieren, als vielmehr die Furcht vor den Folgen, die mir von der Stasi drohten.*

[...]

¹ Rainer Schedlinski: Dem Druck, immer mehr sagen zu sollen, hielt ich nicht stand, in: FAZ, 14.1.1992.



40 *Einige Wochen später wurde ich mit 26 Jahren [...] zur Armee eingezogen und beging dort nach vier Wochen einen Suizidversuch [...]. Von nun an galt ich als paranoid und hoffte, nachdem ich fast ein Jahr lang nichts von der Stasi gehört hatte, sie hätte mich aufgegeben. Nach diesem Jahr [...] standen plötzlich wieder zwei Herren vor der Tür.*

[...]

45 *Am nächsten Vormittag erzählte ich einem Freund, dass ich die halbe Nacht bei der Stasi gesessen hatte. Ich hatte nicht den Mut, mir einzugestehen, dass ich eigentlich seit Jahren selbst bei der Stasi war. So stellte es sich mir auch nicht dar, [...] ich verstand es als einen fortgesetzten Anwerbeversuch, und ich hatte, wann immer ich mit ihnen redete, nie das Gefühl, Freunde verraten zu haben.*

[...]

50 *Ich sah mit der Zeit keine andere Möglichkeit mehr, als mich darauf einzulassen, und konstruierte mir eine Haltung, mit der Stasi umzugehen, die darin bestand, dass ich mir sagte: Wenn ich ihnen schon nicht entgehen kann [...], muss ich versuchen, die Spielregeln mitzubestimmen, und ihnen deutlich machen, worüber ich reden kann und worüber nicht. Ich glaubte, den Wert von Informationen einschätzen zu können. [...] Ich redete über [...] nichts, von dem ich befürchten musste, dass es jemanden in Gefahr brächte. [...] und insgeheim hoffte ich auch, deren Toleranz so sehr zu strapazieren, dass sie nichts mehr von mir erwarten würden.*

[...]

Stephan Bickhardt erinnert sich im Interview im Sommer 2009 an eine Begegnung mit Rainer Schedlinski kurz vor dessen Enttarnung:

60 *Rainer Schedlinski, der neben Sascha Anderson in der Kunstszene so die führende Figur war [...], ist mal zu mir gekommen und wollte sich entschuldigen, weil er gegen mich und andere angesetzt war von der Staatssicherheit. Und im Nachhinein hat sich eben herausgestellt, dass er zu einem Zeitpunkt gekommen ist, wo er wusste, dass er enttarnt werden wird im ARD-Magazin Kontraste. Und er wollte am Ende des Gesprächs gerne von mir, dass ich erkläre, dass ich also öffentlich meine Freundschaft mit ihm*

65 *benenne und mein Vertrauen zu ihm äußere, dass er mir nicht geschadet hat und so. Das war schon aufregend, ich sehe das heute noch vor mir, [...] Wir hatten uns ja zwei, drei Jahre auch nicht gesprochen. Er kam und fing an zu reden. [...] Ich habe damals die Entschuldigung nicht angenommen. Für einen Theologen ist das eigentlich ein bisschen ungewöhnlich, aber erstens wollte ich mir erlauben, das zu verarbeiten und dann meinerseits eine Form zu finden, diese Entschuldigung anzunehmen. Ja, und darüber kam dann eine Woche später oder zehn Tage später die Enttarnung, die öffentliche, aus der mir eben deutlich wurde, was das Motiv gewesen ist. Er hat mich auch nicht wieder angesprochen. [...]*

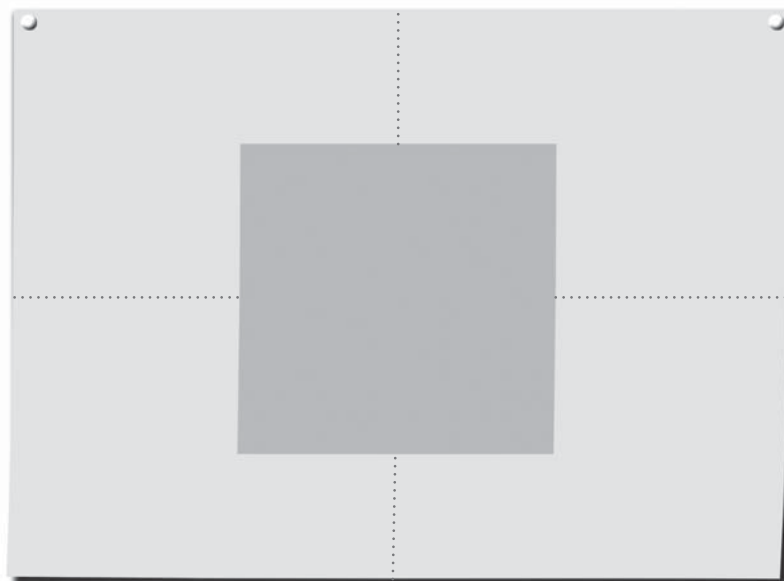
70 *Er hat mich damals unter – in meiner Wahrnehmung – falschen Voraussetzungen um Entschuldigung gebeten. Ich würde heute aus einer Mischung auch von Neugier und persönlichem Klärungsbedürfnis hingehen und eigentlich reicht mir das nicht aus.*



Anregung:

Arbeitet doch einmal mit einem „Meinungsblatt“:

1. Bildet Teams von je vier Lernenden und teilt euch ein großes (Flipchart-)Blatt, etwa so wie abgebildet, ein! (Ca. 5 Min.)
2. Setzt euch darum und schreibt jede/r in euer Feld eure persönliche Meinung in Stichworten zu folgenden beiden Punkten auf: (Ca. 5 Min.)
A) So denke ich über Rainer Schedlinski und sein Verhalten!
B) So denke ich über Stephan Bickhardts Reaktion und Verhalten!
3. Lasst das Blatt kreisen, lest die Einträge der anderen und stellt einander eventuell klärende Fragen. (Ca. 5 Min.)
4. Überlegt, wie ihr das gemeinsame Feld in der Mitte gestalten wollt: (Ca. 10 Min.)
 - Gibt es deutliche Übereinstimmungen, die ihr hier festhalten könnt?
 - Gibt es deutliche Unterschiede, die ihr sichtbar machen wollt?
 - Benutzt bei der Gestaltung auch Zeichen, Symbole usw. und schreibt eure vier Namen an den Rand des Meinungsblattes.
5. Stellt euch im Plenum gegenseitig die „Mitte“ der Meinungsblätter vor und diskutiert eure Ergebnisse! (Ca. 10 Min.)
6. Hängt eure Meinungsblätter im Klassenraum auf, dann könnt ihr noch genauer nachlesen!





Die Stasi und der politische Witz – Humor ist, wenn man *trotzdem* lacht

Politische Witze – wie sie zustande kommen und funktionieren

1. Der politische Witz hat „seismografische“¹ Aufgaben, er zeigt Stimmungen an und verdeutlicht, wie sich Gesellschaften entwickeln. (nach Daniel Kraft)
2. Witze können manchmal komplizierte Zusammenhänge „auf den Punkt“, und zwar auf einen kritischen, bringen.
3. Witze, zumal politische, haben oftmals eine befreiende Wirkung. Wenn man über etwas, das eigentlich bedrückend ist, lachen kann, wird das Verlachte (oder der/die Verlachte) kleiner, verliert etwas von seiner Bedrohlichkeit und wird eben lächerlich.
4. Gerade in Systemen, die totalitär und unterdrückend sind, entwickeln sich eine Vielzahl von Witzen, die dann schnell von Mund zu Mund verbreitet werden.
5. Politische Witze werden von den jeweiligen Machthaber/innen gefürchtet und stehen oft unter Strafe, denn die Machthaber/innen wollen sich nicht verwitzeln lassen.
6. In einem totalitären System einen politischen Witz öffentlich zu erzählen kann zwar befreiend, aber auch gefährlich sein. Politische Witze zu erzählen bedeutet auch, sich zu erkennen zu geben und herauszufinden, wo das Gegenüber steht.
7. In einer Diktatur ist der Witz das Entlastungsventil des kleinen Mannes. (nach Ilko-Sascha Kowalczyk)
8. Um einen politischen Witz (oder eine Karikatur) zu verstehen, braucht man Hintergrundwissen. Ansonsten kann man nicht lachen!
9. Manchmal sagt ein 600-Seiten-Buch fast so viel aus wie ein Witz. (nach Gabriel Laub)
10. Der politische Witz ist eine Möglichkeit der Machtlosen! Er geht gegen „die da oben“. (nach Daniel Kraft)

¹ Ein Seismograf ist ein Gerät, das Erschütterungen, wie z. B. Erdbeben, erfassen kann.



Eine kleine Auswahl an Stasi-Witzen



Einem DDR-Bewohner wird das Telefon entzogen. Er beschwert sich und fragt nach den Gründen.

„Sie haben den Staatssicherheitsdienst verleumdet.“

„Ich? Inwiefern?“

„Sie haben wiederholt am Telefon behauptet, er würde ihr Telefon abhören!“

A

Die Stasi verhört einen Kirchgänger: „Gibst du zu, dass du gerade in der Kirche warst?“

„Ja.“

„Gibst du auch zu, dass du die Füße von Jesus Christus am Kreuz geküsst hast?“

„Ja.“

„Würdest du auch die Füße unseres Genossen Honecker¹ küssen?“

„Sicher, wenn er dort hängen würde ...“

B

Stasi-Beamter auf der Straße:

„Wie beurteilen Sie die politische Lage?“ Passant: „Ich denke ...“

Stasi-Beamter: „Das genügt – Sie sind verhaftet!“

C

Walter Ulbricht² und Mao Tse-tung³ unterhalten sich über Innenpolitik.

„Und wie viele politische Feinde“, fragt Walter Ulbricht, „haben Sie in der Volksrepublik China?“

„Es werden so ungefähr siebzehn Millionen sein“, antwortet Mao Tse-tung.

„Ja, das ist ungefähr wie bei uns ...“

D

Damals in der DDR:

Auch in diesem Jahr findet wieder das Festival des politischen Witzes statt. Erster Preis: Zehn Jahre Winterurlaub in Sibirien ...

E

Unterhalten sich Honecker¹ und Mielke⁴. Honecker: „Ich sammle alle Witze, die über mich in Umlauf sind.“ Darauf Mielke: „Ich sammle alle, die sie in Umlauf bringen.“

G

Über die Zonengrenze hoppelt ein Kaninchen in den Westen. Mit der Begründung, in der DDR würden jetzt alle Elefanten verfolgt, beantragt es politisches Asyl. „Aber du bist doch gar kein Elefant!“ „Das weiß ich auch, aber machen Sie das mal der Stasi klar.“

H

In einer Kneipe fragt ein Betrunkener einen Unbekannten: „Kennst du den Unterschied zwischen meinem Bier und Honecker?“ „Nein“, antwortet der Fremde finster.

„Mein Bier ist flüssig, und Honecker ist überflüssig.“

Fragt der andere bissig zurück:

„Kennen Sie den Unterschied zwischen Ihrem Bier und sich?“

„Nein ...“

„Ganz einfach: Ihr Bier bleibt hier und Sie kommen mit.“

J

Die Aufnahmeprüfung der Stasi?

Aus drei Metern Entfernung an eine Glaswand springen und mit dem Ohr festsaugen ...

Der Lieblingshund der Stasi war eine besondere Art von Promenadenmischung. Durch Kreuzung wurde aus Spitz und Dackel der sogenannte „Spitzel“ erzeugt.

I

¹ Erich Honecker (1912–1994) war ab 1971 langjähriger Generalsekretär des ZK der SED und ab 1976 Vorsitzender des Staatsrats der DDR.

² Walter Ulbricht (1893–1973) war von 1950 bis 1971 Generalsekretär des ZK der SED und von 1960 bis 1973 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

³ Mao Tse-tung (1893–1976) war von 1943 bis zu seinem Tod 1976 der führende Politiker im kommunistischen China.

⁴ Erich Mielke (1907–2000) war von 1957 bis 1989 Minister für Staatssicherheit.



Aufgaben

1. Finde zu mindestens drei der Aussagen (1, 2, 3 ...) über politische Witze Beispielwitze, (A, B, C ...), die sie belegen.
2. „Erkläre“ mindestens drei der Witze, indem du sie in ihrem historischen Zusammenhang erläuterst!
3. Überlege: Warum gibt es in Demokratien deutlich weniger politische Witze als in Diktaturen?

Internet-Adressen zu politischen Witzen und ihrer Bedeutung

→ Informationen über und Hinweise auf Seiten, auf denen man DDR-Witze findet:

[http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=280](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=280)

→ Spiegel-Online hat „fiese“ DDR-Witze gesammelt:

<http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,455904,00.html>

→ Ein Interview mit dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk zu politischen Witzen und ein informativer Text über Witze in der DDR:

[http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=265](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=265)

→ Wo sind all die Witze hin? Auf Spurensuche in Berlin:

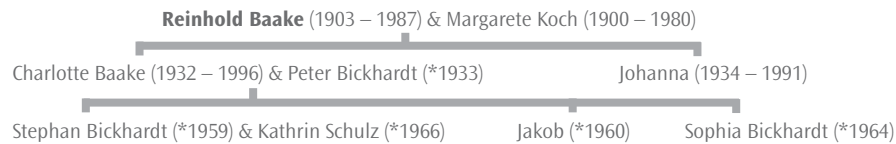
[http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=270](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=270)

→ Ein Interview mit dem Politologen Daniel Kraft zu politischen Witzen. Er hat sich in Aufsätzen und Essays mit dem Witz in Osteuropa beschäftigt:

[http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=281](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=281)



Reinhold Baake – eine widersprüchliche Biografie?



Jugend und Prägungen

Reinhold Baake wurde 1903 in Berghofen bei Dortmund geboren. Zusammen mit vier Geschwistern wuchs er in einem christlich-bürgerlichen Elternhaus auf. Er interessierte sich schon früh für Kunst, Literatur, Sprachen und Musik. Er liebte das Klavierspiel und komponierte später auch selbst.

Nach dem Abitur studierte er Eisenhüttenkunde und wurde danach in einem Stahlwerk angestellt. 1931 heiratete er Margarete Koch und wenig später kamen die beiden Töchter Charlotte (Stephan und Sophia Bickhardts Mutter) und Johanna zur Welt.

NSDAP-Mitgliedschaft und berufliche Karriere

1936 trat Reinhold Baake in die NSDAP ein – entgegen dem Rat seiner Frau, die immer eine überzeugte Gegnerin des Nationalsozialismus (NS) war. Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete er an der Entwicklung neuer Waffen mit und wurde deswegen nicht als Soldat eingezogen.

Nach Kriegsende war er einige Zeit als selbstständiger Unternehmer in Dresden tätig, bis er 1949 eine Anstellung in der Stahlindustrie der DDR fand. Als Experte auf seinem Fachgebiet machte er schnell Karriere. 1957 wurde er Leiter eines neu gegründeten Forschungsinstituts für Metallurgie in Leipzig.



Reinhold Baake zu Beginn der 1930er-Jahre.
Quelle: Privatbesitz Stephan Bickhardt

Kritische DDR-Bürgerschaft, Verhaftung und Gefängnisstrafe

Obwohl er sich wegen der für ihn günstigen Arbeitsmarktsituation bewusst dafür entschieden hatte, im Osten Deutschlands zu bleiben, stand er der DDR von Anfang an kritisch gegenüber. Zwar leistete er nicht aktiv Widerstand gegen das DDR-Regime, jedoch machte er aus seiner Haltung auch kein Geheimnis, weder im Privat- noch im Berufsleben. Er hielt engen Kontakt zu Fachkolleginnen und -kollegen, Freunden und Verwandten in Westdeutschland und fuhr oft in die Bundesrepublik (BRD) und nach West-Berlin, solange die Grenzen noch nicht geschlossen waren. Dies erregte Misstrauen bei seinen staatsstreuen Vorgesetzten, Kolleg/innen und dem Staatssicherheitsdienst der DDR. Das MfS überwachte ihn mehrere Monate lang und hatte 1960 genug vermeintlich belastendes Material gesammelt, um Reinhold Baake verhaften und vor Gericht stellen zu können. Ihm wurde vorgeworfen, der DDR-Wirtschaft willentlich geschadet und Fluchtabsichten gehabt zu haben. Er wurde zu 12 Jahren Haft verurteilt, später wurde die Haftzeit auf 3½ Jahre verkürzt. Sein Posten als Leiter des Leipziger Forschungsinstitutes wurde einem staatsstreuen, angepassten Kollegen übertragen.



30 Vorzeitige Haftentlassung und Zusammenarbeit mit dem MfS



35

40

Reinhold Baake ca. 1985.

Quelle: Privatbesitz Stephan Bickhardt

1963 wurde Reinhold Baake aus der Haft entlassen. Am Tag vor der Haftentlassung traten Mitarbeiter des MfS an ihn heran und brachten ihn dazu, einer inoffiziellen Zusammenarbeit mit ihnen zuzustimmen. Das MfS war an Reinhold Baakes Kontakten zur westdeutschen Stahlindustrie interessiert, er selbst erhoffte sich Unterstützung beim Wiedereinstieg ins Arbeitsleben. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Zwar fand er nach der Entlassung aus der Haft eine Anstellung in einem Stahlwerk, jedoch entsprach diese nicht seinen Vorstellungen. Etwa drei Jahre lang lieferte Reinhold Baake Informationen an das MfS, meistens zu beruflichen Belangen und technischen Fragen, zum Ärger der Staatssicherheit aber selten über bestimmte Personen. Nach der Flucht seiner Tochter Johanna aus der DDR 1965 äußerte er sich auch dazu. Schließlich brach der Kontakt zum MfS 1966 ab; Reinhold Baake hatte seine Tätigkeit seinem Vorgesetzten gegenüber zur Sprache gebracht und war dadurch „enttarnt“.

45

In der Silvesternacht 1987 starb Reinhold Baake in Riesa.

Der Großvater – ein „Vorbild“ für den Enkel?

50

Die Zeit der Haft war für Reinhold Baake eine einschneidende Erfahrung, die er besonders seinem Enkel Stephan Bickhardt gegenüber immer wieder thematisierte. Er bat seinen Enkel inständig, bei all seinen widerständigen Aktivitäten und Aktionen niemals so weit zu gehen, dass er eine Gefängnisstrafe riskiere (vgl. die Erinnerungen an diese Warnungen in 26 M). Stephan Bickhardt hielt sich an diese Bitte, tatsächlich wurde er nie verhaftet. Obwohl er der Mitgliedschaft seines Großvaters in der NSDAP sehr kritisch gegenüberstand, war der Großvater für Stephan Bickhardt ein wichtiger Mensch: Bei ihm zu Hause fühlte er sich wohl, er genoss die Bücher und die Musik im Haushalt der Großeltern und die guten Gespräche, die er hier führen konnte (vgl. 26 M, 36 M und 37 M).

55

Stephan Bickhardt hat erst im Rahmen der Arbeit und der Forschungen für diese Arbeitsmappe von der inoffiziellen Zusammenarbeit seines Großvaters mit dem MfS erfahren, sein Großvater hatte nie mit ihm darüber gesprochen. Stephan Bickhardt war sehr betroffen von dieser Nachricht und wollte sofort wissen, ob die Tätigkeiten seines Großvaters zum persönlichen Schaden von Menschen geführt haben.



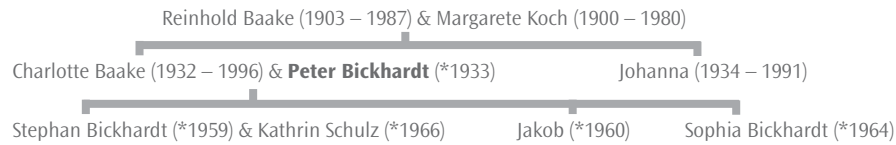
Aufgaben:

Schreibt eure Gedanken in Stichworten auf und tauscht euch aus!

1. In diesem biografischen Text sind, schon durch die Zwischenüberschriften, vor allem die politischen Überzeugungen und Handlungen von Reinhold Baake hervorgehoben.
 - Wenn du über diese Informationen nachdenkst, wie stehst du zu der Überschrift „Eine widersprüchliche Biografie?“
 - Könnte man auch von einer „typisch“ deutschen Biografie sprechen?
2. Im letzten Abschnitt erfährst du einiges über die Beziehung zwischen Enkel (Stephan Bickhardt) und Großvater.
 - Vermute, welche Gefühle und Gedanken die neuen Informationen bei Stephan Bickhardt ausgelöst haben.
 - Hast du auch schon überraschende und dich enttäuschende Informationen über Menschen, die dir nahestehen, erhalten? Wie kann man damit umgehen?



Peter Bickhardt – Kurzbiografie



Kindheit in Kriegszeiten

Peter Bickhardt wurde 1933 in Dresden geboren. Zusammen mit drei Brüdern wuchs er in einem bürgerlichen, christlichen Elternhaus auf und kam früh mit Literatur, Kunst und Musik in Berührung. Als er zehn Jahre alt war, wurden er und seine drei Brüder aus Dresden evakuiert, um der Bombardierung der Stadt zu entgehen. Nach Kriegsende kehrten sie zurück. In seiner Freizeit nahm Peter Bickhardt an den Veranstaltungen der Jungen Gemeinde (JG) teil. Er war nicht Mitglied der FDJ oder einer anderen Massenorganisation der DDR.

Jugend und Studienzeit

Schon in jungen Jahren interessierte sich Peter Bickhardt für Politik und betrachtete die Demokratie als eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft. Weil er dies in der DDR nicht erfüllt sah, stand er dem Staat von Anfang an kritisch gegenüber und zeigte dies auch, indem er – von zwei Ausnahmen abgesehen – während der gesamten DDR-Zeit bei keiner einzigen Wahl seine Stimme abgab.

Nach dem Abitur studierte Peter Bickhardt Theologie in Leipzig. Dort erlebte er den Volksaufstand am 17. Juni 1953 mit und beteiligte sich selbst an den Demonstrationen. Während des Studiums war er aktiv in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), deren Zusammenkünfte zeitweise heftig von der Polizei und der FDJ gestört wurden.

Arbeitsleben und politisches Engagement

1958 heiratete Peter Bickhardt Charlotte Baake, die älteste Tochter von Reinhold Baake. Ein Jahr später kam ihr erster gemeinsamer Sohn Stephan zur Welt. Es folgten der zweite Sohn Jakob und die Tochter Sophia.

Von 1957 bis 1977 arbeitete Peter Bickhardt als Pfarrer in Dresden. Während dieser Zeit kam er immer wieder in Konflikt mit staatlichen Stellen und war Repressionen ausgesetzt, weil er sich kritisch über die Verhältnisse in der DDR äußerte. Reisen in die Bundesrepublik (BRD) und West-Berlin wurden ihm verwehrt – nicht einmal zur Beerdigung seines Vaters, der zusammen mit der Mutter und zwei Brüdern die DDR noch vor dem Mauerbau verlassen hatte, durfte er in die Bundesrepublik reisen. Ab Mitte der 1970er-Jahre wurde er wiederholt vom MfS überwacht.

Von 1977 bis zu seinem Ruhestand 1989 arbeitete Peter Bickhardt in Berlin. Ab Anfang der 1980er-Jahre engagierte er sich tatkräftig in der kirchlichen Friedensbewegung. Außerdem unterstützte er verschiedene oppositionelle Aktionen und Initiativen seines Sohnes Stephan. Zum Beispiel stellte er seine Wohnung für illegale Druckarbeiten des Untergrundverlages von Stephan Bickhardt zur Verfügung.

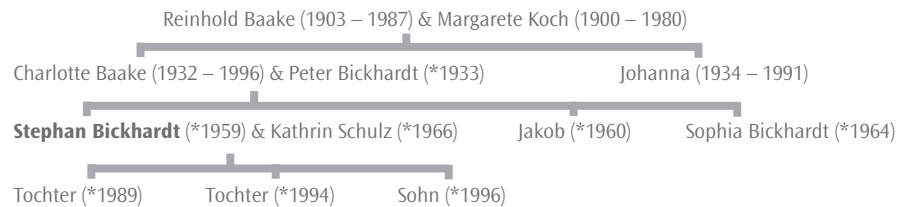
Heute lebt Peter Bickhardt in Berlin-Mahlsdorf.



Peter Bickhardt im Frühjahr 2009



Stephan Bickhardt – Kurzbiografie



Stephan Bickhardt wurde 1959 in Dresden geboren und wuchs zusammen mit zwei jüngeren Geschwistern in einem christlichen Elternhaus auf. Sein Vater Peter Bickhardt war Pfarrer in Dresden, seine Mutter Charlotte arbeitete ebenfalls als Theologin. Beide Eltern standen schon früh in Opposition zur DDR und die Kinder wurden durch dieses gesellschaftskritische Bewusstsein der Eltern geprägt. Ebenfalls prägend waren für Stephan Bickhardt die Begegnungen mit seinem Großvater mütterlicherseits, Reinhold Baake. Die vielen Gespräche mit dem Großvater, dessen Erlebnisse und Erfahrungen, sein Wissen, seine Liebe zur Musik, zur Literatur und zur Kunst hinterließen tiefe Eindrücke bei Stephan Bickhardt.

Schulzeit, Ausbildung und christliches Engagement



Stephan Bickhardt ca. 1983. Quelle: Privatbesitz Stephan Bickhardt

Von 1966 bis 1976 besuchte Stephan Bickhardt die Polytechnische Oberschule (POS). Er hätte gern Abitur gemacht, wurde aber nicht zugelassen. Stattdessen lernte er von 1977 bis 1979 in Dresden und Radebeul den Beruf des Werkzeugmachers. Er war nicht Mitglied der Jungen Pioniere (JP), trat jedoch in der 9. Klasse äußerst widerwillig in die FDJ ein, um eine Lehrstelle zu bekommen.

Aus Gewissensgründen verweigerte er die vormilitärische Ausbildung (Wehrerziehung) und später auch den Wehrdienst.

In seiner Freizeit engagierte er sich in der christlichen Jugendarbeit u. a. als aktiver Teilnehmer und später als Leiter einer Jungen Gemeinde (JG) sowie vieler Sommerlager der Aktion Sühnezeichen (ASZ). Die Literatur, das Cello und die Bassgitarre gehörten zu seinen Hobbys.

Sein Engagement ging auch über den kirchlichen Rahmen hinaus, so organisierte er in seinem Ausbildungsbetrieb einen Lehrlingsstreik, weil er mit den Arbeitsbedingungen unzufrieden war. Das DDR-Fernsehen berichtete über den Streik und in der Folge verbesserte sich die Situation der Lehrlinge. Die Erfahrung, dass die Arbeit mit den Medien etwas bewegen konnte, war Stephan Bickhardt später bei seinen oppositionellen Aktivitäten noch oft nützlich.

Zu den prägenden Erlebnissen in Stephan Bickhardts Jugendzeit gehörte die erste Begegnung mit einem kurzen Gedicht von Reiner Kunze und das Konzert des kritischen Liedermachers Wolf Biermann in Köln 1976, das er auf einem selbst gebastelten Radio hörte. Stephan Bickhardt war beeindruckt von der Art und Weise, wie beide Künstler mit Worten aufbegehrten.



Studium und politisches Engagement

Nach einem Sonderabitur, auf das er sich parallel zur Ausbildung vorbereitet hatte, studierte Stephan Bickhardt von 1979 bis 1986 Theologie und Religionspädagogik in Naumburg und Berlin. In Naumburg lernte er seine spätere Frau Kathrin Bickhardt-Schulz¹ kennen.

Während der Studienzeit wurde sein Engagement deutlich politischer. Er wirkte aktiv in der Friedens- und Menschenrechtsbewegung mit. Beispielsweise machte er sich 1980 für einen zivilen Wehersatzdienst (↗ SoFD) stark, den es in der DDR bisher nicht gab. Die Initiative erzielte eine beachtliche Wirkung und kann als Kern der unabhängigen Friedensbewegung der DDR gesehen werden. Stephan Bickhardt hielt auch Kontakt zu osteuropäischen und westlichen Friedensbewegungen und beteiligte sich 1985 an der „Initiative für Blockfreiheit in Europa“.

1986 beendete Stephan Bickhardt das Studium, danach war er einige Zeit bei der Evangelischen Studentengemeinde (↗ ESG) Berlin angestellt und absolvierte 1988 sein Vikariat in Fredersdorf.

Ab 1986 wirkte er in einer der wichtigsten oppositionellen Gruppen der DDR, der Initiative Frieden und Menschenrechte (↗ IFM) mit. Außerdem rief er gemeinsam mit anderen die deutschlandpolitische Initiativgruppe Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung (↗ IAPPA) ins Leben, die sich u. a. gegen die eingeschränkten Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger/innen wandte. Im selben Jahr gründete er den ↗ radix-Verlag, einen illegalen Untergrundverlag, der Hefte und Flugblätter mit kritischem Inhalt herausgab.

Im Vorfeld der Kommunalwahl im Mai 1989 riefen die IAPPA und andere oppositionelle Gruppen dazu auf, die Auszählung der Wahlergebnisse zu kontrollieren. Der Aufruf zeigte Wirkung, am Wahltag wurde die Auszählung in über 1.000 Wahllokalen im ganzen Land beobachtet, und es konnte bewiesen werden, dass die offiziell bekannt gegebenen Ergebnisse gefälscht waren.

Im Herbst 1989 war er als Gründungsmitglied an der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (↗ DJ) beteiligt und bis 1990 deren Geschäftsführer. Danach entschied er sich, die aktive Politik zu verlassen und ins Pfarramt zurückzukehren.

Bei all den Aktionen und Initiativen, an denen sich Stephan Bickhardt beteiligte, war es ihm immer besonders wichtig, nie so weit zu gehen, dass er eine Verhaftung riskierte. Dies hatte mit den Erfahrungen seines Großvaters im Gefängnis und dessen Mahnungen, sich vorsichtig zu verhalten, zu tun. Gleichwohl wurde das Ministerium für Staatssicherheit (↗ MfS) auf seine oppositionellen Aktivitäten aufmerksam und beobachtete ihn. Die entsprechenden Akten sind allerdings nicht erhalten, sie wurden im Herbst 1989 vernichtet.



Stephan Bickhardt und Kathrin Bickhardt-Schulz mit ihrer zweiten Tochter. Quelle: Privatbesitz Stephan Bickhardt

1989 heirateten Stephan Bickhardt und Kathrin Bickhardt-Schulz – zufällig genau am Wochenende nach dem Fall der Berliner Mauer – und bekamen ihr erstes Kind. Zwei weitere Kinder folgten 1994 und 1996.

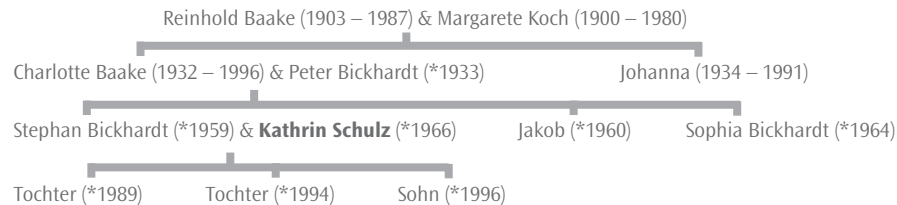
Heute arbeitet Stephan Bickhardt als Polizeiseelsorger und Religionslehrer in Leipzig.

Von der Zusammenarbeit seines Großvaters mit dem MfS erfuhr Stephan Bickhardt erst im Rahmen der Arbeit und der Forschungen für diese Arbeitsmappe. Sein Großvater hatte nie mit ihm darüber gesprochen. Stephan Bickhardt war sehr betroffen.

¹ Kathrin Bickhardt-Schulz hieß vor ihrer Heirat mit Stephan Bickhardt Kathrin Schulz. Im Folgenden wird ausschließlich ihr heutiger Name verwendet, eine Ausnahme bildet der über den Kurzbiografien angeordnete Familien Stammbaum.



Kathrin Bickhardt-Schulz – Eine ein-deutige Biografie?



Kindheit und Grundschulzeit



Kartenausschnitt aus dem Atlas der Erdkunde, Berlin 1961

Kathrin Bickhardt-Schulz¹ wurde 1966 in Neindorf bei Oschersleben geboren. Sie wuchs in Meiningen in einem systemkritischen, christlichen Elternhaus auf.

Da Meiningen sehr dicht an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze lag, spürte sie die deutsche Teilung im Alltag ganz direkt. So konnte sie z. B. Freunde, die im Sperrgebiet wohnten, nicht zu Hause besuchen. 1972 wurde Kathrin Bickhardt-Schulz eingeschult und trat, wie alle ihre Mitschüler und Mitschüler/innen auch, in die Pionierorganisation (PJP) ein.

Ihre Eltern sahen das nicht gern, aber Kathrin hätte sich nicht vorstellen können, als Einzige der Klasse nicht Mitglied zu werden. Sie wollte gerne dazugehören und hatte viel Spaß an den gemeinsamen Aktivitäten.

Oberschulzeit – FDJ-Singeklub, Junge Gemeinde, Engagement für Frieden und Ökologie

In der 8. Klasse trat Kathrin Bickhardt-Schulz in die PFDJ ein, nun jedoch nicht mehr aus einem Bedürfnis nach Gemeinschaft heraus, sondern weil sie wusste, dass die Mitgliedschaft in der FDJ Voraussetzung für die Zulassung zum Abitur war.

In der Jugendorganisation engagierte sie sich insgesamt wenig, wirkte jedoch sehr aktiv in der FDJ-Singegruppe mit. Sie genoss das Musizieren und die gemeinsamen Aktivitäten. Mit den politischen Inhalten war sie oft nicht einverstanden und versuchte, dies auch nach außen zu zeigen, indem sie z. B. keine politischen Kampflieder mitsang und auf ihrer Gitarre einen christlichen Aufkleber hatte. Gleichzeitig besuchte sie regelmäßig die Treffen und Veranstaltungen der Jungen Gemeinde (PJG), beteiligte sich an einem Gesprächskreis in Meiningen zu ökologischen und gesellschaftlichen Themen und sympathisierte offen mit der unabhängigen Friedensbewegung PSchwerter zu Pflugscharen. In der Schule wurde sie deswegen von den Lehrkräften heftig schikaniert.

Nach dem Abitur begann sie mit dem Studium der Fächer Russisch und Englisch in Leipzig – sie wollte Lehrerin werden. Aber schon nach wenigen Tagen brach sie das Studium ab; sie hatte erfahren,



Kathrin Bickhardt-Schulz (links mit Gitarre) mit ihrer FDJ-Singegruppe ca. 1982. Quelle: Privatbesitz Kathrin Bickhardt-Schulz

¹ Kathrin Bickhardt-Schulz hieß vor ihrer Heirat mit Stephan Bickhardt Kathrin Schulz. Im Folgenden wird ausschließlich ihr heutiger Name verwendet, eine Ausnahme bildet der über den Kurzbiografien angeordnete Familienstammbaum.



dass sie als Lehrerin auch das Fach Zivilverteidigung (↗ Wehrerziehung) hätte unterrichten müssen – dazu war sie nicht bereit.

Studienzeit in Naumburg und Berlin

35 Als Studienabbrecherin durfte sie kein zweites Studium an einer staatlichen Universität beginnen, sondern konnte sich lediglich an einer der kirchlichen Hochschulen einschreiben. Sie entschied sich, in Naumburg Theologie und Religionspädagogik zu studieren. Parallel zum Studium engagierte sie sich im Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde (↗ ESG) in Naumburg. Dort

40 lernte sie ihren späteren Mann Stephan Bickhardt kennen, der zu dieser Zeit schon in Berlin lebte, aber weiterhin Verbindungen in seine ehemalige Studienstadt hielt. Sie beteiligte sich an vielen verschiedenen Aktionen und Initiativen, hielt Kontakt zur west-



Kathrin Bickhardt-Schulz Ende der 1980er-Jahre in ihrer Wohnung in Berlin. Quelle: Privatbesitz Kathrin Bickhardt-Schulz



Kathrin Bickhardt-Schulz Mitte der 1990er-Jahre. Quelle: Privatbesitz Kathrin Bickhardt-Schulz

45 deutschen Friedensbewegung und zog damit das Interesse des ↗ MfS auf sich. Zwischen 1986 und 1987 wurden sie und andere Mitglieder des Naumburger Friedenskreises vom Staatssicherheitsdienst beobachtet. 1987 zog Kathrin Bickhardt-Schulz zu Stephan Bickhardt nach Berlin um. Sie engagierte sich weiterhin in der Friedensbewegung und unterstützte Stephan Bickhardt bei seinen vielfältigen Aktivitäten. So arbeitete sie zum Beispiel im illegalen ↗ radix-Verlag mit, den er initiiert hatte, und später auch in der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (↗ DJ).

50 1989 bekamen Kathrin Bickhardt-Schulz und Stephan Bickhardt ihr erstes Kind und heirateten – zufällig genau am Wochenende nach dem Mauerfall.

Heute arbeitet Kathrin Bickhardt-Schulz als Pfarrerin in Markkleeberg bei Leipzig. Sie engagiert sich weiterhin für Fragen der Ökologie und eine nachhaltige Lebensweise in der christlich-ökologischen „Initiative Schöpfung bewahren“ und im Projekt „Fahrradkirchen“.

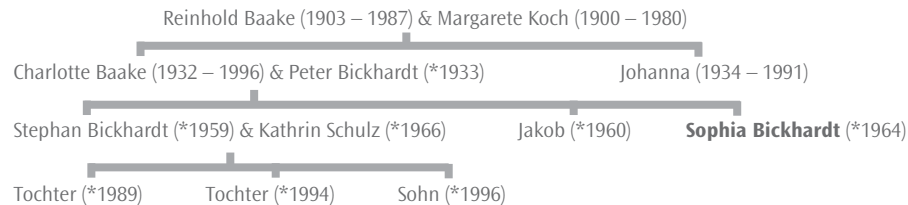
Aufgaben:

Bearbeitet die Aufgaben in Einzelarbeit und tauscht euch anschließend aus!

1. In diesem biografischen Text über Kathrin Bickhardt-Schulz findest du zum einen Beispiele für ein angepasstes und zum anderen Beispiele für widerständiges Verhalten. Unterstreiche sie in Blau (Anpassung) und in Rot (Widerstand).
2. Wie denkst du über Kathrin Bickhardt-Schulz? Kannst du sie in ihren Entscheidungen verstehen oder findest du diese kritikwürdig oder ...? Begründe deine Meinung!
3. Wie werden andere Menschen deine Persönlichkeit wahrnehmen? Verhältst du dich immer ein-deutig? Gibt es bei dir verschiedene „Seiten“?



Sophia Bickhardt – Kurzbiografie



Sophia Bickhardt wurde 1964 in Dresden geboren. Zusammen mit ihren beiden älteren Brüdern wuchs sie in einer systemkritischen Pfarrersfamilie auf. Von 1971 bis 1981 besuchte sie die Schule, zuerst in Dresden und nach dem Umzug der Familie dann in Berlin.

Nach Beendigung der Schule machte sie eine Lehre als Apothekenfachangestellte und arbeitete auch einige Jahre in diesem Beruf. Parallel dazu erwarb sie das Abitur an der Volkshochschule. In der Freizeit engagierte sie sich bei der Aktion Sühnezeichen (ASZ). Sie nahm regelmäßig an den Sommerlagern der Aktion Sühnezeichen teil und genoss die Arbeit und die Gespräche mit Gleichaltrigen.

1986 bekam sie Kontakt zu Mitgliedern der Berliner oppositionellen Gruppe Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und engagierte sich etwa ein Jahr lang in einem Arbeitskreis dieser Gruppe. Im Herbst 1987 zog Sophia Bickhardt nach Jena und begann an der Universität mit dem Studium der Theologie. Für dieses Fach hatte sie sich ganz bewusst entschieden, obwohl ihr Verhältnis zum Glauben und zur Kirche nicht ganz unproblematisch war. Neben dem Studium war sie in der Studentengemeinde (ESG) aktiv und beteiligte sich an vielen Initiativen und Aktionen. So kontrollierte sie z. B. im Mai 1989 zusammen mit anderen die Auszählung der Kommunalwahlergebnisse und half auf diese Weise mit, den Wahlbetrug aufzudecken. Während der Zeit in Jena wuchs Sophia Bickhardts Interesse für Fragen der Gleichberechtigung und besonders für die Probleme von Frauen in der DDR-Gesellschaft. 1988 schloss sie sich einer Frauengruppe an.

Im Herbst 1989 verließ Sophia Bickhardt die Universität Jena, weil sie nicht an der für alle Studierenden obligatorischen vormilitärischen Ausbildung¹ teilnehmen wollte. Sie zog nach Leipzig, um das Studium an der dortigen Theologischen Hochschule fortzusetzen. Allerdings fand sie in den ersten Monaten in Leipzig kaum Zeit zum Studieren, sondern wirkte sehr aktiv an den gesellschaftlichen Veränderungen dieser Zeit mit. Gemeinsam mit anderen Frauen gründete sie die Fraueninitiative Leipzig und nahm regelmäßig an den sogenannten Montagsdemonstrationen teil. Auch am 9. Oktober 1989 gehörte sie mit zu den 70.000 Menschen, die sich in der Leipziger Innenstadt zusammenfanden, um demokratische Veränderungen in der DDR zu fordern. Noch heute erinnert sie sich an diesen Tag als einen der wichtigsten in der gesamten Umbruchphase 1989/90.



Sophia Bickhardt im Herbst 2006.
Privatbesitz Sophia Bickhardt

Von Dezember 1989 bis Mai 1990 saß Sophia Bickhardt als Vertreterin der Fraueninitiative Leipzig am Leipziger Runden Tisch.

Ab 1993 studierte sie Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Volkswirtschaftslehre in Berlin und erlangte den Abschluss als Diplom-Sozialwissenschaftlerin. Heute lebt sie in Berlin und ist freiberuflich auf dem Gebiet der interkulturellen politischen Bildung tätig, u. a. als Honorarmitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin.

¹ Siehe auch Wehrerziehung.



Initialzündungen¹ – Was Widerstand auslöste, Stephan Bickhardt im Interview



Einband des Gedichtbandes „Brief mit blauem Siegel“

Na ja, die Frage stand, was war so eine Initialzündung ... Da würde ich sagen, es ist so eine Begegnung gewesen, die mich stimuliert hat, wo ich gemerkt habe, es gibt noch etwas Drittes, neben der Familie und der Kirche gibt es noch diesen öffentlichen Raum, der sich finden muss. Es war nämlich eines Tages, das ist Anfang der 70er-Jahre gewesen², da rief mich mein Vater an seinen Schreibtisch und sagte, guck mal hier, dieses Buch ist erschienen. Und das war das Buch von Reiner Kunze [...] „Brief mit blauem Siegel“. [...] Der schrieb dieses Gedicht „Eine Tasse Jasmin Tee“, das mit der Zeile endete: „treten Sie ein, hier dürfen Sie schweigen“³. Das hat mich total betroffen und berührt. Also, wir mussten ja immer irgendwelche vorgestanzten Reden wiederholen im Unterricht, wir hatten Appell⁴ frühmorgens einmal in der Woche. Ich stand immer an der Seite ohne Halstuch und ohne FDJ-Hemd oder ganz hinten. Ich hab mich immer hingestellt, wo ich wollte. Das habe ich gar nicht eingesehen, mich da in Reih und Glied ... Dann gab es diese blöden Manöver „Schneeflocke“⁵ und diese ganze militärische Atmosphäre. Kriegsspielzeug wurde in Kindergärten ausgegeben. Dieses ganze Vorgeschriebene, und dann sagt da einer: „treten Sie ein, hier dürfen Sie schweigen“. Das war wie bei meinem Großvater. Hier kannst du sein, wie du bist. Und auch Schweigen war der Ausdruck von Freiheit, genauso, wie Nicht-Teilnehmen ein Ausdruck von Freiheit war, wie das Sich-Nicht-Beteiligen [...]. Das Sich-Nicht-Beteiligen, das hat die verunsichert, das war die Ablehnung des Systems. Und dieses Schweigen als Ausdruck einer Nichtzustimmung hat mich sehr stark berührt.



Wolf Biermann im Konzert in Köln.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

[...]

Dann kam dieses Konzert von Wolf Biermann, wann war denn das ..., 1976. Auch, ja, also dieses Jahr 76 hatte es in sich, mit Aktion Sühnezeichen (ASZ) [...] und dem Köln-Konzert von Wolf Biermann, das ich auf meinem selbst gebauten – ich war so Radiobastler in der Phase auch noch – Empfänger bis tief in die Nacht hörte⁶.

[...]

Ich glaub, es ging bis früh um vier und ich wusste irgendwie, die Welt wird anders. Irgendwie für mich wird hier was anders. Dieser Widerspruchsgeist, dieses Neinsagen, das ist was, was ich wollte.

Aufgaben:

1. Fasse in deinen eigenen Worten kurz zusammen, was an den beiden beschriebenen Ereignissen für Stephan Bickhardt so bedeutsam war.
2. Was hast du erlebt, was dich stark beschäftigt, vielleicht verändert hat? Tauscht euch über eure Ergebnisse aus!

¹ Im allgemeinen Sprachgebrauch meint man mit dem Begriff den Beginn einer Entwicklung, der alles Weitere auslöst, eine „zündende“ Idee.

² Stephan Bickhardt war zu diesem Zeitpunkt 14 Jahre alt.

³ Reiner Kunze: Einladung zu einer Tasse Jasmin Tee, in: Brief mit blauem Siegel, Reclam, Leipzig 1973.

⁴ Gemeint ist der Fahnenappell, eine politische Veranstaltung für die gesamte Schule, die mehrmals im Jahr zu besonderen Anlässen stattfand (z. B. zur Vergabe der Zeugnisse, am Weltfriedenstag, zum Gedenken an kommunistische Widerstandskämpfer). Dabei versammelten sich alle Lehrer/innen und Schüler/innen der Schule zu einer Zeremonie, es wurden Texte, Gedichte und Lieder vorgetragen und einzelne Schüler/innen bekamen Auszeichnungen für besondere Leistungen überreicht. Zum Fahnenappell trugen die Schüler/innen, die Mitglied der Pionierorganisation (PJO) oder der FDJ waren, Uniform.

⁵ 1968 eingeführtes Element der vormilitärischen Ausbildung, bei dem die älteren Pioniere (PJ) jährlich kurz vor den Winterferien Schieß- und Geländeübungen durchführen mußten. (Vgl. auch Wehrerziehung.)

⁶ Vgl. 47 M und 49 M und Ausschnitte eines Biermann-Konzerts im interaktiven Zeitstrahl, 1976.



Jugendliches Verhalten – Stephan Bickhardt und Kathrin Bickhardt-Schulz im Interview



Ich selber komme ja aus einem **kirchlichen Haus**, bin nicht zu den Pionieren (↗JP) gegangen und auch zunächst nicht in die ↗FDJ, hatte auch keine ↗Jugendweihe und war eigentlich dauerhaft im Widerspruch.



Mein **Elternhaus** ist eigentlich kirchlich geprägt, obwohl nicht so traditionell kirchlich, sondern kritisch kirchlich. [...] Meine Eltern standen der ↗DDR kritisch gegenüber. [...] Und so bin ich eigentlich ein Mensch, der gerne dazugehören wollte, auch in der **Schule**, und zu den Pionieren und gerne irgendwie so mit **Musik** und vorneran gehen wollte. Und immer auch in Konflikt war mit meinem Vater, der sagte, pass auf und überlege dir, was du hier tust, und mich immer zurückgepfiffen hat. Und in dieser Spannung war eigentlich auch so die Grundschulzeit. [...] Der Wunsch, dazuzugehören, aber es dann doch innerlich nicht zu können, weil das Elternhaus so war und eben auch die Erfahrungen aus der Familie schon prägend waren. [...] Also ich war bei den Pionieren, weil es ... Wie gesagt, ich wollte das auch. Ich hätte mir nicht vorstellen können, da als Einzige ... Es waren ja auch schöne Nachmittage und so.



Ich war ja auch in der **Schule** der Erste, der lange Haare haben durfte, und das hat einen manchmal auch in eine ein bisschen merkwürdige Sondersituation, so psychologisch, geführt, dass man sich selbst auch ein Stück weit gefallen hat darin, aber andererseits auch immer diese Differenz leben wollte, leben musste. Und dann gleichzeitig auch der Ansporn, in der Schule auch einigermaßen gut zu sein, damit es nicht heißt, also diese Leute hier mit den langen **Haaren** und den grünen **Kutten** ... Ich glaube, ich hatte hundert Jahre lang immer dieselbe Kutte an. Das war eine grüne Kutte, die hatte ein Futter, das machte ich im Winter rein und im Frühjahr raus, und das Ding zog ich immer an. Und dann hatte ich so eine Anglertasche, die war auch grün. Und so bin ich eigentlich in meiner ganzen Jugend rumgelaufen, unveränderlich, ich wollte auch nichts anderes. Und eben die langen Haare, das war einfach ... Man suchte halt äußere Zeichen auch, um dagegen zu sein.



Also **Musik** ja, Musik spielte eine große Rolle. Natürlich Wolf Biermann-Lieder¹, für deren Verbreitung Leute auch ins Gefängnis gegangen sind², haben wir kopiert und verbreitet. [...] Dann hörte man Renft, aber man mochte die Puhdys natürlich überhaupt nicht, denn das war staatstragende Musik. Frank Schöbel war ein Schimpfwort unter uns, aber Stern Meißen, die waren eben schon ein bisschen mutiger, die wurden gehört und da gab's auch Kontakte, da spielte auch mal ein Bandmitglied im Jugendgottesdienst mit oder so.³ Ja, das war schon wichtig. Dann wurde auch in den Jungen Gemeinden (↗JG) sehr viel gesungen, mehr als heute, weil das befreit. Singen befreit. [...] Ich habe selber damals Bassgitarre gespielt. Wir hatten auch Bands und wir haben auch gerade in Jugendgottesdiensten eigene Texte vertont. Die sind natürlich nicht in den Hitparaden gelandet, sondern die waren Ausdruck unserer Sehnsucht, auch unseres Glaubensmutes, kann man so sagen.

1 Vgl. 49 M und den kurzen Konzertmitschnitt im interaktiven Zeitstrahl, 1976.

2 Der Berliner Reinhard Schult, damals 18 Jahre alt, wurde 1980 wegen der Verbreitung von Biermann-Texten und des Besitzes einer westdeutschen Zeitschrift zu einer 8-monatigen Haftstrafe verurteilt.

3 Die Klaus Renft Combo, später nur Renft, wurde 1958 gegründet und machte Rockmusik mit kritischen Texten, vgl. 50 M. Von 1962 bis 1967 durfte die Gruppe nicht öffentlich auftreten und 1975 wurde sie ganz verboten. Die Puhdys wurden 1969 gegründet und waren eine der bekanntesten und erfolgreichsten Rockbands der DDR. Frank Schöbel war einer der erfolgreichsten Schlagersänger der DDR. Die Stern Combo Meißen, später auch nur Stern Meißen, wurde 1964 gegründet.



Also das Lebenselixier, das **Jugendszenemäßige**, spielte schon eine große Rolle. Das musste schon „in“ sein. Also in den Kreisen, in denen ich da war, wer da nicht trampen ging, also der war eigentlich nicht. Wir gingen natürlich alle trampen. Trampen, zelten, Mecklenburg. [...] Das waren natürlich Milieus, da gehörten bestimmte Standards dazu, Jesuslatschen, lange Haare, grüne Kutte, trampen, Musik machen, Klampfe⁴ ... Meine Frau zum Beispiel spielte in der Zeit [...] eben auch Klampfe und die machten eben auch irgendwelche Veranstaltungen in der Kirche und so. Sie war zugleich allerdings auch im FDJ-Singeklub, das schloss sich nicht unbedingt aus. Bei manchen, wie bei mir, schon, aber bei ihr zum Beispiel nicht. Und dann gab's da Reiseberichte auch. Wenn Leute im Sommer irgendwo unterwegs waren, haben die erzählt, was da los war, dann wurden auch Fotos rumgegeben. [...] Also insofern kann man sagen, es hatte auch was Jugendszenemäßiges, natürlich.



Und dann war ich auch in der **FDJ**. Also ich war schon dabei. [...] das habe ich wirklich nur gemacht, weil ich sonst nicht in die ↗EOS gekommen wäre. Also da wusste ich schon, dass ich das nicht wollte. Und ich war auch im [FDJ-]Singeklub. Also das war zum Beispiel für meinen Vater immer ganz furchtbar. Aber ich hatte eben dann auf meiner Gitarre auch das Kirchentagsabzeichen drauf. Also ich hab natürlich keine roten Lieder gesungen, aber eben Friedenslieder. Ich wollte es eben auch irgendwie beeinflussen. Nicht rausgehen eigentlich, mich nicht dagegenstellen, sondern eigentlich was gestalten, das wollte ich eigentlich. Es war bis zu einem gewissen Punkt möglich, wo es keiner gesehen hat. Aber wenn sie es dann gemerkt haben, dann wurde das sofort entfernt, wie auch das Junge-Gemeinde-Abzeichen oder eben diese Aufnäher ↗Schwerter zu Pflugscharen, das ging gar nicht.

⁴ Umgangssprachlich für Gitarre.



Jugendliches Verhalten – Stephan Bickhardt und Kathrin Bickhardt-Schulz


Einzelarbeit:

In den Interviewausschnitten berichtet Stephan Bickhardt über seine Jugend und was für ihn in dieser Zeit wichtig und Ausdruck der „Jugendszene“ war. Er wurde 1959 geboren, seine „Jugendzeit“ war also ca. zwischen 1972 und 1979.

1. Erstelle einen Überblick über die Lebensbereiche, die er anspricht, und zähle dabei die Merkmale auf, von denen er berichtet. Dafür eignet sich eine Tabelle. Beziehe dabei auch die Gründe ein, die er für sein Aussehen und sein Verhalten angibt.

Beispiel:

Stephan Bickhardt – ein Jugendlicher in der DDR der 1970er-Jahre

Aussehen/Äußeres 	Musik 	...	Gründe 
lange Haare, ...			

2. Was ist dein Eindruck von dem jugendlichen Stephan Bickhardt? Fasse ihn in wenigen Sätzen zusammen.
3. Welche Unterschiede gibt es zwischen Stephan und Kathrin? Fasse kurz zusammen.
4. Was denkst du, spielte es für Jugendliche wie Stephan und Kathrin in der DDR eine größere Rolle, wer sie persönlich waren und sein wollten, oder spielten die Normen, die Vorgaben einer „Gruppe“ eine wichtigere Rolle?

Tausche dich in einer Kleingruppe/ im Plenum über die Ergebnisse aus!

Plenumsdiskussion:

1. Diskutiert miteinander: Wie ist das heute für dich, für euch?

Impulse für die Diskussion:

- Was ist Ausdruck eures *Lebensgefühls*?
- Welche Rollen spielen Elternhaus und Religion bei euch?
- Gibt es heute auch für euch einen Druck, bei etwas mitzumachen?
- Seid ihr ein Teil einer Gruppe?
- Welche Gruppen spielen für euch eine/welche Rolle?

Anregung:

Ihr könntet auch eine Tabelle (wie oben) für euch und euer Leben anlegen und sie euch gegenseitig vorstellen.



Mein Großvater – Stephan Bickhardt im Interview

... bei meinem Großvater: Hier kannst Du sein, wie Du bist.

Mitgliedschaft in der NSDAP

Und in Auseinandersetzung mit dem Großvater hat sich dann auch dieses oppositionelle Verhalten herauskristallisiert. [...] dann spielen halt diese Begegnungen und diese Gespräche mit meinen Eltern und meinem Großvater mütterlicherseits [...] eine große und prägende Rolle.

Vor allem auch die Widersprüche, die ich wahrgenommen habe in den Gesprächen mit meinem geliebten Großvater.¹ Also zum Beispiel wurde mehrfach über diese Frage mit der NSDAP geredet. [...] Er ist jemand gewesen, der immer aufnahmebereit war, auch für verschiedene Positionen, der aber lange gebraucht hat, um zu eigenen politischen Positionen zu kommen. So hat sich mir auch immer erklärt, dass er zuerst in die NSDAP eintrat, dann wieder austrat und gegen Kriegsende auch noch wieder eintrat, während seine Ehefrau [...] ihm immer gesagt hat, lass das lieber sein, das ist ein falscher Weg. Sie war eine konsequente Kritikerin des Nationalsozialismus (NS) in ihren Einstellungen.



Reinhold Baake und Stephan Bickhardt Ende der 1970er-Jahre. Quelle: Privatbesitz Stephan Bickhardt

Haftzeit

Das Geheimnisvolle war ja immer, dass der Großvater 1960 verhaftet worden war und ins Gefängnis gekommen war und man eigentlich nicht so richtig wusste, warum eigentlich, warum ist er denn verhaftet worden.² Und er selbst konnte sich das nie wirklich erklären. Das ist auch der Grund, warum er zunächst sich immer geweigert hat, das Urteil anzuerkennen. Er hat es ja nur anerkannt, das Urteil, um früher aus dem Gefängnis entlassen zu werden und nicht zwölf Jahre zu sitzen. [...] Er konnte sich das immer nur so erklären, [...] dass man Sorge hatte, dass er mit seinem Wissen über die Stahlindustrie und auch mit seinem Know-how [...] in den Westen geht. Er selbst war aber relativ naiv in dieser Frage, dass das gefährlich werden könnte, führte also auch ziemlich freimütig die Verbindung zu westdeutschen Kollegen in Sachen Forschung, aber auch persönlich und am Telefon. Das machte ihm gar nichts. Und er war umgeben von Parteigenossen und, wie wir ja aus den Akten³ auch wissen, von vielen Spitzeln⁴. Und, so muss man im Nachhinein sagen, hat er zwar sehr viel für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland getan, aber an seine persönliche Sicherheit wenig gedacht. [...]

Und er selbst nutzte auch die Verbindung zu mir, um Dinge auszusprechen, über die er eben sonst nicht sprach. Das betraf seine Haftbedingungen, die vergleichsweise relativ gut waren, weil ihm ein Schreibtisch zur Verfügung stand, an dem er sogenannte Lehrbriefe [...] schreiben konnte, gleichzeitig es ihn aber ärgerte, dass es solche Glasverbundsteine waren und keine freien Fenster, durch die das Licht in den Raum eindrang⁵. Auch die wenigen Freigänge, die möglich waren, auch diese

¹ In einem Brief an seinen Großvater zählt Stephan Bickhardt die „Stationen“ in dessen Leben auf, die ihn besonders interessieren und mit denen er sich immer wieder auseinandersetzt. Vgl. 36 M.

² Reinhold Baake wurde zur Last gelegt, „Schädlingstätigkeit“ betrieben zu haben. Vgl. 40 M und 41 M.

³ Gemeint sind die Akten, die das MfS über Reinhold Baake angelegt hat.

⁴ Gemeint sind inoffizielle Mitarbeiter/innen (IM) des MfS. Laut MfS-Akten haben ca. 30 IM über Reinhold Baake berichtet.

⁵ Die Häftlingszellen in den Gefängnissen des MfS hatten keine normalen Fenster, sondern vergitterte Lichtluken aus Glasbausteinen.



35 *Besuche, die nur sehr selten möglich waren, wo mein Vater dann gemeinsam mit seiner Ehefrau nach Berlin fuhr⁶. [...] Dann gab's da stundenweise Gespräche. Das war also alles äußerst ärgerlich und für ihn im Grunde auch immer uneinsichtig. [...]*

Gerade auch dieser Punkt, der für die Art und Weise, wie ich dann gearbeitet habe, wichtig war, dass er im Gefängnis war und wie es im Gefängnis zugeht, hat bei mir ein sehr schlichtes Motto herausgearbeitet, nämlich: Mach alles, aber komm damit nicht in den Knast. Das ist eine Prämisse [Bedingung] gewesen. [...] Deshalb bin ich an bestimmten Stellen vorsichtiger als andere gewesen, weil ich das nicht erleben wollte und weil er auch gerne – er hat ja bis zur Silvesternacht 1987 gelebt – in der Gewissheit leben wollte, dass ich nicht Dinge tue, die mich ins Gefängnis bringen. [...]

Musik und bürgerliche Atmosphäre

45 *Dieser Weg durch das Jahrhundert mit den Widersprüchen und dann eben seine großen Kenntnisse und die Liebe zu bestimmten Dingen, die ganz tief war. Er hörte sehr gern mit mir gemeinsam ..., man muss das sich so vorstellen, ich wurde dort regelrecht empfangen. Wenn ich als Student kam mit meiner ewig grünen Kutte wurde ich von ihm an der Tür, immer von ihm an der Tür empfangen, wenn ich nicht sogar vom Bahnhof abgeholt wurde. Dann gab es immer ein Essen, das extra vorbereitet war, und danach zogen wir uns in das Arbeitszimmer, meine Großmutter nannte es das Herrenzimmer, zurück. Und dann hörten wir in aller Regel zuerst eine Sinfonie oder eine Komposition, Klavierkomposition zum Beispiel von Wolfgang Amadeus Mozart. Und dann sprach er über Mozart, seinen Lieblingskomponisten, und über Musik. [...] mein Großvater spielte sehr gut Klavier, hat ja auch komponiert.⁷ [...] Er liebte den evangelischen Choral noch mehr als Mozart, muss man sagen.*

55 *[...] und dann konnte ich also auch das, was mich beschäftigt, sagen. Es gab also auch eine gewisse Förmlichkeit, die ich so nicht kannte, und es stellte sich im Laufe der Wochenenden immer eine große Nähe her. [...] Ich hatte immer das Gefühl, dass ich dort alles sagen konnte ...*

Und das, dieses Bürgerliche, fast schon Großbürgerliche, auch wie die Räume eingerichtet waren, dieses Feine auch, ragte einfach heraus, wenn man durch diese Industriestadt Riesa ging. Vom Bahnhof aus ging ich dann immer an 15, 16 Schloten lang, man hörte den Krach der Metallurgen und der Stahlgießer und ja, dann kam man in diese Wohnung rein. Wenn man rausschaute, sah man diese Schornsteine.

Und diese Widersprüche von Kultur und Arbeitswelt, das hat mich doch alles sehr angeregt und eben auch, dass Literatur und insbesondere Musik ständige Begleiter des Lebens sein sollten, die sozusagen auch über Ereignisse und Lebensphasen hinweg eine kontinuierliche positive Kraft geben. Das ist dort bei mir eingesenkt worden. Wenn man so will, ist es auch eine Wahl gewesen von mir, dass ich dort immer hingehen wollte, weil ich dort gerne meine Meinungen und mein Bewusstsein prägen lassen wollte.⁸

70 *Von der inoffiziellen Zusammenarbeit seines Großvaters mit dem MfS hat Stephan Bickhardt erst im Rahmen der Arbeit und der Forschungen für diese Arbeitsmappe erfahren – und war tief betroffen. Sein Großvater hatte nie mit ihm darüber gesprochen.*

⁶ Reinhold Baake war in Berlin inhaftiert. Familie Bickhardt wohnte in Dresden.

⁷ Ein Ausschnitt aus einer Komposition von Reinhold Baake ist im interaktiven Zeitstrahl, 1979 zu hören.

⁸ In einem Brief an seinen Großvater schreibt Stephan Bickhardt, wie viel ihm die Besuche bei den Großeltern bedeuten. Vgl. 37 M.



Mein Großvater

„Wenn man so will, ist es auch eine Wahl gewesen von mir, dass ich dort immer hingehen wollte, weil ich dort gerne meine Meinungen und mein Bewusstsein prägen lassen wollte.“

Aufgaben:

Fertige zu den folgenden Fragen Notizen an und nutze sie für einen Austausch in einer Kleingruppe / im Plenum. Gib bei deinen Antworten jeweils die Zeilen an, aus denen du die Informationen gewonnen hast.

1. In welchen Bereichen wollte sich der Enkel bewusst von seinem Großvater und dessen Lebensweise prägen lassen? Was fand er beeindruckend oder vorbildhaft für sich selbst?
2. Welche „Lehren“ hat der Enkel aus dem Leben des Großvaters und aus den Gesprächen mit ihm für sich gezogen?
3. In welchen Punkten distanziert sich der Enkel von seinem Großvater, wenn auch vielleicht nur indirekt?

Anregungen:

Überlege und mache Notizen:

4. Was weißt du über deine Großeltern?
5. Gibt es in deinem Leben Menschen, die dir wichtig sind und die für dich eine Orientierung sind?
6. Wer ist für dich (auch außerhalb deiner näheren Umgebung) ein Vorbild?

Tauscht euch aus!



Mein Großvater

Im letzten Satz des Interviewauszugs (26 M) sagt Stephan Bickhardt:

„Wenn man so will, ist es auch eine Wahl gewesen von mir, dass ich dort immer hingehen wollte, weil ich dort gerne meine Meinungen und mein Bewusstsein prägen lassen wollte.“

Aufgaben:

Fertige zu den folgenden Fragen Notizen an und nutze sie für einen Austausch in einer Kleingruppe / im Plenum. Gib bei deinen Antworten jeweils die Zeilen an, aus denen du die Informationen gewonnen hast.

1. In welchen Bereichen wollte sich der Enkel bewusst von seinem Großvater und dessen Lebensweise prägen lassen? Was fand er beeindruckend oder vorbildhaft für sich selbst? (Tipp: Abschnitt Musik und bürgerliche Atmosphäre)
2. Welche „Lehren“ hat der Enkel aus dem Leben des Großvaters und aus den Gesprächen mit ihm für sich gezogen? (Tipp: Z. 38–43; 55–57; 63–65)
3. In welchen Punkten distanziert sich der Enkel von seinem Großvater, wenn auch vielleicht nur indirekt? (Tipp: Z. 8–15)

Anregungen:

Überlege und mache Notizen:

4. Was weißt du über deine Großeltern?
5. Gibt es in deinem Leben Menschen, die dir wichtig sind und die für dich eine Orientierung sind?
6. Wer ist für dich (auch außerhalb deiner näheren Umgebung) ein Vorbild?

Tauscht euch aus!



Gedanken – Überzeugungen – Motive, Stephan Bickhardt im Interview

Und in Auseinandersetzung mit dem Großvater hat sich dann auch dieses oppositionelle Verhalten herauskristallisiert. [...] dass er im Gefängnis war und wie es im Gefängnis zugeht, hat bei mir ein sehr schlichtes Motto herausgearbeitet, nämlich:

5 *Mach alles, aber komm damit nicht in den Knast. Das ist eine Prämisse¹ gewesen.*

[...] Anfänge bestimmen ja auch immer sehr stark alles Weitere.

[...] das Reden hat nur einen Sinn, wenn ein Tun daraus folgt.

10

[...] Eine Initiative, wenn man damit mal irgendwie angefangen hatte, jagte ja irgendwie auch die nächste. Das war ja wie ein Lebenselixier, sag ich mal.

Ich bin damals manchmal sehr vehement aufgetreten, sehr fordernd auch, hier geht's um was und da können wir jetzt hier nicht lange fackeln oder so, ja. Und das ist irgendwie für mich schwer im Nachhinein so zu akzeptieren und anzunehmen, dass das für sie [die Mutter] zu viel war.

15

Wir wollten halt immer noch ein bisschen weitergehen, weil wir uns nicht verschaukeln lassen wollten von den Mächtigen. [...] die haben diesen Aberglauben der Macht gehabt, dass, wenn sie alles kontrollieren, sie die Macht behalten. Die haben aber keinen positiven Begriff von der Legitimation der Macht gehabt, die im Dialog mit den Menschen stehen muss.

Und ohne jede Verklärung gesagt, wir waren ja bedrückt. Aber wir waren eben nicht so bedrückt wie die jungen Leute während der Nazizeit, dass wir nicht noch Räume hatten, gerade innerhalb der Kirche, aber auch am Rande von manchem Jugendclub oder in der Musikszene, wo wir diese Freiheiten auch leben konnten. Und die, die dieses Bewusstsein von ihrem Elternhaus und ihren Vorfahren mitgekriegt haben, die konnten da richtig munter werden und fröhlich sein. Schwieriger war es eben für viele Leute, die aneckten und deren Eltern in der Partei waren, die hatten es oft schwieriger.

20

Also Mut gemacht in der Arbeit in der demokratischen Opposition hat mir immer die Begegnung mit Leuten.

Das geht mir noch heute so. [...] Was mir am meisten Spaß macht ... mit Leuten zusammen Ideen entwickeln, was für Demokratie, Beteiligung, Stärkung des Einzelnen gut ist.

25

Also, was mich geärgert hat, war, wenn ich den Eindruck hatte, dass die zentralen Probleme eher verniedlicht wurden ... dass nicht die Wahrheit gesagt wurde oder dass man sich der Realität nicht stellt.

Es geht in der Diktatur immer um sehr Grundlegendes, nämlich um die Behauptung von Individualität. Was heute für junge Leute vielleicht eine Anstrengung ist ... Aber wir hatten das Grundproblem, dass sich unsere Individualität ja überhaupt nicht entfalten sollte, sondern es sollte sich die entwickeln – was auch immer das für eine Entwicklung ist – sozialistische Persönlichkeit entfalten. Das war mir ja nun immer das allergrößte Rätsel, was das sein sollte. Ich empfand das einfach immer nur als eine Unverschämtheit, ich wollte sein, wie ich bin.

30

Wir haben damals in den 80er-Jahren niemals davon gesprochen, dass wir in der Opposition sind ... Das gehörte eben auch dazu, dass nicht eine Partei gegen eine andere Partei gegründet wurde. Das hätte per se zur Verfolgung geführt. Außerdem wollten wir ja mit dem, was wir machen, auch andersdenkende Leute irgendwie überzeugen.

35



Stephan Bickhardt im Interview im Sommer 2008

¹ Grundsatz, Voraussetzung.



Ich würde sagen, wenn es zwei Millionen ↗ SED-Mitglieder gab 1989, dann haben bestimmt auch zwei Millionen Leute darüber nachgedacht, ob sie in den Westen gehen. [...] Auch wenn wir dann sauer waren, wenn die Leute abhauten, weil sie ja dann in unseren Gruppen teilweise nicht mehr mitmachten, war das eben auch ein Teil von Destabilisierung der Verhältnisse.

Aber wir, die wir hiergeblieben sind in den politischen Gruppen, haben ja sehr lange auch an die Veränderbarkeit des Systems geglaubt. [...] Ich hatte schon die Nase voll oft, aber ich hatte immer dieses Gefühl, bleiben zu sollen.

Sich aufregen lassen ist [...] die Voraussetzung von Engagement. Aber dass es dazu kommt, da muss man sensibilisiert sein [...] dafür, dass der Mensch über allen Institutionen steht. [...] Und wenn wir von der Sensibilisierung für das Menschliche reden, dann gehört eben dieser spirituelle Zusammenhang auch mit dazu. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass Menschen, die einen lebendigen Glauben haben, die Achtung vor dem Nächsten, die das ja sofort mit einschließt, Spitzeldienste zum Nachteil anderer übernehmen. Dieser gewöhnliche Atheismus im Osten hat auch zu dieser Desensibilisierung mit beigetragen.

Die Staatssicherheitsverfolgung (↗ MfS) ist ungeheuer differenziert gewesen, sehr gründlich, auch langweilig. Und die Aufarbeitung, die notwendig ist, verdeckt aber auch etwas: den Blick darauf, dass es auch viele Menschen gegeben hat, ich sage jetzt mal so 10% der Bevölkerung ... jeder Zehnte hat es geschafft, für sich auch Abstand zu formulieren zu dem System und in irgendeiner Weise widerständig oder so zu handeln.

Also, da kann man auch einiges kritisch sehen in dieser schnellen Vereinigung. [...] 40 Jahre war die DDR, ein Jahr war Revolution und Einheit. Und manchmal denke ich, 40 Jahre braucht es, das alles zu verstehen, zu verarbeiten, zu ordnen. [...] Von daher wird es Jahrzehnte dauern, bis sozusagen der Osten unter der schnellen Einführung des westdeutschen Rechts seine eigene Dynamik entfaltet. [...] Aber das Wichtigste ist eigentlich, und das ist vielleicht auch das Vermächtnis, dass man nicht aufgibt, dass der Einzelne Verantwortung übernehmen kann und insofern auch Gestaltungsperspektiven gewinnt. [...]



Stephan Bickhardt im Interview im Sommer 2009



Gedanken – Überzeugungen – Motivationen, Stephan Bickhardt

Aus 28 M erfährst du viel über den Menschen Stephan Bickhardt, seine Gedanken, seine Überzeugungen zu verschiedenen Themen. Vervollständige die begonnenen Sätze so, dass andere ihn kennenlernen können. Hängt eure „Steckbriefe“ an eine Pinnwand und vergleicht eure Ergebnisse!

Davon träume ich ...

Ich habe verstanden, dass ...

Von Herzen wichtig ist mir ...

Das fällt mir schwer ...

Das tue ich gern ...

Das mache ich Hand in Hand mit anderen ...

Dafür stehe ich ein ...

Diese Schritte gehe ich gern ...

So denke ich über Stephan Bickhardt ...



Gedanken – Überzeugungen – Motive, Kathrin Bickhardt-Schulz im Interview

Durch die ↗ Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung bin ich dann eigentlich so eingestiegen ins Engagement. Und das hat eigentlich gar nicht so sehr einen Ausgangspunkt gehabt in der ↗ JG oder diesem Gesprächskreis. [...] Und von dem Tag an, da war es dann also wirklich schon schwierig. Da hab ich also massive Probleme bekommen, da musste ich da antanzen vor der Schulleitung. [...] Und da wurde ich bearbeitet. Und auch meine Eltern wurden aufgesucht vom Klassenleiter und auch dazu aufgefordert, dass ich das lassen sollte.

... diese Feindbilder, dieser ↗ Kalte Krieg – das fand ich so schlimm. Dieses Hochrüsten, das hat mich richtig geängstigt, dass ich dachte, jetzt musst du was machen, das geht so nicht. Das hat mir richtig Angst gemacht. Und wenn wir dann irgendwie solche Gasmasken anziehen sollten ... ich konnte nicht schlafen in der Nacht. Ich fand das irgendwie total furchtbar. Da gab es keine Frage, das musste man eben einfach machen. (Vgl. ↗ Wehrerziehung.) Dass Menschen so verblendet werden und der Hass so geschürt wird, das fand ich ganz, ganz schlimm, sodass ich gedacht habe, nein, also das geht so nicht.

Wir haben immer genau geguckt, wie weit wir gehen. Man hat eben immer irgendwie mit Angst und Schrecken gelebt. [...] Also es war schon immer klar, in den Knast wollten wir möglichst nicht. So weit ... also das konnte man auch schon kalkulieren.

Na ja, also das war auch ein schönes Gefühl, auch mit viel Angst verbunden, aber es muss doch auch Leute geben, die mal was wagen. Und es hat ja auch Spaß gemacht. [...] Also es war eben auch irgendwie das Modell von einem anderen Leben, was einen begeistert hat. Es war ja alles so trist, das Leben, so unaufregend und so langweilig. Und dann eben einfach so die Vision von einem anderen Leben, das hat auch irgendwie getragen und Spaß gemacht.



Kathrin Bickhardt-Schulz, ca. 16 Jahre alt.
Quelle: Privatbesitz Kathrin Bickhardt-Schulz



Gedanken – Überzeugungen – Motive, Kathrin Bickhardt-Schulz – und ich

1. Informiere dich mithilfe von 8 M/A, 2 M und dem digitalen Zeitstrahl über die Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung und den Kalten Krieg und formuliere mit eigenen Worten eine kurze Zusammenfassung. Dein Text sollte auf die Fragen Wann? Wer? Was? antworten.
2. Nutze dieses Blatt, um Überlegungen zu deiner Person anzustellen! Fasse in den Sprechblasen zusammen: Was sind deine Überzeugungen, Motive, Ängste usw.? In die Mitte kannst du deinen Namen schreiben oder besser noch ein Foto von dir kleben.
3. Stellt eure Ergebnisse aus und diskutiert sie.
4. Überlegt und diskutiert: Welche Bedeutung und welchen Einfluss haben „äußere“ Bedingungen und politische Verhältnisse auf die Überzeugungen von Menschen?



Action! Oppositionelle Arbeit konkret – Stephan Bickhardt und Kathrin Bickhardt-Schulz erinnern sich ...

... im Zeitzeugeninterview, wie ein befreundeter West-Berliner Politiker drei Druckmaschinen nach Ost-Berlin schmuggelte.



Stephan Bickhardt im Interview im Sommer 2009

Stephan Bickhardt: Als Heinz Suhr ankam, mit den Druckmaschinen im Auto ... Er hatte Wolfgang Templin¹ auf dem Beifahrersitz am Checkpoint Charlie² mit aufgenommen. Heinz Suhr war damals Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN (vgl. ↗ DIE GRÜNEN) und brachte damals – von Jürgen Fuchs³ und Biermann⁴ bezahlt – drei Druckmaschinen im Auto herüber.

Und die hatten also die tolle Idee, also komm, wir fahren jetzt bei Bickhardts lang, die wohnen Parterre, da kann man die Maschinen schnell durchs Fenster reintun. Dann klingelten die bei mir – und Wolfgang Templin [...] rannte in unsere Wohnung und sagte: Fenster auf! Druckmaschinen kommen!

Und dann hab ich gesagt: Moment mal, ich will mir das erst mal angucken. Und dann hab ich das Fenster aufgemacht und da sah ich bestimmt 20 Stasi-Leute (↗ MfS) drum rum in Autos – Wartburg, Trabant und was nicht alles.

Und dann sagte ich: Nein, kommt nicht infrage! Und dann haben wir uns kurz besprochen und Kathrin war auch der Meinung: Nein, das können wir jetzt nicht machen, sonst wird hier gleich alles ausgeräumt. Beziehungsweise wir hätten diese Maschinen niemals aus der Wohnung wieder rauskriegen können, man musste ja auch davon ausgehen, dass die Stasi das weiß.

Und dann bin ich zu denen ins Auto gestiegen und das war eine der verrücktesten Fahrten, die ich in meinem Leben gemacht habe. Hinten diese drei Druckmaschinen, [...] die waren im Kofferraum abgedeckt [...], ich auf dem Beifahrersitz neben Heinz Suhr (und Wolfgang Templin in unserem Rücken), der immer irgendwo reinfahren wollte, um diese Druckmaschinen abzustellen. Und ich hab immer gesagt: Das geht aber hier nicht, wir können sie auch nicht zu Bärbel Bohley⁵ bringen, bist du verrückt?

Bis mir dann eine Idee kam, die eigentlich nur auf Druck entstand, weil Heinz Suhr nämlich sagte: Wenn ihr hier so blöde seid im Osten, fahr ich jetzt mit dem Zeug wieder zurück!

Und da dachte ich: Na, das darf jetzt auch nicht passieren! Und da fiel mir Wolfgang Ullmann⁶ ein. Wolfgang Ullmann, in dem Bereich der Golgatha-[Kirchen]gemeinde⁷, [...] hatte auch eine Wohnung auf dem zweiten Innenhof. Und da habe ich gedacht: Dann fahren wir auf den Innenhof und schnell da rein mit den Druckmaschinen.

¹ Bürgerrechtler. Kurzbiografie siehe www.chronik-der-wende.de.

² Grenzübergang in Berlin in der Friedrichstraße.

³ Oppositioneller Schriftsteller und Psychologe. Er wurde nach mehrmonatiger Haft 1977 aus der DDR ausgebürgert, siedelte nach West-Berlin über und unterstützte von dort aus die Oppositionellen in der DDR. Kurzbiografie siehe www.chronik-der-wende.de.

⁴ Wolf Biermann ist ein kritischer Liedermacher. Er wurde 1976 aus der DDR ausgebürgert. Vgl. 47 M und 49 M.

⁵ Eine der bekanntesten Bürgerrechtlerinnen der DDR. Kurzbiografie siehe www.chronik-der-wende.de.

⁶ Oppositioneller Theologe. Kurzbiografie siehe www.chronik-der-wende.de.

⁷ Die Gemeinde befindet sich in Berlin-Mitte in der Borsigstraße.



- 30 *Und das klappte auch. Nur – Wolfgang Ullmann war nicht da!*
Aber über Wolfgang Ullmann [wohnte] ja seine Tochter, und die war da! [...]
Also sind wir da vorgefahren und dann haben wir uns im Auto gleich die Strategie überlegt: Diese beiden Innenhoftore ... wie geht das?
Also, wir machen im Innenhof das erste Tor auf, fahren rein, ich springe raus, Wolfgang Templin
35 *auch, ich mache das erste Tor zu, das bereits vorher offen war, er macht das zweite auf, ich mach das zweite zu, Heinz Suhr und er nehmen die erste Druckmaschine und dann zu Ullmann.*
Dann brüllte Wolfgang Templin durchs Treppenhaus: Der Ullmann ist nicht da! Dann sagte ich: Aber hier wohnt die Tochter! Dann sind wir also noch eine Etage weiter hoch. Dann haben wir drei Druckmaschinen bei Wolfgang Ullmanns Tochter in der Wohnung abgegeben.
40 *Und dann waren wir natürlich überaus glücklich, dass wir das geschafft hatten! Und dann sind wir fröhlich winkend zu dritt wieder rausgefahren und haben die Tore zugemacht. Dann hat er uns nach Hause gebracht und so. Und da war ich der Sache sicher, das hat geklappt!*
Also, man konnte ja der Stasi auch ein Schnippchen schlagen. Es gab viele Situationen, wo man der Stasi ein Schnippchen schlagen konnte. [...]

- 45 **Frage:** *Während Sie durch die beiden Tore rein gefahren sind, sind die Stasileute mit ihren Autos draußen vor der Tür geblieben? Und als Sie wieder rausfahren?*

Stephan Bickhardt: *Da waren sie noch da.*

Frage: *Sie haben nicht versucht, Ihnen hinterherzukommen durch die beiden Einfahrten?*

- Stephan Bickhardt:** *Nein, weil das ja sozusagen kirchliches Gebiet gewesen ist. Es war ihnen auch nicht*
50 *so bewusst, was alles dahinter ist. Draußen stand dran „Pfarramt der Golgatha-Kirchgemeinde“.*
Und ich, auch zur eigenen Sicherheit oder zum Sicherheitsgefühl, dachte, wir machen gleich das Tor zu, das ganze große Hoftor einfach zu!
Die waren Gott sei Dank nicht übermotiviert und sind uns nicht gefolgt. Und es war ein unbeschreibliches Glücksgefühl, als wir dann da rausfahren und durch die Stadt – und die fahren dann in ihren Lederjacken und in verschiedenen Autos sozusagen super getarnt und oherauffällig uns hinterher und
55 *vorneweg und drum herum und so weiter.*
Und wir dachten: Also Leute, wir haben das Geschäft erledigt! Das war ein tolles Gefühl, auch für Heinz Suhr und die Leute in West-Berlin, die die Arbeit unterstützt haben.

- 60 **Kathrin Bickhardt-Schulz:** *Aber das war auch so verrückt, weil die ja überraschend kamen, das war ja nicht verabredet.*



Kathrin Bickhardt-Schulz im Interview im Sommer 2009

Stephan Bickhardt: *Wir wussten gar nichts.*

Kathrin Bickhardt-Schulz: *Ich komm jetzt mal eben mit drei Druckmaschinen im Auto ... kam der Heinz Suhr und Wolfgang Templin.*



Frage: Die mussten ja dann auch noch irgendwie verteilt werden ...

65 **Stephan Bickhardt:** Und dann haben wir das so gemacht, ich habe mich mit Martin Böttger⁸ verabredet. Martin Böttger kam dann an und dann haben wir die Druckmaschine abgeholt im Haus von Tochter Ullmann. Und dann habe ich ihm die Druckmaschine übergeben in seinen Barkas⁹. Und dann wurde die an einen ihm bekannten Ort verbracht, nachdem er mir vorher signalisiert hatte, wir haben einen Druckort für unsere Zeitschrift der ↗ IFM.

70 Dann kam als Nächstes Rainer Eppelmann¹⁰, der hatte am meisten Angst ... Im Dunkeln, der wollte im Dunkeln. Und dann sind wir im Dunkeln da rein, mit dem Auto, genauso wie vorher, zweiter Innenhof, wunderbar. Druckmaschine aufgeladen und dann verschwand er im Dunkeln mit dem Ding.

Und die dritte Druckmaschine ging in mein Elternhaus und war dann der Grundstock für die ↗ radix-Druckerei.

75 Das Ganze fand statt 1986, eventuell auch 1985.

Einzelarbeit und gemeinsamer Austausch:

1. Lies diese Erinnerungen und mache dir parallel dazu Notizen (mit Angabe der Zeilennummern):
 - Welche Gefühle kommen zum Ausdruck, die der Situation in der Vergangenheit zugeschrieben werden?
 - Welche Gefühle kommen beim Erinnern und Erzählen zum Ausdruck?
 - Gibt es Unterschiede? Wie sind sie zu erklären?
 - Kannst du die Gefühle verstehen, sie beim Lesen nachvollziehen? Woran liegt das?

Anregung:

2. Wenn man diese Erinnerungen liest, kann man sie sich als „Film im Kopf“ vorstellen. Man kann aus ihnen auch gut einen **Comic** gestalten!

So könntet ihr als Gruppen vorgehen:

- Teilt zunächst in gemeinsamer Absprache die Handlung in einzelne Sequenzen (mehrere Bilder) und dann in Panels (Einzelbilder) ein.
- Trefft Absprachen über die Größe der Panels und Gestaltungselemente.
- Verteilt die Panels unter euch und gestaltet sie!
- Formuliert gemeinsam die textlichen Hinweise (z. B. „einige Zeit später“) und Beschriftungen für die Panels.
- Baut die Bestandteile zu einem Comic zusammen, findet einen passenden Titel und stellt die Ergebnisse aus!

⁸ Mitglied der Bürgerrechtsbewegung ↗ IFM.

⁹ Kleintransporter aus ↗ DDR-Produktion.

¹⁰ Oppositioneller Pfarrer. Kurzbiografie siehe www.chronik-der-wende.de.



IM-Bericht über Stephan Bickhardt vom 16.3.1987

Einen Tag nachdem in der Privatwohnung eines Oppositionellen eine „Ost-West-Runde“ stattgefunden hatte, berichtete der IMB „Martin“ dem IMfS darüber. Auch Stephan Bickhardt war in dieser Runde anwesend und sprach mit IMB „Martin“ über die Gründe für sein oppositionelles Engagement. Hinter dem Decknamen „Martin“ verbarg sich Mario Wetzky.¹

Hauptabteilung XX/2	Berlin, 16. 3. 1987 haa-fu	<div style="border: 1px dashed black; padding: 5px; text-align: center;">BStU 000308</div>
 B e r i c h t <u>zum Treff mit IMB "Martin" am 14. 3. 1987</u>		
 Am 13. 3. 1987 fand in der Zeit von 20.00 bis 24.00 Uhr in der Wohnung des BÜTTGER, Martin die geplante "Ost-West- Runde" statt. Anwesend waren:		
BÜTTGER, Martin [REDACTED] POPPE, Gerd BICKHARDT, Stephan WETZKY, Mario 2 junge Männer vom Friedenskreis Naumburg (Freunde von BICKHARDT) 1 Mann (langjähriger Besucher des Philosophiezirkels, war in der [REDACTED] wohnhaft)		

- Relativ überraschend legte Stephan BICKHARDT seine persönlichen Motive für sein Arrangement im politischen Untergrund dar. So sei ein Großvater von ihm ein ehemaliger Direktor des Flick-Konzernes gewesen und 1945 enteignet worden. BICKHARDT stamme aus einer sehr reichen und stark religiösen Familie. Deswegen habe BICKHARDT genügend persönliche Motive, um gegen die DDR und ihren Staat aufzutreten.

Quelle: BStU, MfS AOP 1057/91, Bd. 9

¹ Mario Wetzky engagierte sich in den 1980er-Jahren sehr aktiv in verschiedenen oppositionellen Gruppen in Berlin, wie z. B. der Initiative Frieden und Menschenrechte (IMF), und berichtete dem MfS ausführlich darüber. Im Sommer 1989 wurde er enttarnt.



Auskunftsbericht des MfS über Stephan Bickhardt vom 21.11.1987

Abteilung XX/4

Berlin, 21. Nov. 1987
mat-mei 4 25 85

000084

BStU
000091

Auskunftsbericht

Bickhardt, Stephan, Johannes
030959 4 [REDACTED] Dresden
1055 Berlin, [REDACTED]
Vikar

Evangelische Studentengemeinde Berlin/Geschäftsstelle 1055 Berlin,
Immanuelkirchstr. 1a

Kurzeinschätzung

Bickhardt trat mit dem Entstehen der sog. unabhängigen Friedensbewegung (UFB) operativ in Erscheinung und entwickelte sich zu einem der aktivsten und aktionistischsten Exponenten der unter dem Dach der Evangelischen Kirche wirkenden feindlichen Kräfte.

Er gehört zu den Initiatoren von "blockübergreifenden Aktivitäten", insbesondere in Verbindung mit Vertretern der "Grünen" der BRD (u. a. Petra Kelly).

↗ DIE GRÜNEN,
↗ BRD

An der praktischen Umsetzung der Idee des Abschlusses "Persönlicher Friedensverträge" zwischen Bürgern der DDR und solchen aus NATO-Staaten sowie an der Initiierung derartiger Verträge hatte er wesentlichen Anteil.

↗ NATO

Darüber hinaus entwickelte Bickhardt intensive Bemühungen mit einer Reihe anderer feindlicher Exponenten zur Herstellung "fester Arbeitskontakte" zu solchen feindlichen Gruppierungen anderer sozialistischer Länder, wie "Charta 77" (CSSR), "Dialog" (UVR) und "Solidarnosc" (VRP).

↗ Charta 77, ↗ ČSSR
↗ Solidarność
(*) UVR, (*) VRP
(*) Sprachenkonvikt

Bickhardt wurde im Mai 1984 im Zusammenhang mit seinen pseudopazifistischen und ökologischen Aktivitäten als damaliger Leiter und Organisator eines "Friedenskreises" am Theologischen Sprachenkonvikt in Berlin durch unsere DE KK-erfaßt und operativ bearbeitet und kontrolliert.

In der Folgezeit konnten eine Vielzahl von Informationen zur Persönlichkeit des Bickhardt, seiner politischen Einstellung und Haltung sowie zu seinen Aktivitäten erarbeitet werden. Diese dokumentieren die geschilderte Entwicklung des Bickhardt und dessen feindlich-negative politische Grundhaltung gegenüber den sozialistischen Verhältnissen in der DDR, insbesondere hinsichtlich der Friedens- und Verteidigungspolitik der SED.

↗ SED

Etwa seit einem Jahr versucht Bickhardt, wie andere Inspiratoren politischer Untergrundtätigkeit in Richtung "Reisefreiheit" eine ver-



stärkte Eingabentätigkeit zu organisieren, um damit Druck auf den Staat zur Gewährung "völliger Reisefreiheit" auszuüben. In jüngster Zeit trat Bickhardt u. a. gemeinsam mit dem operativ bekannten

mit einem "Positionspapier" unter der Bezeichnung "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung", welches blockübergreifenden Charakter trägt und im September 1987 als Eingabe an die Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR in Görlitz gerichtet wurde, in Erscheinung.

Darüber hinaus beteiligte er sich aktiv an der Erstellung der illegalen Publikation "Grenzfall" und verfaßte selbst eine Reihe entsprechender Beiträge.

Kontrollmaßnahmen

1. Inoffizielle Kontrollmaßnahmen durch mehrere IM unserer und anderer DE im Rahmen seiner Aktivitäten im Sinne politischer Untergrundtätigkeit.
2. Fahndung - Ausreise (bis 30. Jan. 1988)
Nr. BTQ 61 53
Ausreiseverkehr Paß- und Visafrei
(Rückfrage vor Entscheid)

Matthes
Matthes
Hauptmann

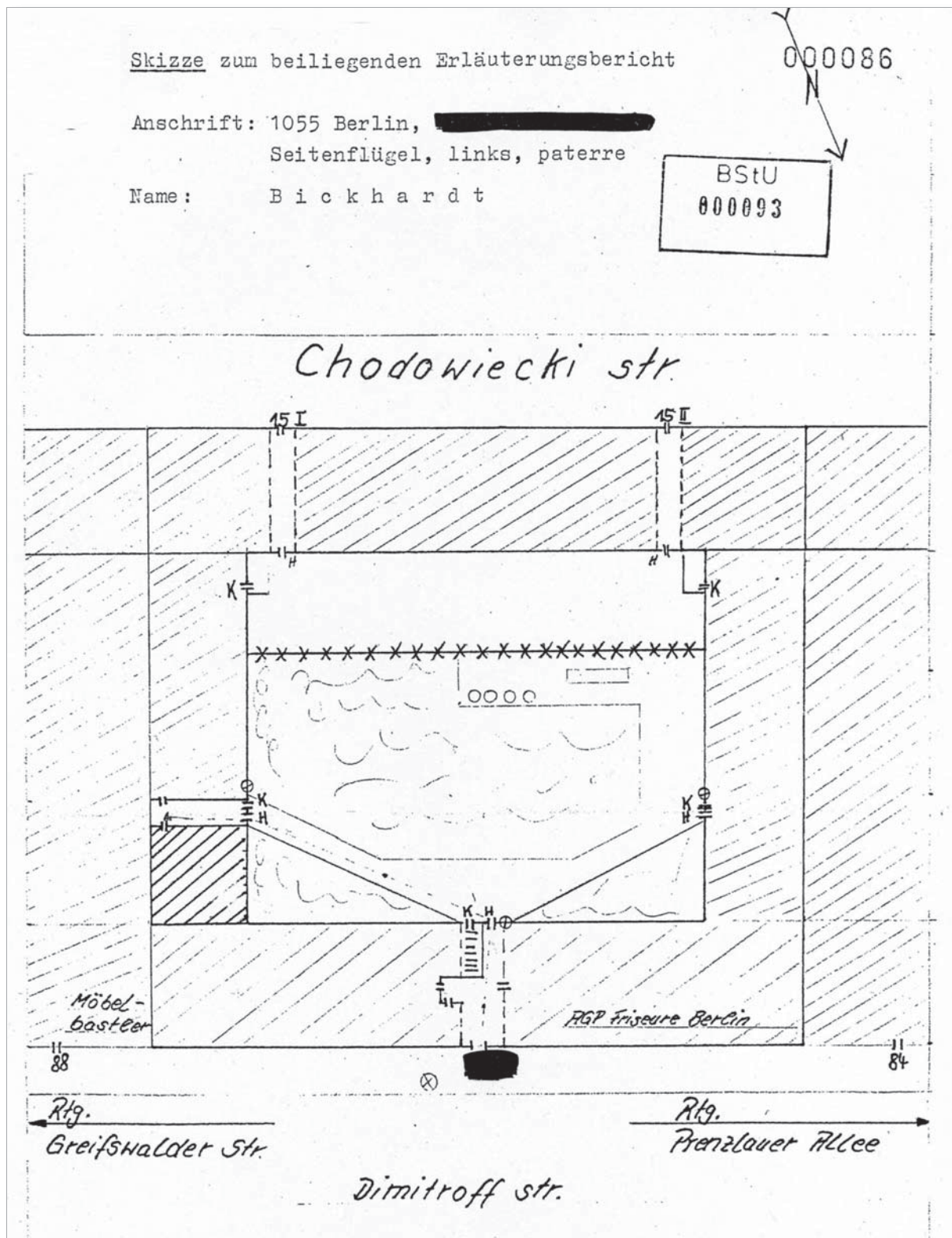
Initiative Absage an
Praxis und Prinzip
der Abgrenzung
(↗ IAPPA)

(*) UVR: Ungarische Volksrepublik

(*) VRP: Volksrepublik Polen

(*) Sprachenkonvikt: Evangelische theologische Ausbildungsstätte in Berlin, an der man außerhalb der staatlichen Universitäten Theologie studieren konnte

Erläuterungen zu den Persönlichen Friedensverträgen finden sich in 38 M.



Quelle: BStU, MfS AU 14127/89



Abschlussbericht des MfS über Kathrin Bickhardt-Schulz, 1987

Kathrin Bickhardt-Schulz wurde in den Jahren 1986 und 1987 intensiv vom MfS überwacht, weil sie sich neben ihrem Theologiestudium in der unabhängigen Friedensbewegung in Naumburg engagierte. 1987 wurde die Überwachung in Naumburg eingestellt, da sie nach Berlin umzog. Der Abschlussbericht enthält Angaben über ihre oppositionellen Aktivitäten und die Gründe für die Überwachung und deren Einstellung.

Kreisdienststelle
Naumburg

25 Naumburg, 11. 8. 1987

BSU
000025

bestätigt:
Leiter der Kreisdienststelle

Bach
Major

Abschlußbericht

zur OPK "Konfrontation" - Reg.-Nr. VIII 1738/86

Die Person

Schulz, Kathrin
geb. am: 16. 03. 1966 in Beckendorf
NW. : 4800 Naumburg, [REDACTED]

wurde seit dem 15. 7. 1986 im Rahmen einer operativen Personenkontrolle bearbeitet.

1. Gründe für das Anlegen der OPK

Die Sch. ist aktives Mitglied des AKF der ESG Naumburg, dabei engagierte sie sich aktiv im Rahmen der sogenannten staatlich unabhängigen oppositionellen Friedensbewegung klerikaler Kräfte.

Sie unterhält aktive postalische Verbindungen in die BRD zur "Vereinigten Münchener Friedensinitiative" mit dem Ziel, diesen Kontakt zu Aktivitäten für Blockübergreifende Friedensinitiativen "Blockfreiheit in Europa" zu nutzen.

2. Wesentliche Ergebnisse des politisch-operativen Kontrollprozesses zur OPK

Es wurde herausgearbeitet, daß sich die Schulz als aktives Mitglied des AK "Frieden" der ESG Naumburg stark im Rahmen der sogenannten staatlich unabhängigen oppositionellen Friedensbewegung klerikaler Kräfte engagiert. Sie unterhält in diesem Zusammenhang aktive Verbindungen zu

(*)OPK

(*)AKF
➤ ESG

➤ BRD

(*)klerikal

(*)OPK: In sogenannten operativen Personenkontrollen überprüfte das MfS „verdächtige Menschen“ oder Menschen mit Kontakt zu „verdächtigen Personen“.

(*)AKF: Arbeitskreis Frieden

(*)klerikal: kirchlich



Durch den IMB "Arno Scheibner" wurde bekannt, daß die Sch. im Juli 1987 vom KOS Naumburg exmatrikuliert wurde und mit dem beginnenden Wintersemester 1987/88 das Studium am Sprachenkonvikt Berlin fortsetzt. *Gegenwärtig hält die Sch. sich noch an ihrer Hauptwohnung in Meiningen auf.*

Mit dem Verzug der OPK-Person nach Berlin ist eine operative Bearbeitung der OPK nicht mehr möglich. Es wird vorgeschlagen, die Bearbeitung der OPK einzustellen und in der BV Halle, Abt. XII als nicht gesperst zu archivieren.

Referatsleiter U/V

J. v. Lerpue
Fäller
Major

Sachbearbeiter

Finke
Finke
Fw.

(*) KOS
(*) exmatrikulieren
(*) Sprachenkonvikt



2
BStU
000002

Mitte
Schulz, Kathrin

26.4.86 AKF - Treffen in Naumburg



19
BStU
000018
52

rechts
mit Bort Studentenpfand aus
Zeit
mitte ⊕
Schulz, Kathrin.

AKF - Treffen am 26.04.86 in Naumburg

Quelle: BStU, Halle AOPK 2502/87, Bd. 1

(*) KOS; exmatrikulieren; Sprachenkonvikt:

Kathrin Bickhardt-Schulz meldete sich beim Katechetischen Oberseminar (KOS) in Naumburg ab (exmatrikulierte sich), um in Berlin weiterzustudieren. Das Katechetische Oberseminar in Naumburg war ebenso wie das Sprachenkonvikt in Berlin eine kirchliche theologische Ausbildungsstätte, an der außerhalb der staatlichen Universitäten Theologie studiert werden konnte.



Brief von Stephan Bickhardt an seinen Großvater Reinhold Baake vom 19.5.1985

So, 19.5.85 in Nbg.

liebe Marianne, lieber Reinhold!

Kurz und spontan: Es war rundum schön bei Euch: das Reden und Spielen, der Gang zum Friedhof, das Essen (Marianne, hab Dank dafür!), das Sitzen im Frühlingsgarten. Euch so gesund und kräftig zu sehen, das war eine Freude und Lebensermunterung.

Und, Großvater, Deine gelegentlichen Erinnerungen bleiben mir immer besonders wichtig, stellen sie mich doch in die Geschichte, nicht nur in eine allgemeine, sondern gerade auch in eine persönliche. In gewisser Weise wurde ich um 50 Jahre älter, wenn ich mich in einer persönlichen Geschichte verstehe. Keine Wurzeln sind ja nicht allein in unserer eigenen Biographie zu finden!

In diesem Sinne eine etwas verkürzte Wiederholung meiner - sagen wir - Fragebereiche, in der Hoffnung, daß wir möglichst bald zu einem konzentrierten Gespräch darüber kommen:



1. Kindheit und Gymnasium
2. Dein Erleben des 1. Weltkrieges, der Revolution und der Entstehung der Weimarer Republik
3. Begegnung mit Spengler - München, das Studium und die Freundschaften
4. Dein beruflicher Werdegang bis zu Röchling und dein Leben mit Dete
5. Frontal: Kriegsindustrie und Familiensituation
6. Neubeginn aus den Trümmern: Dein Beitrag zur Entstehung der DDR-Industrie
7. Die DDR von innen: Der Kuast
8. Die Jahre danach: Riesa und die lange Zeit des Nach-Denkens
(Hier möchte ich Dich u. a. besonders nach deinem Verhältnis zur Musik und Literatur fragen. Dies habe ich nämlich erlebt und bin immer sehr beeindruckt von der Tiefe dieses Verhältnisses.)

Ich wünsche Euch viele schöne Frühlingstage, einen kleinen Schuß Gelassenheit im Alltag und vor allem Euch beiden schöne Stunden des Zusammenseins.

Herzlich
Euer Stephan

Quelle: Privatbesitz Stephan Bickhardt



Abschrift

So, 19.5.85 in Naumburg

Liebe Marianne, lieber Reinhold!

5 Kurz und spontan: Es war rundum schön bei Euch: das Reden und Spielen, der Gang zum Friedhof, das Essen (Marianne, hab Dank dafür!), das Sitzen im Frühlingsgarten. Euch so gesund und kräftig zu sehen, das war eine Freude und Lebensermunterung.

10 Und Großvater, Deine gelegentlichen Erinnerungen bleiben mir immer besonders wichtig, stellen sie mich doch in die Geschichte, nicht nur in eine allgemeine, sondern gerade auch in eine persönliche. In gewisser Weise werde ich um 50 Jahre älter, wenn ich mich in einer persönlichen Geschichte verstehe. Meine Wurzeln sind ja nicht allein in meiner eigenen Biographie zu finden!

In diesem Sinne eine etwas verkürzte Wiederholung meiner – sagen wir – Fragenbereiche, in der Hoffnung, daß wir möglichst bald zu einem konzentrierten Gespräch darüber kommen:

1. Kindheit und Gymnasium
 2. Dein Erleben des 1. Weltkrieges, der Revolution und der Entstehung der Weimarer Republik
 - 15 3. Begegnung mit Spengler; München, das Studium und die Freundschaften
 4. Dein beruflicher Werdegang bis zu Röchling und Dein Leben mit Dete
 5. Freital: Kriegsindustrie und Familiensituation
 6. Neubeginn aus den Trümmern: Dein Beitrag zur Entstehung der DDR-Industrie
 7. Die DDR von innen: Der Knast
 - 20 8. Die Jahre danach: Riesa und die lange Zeit des Nach-Denkens
- (Hier möchte ich Dich u. a. besonders nach Deinem Verhältnis zur Musik und Literatur fragen. Dies habe ich nämlich erlebt und bin immer sehr beeindruckt von der Tiefe dieses Verhältnisses.)

Ich wünsche Euch viele schöne Frühlingstage, einen kleinen Schuß Gelassenheit im Alltag und vor allem Euch beiden schöne Stunden des Zusammenseins.

25 Herzlich, Euer Stephan



Brief von Stephan Bickhardt an seinen Großvater Reinhold Baake vom 28.1.1987

28. 1. 1987

lieber Großvater!

Mitten aus dem Hust der Arbeit heraus
schreibe ich Dir und das sehr gern,
denn wenn ich an Dich denke, so
kommen tausend gute Erinnerungen
in mein Gedächtnis, vorallem Er-
innerungen an unsere Gespräche im
Herrenzimmer, was manche heute
prosaisch „Arbeitszimmer“ nennen. Und
zwischenwird bist Du aufgestanden, gingst
hin zum Klavier und erzähltest mir
mehr von Dir als es die Worte
können, spieltest also einen Choral. Doch
bald bist Du wieder aufgestanden und
führtest mir die Seelenzustände anderer
vor. Dann erklang oft der gleiche Choral
von der Schallplatte. Das waren sehr
schöne Stunden. Auffällig ist jetzt aber,
daß ich in der Vergangenheit schreibe.
Nun denn, so will ich mir etwas
wünschen, daß nämlich aus der Vergangen-



mit noch häufig Gegenwart ~~ist~~^{wird}, wo
 auch immer wir uns sehen. Und Dir
 wünsche ich aber zuerst, daß Du Lust
 und Freude auf die Gegenwart
 anderer Menschen hast, das heißt
 auch: Lust und Freude an Deiner
 Gegenwart.

 Dir, Marianne und Lotte
 ein schönes Geburtstagsfest –
 Gott behüte Dich

 Dein Stephan

Quelle: Privatbesitz Stephan Bickhardt

Abschrift

28.1.1987

Lieber Großvater!

Mitten aus dem Wust der Arbeit heraus schreibe ich Dir und das sehr gern, denn wenn ich an Dich
 denke, so kommen tausend gute Erinnerungen in mein Gedächtnis, vor allem Erinnerungen an
 unsere Gespräche im Herrenzimmer, was manche heute prosaisch „Arbeitszimmer“ nennen. Und
 zwischendurch bist Du aufgestanden, gingest hin zum Klavier und erzähltest mir mehr von Dir als
 es die Worte können, spieltest also einen Choral. Doch bald bist Du wieder aufgestanden und führ-
 test mir die Seelenzustände anderer vor. Dann erklang oft der gleiche Choral von der Schallplatte.
 Das waren sehr schöne Stunden. Auffällig ist jetzt aber, daß ich in der Vergangenheit schreibe. Nun
 denn, so will ich mir etwas wünschen, daß nämlich aus der Vergangenheit noch häufig Gegenwart
 wird, wo auch immer wir uns sehen. Und Dir wünsche ich aber zuerst, daß Du Lust und Freude
 auf die Gegenwart anderer Menschen hast, das heißt auch: Lust und Freude an Deiner Gegenwart.
 Dir, Marianne und Lotte ein schönes Geburtstagsfest – Gott behüte Dich
 Dein Stephan



Oppositionelle Aktivitäten von Stephan und Peter Bickhardt – Überblick über einige wichtige widerständige Gruppierungen

Stephan Bickhardt

geb. 1959, engagierte sich seit seinen Jugendjahren in verschiedenen oppositionellen Gruppen.

Stephan Bickhardt im Interview:

Und so war es bei Aktion Sühnezeichen eben auch. [...] Das war ein Laboratorium für die Bildung von Persönlichkeiten, [...] die vor allem sagen, das Reden hat nur einen Sinn, wenn ein Tun daraus folgt. Was am Ende sogar die Pointe hat, die glaube ich relativ typisch ist für das oppositionelle kritische Verhalten vieler junger Leute in den 80er-Jahren, dass man erst was machte, mehr instinktiv, um sich dann darüber Rechenschaft zu geben.

Wir hatten ja auch keine Lehrer, es gab keine Juristen, Soziologen, Philosophen. [...] Wir hatten Theologen, dann gab es eine ganz interessante Fraktion von Psychologen [...] und dann gab's ein paar Naturwissenschaftler, die kritisch redeten.

■ Aktion Sühnezeichen (ASZ)

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist eine christliche Friedensorganisation. Sie wurde 1958 als gesamtdeutsche Organisation gegründet, um in kritischer Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Friedens- und Versöhnungsarbeit in Ländern zu leisten, die unter der Herrschaft der Nationalsozialisten und dem Zweiten Weltkrieg besonders gelitten hatten. Da die Spaltung Deutschlands jedoch eine gemeinsame Arbeit unmöglich machte, entwickelten sich zwei Organisationen, Aktion Sühnezeichen (ASZ) in der DDR unter dem Dach der Evangelischen Kirche und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) in der Bundesrepublik (BRD). Nach der Wiedervereinigung fusionierten beide Organisationen. Die ostdeutsche ASZ konzentrierte ihre Aktivitäten wegen der eingeschränkten Reisefreiheit notgedrungen auf das eigene Land, Polen und die Tschechoslowakei (ČSSR), während die westdeutsche ASF in vielen europäischen Ländern tätig wurde. Ab 1962 begann die ostdeutsche ASZ mit dem Aufbau und der Entwicklung von Sommerlagern, in denen Menschen aus verschiedenen Ländern des Ostblocks miteinander lebten und arbeiteten. Stephan Bickhardt nahm seit 1976 regelmäßig an den Sommerlagern teil, später sogar als Lagerleiter. ASZ war keine organisierte Opposition, schuf aber ein kulturelles Milieu für eigenständiges Denken und Handeln und wurde von SED und MfS unter Kontrolle gehalten. Der offiziellen Meinung der DDR-Führung zufolge war die Arbeit der ASZ überflüssig, denn schließlich sei die DDR ein antifaschistischer Staat, der für die Folgen des deutschen Faschismus nicht haftbar gemacht werden könne und demzufolge auch keine Versöhnungsverantwortung hätte.

■ Sozialer Friedensdienst (SoFD)

Christoph Wonneberger, Pfarrer der Dresdner Weinbergsgemeinde, initiierte 1981 eine Initiative für die Einführung eines sozialen Friedensdienstes (SoFD) als gleichberechtigte Alternative zu Wehrdienst und Wehrrersatzdienst. Von Anfang an war geplant, den Aufruf zur Einführung des SoFD, an dem auch



35 Stephan Bickhardt mitgearbeitet hatte, über die offiziellen kirchlichen Gremien als Gesetzesinitiative vor die ↗ Volkskammer zu bringen. Jedoch übernahmen diese den Aufruf nicht, weil sie befürchteten, mit Annahme dieses eindeutig ↗ SED-kritischen Aufrufes das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu verschlechtern. Daraufhin verbreitete die Initiativgruppe den Aufruf auch außerhalb der Kirche in Form eines Kettenbriefes, der, auch für die Initiativgruppe völlig überraschend, Tausende Menschen erreichte und so zu einer weiteren Politisierung der Friedensbewegung führte. Nach etwa einem Jahr musste die Initiativgruppe SoFD ihre Arbeit unter dem Druck der Kirchenleitung und des Staates aufgeben. Erst im Zuge der friedlichen Revolution 1989/90 führte die letzte SED-Regierung im Februar 1990 einen Zivildienst ein. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1981.)



Stephan Bickhardt, Gisela Kallenbach und Christoph Wonneberger auf der Festveranstaltung 20 Jahre Mauerfall am 9.11.2009 in Berlin. Quelle: Privatbesitz Stephan Bickhardt

50 ■ Frieden konkret / Konkret für den Frieden

Frieden konkret/Konkret für den Frieden wurde 1983 initiiert und war das größte Netzwerk kirchlicher und außerkirchlicher Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen in der DDR. In den späten 1980er-Jahren vereinigte das Netzwerk fast 200 Gruppen. Einmal jährlich fanden unter der Schirmherrschaft einer der Evangelischen Landeskirchen Seminare statt. Zwischen den Seminaren hielt ein gewählter sogenannter Fortsetzungsausschuss eine kontinuierliche und zuverlässige Kommunikation zwischen den Gruppen aufrecht und entwickelte sich immer mehr zu einer Sprechergruppe. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1983.)

■ Persönliche Friedensverträge

Die Initiative wurde im Herbst 1983 von Friedenskreisen in der Evangelischen Landeskirche Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens entwickelt und war eine der vielen Versuche, Kontakt zur Friedensbewegung in der Bundesrepublik (↗ BRD) und im Ausland herzustellen. Menschen aus der DDR und der BRD, aber auch aus anderen Ländern, die sich noch nie zuvor gesehen hatten, schlossen über die Grenzen und Militärböcke hinweg persönliche Friedens- und Nichtangriffsverträge miteinander ab. Sie verpflichteten sich gleichzeitig, auch gegen die Militarisierung des Alltags vorzugehen. Vorlagen für solche Friedensverträge wurden von mehreren Friedensgruppen in der DDR verfasst, vervielfältigt sowie verbreitet und erzeugten eine relativ große Resonanz. Als im Oktober 1983 einige Abgeordnete der Grünen aus der BRD (↗ DIE GRÜNEN) Erich Honecker einen persönlichen Friedensvertrag überreichten, nahm er ihn an und unterzeichnete ihn. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1983.)



Eine Delegation der GRÜNEN überreicht Erich Honecker einen persönlichen Friedensvertrag (v. l. n. r.: Lucas Beckmann, Petra Kelly, Erich Honecker). Petra Kelly trägt einen Pullover mit dem ↗ Schwerter-zu-Pflugscharen-Symbol. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft



75 ■ Initiative für Blockfreiheit in Europa

Die Initiative für Blockfreiheit in Europa war eine gemeinsame Aktion von Vertreterinnen und Vertretern der Friedensbewegung in der DDR und der Bundesrepublik. 1985 formulierten und unterzeichneten jeweils 40 Ost- und Westdeutsche, unter ihnen auch Stephan Bickhardt, den Aufruf einer Initiative für Blockfreiheit in Europa, ein Papier, in dem die Auflösung der Militärblöcke in Europa gefordert wurde. Der Text wurde in der US-amerikanischen und der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin abgegeben und an die Regierungen der beiden Länder weitergeleitet. Anschließend wurde das Papier den Friedensgruppen in der DDR zur Diskussion übermittelt und die Idee eines block-

80 ■ Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)

Die IFM wurde 1986 in Berlin von den Mitgliedern anderer lokal begrenzter Friedens- und Umweltgruppen gegründet. Sie ist die älteste von Staat und Kirchen unabhängige Oppositionsgruppe in der DDR. Sie orientierte sich in ihren Zielstellungen und ihrer Arbeitsweise an der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung ∇ Charta 77. Themenschwerpunkte waren die globale Abrüstung und die Wahrung bzw. Verwirklichung der Menschenrechte. Schon bald nach der Gründung und nicht zuletzt auch mithilfe der eigenen nicht genehmigten Zeitung „grenzfall“ wurde die IFM in der oppositionellen Szene der DDR bekannt und erregte im hohen Maße auch das Interesse des MfS. So wurden zum Beispiel im Januar 1988 mehrere Mitglieder der IFM bei einer Kundgebung verhaftet und genötigt, in die BRD auszureisen. Stephan Bickhardt hatte engen Kontakt zur IFM. Seine Schwester Sophia Bickhardt war von 1986 bis 1987 Mitglied der Gruppe.



Mitglieder der IFM 1987 in Berlin.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Im Februar 1990 ging die IFM mit den Bürgerbewegungen Neues Forum (∇ NF) und Demokratie Jetzt (∇ DJ) das Wahlbündnis Bündnis 90: Bürger für Bürger (∇ Bündnis 90) ein. Zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 trat die IFM in der Liste Die Grünen/Bündnis 90-BürgerInnenbewegungen an. Im September 1991 schlossen sich die Bürgerbewegungen IFM, Neues Forum und Demokratie Jetzt als Partei Bündnis 90 zusammen, die sich wiederum im Mai 1993 mit den Grünen zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinigte. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1986.)

105 ■ Samisdat – radix-Verlag

Der aus dem Russischen stammende Begriff ∇ Samisdat (Selbstverlag) bezeichnet die illegale Herstellung und Verbreitung von systemkritischen und offiziell verbotenen literarischen Werken und politischen Schriften. In der DDR entstanden Schriften des politischen und künstlerischen Samisdat meist im Umfeld der Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen. Sie wurden per Hand abgeschrieben, abgetippt, fotokopiert oder auf Druckmaschinen vervielfältigt, unter Umgehung der



Titelblätter einiger radix-Hefte. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

staatlichen Zensur meist unter dem Dach der Kirche herausgegeben und dann von Hand zu Hand weitergereicht. Die Kirche hatte im ansonsten staatlich kontrollierten Verlagssystem nur sehr enge Spielräume, die für Samisdat-Schriften genutzt werden konnten. Schließlich war es verboten, Texte ohne offizielle Druckgenehmigung zu vervielfältigen und zu verbreiten. Allein schon der Besitz einer Druckmaschine stellte mindestens eine Ordnungswidrigkeit dar, und jeder Käufer einer Schreibmaschine wurde registriert. Aber es entstand auch Samisdat außerhalb der Kirchen, wie z. B. die „radix-Blätter“, die von Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn in ihrem eigenen ↗radix-Verlag herausgegeben wurden. Im Mittelpunkt der „radix-Blätter“ standen demokratietheoretische Fragen. Zwischen August 1986 und September 1989 erschienen insgesamt elf Hefte mit einem Umfang von jeweils ca. 60–110 Seiten und einer Auflagenhöhe zwischen 50 und 1.000 Exemplaren. Daneben entstanden einige Flugblätter und Flugschriften, so etwa 20.000 Exemplare des mehrseitigen Faltblattes „Neues Handeln“ (1988).

Produziert wurden die Schriften in der Wohnung von Stephan Bickhardts Eltern, die Druckmaschine und ein Fotokopierer waren von westdeutschen Politikern in die DDR geschmuggelt worden (vgl. 32 M/A). Die Material- und Druckkosten wurden durch den Verkaufserlös der Hefte bestritten, ein Heft kostete zwischen zehn und fünfzehn Mark. Verteilt wurden die Hefte bei Zusammenkünften in Privatwohnungen, Treffen von Oppositionsgruppen, auf Kirchentagen und Synoden (Versammlungen von Kirchenvertreterinnen und -vertretern). Aus Sicherheitsgründen achtete Stephan Bickhardt streng darauf, die Bereiche der Verlagstätigkeiten – Redaktion, Herstellung und Verteilung – zu trennen, denn im Falle einer Verhaftung durch das MfS sollte niemand mehr wissen, als für seinen Wirkungsbereich im Verlag notwendig war. Stephan Bickhardt und seine Frau Kathrin waren die Einzigen, die zu allen Bereichen des Verlags Zugang hatten. So waren z. B. nicht einmal sein engster Freund und Mitherausgeber Ludwig Mehlhorn und auch nicht das MfS über den Standort der Druckmaschine informiert. Den kannten lediglich Stephan Bickhardt und seine Frau Kathrin sowie seine Eltern. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1986 und 32 M/A.)

■ Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung (IAPPA)

1986 entstand innerhalb der Evangelischen Kirche der deutschlandpolitische Arbeitskreis Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, dem auch Stephan Bickhardt angehörte. Der Arbeitskreis formulierte einen Synodalantrag gleichen Titels, in dem festgestellt wurde, dass den Menschen in der DDR durch die eingeschränkten Reisemöglichkeiten der internationale und interkulturelle Austausch verwehrt werde und dadurch die Gesellschaft falsche Fremdbilder entwickeln und erkranken



würde. Weiterhin wurde eine Liberalisierung der gängigen Reisepraxis gefordert und die Synode aufgerufen, die Absage an diese Praxis auszusprechen. Obwohl die Synode den Antrag abgelehnt hatte, zeigte er erhebliche Wirkung. In der Folgezeit diskutierten viele Gemeinden den Antrag und bewirkten damit die Herausbildung eines kirchlich geprägten Oppositionsmilieus. Vor allem auf Betreiben Stephan Bickhardts wurde im Mai 1987 aus der Arbeitsgruppe die *Initiativgruppe Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung* (IAPPA) gegründet. Diese unternahm vielfältige Aktivitäten, um ihr Anliegen auch in der nicht kirchlichen Öffentlichkeit weiter zu verbreiten. So organisierte die IAPPA zusammen mit anderen Gruppen eine nahezu landesweite Kontrolle der Kommunalwahlergebnisse vom 7.5.1989 und deckte damit den Wahlbetrug auf (vgl. 5 M/A). Im September 1989 rief die IAPPA dazu auf, eine oppositionelle Sammlungsbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR zu gründen, die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ). (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1986.)



Stephan Bickhardt und Ulrike Poppe, beide Mitglieder der IAPPA. Quelle: ABL, Bestand Stephan Bickhardt

■ Demokratie Jetzt (DJ)

Demokratie Jetzt war eine oppositionelle Bürgerbewegung, die aus der kirchennahen Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung hervorgegangen war. DJ wurde am 12.9.1989 von Hans Jürgen Fischbeck, Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß, Stephan Bickhardt, Ulrike Poppe u. a. gegründet. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1989.) Die Bewegung verstand sich ursprünglich nicht als Partei, sondern als informelle Gruppierung und hatte etwa 4.000 Mitglieder in der ganzen DDR. Sie forderte eine friedliche Umgestaltung der DDR in einen demokratischen, auf dem Prinzip der Gewaltenteilung basierenden Rechtsstaat. Dies zielte auch darauf ab, dass der Staatssozialismus nicht abgeschafft werden, sondern eine „demokratische Gestalt“ bekommen und damit eine Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft bieten sollte. DJ machte als Erste den Vorschlag zu einem „vierseitigen Tisch“, einem Vorläufer der ab Dezember regelmäßig stattfindenden Runden Tische, an dem Vertreter der SED, der Blockparteien, der Kirche und der Bürgerrechtsbewegungen teilnehmen sollten. Weiterhin rief DJ zu einem Volksentscheid zur Änderung des 1. Artikels der Verfassung der DDR auf, der die Führungsrolle der SED festschrieb.

Stephan Bickhardt war von 1989 bis 1990 Geschäftsführer von DJ.

Im Januar 1990 formierte sich DJ formell als politische Vereinigung und schloss sich zur Volkskammerwahl am 18.3.1990 mit anderen Bürgerbewegungen zum Bündnis 90: Bürger für Bürger (Bündnis 90) zusammen, das knapp 3% der Stimmen erhielt.

Zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 ging DJ mit anderen Vereinigungen und Parteien, darunter die Grüne Partei der DDR, eine Listenverbindung unter dem



Programm von Demokratie Jetzt. Quelle: ABL, Bestand Bickhardt



185 Namen Die Grünen/Bündnis 90-BürgerInnenbewegungen ein, die im Wahlgebiet Ost 6% der Stimmen erhielt.

Im September 1991 schlossen sich die Bürgerbewegungen DJ, Neues Forum und Initiative Frieden und Menschenrechte als Partei Bündnis 90 zusammen, die sich wiederum im Mai 1993 mit den Grünen zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinigte. (Vgl. interaktiver Zeitstrahl, 1989.)

190 Peter Bickhardt

geb. 1933, engagierte sich ebenfalls in verschiedenen oppositionellen Gruppen.

Peter Bickhardt im Interview:

Frage: *Apropos Akten, haben Sie ihre Akten gelesen?*

Peter Bickhardt: *Ja, klar.*

195 Frage: *Stand etwas für Sie Überraschendes drin?*

200 Peter Bickhardt: *Nein. [...] Sondern ich hab mich bloß gewundert, was die für Käse erzählen. [...] Mit einem [IM] hab ich [nach dem Umbruch] geredet, einem Oberarzt aus dem Krankenhaus, in dem ich gearbeitet habe ... Den hab ich besucht [...] in seiner eigenen Praxis [...]. Und der sagte dann, na ja, musst du doch verstehen usw. [...] Mein Freund darf das ja nicht erfahren, der verlässt mich und dann geht unsere Beziehung, die jetzt 25 Jahre hält, völlig den Bach runter. Und dann fing er an, ob und wie ich ihm vielleicht helfen könnte. Und dann habe ich gesagt, nein, so ein Rollentausch ist nicht gut. [...] Dein Freund wird von mir nichts erfahren, hab ich gesagt und dabei bin ich geblieben.*

■ Ärzte für den Frieden

205 Die unabhängige ärztliche Friedensgruppe Ärzte für den Frieden wurde 1983 von Peter Bickhardt, Sebastian Pflugbeil sowie Jutta und Eberhard Seidel als Gegenstück zu der staatsnahen Sektion (Abteilungen) der IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) in Berlin gegründet. Peter Bickhardt war zu dieser Zeit Landespfarrer für Krankenhausseelsorge in Berlin. Die Ärzte für den Frieden und ähnliche Gruppen, die auch in anderen Teilen der

210 DDR entstanden waren, wollten aus ärztlichem Ethos und christlichem Bekenntnis heraus einen eigenen Beitrag für die Friedenssicherung leisten und arbeiteten vorwiegend im kirchlichen Raum. Sie unterhielten Kontakte zur bundesdeutschen und zu den internationalen Sektionen der IPPNW.



Symbol der Ärzte für den Frieden

■ Mitarbeit in der IAPPA

215 ■ beteiligt am **Samisdat**, indem er und seine Frau die illegale ↗radix-Druckerei in der eigenen Wohnung beherbergten

■ Mitglied von **Demokratie Jetzt**

Verwendete Literatur/Quellen:
4, 40, 42, 54, d, f, i, m, p und r.

➔ 53 M



Konspirative Festnahme von Reinhold Baake am 9.2.1960

Reinhold Baake wurde am 9.2.1960 von Mitarbeitern des MfS konspirativ verhaftet. Die Festnahme war genau geplant und „verlief ohne jegliche Vorkommnisse“, wie die nachfolgenden Dokumente zeigen.

000251

Hauptabteilung III/4/L Berlin, den 29.1.1960

Maßnahmen zur konspirativen Festnahme des Prof. Dr. Ing. Baake

Auf Grund von operativen Momenten die im Zusammenhang mit der Festnahme des Baake eintreten können, macht sich eine konspirative Festnahme erforderlich. Vom Gen. Oberstleutnant Hempel wurde bei der Aussprache am 28.1.60 eingeschätzt, daß sich bei der Vernehmung des Baake, nach erfolgter Festnahme, noch neue operative Faktoren ergeben werden. So wird sich unbedingt eine Vernehmung der Frau Baake und der Tochter [REDACTED] notwendig machen. Zum anderen werden gegebenenfalls die Frau und Tochter bzw. noch andere Personen festgenommen werden müssen. Aus dieser Einschätzung heraus muß die Festnahme des Baake mindestens 10 Tage geheim gehalten werden. Hierfür sind nachstehende Maßnahmen notwendig.

7. Nach der Festnahme und Vorlage der ersten Vernehmungsergebnisse werden weitere Maßnahmen festgelegt (Mitteilung der Festnahme, an welche Personen, in welcher Form, usw.) Unabhängig davon, werden die Tochter und Ehefrau in Absprache mit der BV Leipzig und BV Potsdam unter verstärkter Kontrolle gehalten.

Entschlossen:

[Handwritten signature]

[Handwritten signature] (Weinzeil) Liebi, 29.1.60.
Leutnant -



BSTU
000265 262

Hauptabteilung III/4/L

Berlin, den 9. 2. 1960

Bericht über die Festnahme des Prof. Dr. Ing. B a a k e

Am 9.2.1960 gegen 8,30 Uhr wurde Prof. Dr. Ing. Baake auf der Autobahn in Richtung Dresden festgenommen. Prof. Baake befand sich mit einem Mitarbeiter der Abteilung Berg- und Hüttenwesen der Staatlichen Plankommission auf einer Dienstreise in die CSR.

Das zur Reise benutzte Fahrzeug war mit einem Kraftfahrer vom MfS besetzt.

Das Fahrzeug mit Baake wurde kurz vor der Autobahnabfahrt Ragow gestoppt und Baake aufgefordert in das bereitstehende Fahrzeug (der Festnahmegruppe) umzusteigen, zwecks Benötigung einiger zeugenschaftlicher Angaben.

Baake bestieg, ohne Widerstand zu leisten, das Fahrzeug und wurde gegen 9,30 Uhr in die Haftanstalt 1 eingeliefert.

Das Fahrzeug mit dem Kraftfahrer des MfS und dem Mitarbeiter der SPK (dieser hatte von der Festnahme Kenntnis) konnte nach einer kurzen Kontrolle seine Fahrt fortsetzen.

Die Festnahme wurde die Genossen Obltn. Möhbs, Ltn. Linke und Ltn. Böhm vorgenommen.

Die Festnahme verlief ohne jegliche Vorkommnisse.

i. V. Möhbs, Obltn.
(M ö b i s)
- Oberleutnant -

(*) Staatliche Plankommission (SPK)
(*) CSR

→ MfS

(*) SPK

Quelle: BSTU, MfS AOP 41/61 TV1, Bd. 1

(*) CSR: (eigentlich ČSR) Abkürzung für Tschechoslowakische Republik. Wenige Monate nach Verfassen dieses Dokuments änderte sich der Name des Staates in Tschechoslowakische Sozialistische Republik (→ ČSSR).

(*) SPK: Die Staatliche Plankommission war ein zentrales staatliches Organ des Ministerrats der → DDR für die Planung und Entwicklung der Wirtschaft und kontrollierte die Durchführung der Pläne. Die SPK und die ihr nachgeordneten Plankommissionen waren den Betrieben, landwirtschaftlichen Genossenschaften, Forschungsinstituten usw. gegenüber weisungsberechtigt und überprüften deren Produktivität.



Strafergänzungsgesetz vom 11.12.1957

**Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches
– Strafrechtsergänzungsgesetz –
vom 11. Dezember 1957**

geändert durch

Gesetz vom 4. Oktober 1960 (GBl. I. S. 532)
Gesetz vom 17. April 1963 (GBl. I. S. 65)

aufgehoben durch

Strafgesetzbuch der DDR vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 3)

Erster Teil

Ergänzung zum Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches

Bedingte Verurteilung

§ 1. (1) Eine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren kann bedingt ausgesprochen werden, wenn der Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, und das Verhalten des Täters vor und nach Begehung der Straftat dies rechtfertigen. Die bedingte Verurteilung bewirkt, daß die festgesetzte Strafe nur vollstreckt wird, wenn der Verurteilte während einer vom Gericht festzusetzenden Zeit von 1–5 Jahren (Bewährungszeit) eine neue Straftat begeht, für die eine mehr als dreimonatige Gefängnisstrafe ausgesprochen wird.

(2) Die bedingte Verurteilung erstreckt sich nicht auf Zusatzstrafen.

Durch Gesetz vom 17. April 1963 erhielt der § 1 folgende Fassung: „**§ 1.** (1) Eine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren kann bedingt ausgesprochen werden, wenn der Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, und das Verhalten des Täters vor und nach Begehung der Straftat dies rechtfertigen. Die bedingte Verurteilung bewirkt, daß die festgesetzte Strafe nur vollstreckt wird, wenn der Verurteilte während einer vom Gericht festzusetzenden Zeit von 1 bis 5 Jahren (Bewährungszeit) eine neue Straftat begeht, für die eine mehr als dreimonatige Gefängnisstrafe ausgesprochen wird. (2) Zur Erhöhung der erzieherischen Wirkung einer bedingten Verurteilung kann das Gericht den Täter durch das Urteil verpflichten, seinen bisherigen oder einen ihm zugewiesenen Arbeitsplatz nicht zu wechseln und besonders in seiner Arbeit zu zeigen, daß er die richtigen Schlußfolgerungen aus seiner Verurteilung gezogen hat. Diese Verpflichtung wird für die Frist, jedoch nicht länger als für zwei Jahre, ausgesprochen. Der Verurteilte soll am bisherigen Arbeitsplatz oder im bisherigen Betrieb verbleiben. Ausnahmsweise kann ihm jedoch unter Berücksichtigung seiner Fähigkeiten oder aus anderen Gründen eine andere Arbeitsstelle



zugewiesen werden. Verstößt der Verurteilte böswillig gegen die ihm auferlegte Verpflichtung, kann das Gericht nach mündlicher Verhandlung durch Beschluß die Vollstreckung der mit der bedingten Verurteilung angedrohten Gefängnisstrafe anordnen. (3) Die bedingte Verurteilung erstreckt sich nicht auf Zusatzstrafen.“

§ 2. Ist die Bewährungszeit abgelaufen, ohne daß die Bedingung für die Vollstreckung der Strafe eingetreten ist (§ 1 Absatz 1), so stellt das Gericht durch Beschluß fest, daß der Verurteilte als nicht bestraft gilt.

Öffentlicher Tadel

§ 3. (1) Der öffentliche Tadel soll den Täter durch die öffentliche Mißbilligung seines Verhaltens zur Erkenntnis der Verwerflichkeit und Gesetzwidrigkeit seines Handelns führen und ihn dadurch zur verantwortungsbewußten Erfüllung seiner Pflichten anhalten.

(2) Der öffentliche Tadel wird durch die Urteilsverkündung ausgesprochen.

§ 4. Auch ohne besondere Androhung der Geldstrafe kann neben öffentlichem Tadel zusätzlich auf Geldstrafe erkannt werden, wenn dies zur Verstärkung der erzieherischen Wirkung geboten ist.

§ 5. (1) Öffentlicher Tadel kann in Gesetzen und Verordnungen für bestimmte Straftaten als Strafe allein oder wahlweise neben anderen Strafen angedroht werden.

(2) Wird neben Freiheitsstrafe öffentlicher Tadel wahlweise angedroht, so ist die Verurteilung zu dieser Strafe nur zulässig, wenn nach dem gesamten bisherigen Verhalten des Täters seine Erziehung zur Achtung der sozialistischen Gesetzlichkeit durch eine solche Strafe erreicht werden kann.

§ 6. Auf öffentlichen Tadel kann an Stelle einer Gefängnisstrafe auch bei Verletzung früher erlassener Strafgesetze unter den Voraussetzungen des § 5 Absatz 2 erkannt werden, wenn das verletzte Strafgesetz Gefängnis androht und nicht eine Mindeststrafe von mehr als einem Monat vorgesehen ist.

§ 7. Öffentliche Bekanntmachung von Bestrafungen. (1) Das Gericht kann bei jeder Bestrafung die öffentliche Bekanntmachung anordnen, wenn sie zur Verstärkung der erzieherischen Wirkung, zur Einwirkung auf andere Bürger und zur Aufklärung der Bevölkerung geboten ist.

(2) Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt auf Kosten des Verurteilten. Die Art und Weise der Bekanntmachung bestimmt das Gericht.

Ausschluß der strafrechtlichen Verantwortlichkeit

§ 8. (1) Eine Straftat liegt nicht vor, wenn die Handlung zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Tatbestandes entspricht, aber wegen ihrer Geringfügigkeit und mangels schädlicher Folgen für die



Deutsche Demokratische Republik, den sozialistischen Aufbau, die Interessen des werktätigen Volkes sowie des einzelnen Bürgers nicht gefährlich ist.

(2) Die Bestrafung einer solchen Handlung als Übertretung wird dadurch nicht berührt.

§ 9. Eine Bestrafung erfolgt nicht, 1. wenn zur Zeit der Durchführung des Strafverfahrens die Tat nicht mehr als gesellschaftsgefährlich anzusehen ist, oder 2. wenn nach der Tat im gesamten Verhalten des Täters eine grundlegende Wandlung eingetreten ist, die erwarten läßt, daß er die sozialistische Gesetzlichkeit achten wird.

§ 10. Umwandlung von Geldstrafen. § 29 des Strafgesetzbuches erhält folgende Fassung:

„**§ 29.** (1) Kann eine Geldstrafe deshalb nicht vollstreckt werden, weil sich der Verurteilte böswillig seiner Verpflichtung entzieht, so ist sie durch Beschluß des Gerichts in eine Gefängnisstrafe, bei Übertretungen in Haft umzuwandeln. Diese ist nach vollen Wochen zu bemessen und beträgt mindestens eine Woche. (2) Wurde die Geldstrafe neben einer Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe ausgesprochen, so darf die umgewandelte Strafe nicht von längerer Dauer sein als die erkannte Hauptstrafe und höchstens ein Jahr betragen. Sie kann aber zusammen mit dieser die gesetzliche Höchstgrenze der betreffenden Freiheitsstrafe überschreiten.“

§ 11. § 27 b des Strafgesetzbuches wird aufgehoben.

§ 12. (1) § 31 des Strafgesetzbuches wird aufgehoben.

(2) Die auf Grund bisheriger Verurteilungen nach § 31 des Strafgesetzbuches eingetretenen Folgen erlöschen.

Zweiter Teil

Ergänzung zum Besonderen Teil des Strafgesetzbuches

Erster Abschnitt

Verbrechen gegen den Staat und die Tätigkeit seiner Organe

§ 13. Staatsverrat. Wer es unternimmt, 1. die verfassungsmäßige Staats- oder Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen, 2. mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Tätigkeit des Präsidenten der Republik, der Volkskammer oder der Länderkammer oder des Ministerrates oder ihrer Präsidien oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern, 3. das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einem anderen Staat einzuverleiben oder einen Teil desselben von ihr loszulösen, wird wegen Staatsverrates mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und Vermögensentziehung bestraft.



Durch Gesetz vom 4. Oktober 1960 wurden im § 13 die Worte „des Präsidenten der Republik“ ersetzt durch: „des Staatsrates der Republik, seines Vorsitzenden oder seines Stellvertreters, seiner Mitglieder oder seines Sekretärs“.

§ 14. Spionage. Wer es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder sonstige Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik geheimzuhalten sind, an andere Staaten oder deren Vertreter, an Organisationen oder Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht oder andere friedliebende Völker führen, oder deren Vertreter oder Helfer auszuliefern oder zu verraten, wird wegen Spionage mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden.

§ 15. Sammlung von Nachrichten. Wer Nachrichten, die geeignet sind, die gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht oder andere friedliebende Völker gerichtete Tätigkeit der in § 14 genannten Stellen oder Personen zu unterstützen, für sie sammelt oder ihnen übermittelt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 16. Verbindung zu verbrecherischen Organisationen oder Dienststellen. Wer zu den in § 14 genannten Stellen oder Personen in Kenntnis ihrer gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht oder andere friedliebende Völker gerichteten Tätigkeit in Verbindung tritt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

§ 17. Staatsgefährdende Gewaltakte. Wer es unternimmt, durch Gewaltakte oder durch Drohung mit Gewaltakten die Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen, um Unsicherheit zu verbreiten und das Vertrauen zur Arbeiter-und-Bauern-Macht zu erschüttern, wird mit Zuchthaus, in minderschweren Fällen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

§ 18. Angriffe gegen örtliche Organe der Staatsmacht. Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die gesetzmäßige Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern, wird mit Zuchthaus, in minderschweren Fällen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

§ 19. Staatsgefährdende Propaganda und Hetze. (1) Wer 1. den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt, 2. gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tötlichkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(2) Ebenso wird bestraft, wer Schriften oder andere Gegenstände mit einem derartigen Inhalt herstellt oder mit dem Ziele der Hetze einführt oder verbreitet.



(3) In schweren Fällen, insbesondere, wenn die Tat im Auftrage der in § 14 genannten Stellen oder Personen oder wenn sie planmäßig begangen wird, ist auf Zuchthaus zu erkennen.

§ 20. Staatsverleumdung. Wer 1. die Maßnahmen oder die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen oder gesellschaftlicher Organisationen öffentlich verleumdet oder entstellt, 2. einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation öffentlich verleumdet oder verächtlich macht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

§ 21. Verleitung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik. (1) Wer es unternimmt, eine Person 1. im Auftrage von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststellen oder von Wirtschaftsunternehmen oder 2. zum Zwecke des Dienstes in Söldnerinformationen zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu verleiten, wird mit Zuchthaus bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden.

(2) Wer es unternimmt, einen Jugendlichen oder einen in der Berufsausbildung stehenden Menschen oder eine Person wegen ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihrer besonderen Fähigkeiten oder Leistungen mittels Drohung, Täuschung, Versprechen oder ähnlichen die Freiheit der Willensentscheidung beeinflussenden Methoden zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu verleiten, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

§ 22. Diversion. Wer mit dem Ziele, die Volkswirtschaft oder die Verteidigungskraft der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben, es unternimmt, Maschinen, technische Anlagen, Transport- oder Verkehrsmittel oder sonstige für die Wirtschaft oder für die Verteidigung wichtige Gegenstände zu zerstören, unbrauchbar zu machen oder zu beschädigen, wird wegen Diversion mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden.

§ 23. Schädlingstätigkeit und Sabotage. Wer mit dem Ziele, die Tätigkeit der staatlichen Organe oder die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben oder den Aufbau des Sozialismus zu stören, es unternimmt, staatliche oder genossenschaftliche Einrichtungen oder Betriebe in ihrer geordneten Tätigkeit zu behindern, wird mit Zuchthaus bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden.

§ 24. Schwere Fälle. (1) In schweren Fällen der §§ 13, 14, 22 und 23 kann auf Zuchthaus oder auf Todesstrafe erkannt werden.

(2) Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn das Verbrechen a) von mehreren Personen begangen wird, die sich zur Begehung derartiger Verbrechen miteinander verbunden haben; b) unter Bereitstellung oder Anwendung gemeingefährlicher Mittel, durch Herbeiführung einer Explosion, eines Brandes oder einer Überschwemmung begangen wird; c) den Tod eines Menschen, eine schwere Körperverletzung oder andere schwere Folgen verursacht hat oder eine größere Anzahl von Menschen gefährdet war; d) unter Ausnutzung eines besonderen Vertrauensverhältnisses, einer verantwortlichen Funktion oder unter Verletzung besonders wichtiger Pflichten begangen wird; e) in einer Zeit erhöhter Gefährdung der Deutschen Demokratischen Republik begangen wird.



§ 25. Begünstigung eines Staatsverbrechens. (1) Die nach der Begehung eines mit Zuchthausstrafe bedrohten Staatsverbrechens gewährte Begünstigung wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Die Begünstigung ist straflos, wenn dieselbe dem Täter oder Teilnehmer von seinem Ehegatten, seinen Geschwistern oder Personen, die mit ihm in gerader Linie verwandt oder durch Annahme an Kindes Statt verbunden sind, gewährt worden ist, um ihn der Bestrafung zu entziehen.

§ 26. Nichtanzeige von Staatsverbrechen. Bei den Verbrechen nach §§ 13, 14, 15, 17, 18, 21, 22 und 23 dieses Gesetzes findet § 139 des Strafgesetzbuches Anwendung.

§ 27. § 131 des Strafgesetzbuches wird aufgehoben.

Zweiter Abschnitt Verbrechen gegen gesellschaftliches Eigentum

§ 28. Gesellschaftliches Eigentum im Sinne der nachfolgenden Bestimmungen ist Eigentum des Arbeiter-und-Bauern-Staates (Volkseigentum), Eigentum sozialistischer Genossenschaften und Eigentum demokratischer Parteien und Organisationen.

§ 29. (1) Wer durch Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Betrug (§ 263 StGB) oder Untreue (§ 266 StGB) gesellschaftliches Eigentum angreift, wird mit Gefängnis oder öffentlichem Tadel bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

(2) Der Versuch ist strafbar.

§ 30. (1) In schweren Fällen von Straftaten gegen § 29 ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

(2) Ein schwerer Fall liegt, soweit er sich nicht schon aus der schweren Schädigung des gesellschaftlichen Eigentums ergibt, insbesondere vor, a) wenn die Tat unter grober Verletzung der sich aus einer verantwortlichen Stellung ergebenden Pflichten begangen wurde, b) wenn an der Tat mehrere mitwirken, welche sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten gegen gesellschaftliches Eigentum verbunden haben, c) wenn der Täter zweimal wegen der in § 29 genannten Straftaten gegen gesellschaftliches Eigentum mit Freiheitsstrafe bestraft ist und die Strafen noch nicht getilgt sind.

(3) Ein schwerer Fall liegt nicht vor, wenn zwar die Voraussetzungen des Absatzes 2 gegeben sind, jedoch unter Berücksichtigung der gesamten Umstände eine erhöhte Gefährdung des gesellschaftlichen Eigentums nicht eingetreten ist.

§ 31. (1) Das Gesetz vom 2. Oktober 1952 zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums (GBl. S. 982) tritt gleichzeitig außer Kraft.

Zit. nach <http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafrechtsergaenzungsgesetz57.htm>.



(2) Die §§ 242 bis 245, 246, 263, 264 und 266 des Strafgesetzbuches sind für die Bestrafung von Straftaten gegen gesellschaftliches Eigentum nicht mehr anwendbar. Als schwerer Diebstahl im Sinne der §§ 258 und 261 des Strafgesetzbuches gilt auch ein schwerer Fall von Diebstahl nach § 30 dieses Gesetzes.

Dritter Teil

Verbrechen gegen die militärische Disziplin

§ 32. Verbrechen im Sinne der nachstehenden Vorschriften sind strafbare Handlungen, die im besonderen Maße gegen die militärische Disziplin, die Ausbildung oder die Einsatzfähigkeit der Truppe verstoßen und von Angehörigen der bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik, die eine Verpflichtung unterzeichnet haben, begangen werden.

§ 33. Fahnenflucht. (1) Wer seine Einheit oder seinen Standort in der Absicht verläßt, oder wer ihnen in der Absicht fernbleibt, sich gänzlich seiner Dienstverpflichtung zu entziehen, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In schweren Fällen, insbesondere wenn das Verbrechen unter Androhung des Gebrauchs oder unter Gebrauch von Waffen oder gemeingefährlichen Mitteln, von mehreren Personen gemeinsam oder in einer Zeit erhöhter Gefährdung der Deutschen Demokratischen Republik begangen wird, ist auf Zuchthaus zu erkennen.

(4) Wer von einer beabsichtigten Fahnenflucht glaubhaft Kenntnis erhält und seinem Vorgesetzten oder den Staatsorganen nicht unverzüglich Anzeige erstattet, wird mit Gefängnis bestraft.

§ 34. Unerlaubte Entfernung. (1) Wer sich länger als 48 Stunden unerlaubt von seiner Einheit oder seinem Standort entfernt oder fernbleibt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

(2) Dauert die Entfernung länger als sechs Tage, so ist auf Gefängnis bis zu zwei Jahren zu erkennen.

§ 35. Befehlsverweigerung. (1) Wer einen von einem Vorgesetzten erteilten Befehl nicht ausführt oder die Ausführung des Befehls verweigert und dadurch einen erheblichen Nachteil für die Disziplin, Ausbildung oder Einsatzfähigkeit der Einheit herbeiführt, wird mit Gefängnis bestraft. Wer einen Befehl nicht befolgt, dessen Ausführung gegen die Strafgesetze oder gegen das Völkerrecht verstoßen oder die im Arbeiter-und-Bauern-Staat geltende Achtung des Menschen verletzen würde, bleibt straffrei.

(2) In schweren Fällen, insbesondere wenn das Verbrechen von mehreren Personen gemeinsam oder in einer Zeit erhöhter Gefährdung der Deutschen Demokratischen Republik begangen wird, ist auf Zuchthaus zu erkennen.

Zit. nach <http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafrechtsergaenzungsgesetz57.htm>.



§ 36. Angriff auf Vorgesetzte. (1) Wer einen Vorgesetzten bei der Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten tötlich angreift oder ihm Widerstand leistet, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) In schweren Fällen, insbesondere wenn das Verbrechen unter Androhung des Gebrauchs oder unter Gebrauch von Waffen oder gemeingefährlichen Mitteln, von mehreren Personen gemeinsam oder in einer Zeit erhöhter Gefährdung der Deutschen Demokratischen Republik begangen wird, ist auf Zuchthaus zu erkennen.

§ 37. Mißbrauch der Dienstbefugnisse. (1) Wer als Vorgesetzter seine Dienstbefugnisse zu persönlichem Vorteil mißbraucht, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer als Vorgesetzter seine Disziplinarbefugnisse mißbraucht.

§ 38. Verletzung des Dienstgeheimnisses. (1) Wer es unternimmt, Mitteilungen, die dienstliche Angelegenheiten enthalten und geheimzuhalten sind, unerlaubt weiterzugeben, wird mit Gefängnis bestraft, soweit nicht nach anderen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

(2) Wer Mitteilungen, die der Geheimhaltung unterliegen, unerlaubt aus dem für sie bestimmten Gewahrsam nimmt oder anderweitig an sich bringt, wird mit Gefängnis bestraft.

Vierter Teil

Sonstige Gesetzesänderungen und Schlußbestimmungen

Änderung des Handelsschutzgesetzes

§ 39. § 2 des Gesetzes zum Schutze des innerdeutschen Handels erhält folgende Fassung:

„**§ 2.** (1) Wer Waren entgegen den Bestimmungen des § 1 und den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen in das Währungsgebiet der DM-DNB einführt oder aus diesem Gebiet ausführt, wird mit Gefängnis bestraft. (2) Der Versuch ist strafbar. (3) In schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden. (4) Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, a) wenn die Tat nach Umfang oder Art der Ware zu einer schweren Störung des Warenaustausches geführt hat, b) wenn die zur Ein- oder Ausfuhr erforderlichen Dokumente gefälscht oder verfälscht worden sind, c) wenn die Tat wiederholt zum Zwecke des Erwerbs begangen wurde. (5) Ein schwerer Fall liegt nicht vor, wenn zwar die Voraussetzungen des Absatzes 4b) und c) gegeben sind, jedoch unter Berücksichtigung der gesamten Umstände nur eine geringfügige Störung des Warenaustausches eingetreten ist.“

§ 40. § 4 Absätze 5 und 6 und § 6 des Gesetzes zum Schutze des innerdeutschen Handels werden aufgehoben.



Änderung von Verfahrensbestimmungen

§ 41. (1) Die in den §§ 2 und 10 dieses Gesetzes vorgesehenen Beschlüsse des Gerichts werden unter Mitwirkung von Schöffen gefaßt.

(2) Das gleiche gilt für die Beschlußfassung über die Eröffnung oder die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens und die Beschlüsse nach §§ 346 und 347 der Strafprozeßordnung.

§ 42. § 1 Absatz 2 Satz 2 des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung wird aufgehoben.

§ 43. Erlaß von Durchführungsbestimmungen. Durchführungsbestimmungen zum Ersten Teil dieses Gesetzes erläßt der Minister der Justiz.

§ 44. Inkrafttreten. Dieses Gesetz tritt am 1. Februar 1958 in Kraft.

Das vorstehende, vom Präsidenten der Volkskammer im Namen des Präsidiums der Volkskammer unter dem dreizehnten Dezember neunzehnhundertsiebenundfünfzig ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den dreiundzwanzigsten Dezember neunzehnhundertsiebenundfünfzig.

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

In Vertretung: Dr. Dieckmann, Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik



Schlussbericht zur Strafsache Reinhold Baake vom 21.6.1960

Reinhold Baake wurde im Februar 1960 verhaftet und im September 1960 zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, der Wirtschaft der DDR willentlich geschadet und Fluchtabichten gehabt zu haben. Der folgende Schlussbericht des MfS fasst kurz zusammen, welche Verbrechen Reinhold Baake zur Last gelegt wurden. Die Anklageschrift des Staatsanwalts ist mit mehr als 40 Seiten wesentlich ausführlicher. Der Bericht bildet den Abschluss der Ermittlungen des MfS, verblieb in den eigenen Akten und wurde außerdem zur Vorbereitung des später folgenden Gerichtsverfahrens an das zuständige Gericht übergeben.

Berlin, am 21. Juli 1960

Pla / 5 Expl. /

BStU

000024

Schlussbericht

Der Beschuldigte

Prof. Dr. Ing. B A A K E, Reinhold
geb. am 5.2.1903 in Dortmund
Beruf: Eisenhüttenfachmann
zuletzt tätig als Direktor des Forschungs-
instituts für technologische Entwicklung
und Wärmetechnik der Metallurgie, Leipzig
wohnhaft: [REDACTED]
Familienstand: verheiratet
Staatsangehörigkeit: DDR
Nationalität: Deutscher
Vorstrafen: keine
in dieser Sache seit dem 10.2.1960
in Untersuchungshaft

hat es seit 1951 fortgesetzt mit dem Ziele, die Tätigkeit der staatlichen Organe und die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben, unter Ausnutzung seiner besonderen Vertrauensstellung und seiner verantwortlichen Funktion unternommen, staatliche Einrichtungen und Betriebe in ihrer geordneten Tätigkeit zu behindern.

Zu diesem Zweck nahm er im Jahre 1950 zur Zentrale des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) Düsseldorf und des vom VDEh ursprünglich zur Lieferung von Informationen an englische Dienststellen geschaffenen Verwaltungsamtes für Eisen und Stahl Verbindung auf, erweiterte diese unter Ausnutzung seiner Funktion als



BStU 20
000025

Abteilungsleiter und Hauptabteilungsleiter im Zentralen Konstruktionsbüro Metallurgie sowie später als Direktor des Forschungsinstitutes für technologische Entwicklung und Wärmetechnik der Metallurgie der Deutschen Demokratischen Republik und RGW-Mitglied auf die Vertreter der entscheidendsten Eisen- und Stahlkonzerne Westdeutschlands und lieferte diesen fortgesetzt und auftragsgemäß umfassende Informationen über die Produktionsbetriebe und das Forschungsgeschehen der metallurgischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR.

↗ RGW

UdSSR: ↗ SU

Er desorganisierte die Tätigkeit des Forschungsinstitutes für technologische Entwicklung und Wärmetechnik der Metallurgie der Deutschen Demokratischen Republik durch falsche Aufgabenstellung, falschen Einsatz der vorhandenen wissenschaftlich-technischen Kader, Unterdrückung jeder politischen Arbeit und strukturelle Zersplitterung des Instituts. Außerdem verhinderte er die gesamte Arbeit des Forschungsinstitutes bei der Automatisierung und Mechanisierung und damit der Steigerung der Arbeitsproduktivität der Betriebe im Bereich der VVB Stahl- und Walzwerke und Eisenerz-Roheisen durch unterlassene wissenschaftliche Leitungstätigkeit, ungenügende Qualifizierung der vorhandenen Kader, unnötige Verzögerung der Forschungsaufgaben und Verausgabung hoher Forschungsmittel ohne entsprechenden volkswirtschaftlichen Nutzen.

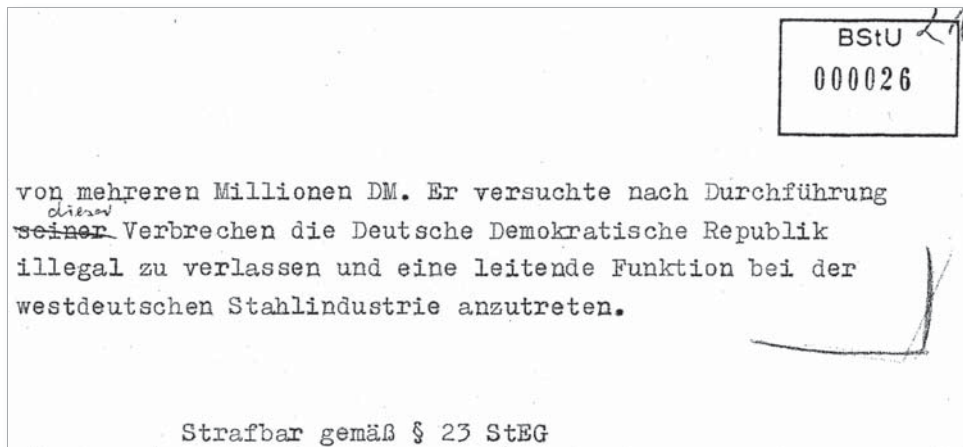
(*) VVB

Dadurch unterstützte er ^{im Ergebnis} die Tätigkeit und Entwicklung der von dem westdeutschen Staat zur verstärkten Aufrüstung herangezogenen Eisen- und Stahlindustrie und hemmte die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Betriebe im Bereich der angeführten Vereinigungen Volkseigener Betriebe, verzögerte wichtige Forschungsaufträge und verursachte einen finanziellen Schaden

RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (↗ RGW)

UdSSR: Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (↗ SU)

(*) VVB: Vereinigung Volkseigener Betriebe. In den Vereinigungen Volkseigener Betriebe waren die Volkseigenen Betriebe (VEB) der DDR organisiert. Volkseigene Betriebe waren staatliche Betriebe, im Gegensatz zu privaten oder genossenschaftlichen Betrieben.



Quelle: BStU, MfS AU 543/60 HA/GA, Bd. 1

Der Paragraph 23 des Strafergänzungsgesetzes, der hier zur Anwendung kam:

**Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches – Strafrechtsergänzungsgesetz –
vom 11. Dezember 1957¹**

Zweiter Teil, erster Abschnitt

§ 23. Schädlingstätigkeit und Sabotage. Wer mit dem Ziele, die Tätigkeit der staatlichen Organe oder die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben oder den Aufbau des Sozialismus zu stören, es unternimmt, staatliche oder genossenschaftliche Einrichtungen oder Betriebe in ihrer geordneten Tätigkeit zu behindern, wird mit Zuchthaus bestraft; auf Vermögens-einziehung kann erkannt werden.

¹ Das Gesetz wurde 1960 und 1963 geändert und 1968 durch das Strafgesetzbuch der DDR aufgehoben. Vgl. 40 M.



Knastgedicht (von Reinhold Baake)

Hinweis: Zeile für Zeile beider Spalten hintereinander lesen!

Da sitzt Du nun in deinem Knast,
Hier bist Du auserkoren
Nun lass Dich von den Ochsen lenken,

Denk an die Deinen oft, sonst denk nicht viel,
5 Laß endlich alle Hemmungen sich lösen
Laß die Gedanken um sich selber leiern,

Du lebst gesund hier, auch in Einzelzelle, warte nur,
Erhalt elastisch Dich, dann muß es Dir gelingen,
Dein Leben zu verlängern, sodaß durch den Knast

10 Die Zeit ist stets Dein Freund, sie bleibt nicht stehen,
Ihr Gang ist stärker noch als Kläger und Gerichte,
Denn über Recht und Unrecht, Zwang und Schuld

So ist Geduld jetzt Deine Wehr und Waffen,
So lern gerade hier die Waffe führen,
15 Sie ist die stärkste Waffe weit und breit

Ja, sehet was?, seht die Geduld,

Du bist nicht ohne Schuld an deiner Lage,
Hast Du gehandelt, statt erst klug zu warten?
Genau verkehrt hast Du es angefangen

20 Hast Du die Pfeifen Dir schon mal beguckt?
Moral, für Denunzianten¹ aufgestellt,
Erpressen, tauschen, lügen, lauschen,

Es stirbt so manche Freundschaft mit Kollegen,
Sie sind den Pfeifen gleich, doch sind's nicht viel,
25 Ja Freundschaftsscherben als Produkt von Teufeln,

Und immer höher wird der Berg von Scherben,
Bald kommt die Zeit fürs große Abschiednehmen,
Dann spricht zu Euch ein wirkliches Gericht,
„Das Leben ist der Güter höchstes nicht,

30 Zwölf Jahre, fang nicht an zu stöhnen,
Gesamtvermögen eingezogen.
Nun tröste Dich und sag Dir immer:

Weil Du politisch unrecht hast.
Zu jahrelangem Schmoren.
Dabei lernst Du politisch richtig denken.

Durchdenk nicht stets Dein eignes Trauerspiel.
Und gib Dich hin dem spannungslosen Dösen,
Es ist gesund, wenn sie mal gründlich feiern.

Die Zeit der Haft ist eine Kur.
Um jene Jahre, die Du hier jetzt musst verbringen
Du praktisch keine Zeit verloren hast.

Dem Häftling pflegt sie schnellstens zu vergehen.
Macht deren Spruch mit Sicherheit zunichte.
Sind Sieger stets die Zeit und die Geduld.

Und ist die Umwelt noch so schlecht beschaffen,
Geduld ganz ohne Gegenwehr zu exerzieren.
Und ist Dein Fundament in schwerer Zeit.

Und seht wohin? auf unsre Schuld:

„Falsch oder richtig“ war für Dich die Frage!
Hast Du gezögert, statt sofort zu starten?
Und bist den Pfeifen in das Netz gegangen.

Ein klägliches Produkt, vom Schöpfer ausgespuckt;
Jago² ein Vorbild und Franz Moor³ ein Held.
Wir sterben lieber, als damit zu tauschen.

Die den Verleumdern⁴ allzu schnell erlegen.
Den Rücken an die Wand, das ist ihr höchstes Ziel.
Darüber kann man wirklich fast verzweifeln.

Schon will kein Mensch mehr Eure Schuldlast erben.
Bald auch Gelegenheit, sich mal zu schämen.
Es spricht mit Würde, Milde und Geduld:
Der Übel größtes aber ist die Schuld.“⁵

Du musst Dich an die Zeit gewöhnen.
Das war das Urteil, ungelogen.
Ein Herzinfarkt wär noch viel schlimmer.

¹ Person, die jemanden z. B. aus persönlichen Gründen anzeigt oder beschuldigt.

² Figur in William Shakespeares Tragödie „Othello“. Jago handelt um seiner Karriere willen hinterlistig gegen seinen Vorgesetzten Othello.

³ Figur in Friedrich Schillers Drama „Die Räuber“. Der egoistische und machtgierige Franz Moor geht gegen seinen Vater und Bruder vor.

⁴ Person, die über jemanden wissentlich schlecht und zugleich falsch spricht.

⁵ Zitat aus Friedrich Schillers Trauerspiel „Die Braut von Messina“.



- Was für Verbrechen hast Du nur begangen,
O Staatsanwalt und Richter und Verhöre,
35 Mehr noch: Kaiphas zerriß verzweifelt sich sein Kleid,
Pilatus wusch, als sein Latein zu Ende,
Doch wusch er sie, Ihr aber riebt sie Euch
So sah man nach dem Urteil fröhliche Gesichter,
- 40 Justicia⁸, halt die Augen fest verbunden,
Siehst nicht im Kampf ums Recht erlahmte Willenskraft,
Die Staatsbeamten in Mephisto-Rolle¹⁰
Die geistig foltern, Haftbedingungen erschweren,
Verleumden, täuschen, lügen, lauschen,
- 45 Zum Beispiel sagt der Gefragte:
Dann sagt der Vernehmer,
Dann sagt der Sachverständige,
Dann der Staatsanwalt,
Der Richter übertrumpft sie alle, was auch sei,
50 Und dann die aufgeheizten kleinen Leute,
Dressiert allein aufs „Schuldig“-Brüllen,
Und der Gerichtssaal ist fürs Volk verschlossen,
- Die schaffen dort im Saal die Atmosphäre,
Da steht ein ganzer Männerchor,
55 Und Du stehst da als reiner Tor.
- Da stehst Du als geschlagener Hund
Da wird erfüllt ein Abschlußplan,
Der Richter, der das alles lenkt und kann,
Was da geschah, ist zwei Jahrhundert her,
60 Und bei allem Abscheu vor dem ganzen Gelichter,
Kann ich vor allem eins nicht vergessen,
Der Staatsanwalt, der Bonzenspeck¹⁵ umwölbte ihn,
- die eine Sühne solcher Art verlangen?
Ihr macht dem Kaiphas⁶ und Pilatus⁷ alle Ehre.
Euch hat das Schreckensurteil nur erfreut,
Verärgert und verlegen sich die Hände.
Aus Freude über den gelungenen Gaunerstreich.
Es lächelten Vernehmer, Zeugen, Staatsanwalt und
Richter.
- Du sahst auch nicht das Haupt voll Blut und Wunden⁹,
Unrecht als routinierte Wissenschaft.
Ergaunern und missbrauchen Protokolle,
Für alle, die sich gegen Unterschriften wehren.
Geübt, die Kleinigkeiten aufzubauschen.
- Das so und so weiß ich nicht mehr,
Daß das so und so aber möglich wär,
Das so und so ist wahrscheinlich wahr,
Das so und so ist sonnenklar,
Und alle stimmen zu, es sind noch Zellen frei.
Die Sachverständigen eine Meute,
Sie tuns um ihrer Stellung willen,
Zutritt allein für abgekartete Genossen¹¹,
- Wo Albert Schweitzer¹² ein Verbrecher wäre.
Und Staatsanwalt und Richter singen vor
Mitten in dem Ganovenbund.
Du gehst den Weg des Florestan¹³,
sieht abends sich sein Hobby, den Fidelio¹⁴ an.
Das war einmal, heut gibt's so was nicht mehr.
Beim Schaudern vor einem gesunkenen Richter,
Meinen Ekel, daß sie alle so vollgefressen.
Die Schöffin¹⁶ so fett wie Hilde Benjamin¹⁷,
- Vernehmer, Staatsanwälte, Richter werden immer feister,
Kein Wunder auch, Berija¹⁸ ist ihr Meister!

6 Joseph Kaiphas war zwischen 18 und 37 n. Chr. Hohepriester in Jerusalem und laut Neuem Testament am Prozess gegen Jesus beteiligt. Nach Jesus vermeintlich gotteslästerlichen Äußerungen zerriss Kaiphas im Affekt seine Kleider.

7 Pontius Pilatus war zwischen ca. 26 und 36 n. Chr. römischer Statthalter von Judäa und Samaria. Laut Neuem Testament verurteilte er Jesus gegen seinen eigenen Willen auf Druck der jüdischen Führer zum Tode und wusch sich danach zum Zeichen seiner Unschuld die Hände.

8 Justicia ist die römische Göttin der Gerechtigkeit und des Rechtswesens. Sie wird meist mit verbundenen Augen, einer Waage in der einen und einem Richtschwert in der anderen Hand dargestellt.

9 „O Haupt voll Blut und Wunden“ ist der Titel eines Kirchenliedes von Paul Gerhardt, das sich auf Jesus bezieht.

10 Mephisto ist die Kurzform von Mephistopheles und in der Faust-Thematik der Name des Teufels. In Johann Wolfgang von Goethes Tragödie „Faust“ schließt Mephisto eine Wette mit Gott ab, den Gelehrten Faust vom rechten Wege abzubringen. In Klaus Manns Roman „Mephisto“ geht es um einen Schauspieler, der sich mit den nationalsozialistischen Machthabern arrangiert, um Karriere zu machen.

11 Gemeint sind Parteimitglieder der SED.

12 Albert Schweitzer (1875 – 1965) war Theologe, Philosoph, Arzt und Friedensnobelpreisträger.

13 Figur in Ludwig van Beethovens Oper „Fidelio“. Florestan wird als politischer Häftling widerrechtlich in einem Staatsgefängnis festgehalten, bis er durch die Hilfe seiner als Fidelio verkleideten Frau und die Fürsprache des Ministers befreit werden kann.

14 „Fidelio“ ist der Titel einer Oper von Ludwig van Beethoven. Siehe Fußnote 13.

15 Bonze ist eine herablassende Bezeichnung für einen einflussreichen Partei-, Staats- oder Wirtschaftsfunktionär.

16 Schöffen arbeiten ehrenamtlich in Gerichten. Sie haben keine juristische Ausbildung.

17 Hilde Benjamin (1902 – 1989) war von 1953 bis 1967 Justizministerin der DDR und Vorsitzende Richterin bei vielen politischen Schauprozessen in den 1950er-Jahren.

18 Lawrenti P. Berija (1899 – 1953) war von 1938 bis 1953 Chef der sowjetischen Geheimdienste. Er war mitverantwortlich für den stalinistischen Terror (vgl. Stalin/ismus).



Knastgedicht (von Reinhold Baake)

Sicher ist dir beim ersten Lesen gleich aufgefallen, dass der Autor des Gedichtes sich selbst sozusagen als ein Gegenüber mit Du anspricht. In diesem Gedicht verarbeitete Reinhold Baake seine „Knastzeit“ und die Erfahrungen, die damit zusammenhängen. Die Bearbeitung der folgenden Fragen kann dir helfen, ihn und seine Situation besser zu verstehen.

Gib bei jeder Antwort die Zeilen an, in denen du deine Antworten gefunden hast.

1. Was erfährst du an konkreten „Fakten“ über Reinhold Baakes Verurteilung und den Ausgang des Prozesses gegen ihn?
2. Wie sieht er sich selbst, gibt es aus seiner Sicht eine „Schuld“? Wirft er sich irgendetwas selbst vor?
3. Welche Eigenschaften schreibt Reinhold Baake denjenigen zu, die dafür „gesorgt“ haben, dass er vor Gericht kam?
4. Welches „Bild“ zeichnet er von denjenigen, die an der Gerichtsverhandlung beteiligt waren? Nenne die Einzelnen, ergänze passende Adjektive (aus dem Gedicht) und finde eine kurze Zusammenfassung für die Beteiligten.
5. Welchen Eindruck hast du durch das Lesen und die Bearbeitung der Aufgaben über die DDR-Justiz der 1960er-Jahre?
6. Wenn du das Gedicht gelesen und die Fragen beantwortet hast, bleiben sicher noch Fragen offen. Überlege, was du über den Autor und seine Geschichte noch erfahren möchtest.
Schreibe deine Fragen auf und versuche sie mit den weiteren Materialien über Reinhold Baake zu beantworten.
Ihr könnt auch eure Fragen in der Klasse auf ein Plakat kleben und untereinander verabreden, wer welche Beantwortung übernimmt. Tragt dann eure Ergebnisse zusammen, berichtet euch gegenseitig und dokumentiert eure Antworten.



Knastgedicht (von Reinhold Baake)

Sicher ist dir beim ersten Lesen gleich aufgefallen, dass der Autor des Gedichtes sich selbst sozusagen als ein Gegenüber mit Du anspricht. In diesem Gedicht verarbeitete Reinhold Baake seine „Knastzeit“ und die Erfahrungen, die damit zusammenhängen. Die Bearbeitung der folgenden Fragen kann dir helfen, ihn und seine Situation besser zu verstehen.

1. Was erfährst du an konkreten „Fakten“ über Reinhold Baakes Verurteilung und den Ausgang des Prozesses gegen ihn? (Z. 30, 31)
2. Wie sieht er sich selbst, gibt es aus seiner Sicht eine „Schuld“? Wirft er sich irgendetwas selbst vor? (Z. 16–19)
3. Welche Eigenschaften schreibt Reinhold Baake denjenigen zu, die dafür „gesorgt“ haben, dass er vor Gericht kam? (Z. 19–25)
4. Welches „Bild“ zeichnet er von denjenigen, die an der Gerichtsverhandlung beteiligt waren? Nenne die Einzelnen, ergänze passende Adjektive (aus dem Gedicht) und finde eine kurze Zusammenfassung für die Beteiligten. (Z. 34–64)
5. Welchen Eindruck hast du durch das Lesen und die Bearbeitung der Aufgaben über die DDR-Justiz der 1960er-Jahre?
6. Wenn du das Gedicht gelesen und die Fragen beantwortet hast, bleiben sicher noch Fragen offen. Überlege, was du über den Autor und seine Geschichte noch erfahren möchtest.
Schreibe deine Fragen auf und versuche sie mit den weiteren Materialien über Reinhold Baake zu beantworten.
Ihr könnt auch eure Fragen in der Klasse auf ein Plakat kleben und untereinander verabreden, wer welche Beantwortung übernimmt. Tragt dann eure Ergebnisse zusammen, berichtet euch gegenseitig und dokumentiert eure Antworten.



Zweiter Gnadenbeschluss in der Strafsache Reinhold Baake vom 24.8.1963

Reinhold Baake wurde im September 1960 zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Die Haftzeit wurde durch zwei Gnadenbeschlüsse verkürzt bzw. aufgehoben. Der erste Gnadenbeschluss wurde im März 1963 erlassen und verkürzte die Haft von zwölf auf sechs Jahre. Mit dem zweiten Gnadenbeschluss vom 24.8.1963 wurde die Haftstrafe auf Bewährung ausgesetzt. Fünf Tage später wurde Reinhold Baake aus der Haft entlassen.

1 BS 161/60 - I 174/60

BSStU
000309

B e s c h l u s s

In der Strafsache gegen

den Prof. Dr. Ing. Reinhold B a a k e,
geboren am 5. Februar 1903 in Dortmund,
wohnhaft in Leipzig S 3, [REDACTED]

hat der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Halle/Saale in der
Sitzung vom 24.8.1963 durch

Oberrichter am Bezirksgericht M i e l i c h
als Vorsitzender,
Schlosser [REDACTED]
Walzwerker [REDACTED]
als Schöffen

b e s c h l o s s e n:

Auf Antrag des Staatsanwalts des Bezirkes Halle/S.
wird dem Verurteilten mit Wirkung vom 29. 8. 1963
gemäss § 346 StPO für den Rest der noch zu verbüssenden
Freiheitsstrafe aus dem Urteil des Bezirksgerichts Halle/S.
vom 6. 9. 1960

b e d i n g t e Strafaussetzung
gewährt.
Die Bewährungszeit wird auf drei Jahre festgesetzt.

G r ü n d e:

Mit Urteil des Bezirksgerichts Halle/Saale vom 6. September 1960
wurde gegen den Verurteilten wegen Schädlingstätigkeit gemäss
§ 23 StEG eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren ausgesprochen.
Diese Strafe wurde durch Gnadenentscheidung des Vorsitzenden des
Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 16.3.1963
auf 6 Jahre Zuchthaus herabgesetzt. Von dieser Strafe hat er mehr
als die Hälfte verbüsst.
Der Verurteilte hat sich während des Strafvollzuges vorbildlich
geführt. Wegen guter Arbeitsleistungen wurde er wiederholt ausge-
zeichnet. Das aktuelle politische Geschehen verfolgt er stets mit
grossen Interesse. Seine Aufgeschlossenheit findet in der Auswertung
der politischen Tagesfragen unter den Strafgefangenen ihren Aus-



BStU
000310
U128
zu druck.

Der Leitung der Strafvollzugsanstalt ist zuzustimmen, wenn sie aufgrund des gesamten Verhaltens des Verurteilten während des Strafvollzugs den Strafzweck für erreicht ansieht. Die vom Verurteilten gezeigte Tateinsicht wie auch sein Vorleben rechtfertigen den Schluss, dass er in Zukunft seinen Pflichten als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gewissenhaft nachkommen wird, weswegen ihm gemäss § 346 StPO für die noch zu verbüssende Restfreiheitsstrafe bedingte Strafaussetzung mit dem Ziel des Straferlasses zu gewähren war.

gez. Mielich gez. [redacted] gez. [redacted]

Ausgefertigt:
Halle/S., den 24.8.1963
[Signature]
Sekretär

Quelle: BStU, MfS AU 543/60 HA/GA, Bd. 1



Anwerbung Reinhold Baakes als Informant des MfS, 1963

Im August 1963, einen Tag bevor Reinhold Baake aus der Haft entlassen werden sollte, traten Mitarbeiter des MfS an ihn heran und überzeugten ihn, inoffiziell mit der Staatssicherheit zusammenzuarbeiten. Von nun an galt Reinhold Baake im Sprachgebrauch des MfS als Kontaktperson (KP). Er hatte sich mündlich zur Zusammenarbeit und zum Stillschweigen bereit erklärt, jedoch keine schriftliche Verpflichtungserklärung abgegeben.

Etwa drei Jahre lang lieferte Reinhold Baake Informationen an das MfS, meistens zu beruflichen Belangen und technischen Fragen, zum Ärger der Staatssicherheit aber selten über bestimmte Personen. Nach der Flucht seiner Tochter Johanna aus der DDR 1965 äußerte er sich allerdings auch hierzu. Schließlich brach der Kontakt zum MfS 1966 ab; Reinhold Baake hatte seine Tätigkeit seinem Vorgesetzten gegenüber zur Sprache gebracht und war dadurch „enttarnt“.

Im folgenden Bericht beschreibt ein MfS-Mitarbeiter, wie Reinhold Baake als Kontaktperson angeworben wurde.

BSU
000036 34

Hauptabteilung III/4
Berlin, den 29. 8. 1963
WM/Psch.

Betr.: Kontaktaufnahme zu Prof. Dr. ... Baake.....

Am 28. 8. 1963 wurde zur o.g. Person in der Hauptabteilung IX im Beisein des Genossen Oberstleutnant HEMPEL Kontakt aufgenommen.

Prof. Dr. B. war Direktor des Forschungsinstituts für *...technische Entwicklung u. Wärmetechnik d. Metallurgie... Leipzig* und wurde am 10. 2. 1960 durch die Hauptabteilung III/4 wegen Verbrechen nach § 23 des StEG festgenommen. Verurteilt wurde B. zu 12 Jahren Zuchthaus mit Vermögenszug.



Auf Grund seiner guten Führung während der Haft wurde vom Staatsrat sein Gnadengesuch anerkannt und seine Haftzeit auf 6 Jahre Zuchthaus herabgesetzt und die vorfristige Haftentlassung angeordnet. B. wird am 29. 8. 1963 aus der Haft entlassen. Während der Haftzeit leistete B. wertvolle wissenschaftlich-technische Arbeiten, die für unsere Volkswirtschaft von grossem Nutzen waren.

In Aussprachen mit dem Genossen Oberstleutnant HEMPEL wurde B. beeinflusst, dass es zweckmässig ist, auch nach seiner Haftentlassung weiter Kontakt zu unserem Organ zu halten, so dass er dann später selbst die Bitte aussprach, ihn auch weiterhin zu unterstützen und ihm zu helfen. Diese Bitte wurde zur Grundlage der Kontaktaufnahme genommen. B. wurde erklärt, dass wir jedem Haftentlassenen helfen, wieder den richtigen Weg ins gesellschaftliche Leben zu finden, wenn der ehrliche Wille dazu vorhanden ist.

- 2 -

000037

- 2 -

Wir bemühen uns auch weiterhin um diese Personen, um sie vor evtl. Fehlern, die aus der Unkenntnis der gesellschaftlichen Veränderungen während der Haftzeit auftreten können, zu bewahren.

B. war damit einverstanden und begrüßte unsere Vorschläge. Ihm wurde klar gemacht, dass er sämtliche Feststellungen und Verbindungsaufnahmen durch andere Personen, die ausserhalb des normalen liegen, den Organen des MfS mitteilen soll. Besonders wurde er auf evtl. Verbindungsaufnahmen von Personen aus Westdeutschland und dem kap. Ausland hingewiesen und ihm an Hand eines Beispiels zu seiner Person während der Haftzeit vom Genossen Oberstleutnant HEMPEL erläutert.

Desweiteren wurde ihm klar gemacht, dass es unbedingt notwendig ist, mit keiner Person darüber zu sprechen, dass er mit den Organen des MfS Kontakt hält. Das Versprechen der strengsten Schweigepflicht wurde von ihm abgegeben.

(*) kap. Ausland

(*) kap. Ausland: kapitalistisches Ausland



B. wird nach seiner Haftentlassung als freischaffender Wissenschaftler für *Prof. Dr. Lückmann, Bergakademie Freiberg*.. tätig sein. Ein entsprechender Vertrag wurde mit ihm schon abgeschlossen.

Über seine weitere berufliche Tätigkeit hat er noch keine klare Vorstellung, will aber später wieder in der Industrie tätig werden. Zu diesem Zweck will er sich dann zu entsprechender Zeit an den Genossen MARKOWITSCH wenden, mit dem er in der Vergangenheit guten Kontakt hatte.

B. machte während des Gesprächs einen aufgeschlossenen Eindruck.

Als erste Zusammenkunft wurde der 18. 9. 1963 in Dresden festgelegt.

Anschl. P. Baake, H. B. Hoffmann

Muss, 21.8.63, Gen. Baake, Hoffmann

Muss
M u s s
Major

Quelle: BStU, MfS AU 543/60 HA/GA, Bd. 1

Anregungen:

Bearbeitet die Anregungen in Partnerarbeit und tauscht euch anschließend im Plenum aus!

1. Lest nochmals die Abschnitte „in Aussprachen mit ...“ bis „wurde von ihm abgegeben“ in dem Bericht!
 - Wie wird durch die Wortwahl deutlich, dass der Bericht aus der Perspektive des MfS geschrieben ist?
 - Wie stellt sich das MfS hier selbst dar?
 - Was ist für das MfS besonders wichtig?
2. Zum Gesamteindruck des Berichts:
 - Was unternimmt das MfS, um Reinhold Baake als Kontaktperson zu „gewinnen“?
 - Wie ist euer Eindruck: Konnte man, so „angeworben“, auch Nein sagen?
3. Lest, um die Perspektive Reinhold Baakes kennenzulernen, sein Gedicht aus der Haftzeit (42 M).



Auszüge aus Treffberichten des MfS mit Reinhold Baake

Zwischen 1963 und 1966 gab Reinhold Baake regelmäßig Informationen an das \nearrow MfS weiter. Er traf sich mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MfS, berichtete über seine berufliche und private Situation und beantwortete Fragen. Nach den Treffen notierten die MfS-Mitarbeiter/innen in sogenannten Treffberichten, was Reinhold Baake ihnen erzählt hatte. Sie vermerkten auch, wie er bei den Treffen wirkte und wie sie seine inoffizielle Arbeit insgesamt einschätzten. Reinhold Baake wird als \nearrow KP (Kontaktperson) bezeichnet, einmal auch als GI (geheimer Informator). Ab Oktober 1964 benutzte Reinhold Baake den Decknamen „Ernst Meyer“. Warum er diesen Decknamen wählte, ist nicht bekannt.

Treffbericht vom 24.10.1963

BSU
000039

Hauptabteilung III/4

Berlin, den 24.10. 1963
WM/Gz

Betr.: Treff am 22.10. 1963 mit dem GI Prof.Dr. B

Der Treff war der zweite nach der Haftentlassung der KP und es konnte festgestellt werden, daß die KP uns gegenüber aufgeschlossen tat.

Er schilderte seine jetzige Arbeit, die im wesentlichen in der Erarbeitung von Fernstudiummaterialien besteht. Demzufolge hält er sich durchschnittlich in der Woche 2 Tage an der Bergakademie in Freiberg auf, um Literaturstudien zu betreiben. Dabei ist ihm besonders aufgefallen, daß seine früheren Kollegen, besonders aus dem Institut in Leipzig, sich ihm gegenüber sehr zurückhaltend benehmen. Ausser zu Prof. hat er noch keine anderen Kontakte bekommen.

Verbindungen bestehen zur Zeit nur zu seinen engsten Verwandten.

 \nearrow KP



Zu Fachkollegen aus der Metallurgie, Wissenschaftlern und leitenden Funktionären sind noch keine Verbindungen zustande gekommen.

Persönlich hat er sich gut in die Arbeit und im allgemeinen gesellschaftlichen Leben eingefunden.

Zur Zeit hat er 8 Lehrbriefe fertiggestellt, wofür er pro Brief [REDACTED] bis [REDACTED] DM erhält. Damit hat er keine wesentlichen finanziellen Sorgen.

Die KP beabsichtigt, das nächste viertel Jahr noch auf dieser Basis zu arbeiten und wird dann versuchen, an die richtige fachliche Arbeit heranzukommen.

Die KP bedankte sich nochmals für die Unterstützung, die wir ihm während der Haft und bei der Entlassung gegeben haben und erklärte sich bereit, uns auch in Zukunft weiterhin zu helfen bzw. Probleme zu untersuchen und entsprechende Hinweise zu geben.

M u s s
Major

Quelle: BStU, MfS AOP 41/61, Bd. 4



Treffbericht vom 5.4.1965

BSU
000100 148

Hauptabteilung XVIII/1 Berlin, den 5. 4. 1965
Tru/Psch *MA. 8.4.65*

Treffbericht

Am 26. 3. 1965, 16.00 Uhr, wurde mit der KP "Ernst Meyer" in Riesa ein Treff durchgeführt.

Im Gegensatz zum vorhergehenden Treff war die KP sehr aufgeschlossen und machte einen zufriedenen Eindruck. "Ernst Meyer" erwähnte, dass er seine neue Wohnung in Riesa bezogen hat und er sich darin sehr wohl fühlt.

Da in der Zusammenarbeit mit der KP "Ernst Meyer" die konkrete operative Arbeit ein Faktor ist, der in der nächsten Zeit gelöst werden muss (die KP berichtet nur über allgemeine technische Probleme und vermeidet Namen zu nennen), wurde

ihm die Frage gestellt, ob er bereit sei in unserem Auftrage zu [REDACTED] von der Salzgitter AG zu fahren. Seine Reaktion waren Ausflüchte wie: "Ich glaube nicht, dass ich mich dazu eigne. Was werden die Leute sagen, wenn ich dort erscheine. Man wird in Salzgitter zurückhaltend sein, usw."

Nähere Angaben über den Zweck der Reise wurden der KP nicht gegeben. Ihm wurde gesagt, er möge sich die Angelegenheit nochmals überlegen.

Der nächste Treff wurde für den 23. 4. 1965, 16.00 Uhr, in Riesa festgelegt.

Trunschke
Trunschke
Major

↗ KP

↗ operativ

(*) Salzgitter AG

Quelle: BStU, MfS AOP 41/61, Bd. 4

(*) Salzgitter AG: Stahlkonzern in Salzgitter, Niedersachsen. Das MfS wollte, dass Reinhold Baake zur Salzgitter AG in die Bundesrepublik (↗ BRD) reist, um Informationen über die westdeutsche Stahlindustrie zu bekommen.



Treffbericht vom 27.4.1965

<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;">BStU 000165</div>	
Hauptabteilung XVIII/1	Berlin, den 27. 4. 1965 Tru/Psch
 <u>Treff mit der KP "Ernst Meyer" am 23. 4. 1965 in Riesa</u>	
<p>Mit der KP wurde am 23. 4. 1965 ein Treff durchgeführt. Bei diesem Treff (Dauer 2 1/2 Stunden) wurde mit ihm nur über die Notwendigkeit und über seine Möglichkeiten bei der Zusammenarbeit mit dem MfS gesprochen.</p> <p>"Ernst Meyer" hatte wiederholt geäußert, dass er sich für eine Zusammenarbeit zur Aufklärung und Entlarvung feindlich tätiger Personen nicht eigne. Er versuchte bei den durchgeführten Treffs stets nur über technische Probleme zu sprechen.</p> <p>Bei diesem Treff wurde ihm anhand von Beispielen bewiesen, dass er durchaus in der Lage ist, entsprechend unseren Vorstellungen wirksam zu werden, was er während des geführten Gesprächs auch einzusehen begann.</p> <p>Im Verlauf des geführten Gesprächs brachte er mehrmals zum Ausdruck, dass er mit seiner jetzigen Arbeit sehr zufrieden ist und betrachtet es z.B. als einen Vertrauensbeweis von seiten der Werkleitung, dass er mit der Erforschung der Ursachen für den plötzlichen Produktionsrückgang im Stahlwerk I beauftragt wurde.</p> <p>Ein erneuter Treff wurde zeitlich mit der KP nicht vereinbart. Unterzeichneter wird ihn über die KD Riesa verständigen lassen. Als Trefftag soll nach Möglichkeit der Freitag beibehalten werden.</p> <p>Die jetzige Anschrift der KP "Ernst Meyer" lautet: <u>Riesa/Elbe, [REDACTED]</u></p> <p style="text-align: right;"><i>Trunschke</i> Trunschke Major</p>	

→ KP

→ MfS



Wolf Biermann – Sänger, Schriftsteller, Oppositioneller¹

Wolf Biermann wurde 1936 in Hamburg geboren. Sein Vater, ein Werftarbeiter, war Jude und Kommunist. Er wurde von den Nationalsozialisten (↗ NS) verfolgt und in Auschwitz interniert (in einem Lager festgehalten), wo er 1943 starb. Seine Mutter, keine Jüdin, aber ebenfalls Kommunistin, rettete Wolf Biermann bei den Bombenangriffen durch die Alliierten 1945 das Leben. Die Erlebnisse des Holocausts haben auf Biermann bis heute spürbare Wirkung, die er sehr deutlich in dem Nachwort eines Gedichtbands beschreibt.²



Wolf Biermann und Robert Havemann Mitte der 1970er-Jahre. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die politische Überzeugung seiner Eltern hat ihn geprägt und war sicherlich mit ausschlaggebend für seine Übersiedlung in die ↗ DDR 1953. Hier erhoffte er sich die Umsetzung sozialistischer Ideen in einem Staat. In der DDR legte er das Abitur ab, studierte im Anschluss politische Ökonomie und später Philosophie und Mathematik an der Humboldt-Universität in Berlin. Er war Mitglied einer Studententheatergruppe und begann in dieser Zeit erste Gedichte zu veröffentlichen und Lieder zu schreiben, u. a. unterstützt und gefördert durch Hanns Eisler³. Unter den Künstlerinnen und Künstlern und Intellektuellen seiner Zeit hatte er viele Freunde, sein engster Freund war Robert Havemann⁴, den er noch heute regelmäßig in Interviews erwähnt.⁵

Wegen des kritischen Inhalts seiner Lieder und Gedichte erhielt Biermann 1965 Auftritts- und Publikationsverbot in der DDR. Erst elf Jahre später durfte er im September 1976 wieder öffentlich auftreten.⁶ Kurz darauf gestattete ihm die DDR-Führung eine Konzertreise in die Bundesrepublik (↗ BRD). Seinen ersten Auftritt in Köln am 13.11.1976 nahm sie zum Anlass, ihm die Rückreise in die DDR zu verweigern, und hoffte, den ungeliebten Musiker auf diese Weise loszuwerden, ohne großes öffentliches Aufsehen zu erregen. Diese Hoffnung wurde allerdings enttäuscht. Nach der Ausbürgerung sendete das Westfernsehen (das fast landesweit in der DDR empfangen werden konnte) das Kölner Konzert in voller Länge zur besten Sendezeit am Freitagabend. Das machte Biermann, der bisher den meisten Menschen in der DDR völlig unbekannt war, plötzlich berühmt. Im ganzen Land kam es zu Protesten gegen



Wenige Tage nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns sendet die ARD das Kölner Konzert in voller Länge. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

¹ Text von Judith Martin (noch unveröffentlichte Dissertation), bearbeitet.

² Dieses Nachwort ist eine strenge Auseinandersetzung und Abrechnung mit dem Holocaust, aber auch mit der gescheiterten DDR. Biermann, Wolf: Alle Gedichte, Köln 1995.

³ Hanns Eisler (1898–1962) war ein deutsch-österreichischer Komponist und Musikwissenschaftler. Wegen des politischen Charakters seiner Arbeit musste Eisler vor den Nationalsozialisten fliehen und lebte zwischen 1939 und 1948 in der Tschechoslowakei (↗ ČSSR), Frankreich, England, Spanien und den ↗ USA. 1948 wurde er wegen kommunistischer Umtriebe aus den USA ausgewiesen, kehrte kurzfristig in seine Geburtsstadt Wien zurück und siedelte dann in die DDR über. 1949 schrieb er die Musik zu der von Johannes R. Becher gedichteten Nationalhymne der DDR.

⁴ Vgl. 51 M/A.

⁵ So unter anderem in dem Interview, das er der Zeitschrift Vanity Fair 39/07 gab, S. 114.

⁶ Ausschnitte aus dem letzten Konzert, das Biermann im Herbst 1976 vor seiner Ausbürgerung aus der DDR in Prenzlau gab, sind auf dem interaktiven Zeitstrahl (1976) zu hören.



die Ausbürgerung. Vor allem junge Leute und zahlreiche Prominente beehrten auf.⁷ Einige von ihnen gerieten deswegen unter enormen staatlichen Druck oder wurden sogar verhaftet, erhielten Gefängnisstrafen und wurden teilweise in die Bundesrepublik abgeschoben. Die Bedeutung und die



Wolf Biermann Anfang 2002. Foto:
Frank Ebert, Quelle: Robert-Havemann-
Gesellschaft

Folgen der Biermann-Ausbürgerung beschrieb Hans Dieter Zimmermann (auf einer Tagung im Oktober 2007) so: „In einem System des Stillstands war die Ausbürgerung von Wolf Biermann ein kleines Ereignis, das eine große Wirkung hervorrief.“⁸ In der Folgezeit nahmen Bewachungen und Verhaftungen unter den DDR-Bürgerinnen und Bürgern zu, denn, so meinte Zimmermann: „Die Kritik eines bekennenden Sozialisten war für die Partei schlimmer als die Kritik des Klassenfeindes.“⁹

Biermann selbst war mit seiner Ausbürgerung absolut nicht einverstanden, was er in der Folge in seinen Liedern verarbeitet. Seiner sozialistischen Einstellung blieb er trotzdem treu. In den Jahren bis zum Umbruch 1989 gab er Konzerte in Westeuropa oder lehrte beispielsweise als Gastdozent in den USA. Nach 1989 engagierte er sich tatkräftig gegen die alten Machthaber der DDR, indem er z. B. an der Besetzung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) teilnahm.

In den letzten Jahren hat er für sein politisches Engagement verschiedene hohe Auszeichnungen erhalten, u. a. 2006 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland¹⁰, 2007 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Berlin und 2008 die Ehrendoktorwürde der Berliner Humboldt-Universität¹¹ zu Berlin.

Sowohl diese Ehrungen wie auch Biermanns Kritik, die sich nicht auf bestimmte Gruppen oder Parteien beschränkt, haben immer wieder Debatten, ja Streitigkeiten ausgelöst. Biermann ist eine Persönlichkeit, die provoziert. Ein Beispiel ist seine Laudatio (Rede anlässlich einer Preisverleihung, hier des Leo-Baeck-Preises) für Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2007.¹²

Wolf Biermann betätigt sich nach wie vor literarisch und auf dem Gebiet der Musik. Neben seinen Werken existiert eine Fülle von Material über ihn, wie z. B. Interviews und Fotobände.

7 Vgl. „Offener Brief der Schriftsteller und Künstler“ von namhaften DDR-Schriftstellerinnen und Schriftstellern und Künstlerinnen und Künstlern vom 17.11.1976, <http://www.mdr.de/mdr-figaro/hoerspiel/172617-hintergrund-3716013.html>.

8 <http://www.kas.de/wf/de/33.12082>.

9 <http://www.kas.de/wf/de/33.12082>.

10 Vgl. Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler zur Verleihung, http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_639850/Laudatio-bei-der-Ordensverleihung-mit-anschliessendem-Abendessen-zu-Ehren-von-Wolf-Biermann.pdf.

11 Wolf Biermann: „Mich freut diese Ehrung und späte Korrektur eines Unrechts. Als ich 1963 die Prüfungen im Hauptfach Philosophie und im Nebenfach Mathematik absolviert hatte, verbot die oberste Obrigkeit im ZK der SED ihren Genossen an der Fakultät in der Humboldt-Universität, dem rebellischen Biermann das Diplom auszuhändigen. Dieser formelle Akt wird nun, immerhin 45 Jahre später, mit einem traurigen Augenzwinkern nachgeholt, und das berührt mein Herz. Aber hinter dem banalen Skandal von damals steckt eine tiefere Geschichte. Deshalb ist, aus meiner Sicht, diese Verleihung der Ehrendoktorwürde an mich vor allem eine Würdigung des Philosophen Wolfgang Heise, dessen Klugheit, Redlichkeit und Tapferkeit ich viel verdanke. Ich werde also am 7. November in Berlin die gute Gelegenheit nutzen und eine kritische Lobrede halten auf meinen allerbesten Lehrer.“ Zit. nach <http://www.wolf-biermann.de>. Vgl. auch <http://www.solon-line.de/ehrendoktor-fuer-biermann.html>.

12 Vgl. http://www.welt.de/politik/article1337090/Wolf_Biermann_lobt_die_promovierte_FDJlerin.html.

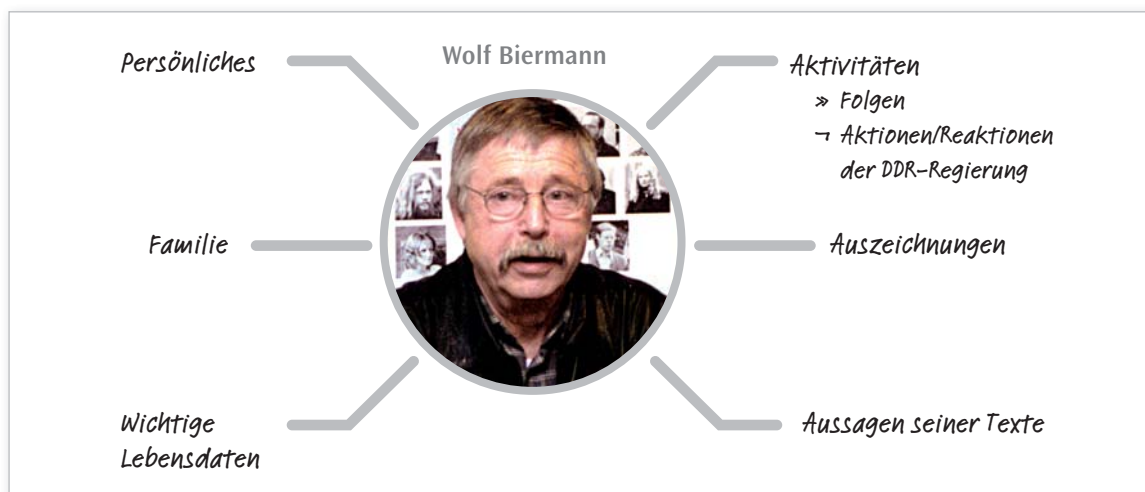


Wolf Biermann – Sänger, Schriftsteller, Oppositioneller

Aufgabe:

Erstelle zur Person Wolf Biermann eine Tabelle oder eine Mindmap. (Nutze hierfür 47 M. Auch 49 M enthält viele Informationen.) Die Spalten der Tabelle oder die Äste der Map sollten verschiedene Überschriften haben und sich weiter aufgliedern, wie zum Beispiel:

- Persönliches
 - ↳ ...
- Familie
 - ↳ ...
- Wichtige Lebensdaten
 - ↳ ...
- Aktivitäten
 - ↳ Folgen
 - ↳ Aktionen/Reaktionen der DDR-Regierung
- Aussagen seiner Texte
 - ↳ ...
- Auszeichnungen
 - ↳ ...



Anregung:

Die Aufgabe lässt sich auch gut in einer Gruppe bearbeiten, ihr könnt dann die einzelnen Spalten der Tabelle bzw. die „Arme“ der Map untereinander aufteilen und die Informationen zusammenfügen.

Internetadressen:

<http://www.wolf-biermann.de> (hier auch Lieder zum Reinhören)

<http://www.wdr.de/themen/kultur/stichtag/2006/11/13.jhtml>

<http://www.br-online.de/bayern2/radiowissenvorschau-mauerfall-ID1251152036027.xml>



„Die hab ich satt ...“ – Texte von Wolf Biermann

Gedicht: **Ach Freund, geht es nicht auch dir so?** (1965)

Ich kann nur lieben,
was ich die Freiheit habe
auch zu verlassen:
5 dieses Land
diese Stadt
diese Frau
dieses Leben

10 Eben darum lieben ja
wenige ein Land
manche eine Stadt
viele eine Frau
aber alle das Leben.

Erschienen im Gedichtband „Mit Marx und Engelszungen. Gedichte – Balladen – Lieder“, Berlin 1968.

15 Lied: **Die hab ich satt** (1966)

1
Die kalten Frauen, die mich streicheln
Die falschen Freunde, die mir schmeicheln
Die scharf sind auf die scharfen Sachen
20 Und selber in die Hosen machen
In dieser durchgerissnen Stadt
– die hab ich satt!

2
Und sagt mir mal: Wozu ist gut
25 Die ganze Bürokratenbrut?
Sie wälzt mit Eifer und Geschick
Dem Volke über das Genick
Der Weltgeschichte großes Rad
– die hab ich satt!

30 3
Was haben wir denn an denen verlornt:
An diesen deutschen Professorn
Die wirklich manches besser wüßten
Wenn sie nicht täglich fressen müßten
35 Beamte! Feige! Fett und platt!
– die hab ich satt!



Wolf Biermann in einem Konzert in Leipzig 1989. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1201-046, Waltr Grubitzsch (geb. Raphael), Lizenz cc-by-sa



4	Die Lehrer, die Rekrutenschinder Sie brechen schon das Kreuz der Kinder 40 Sie pressen unter allen Fahnen Die idealen Untertanen: Gehorsam – fleißig – geistig matt – die hab ich satt!	55	6 Der legendäre Kleine Mann Der immer litt und nie gewann Der sich gewöhnt an jeden Dreck Kriegt er nur seinen Schweinespeck Und träumt im Bett vom Attentat – den hab ich satt
5	Die Dichter mit der feuchten Hand 45 Dichten zugrund das Vaterland Das Ungereimte reimen sie Die Wahrheitssucher leimen sie Dies Pack ist käuflich und aalglatt – die hab ich satt!	60	7 Und überhaupt ist ja zum Schrein Der ganze deutsche Skatverein Dies dreigeteilte deutsche Land Und was ich da an Glück auch fand Das steht auf einem andern Blatt – ich hab es satt
50		65	Erschienen 1969 auf Wolf Biermanns erstem Album „Chausseestraße 131“.

Lied: **Ermutigung** (1968)

70	Du, laß dich nicht verhärten In dieser harten Zeit Die all zu hart sind, brechen Die all zu spitz sind, stechen Und brechen ab sogleich	85	Du, laß dich nicht verbrauchen Gebrauche deine Zeit Du kannst nicht untertauchen Du brauchst uns, und wir brauchen Grad deine Heiterkeit
75	Du, laß dich nicht verbittern In dieser bittren Zeit Die Herrschenden erzittern – sitzt du erst hinter Gittern – Doch nicht vor deinem Leid	90	Wir wolln es nicht verschweigen In dieser Schweigezeit Das Grün bricht aus den Zweigen Wir wolln das allen zeigen Dann wissen sie Bescheid.
80	Du, laß dich nicht erschrecken In dieser Schreckenszeit Das wolln sie doch bezwecken Daß wir die Waffen strecken Schon vor dem großen Streit		Erschienen 1974 auf dem Album „aah-ja!“.



Lied: **Die Stasi-Ballade** (1970)

95 1
Menschlich fühl ich mich verbunden
mit den armen Stasi-Hunden¹
die bei Schnee und Regengüssen
mühsam auf mich achten müssen
100 die ein Mikrophon einbauten
um zu hören all die lauten
Lieder, Witze, leisen Flüche
auf dem Clo und in der Küche
– Brüder von der Sicherheit
105 ihr allein kennt all mein Leid

Ihr allein könnt Zeugnis geben
wie mein ganzes Menschenstreben
leidenschaftlich zart und wild
unsrer großen Sache gilt
110 Worte, die sonst wärn verscholln
bannt ihr fest auf Tonbandrolln
und ich weiß ja: Hin und wieder
singt im Bett ihr meine Lieder
– dankbar rechne ich euchs an:
115 die Stasi ist mein Ecker
die Stasi ist mein Ecker
die Stasi ist mein Eckermann²

2
Komm ich nachts alleine mal
120 müd aus meinem Bierlokal
und es würden mir auflauern
irgendwelche groben Bauern
die mich aus was weiß ich für
Gründen schnappten vor der Tür
125 – sowas wäre ausgeschlossen
denn die grauen Kampfgenossen
von der Stasi würden – wetten?! –
mich vor Mord und Diebstahl retten

denn die westlichen Gazetten³
130 würden solch Verbrechen – wetten?! –
Ulbricht⁴ in die Schuhe schieben
(was sie ja besonders lieben!)
dabei sind wir Kommunisten
wirklich keine Anarchisten
135 Terror (individueller)



Wolf Biermann in einem Konzert in Berlin 1989. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1203-004, Gabriele Senft, Lizenz: cc-by-sa

¹ Gemeint sind Mitarbeiter/innen des Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

² Johann Peter Eckermann (1792–1854) war ein deutscher Dichter und enger Freund und Vertrauter von J. W. von Goethe. Er gilt als Goethes Sekretär.

³ Veraltete und heute oft ironisch verwendete Bezeichnung für Zeitung.

⁴ Walter Ulbricht (1893–1973) war der erste Staatsratsvorsitzende der DDR bis zur Ablösung durch Erich Honecker 1971.



ist nach Marx⁵ ein grober Feller
die Stasi ist, was will ich mehr
mein getreuer Leibwäch
140 mein getreuer Leibwächter

3
Oder nehmen wir zum Beispiel
meinen sexuellen Freistil
meine Art, die so fatal war
145 und für meine Frau ne Qual war
nämlich diese ungeheuer
dumme Lust auf Abenteuer
– seit ich weiß, daß die Genossen
wachsam sind, ist ausgeschlossen
150 daß ich schamlos meine Pfläumen
pflücke von diversen Bäumen

denn ich müßte ja riskiern
daß sie alles registriern
und dann meiner Frau serviern
155 sowas würde mich geniern
also spring ich nie zur Seit
spare Nervenkraft und Zeit
die so aufgesparte Glut
kommt dann meinem Werk zugut
160 – kurzgesagt: die Sicherheit
sichert mir die Ewig
sichert mir die Unsterblichkeit

4
165 Ach, mein Herz wird doch beklommen
solltet ihr mal plötzlich kommen
kämet ihr in eurer raschen
Art, Genossen, um zu kaschen
seis zuhaus bei meinem Weib
170 meinen armen nackten Leib
ohne menschliches Erbarmen
grade, wenn wir uns umarmen
oder irgendwo und wann
mit dem Teufel Havemann⁶
175 Wenn wir singen oder grad
Konjak kippen, das wär schad
ach, bedenkt: ich sitz hier fest
darf nach Ost nicht, nicht nach West
darf nicht singen, darf nicht schrein

180 darf nicht, was ich bin, auch sein
– holtet ihr mich also doch
eines schwarzen Tags ins Loch
ach, für mich wär das doch fast
nichts als ein verschärfter
185 nichts als ein verschärfter
nichts als ein verschärfter Knast

NACHBEMERKUNG UND ZURÜCKNAHME

190 Doch ich will nicht auf die Spitze
treiben meine Galgenwitze
Gott weiß: es gibt Schöneres
als grad eure Schnauzen
Schönre Löcher gibt es auch
als das Loch von Bautzen⁷

Erschienen 1974 auf dem Album „aah-ja!“.



Wolf Biermann in einem Konzert in Berlin 1989. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1203-004, Gabriele Senft, Lizenz: cc-by-sa

⁵ Karl Marx (1818–1883) war ein deutscher Philosoph und Journalist. Er gilt als der einflussreichste Theoretiker des Sozialismus und Kommunismus.

⁶ Gemeint ist Robert Havemann. Vgl. 51 M.

⁷ Anspielung auf das Gefängnis in Bautzen, in dem größtenteils politische Häftlinge einsaßen.



„Zwischen Liebe und Zorn“ – Die (verbotene) Band Renft

„Dann hörte man Renft ...“, Stephan Bickhardt im Interview (vgl. 24 M).

Lied: **Zwischen Liebe und Zorn** (1972)

Alle Zeit drängt nach vorn
Das Lebendige und regt sich
Zwischen Liebe und Zorn
Reift der Mensch und er bewegt sich
Auf sich zu immer mehr
Was für den nicht angenehm ist
Der am Hintern zu schwer
Und im Kopfe zu bequem ist

Revolution
Ist das Morgen schon im heute
Ist kein Bett und kein Thron
Für den Arsch zufriedner Leute
Denn sie lebt in dem Sinn
Dass der Mensch dem Menschen wert ist
Dass der Geist der Kommune
Dem Genossen Schild und Schwert ist

Und da steht wer mit dem Kofferradio
hört ein Lied
redet nur von langen Haaren und Beat
sagt ist das genug
und dann dreht wer seinen Kopf herum
nach dem Lied
und er schimpft auf lange Haare und Beat
sagt handelt er klug

und da baut so mancher nur
an seinem eigenen Haus
und er hängt dann unsere Fahne raus
sagt ist das Betrug
und da denkt so mancher nur
an seinen eigenen Bauch
und vergißt dabei die Anderen
ziehen auch an seinem Pflug

alle Zeit drängt nach vorn ...

Text: Gerulf Pannach



Autogrammkarte von 1974. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft, Privatarchiv



Die Klaus Renft Combo wurde 1958 als Schülerband von dem damals 16-jährigen Klaus Jentzsch in Leipzig gegründet. Renft war der Mädchenname von Klaus Jentzschs Mutter, er benutzte den Namen seither als Künstlernamen. Die Combo coverte Songs von internationalen Rockbands, spielte aber auch eigene Musik mit kritischen Texten. Die Zuhörer waren begeistert, die ↗DDR-Behörden empört. 1962 erhielt die Band ihr erstes Auftrittsverbot, das erst fünf Jahre später wieder aufgehoben wurde.

Während der kurzzeitigen Liberalisierung in der DDR-Kulturpolitik zu Beginn der 1970er-Jahre durfte die Klaus Renft Combo wieder Konzerte geben und Platten aufnehmen, die reißenden Absatz fanden. Besonders für junge Leute war Renft, wie sich die Band von nun an nannte, Kult.

Renfts Texte wurden zunehmend politischer, die Kritik am System immer schärfer. 1975 wurde die Band endgültig verboten. Der Gründer der Band, Klaus Renft, reiste noch im selben Jahr nach West-Berlin aus, der Texter Gerulf Pannach und der Keyboarder Christian Kunert wurden 1976 verhaftet, nachdem sie sich an den Protesten gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann¹ beteiligt hatten. Nach neun Monaten Gefängnis wurden sie gegen ihren Willen zur Ausreise in die Bundesrepublik (↗BRD) genötigt. Die anderen Bandmitglieder blieben in der DDR. Renft war damit faktisch aufgelöst.

1990 fanden sich die Bandmitglieder wieder zusammen und tourten durch die noch bestehende DDR.

Gerulf Pannach ist 1998 gestorben, Klaus Renft im Jahr 2007. Die Band Renft existiert aber weiterhin und konnte 2008 ihr 50-jähriges Bestehen feiern. 2007 wurde eine Straße in Leipzig in Renftstraße umbenannt.

Internetadressen:

<http://www.renftcombo.de>

<http://www.mdr.de/kultur/2157450.html>

<http://www.laut.de/Klaus-Renft>

¹ Vgl. 47 M und 49 M.



„Den großen Traum des Sozialismus verwirklichen ...“¹ – Robert Havemann

„Nur durch den Zweifel am Alten überwinden wir das Alte und bewahren uns doch seinen Reichtum, und durch den Zweifel am Neuen gewinnen wir das Neue und erhalten es am Leben.“²

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Robert Havemann wurde 1910 in München geboren, er studierte Chemie in München und Berlin, promovierte und wurde habilitiert (Promotion: Dokortitel; Habilitation: Professorentitel). Er trat 1932 in die Kommunistische Partei (→ KPD) ein und schloss sich dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus (→ NS) an. 1943 wurde seine Widerstandsgruppe entdeckt, Havemann und andere Mitglieder wurden verhaftet und zum Tode verurteilt. Durch die Fürsprache von befreundeten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern konnte Havemanns Hinrichtung jedoch bis Kriegsende immer wieder verschoben werden.

Vom überzeugten Kommunisten zum Systemkritiker

Nach dem Krieg kehrte Robert Havemann nach Berlin zurück und engagierte sich tatkräftig für den Aufbau einer neuen antifaschistischen Gesellschaft. Er wurde Professor an der Humboldt-Universität in Berlin, trat 1951 in die → SED ein und arbeitete ab 1953 inoffiziell als Informant für das Ministerium für Staatssicherheit (→ MfS). Vorher hatte er schon für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet. Zunächst war er überzeugter SED-Genosse und trug die Politik der Partei uneingeschränkt mit.



Robert Havemann 1960. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-76791-0009, Horst Sturm, Lizenz cc-by-sa

Mitte der 1950er-Jahre gelangten Informationen über die → stalinistischen Verbrechen in der Sowjetunion (→ SU) an die Öffentlichkeit. Hierüber war Havemann tief erschüttert und begann, auch die Politik im eigenen Land infrage zu stellen. Er kam zu der Einstellung, dass es der SED-Führung nicht um die Verwirklichung sozialistischer Ideale ging, sondern um den Erhalt ihrer eigenen Macht.

Von nun an übte er offen Kritik an der SED-Führung, setzte sich für die Demokratisierung der DDR, für Freiheit und für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Seit den 1960er-Jahren gehörte er zu den bekanntesten Kritikern des DDR-Regimes. Das MfS begann den inzwischen verdächtig gewordenen → IM zu überwachen und beendete 1963 die Zusammenarbeit mit ihm endgültig. Wenig später wurde Havemann aus der SED ausgeschlossen, verlor seinen Arbeitsplatz und durfte keine Texte mehr veröffentlichen.

Als er 1976 gegen die Ausbürgerung des kritischen Liedermachers Wolf Biermann³ protestierte, wurde er mit einem mehrjährigen Hausarrest bestraft. Bis 1979 durfte er sein Grundstück in Grünheide

¹ Robert Havemann: „So schwindet der letzte Rest des Vertrauens dahin ...“, Frankfurter Rundschau, 3.10.1979. Zit. nach <http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/Chapter16Doc5neu1.pdf>.
² DIE ZEIT, 12.6.1964. Diesen Satz hatte Robert Havemann während seiner letzten Vorlesungsreihe 1963/64 an der Berliner Humboldt-Universität gesagt. Er veröffentlichte die Texte der Vorlesungsreihe 1964 in dem Buch „Dialektik ohne Dogma?“ in einem westdeutschen Verlag und die Hamburger Zeitung DIE ZEIT veröffentlichte Auszüge.
³ Vgl. 47 M und 49 M.



35

bei Berlin nicht verlassen. Trotz der strengen Bewachung durch das MfS gelang es Havemann aber, auch während dieser Zeit mithilfe von Freunden Texte nach West-Berlin oder in die Bundesrepublik (↗ BRD) zu schmuggeln und dort zu veröffentlichen. Von dort aus gelangten die Texte auf illegalen Wegen wieder zurück in die DDR und wurden hier gelesen und verbreitet. Havemanns Haus wurde zum Anlaufpunkt für Systemkritiker/innen aus der ganzen DDR, die seine Gedanken hören und mit ihm diskutieren wollten.

40

Auch nach der Aufhebung des Hausarrestes war Robert Havemann Repressalien (Druckmittel, Gegenmaßnahmen) ausgesetzt. So wurden z. B. seine wichtigsten Arbeitsmittel, wie Schreibmaschine, Manuskripte und Bücher, beschlagnahmt, und er wurde zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil er Texte im Westen veröffentlicht hatte.

45

1982 starb Robert Havemann im Alter von 72 Jahren in Berlin. Zu seinem Begräbnis kamen mehrere Hundert Menschen. Sein Haus wurde 1989 auf Initiative seiner Frau zum Gründungsort des Neuen Forums (↗ NF), der politisch bedeutendsten Bürgerbewegung in der DDR.

Robert Havemann gilt heute als einer der Impulsgeber für den Widerstand in der DDR, vielen auch als Vorbild. So gibt es in Berlin auch einen nach ihm benannten Bildungsverein (der Mitherausgeber dieser Arbeitsmappe ist) und eine Schule in Berlin-Pankow, die seinen Namen trägt.

Anregungen:

Bildet ein Tandem (Partnerarbeit) oder eine Kleingruppe. Stellt euch anschließend gegenseitig eure Ergebnisse vor und diskutiert die Impulse 2 und 3!

1. Das Leben ist ein Fluss. Das Bild des Flusses wird gern für das menschliche Leben genutzt. Ein Fluss hat viele Eigenschaften, die man gut auf ein Leben übertragen kann, er hat eine Quelle, er kann schmal und breit fließen, gestaut werden und Zuflüsse haben, umgeleitet werden, Steine und Inseln können aufragen, er kann ruhig fließen und Stromschnellen können den Lauf beschleunigen usw.
Deutet die Lebensgeschichte von Robert Havemann: Übertragt sie in ein Flussbild! Einigt euch, welche zeichnerischen Elemente ihr nutzt und welche Daten und Stichwörter ihr in eure Zeichnung integriert. (Die Internetadressen können zusätzlich hilfreich sein.)
2. Diskutiert das Zitat Havemanns am Beginn dieses Materials. Wie denkt ihr darüber? Findet ihr aktuelle Beispiele, die seine Gültigkeit be- oder widerlegen?
3. Robert Havemanns Biografie ist wie die vieler anderer Menschen (vgl. z. B. auch 18 M/A, 21 M/A und 47 M) bewegt und verläuft nicht nur „geradeaus“. Wie denkt ihr über Robert Havemann? Würdet ihr ihn als ein „Vorbild“ bezeichnen? Warum / Warum nicht?

Internetadressen mit Informationen zu Robert Havemann:

<http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/HavemannRobert/index.html>

<http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1454>

<http://www.havemann-gesellschaft.de/index.php?id=399>

Verwendete Literatur/Quellen:
21 und 43.

➔ 53 M



Literatur- und Quellenverzeichnis

1. **Adrian, Jörg:** Geschichte der DDR. Bibliographie unterrichtsrelevanter Materialien. Bad Kreuznach 2006.
2. **Amswald, Ulrich:** Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Eine Expertise. Berlin 2004.
3. **Amswald, Ulrich / Bongertmann, Ulrich / Mähler, Ulrich (Hrsg.):** DDR-Geschichte Schulbuchanalyse – Schülerbefragung – Modellcurriculum. Berlin 2006.
4. **Andert, Reinhold / Herzberg, Wolfgang:** Der Sturz. Honecker im Kreuzverhör. Berlin 1990.
5. **Apel, Linde:** Zeitzeugeninterviews in der historischen Forschung. Manuskript des Vortrags, 2007. www.thueraz.de/public/pub070914a.pdf.
6. **Assmann, Aleida:** Wie wahr sind Erinnerungen?, in: Warum Menschen sich erinnern können. Fortschritte in der interdisziplinären Gedächtnisforschung, hrsg. von H. J. Markowitsch und H. Welzer, Stuttgart 2006, S. 95–110.
7. **Atlas der Erdkunde für die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule**, 4. veränderte Auflage. Berlin 1961.
8. **Bala, Heike Catrin:** Erinnern für die Zukunft. Ein Seminar zu Methoden der Geschichtsaufarbeitung. Bonn 2003.
9. **Barkleit, Gerhard (Hrsg.):** Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und Bildungssystem der DDR. Dresden 2008.
10. **Baumgarten, Klaus-Dieter:** Erinnerungen. Autobiographie des Chefs der Grenztruppen der DDR. Berlin 2008.
11. **Biermann, Wolf:** Alle Gedichte. Köln 1995.
12. **Birthler, Marianne:** Freiheitserziehung mit Stasi-Unterlagen? Vom Erinnern an die SED-Diktatur, in: Geschichte für heute 4 (2008), S. 33–41.
13. **Bollinger, Stefan:** Sozialstaat DDR. Überlegungen zu Geschichte und Gegenwart. Hefte zur DDR-Geschichte 94, Berlin 2005.
14. **Dehne, Brigitte:** Die Vergangenheit erinnern – eine Aufgabe für die Zukunft, in: GEP 6, Heft 5, S. 318–325.
15. **Dengel, Sabine:** Untertan, Volksgenosse, sozialistische Persönlichkeit. Politische Erziehung im Deutschen Kaiserreich, dem NS-Staat und der DDR. Frankfurt a. M. 2005.



16. **Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus:** Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – Ein Ost-West-Vergleich. München 2008.
17. **Fritsche, Susanne:** Die Mauer ist gefallen. Eine kleine Geschichte der DDR. München 2004.
18. **Fritz, Heiko:** Was von der DDR bleibt. Oder: Die produzierte Geschichte. Oldenburg 2004.
19. **Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU). Inhaltsverzeichnis und Abstracts**, Bd. 50 (1999), Heft 7/8, Schwerpunkt: Geschichte der DDR. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/zeitschr/gwu/gwu7899.htm>.
20. **Gieseke, Jens:** Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000.
21. **Gieseke, Jens:** Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. München 2006.
22. **Grünbaum, Robert:** Wolf Biermann 1976. Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2006.
23. **Havemann, Katja / Widmann, Joachim:** Robert Havemann oder Wie die DDR sich erledigte. Berlin 2003.
24. **Heer, Hannes / Wodak, Ruth:** Kollektives Gedächtnis. Vergangenheitspolitik. Nationales Narrativ. Zur Konstruktion von Geschichtsbildern, in: Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg, hrsg. von H. Heer u. a., Wien 2003. S. 12–23.
25. **Heise, Joachim:** Staatliche Kirchenpolitik im „real existierenden Sozialismus“ in der DDR. Berlin 2008.
26. **Heitzer, Horst:** Oral history. Erste Begegnungen mit Geschichte. Grundlagen historischen Lernens, hrsg. von W. Schreiber, Neuried 1999, S. 459–476.
27. **Henke-Bockschatz, Gerhard:** Zeitzeugenbefragung, in: Handbuch Methoden im Geschichtsunterricht, hrsg. von U. Mayer u. a., Schwalbach 2004, S. 354–369.
28. **Hilgers, Michael:** Lachen verboten? Humor in der Psychotherapie. Exkurs: Politischer Witz und Karikatur, Vortrag bei den 58. Lindauer Psychotherapiewochen am 17. April 2008. <http://www.michahilgers.de/00000098060a27407/5123019aa40a61301/index.html>.
29. **Höck, Dorothea / Hübner, Christa / Boyer, Christoph** (Hrsg.): Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976. Köln 2008.
30. **Höck, Dorothea / Reifarth, Jürgen:** Die DDR. Geschichte, Politik, Kultur, Alltag. Ein Projektbuch. Mülheim 2006.



31. **Hosfeld, Rolf:** Was war die DDR? Geschichte eines anderen Deutschlands. Köln 2008.
32. **Hüttmann, Jens / Mähler, Ulrich / Pasternack, Peer** (Hrsg.): DDR-Geschichte vermitteln. Berlin/Hannover 2004.
33. **Judt, Matthias** (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998.
34. **Jurich, Dirk:** Staatssozialismus und gesellschaftliche Differenzierung. Eine empirische Studie. Berlin 2006.
35. **Kaminsky, Uwe:** Oral history, in: Handbuch Medien im Geschichtsunterricht, hrsg. von H.-J. Pandel und G. Schneider, Schwalbach/Ts. 1999, S. 451–467.
36. **Knabe, Hubertus:** „Weiche“ Formen der Verfolgung in der DDR. Zum Wandel repressiver Strategien in der Ära Honecker, in: Deutschland Archiv 30 (1997), S. 709–719.
37. **Knabe, Hubertus:** Die feinen Waffen der Diktatur. Nicht-strafrechtliche Formen politischer Verfolgung in der DDR, in: Die DDR. Erinnerungen an einen untergegangenen Staat, hrsg. von H. Timmermann, Berlin 1999, S. 191–219.
38. **König, Guntram / Wünsche, Wolfgang / Heinemann, Günter** (Hrsg.): ČSSR-Intervention 68. DDR dabei – NVA marschiert nicht. Zeitzeugenberichte. Aachen 2008.
39. **Kowalczyk, Ilko-Sascha** (Hrsg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985 bis 1989. Berlin 2002.
40. **Kowalczyk, Ilko-Sascha / Sello, Tom** (Hrsg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition in Biographien und Fotos. Berlin 2006.
41. **Kowalczyk, Ilko-Sascha:** Die 101 wichtigsten Fragen. DDR. München 2009.
42. **Kowalczyk, Ilko-Sascha:** Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009.
43. **Laitko, Hubert:** Robert Havemann: Der Weg in die Dissidenz (1961–65). <http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt01/0106prog.htm>.
44. **Leonhard, Wolfgang:** Meine Geschichte der DDR. Berlin 2007.
45. **Mähler, Ulrich:** Kleine Geschichte der DDR. 1949–1989, 5. überarbeitete Auflage. München 2008.
46. **Mai, Karl:** Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft. Daten, Klarstellungen und Bewertungen. Leipzig 2008.



47. **Martin, Judith:** Historische Lebensläufe im Vergleich. Eine fachdidaktische Untersuchung über Praxismöglichkeiten der historisch-politischen Bildung unter globalisierungsbedingten Veränderungen (Arbeitstitel der noch in Bearbeitung befindlichen Dissertation).
48. **Mätzing, Heike-Christina:** Fehlanzeige? Die Stasi in aktuellen Geschichtsschulbüchern, in: GWU 1 (2009), S. 4–17.
49. **Muhle, Susanne** (Hrsg.): Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch. Im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin 2008.
50. **Müller-Enbergs, Helmut, u. a.** (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Berlin 2008.
51. **Müller-Enbergs, Helmut:** Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1–3. Berlin 2008.
52. **Müller-Enbergs, Helmut:** Warum wird einer IM? Zur Motivation bei der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst, in: Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychotherapie im Dienste der Stasi, hrsg. von K. Behnke und J. Fuchs, Hamburg 1995, S. 102–129.
53. **Müller-Enbergs, Helmut:** Über Ja-Sager und Nein-Sager. Inoffizielle Mitarbeiter und stille Verweigerer, in: Ich habe nein gesagt. Zivilcourage in der DDR, hrsg. von M. Hecht u. a., Berlin 2002, S. 147–165.
54. **Neubert, Erhard:** Geschichte der Opposition in der DDR 1949 bis 1989. Berlin 1998.
55. **Neumann, Miriam:** Das Ventil des kleinen Mannes. Zum Witz in der DDR. Leitartikel zum Dossier über den politischen Witz in der DDR. [http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=265&cHash=3f901317a1](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=265&cHash=3f901317a1).
56. **Pragal, Peter:** Der gedultete Klassenfeind. Als Westkorrespondent in der DDR. Berlin 2008.
57. **Richter, Michael / Urlich, Karin:** „Wir sind jung, die Welt ist offen ...“. Zeitzeugen erzählen DDR-Geschichte, hrsg. vom Freistaat Sachsen, Staatsministerium für Kultur, Dresden 1998.
58. **Rox-Helmer, Monika:** Zeitzeugenbefragung: Mehr als „Erzähl doch mal“? Oral History in der Sekundarstufe II, in: Geschichte lernen 68 (1999), S. 54–59.
59. **Sapparth, Henry:** DDR-Geschichte im Unterricht. Berlin 2002.
60. **Schmidt, Johannes:** Herr, wohin sollen wir gehen? Aus der Weimarer Republik durch das „Dritte Reich“ und die DDR ins vereinte Deutschland. Lebenserinnerungen des letzten Bundesvorstehers der Freien evangelischen Gemeinden in der DDR. Witten 2008.
61. **Schröter, Heike:** Geschichte ohne Frauen? Das Frauenbild in den Schulgeschichtsbüchern der BRD und der DDR von 1949 bis 1989. Bremen 2000.



62. **Schuller, Wolfgang:** Repression und Alltag in der DDR, in: Deutschland Archiv 27 (1994), S. 272–276.
63. **Segert, Dieter:** Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien 2008.
64. **Siegel, Daniel J.:** Entwicklungspsychologische, interpersonelle und neurobiologische Dimensionen des Gedächtnisses. Ein Überblick, in: Warum Menschen sich erinnern können. Fortschritte in der interdisziplinären Gedächtnisforschung, hrsg. von H. Welzer und H.-J. Markowitsch, Stuttgart 2006, S. 19–49.
65. **Singer, Wolf:** Wahrnehmen, Erinnern, Vergessen. Über Nutzen und Vorteil der Hirnforschung für die Geschichtswissenschaft. Eröffnungsvortrag des 43. Deutschen Historikertags am 26.9.2000 in Aachen. <http://www.mpih-frankfurt.mpg.de/global/Np/Pubs/Historikertag.pdf>.
66. **So lachte man in der DDR.** Witze und Karikaturen. München 2001.
67. **Staritz, Dietrich, u. a.:** Unternehmen DDR-Geschichte. Forschungsstand – Defizite – Projekte. Ein Workshop. Hefte zur DDR-Geschichte 103, Berlin 2006.
68. **Steiner, André:** Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der Deutschen Geschichte?. Berlin 2006.
69. **Weber, Hermann:** Die DDR 1945–1990, 4. durchgesehene Auflage. Oldenburg 2006.
70. **Wehler, Hans-Ulrich:** Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Von der Gründung der beiden deutschen Staaten bis zur Vereinigung 1949–1990, Bd. 5. München 2008.
71. **Wenzel, Birgit:** Historisches Lernen zur DDR-Geschichte. <http://lernen-aus-der-geschichte.de/drupal/Lernen-und-Lehren/content/4233/2009-10-14-Historisches-Lernen-zu-DDR-Geschichte>.
72. **Wenzel, Birgit:** Kreative und innovative Methoden. Geschichtsunterricht einmal anders. Schwalbach/Ts. 2010.
73. **Widmer, Franziska:** Zwischen den Stühlen. Leipzig 2005.
74. **Witkowski, Mareike:** Die SED und die APO. Rezeption der Studentenbewegung in der Presse der DDR. Oldenburg 2008.
75. **Wolfrum, Edgar:** Die DDR. Eine Geschichte in Bildern. Darmstadt 2008.
76. **Wolle, Stefan:** Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989. Berlin 1998.
77. **Wunschik, Tobias:** „Zinker“ und „Zellenrutscher“, in: Horch und Guck 44 (2003), S. 61–70.



Internetadressen

Archive, Museen, Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen:

- a. Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: <http://www.bstu.bund.de>
- b. Bundesarchiv: <http://www.bundesarchiv.de>
- c. Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: <http://www.stiftung-aufarbeitung.de>
- d. Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de>
- e. Bürgerkomitee Leipzig: <http://www.runde-ecke-leipzig.de>
- f. Das virtuelle Museum des Deutschen Historischen Museums Berlin: <http://www.dhm.de/lemo>
- g. Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: <http://www.hdg.de>
- h. Konrad-Adenauer-Stiftung: <http://www.kas.de>
- i. Robert-Havemann-Gesellschaft: <http://www.havemann-gesellschaft.de>
- j. Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: <http://www.stiftung-hsh.de>
- k. Stiftung Sächsische Gedenkstätten: <http://www.stsg.de>

Deutsch-deutsche Geschichte:

- l. Auflistung der Artikel zur DDR der Zeitschrift Geschichte lernen: <http://www.geschichte-lernen.de/go/F08C810E28E849168EC421BE7F62B122>
- m. Informationsportal über Widerstand und Opposition von Jugendlichen in der DDR: <http://www.jugendopposition.de>
- n. Informationsportal zur deutschen Geschichte ab 1890: <http://www.deutschesgeschichten.de>
- o. Informationsportal zur Friedlichen Revolution: <http://www.chronik-der-wende.de>
- p. Informationsportal zur Friedlichen Revolution: <http://www.revolution1989.de>
- q. Mythen und Fakten über die DDR: <http://www.ddd-mythen.de>
- r. Portal zur Friedlichen Revolution: <http://www.friedlicherevolution.de>



Historische Quellen, Gesetzestexte und Fotos:

- s. Sammlung von Dokumenten, Fotos etc. zur deutschen Geschichte ab 1500: <http://www.germanhistorydocs.ghi-dc.org>
- t. Sammlung von Gesetzestexten aus dem deutschsprachigen Raum: <http://www.verfassungen.de>
- u. Sammlung frei lizenzierter Medien: <http://commons.wikimedia.org>

Zeitzeugen und Zeitzeugeninterviews:

- v. Der Historiker Lutz Niethammer im Gespräch mit dem Bayerischen Rundfunk. Abdruck als pdf unter: <http://www.br-online.de/download/pdf/alpha/n/niethammer.pdf>
- w. Zusammenfassungen von Interviews mit dem Historiker Alexander von Plato und der Psychologin Katharina Obens über die Arbeit mit Zeitzeugen im Schulunterricht: <http://www.stiftung-evz.de/projekte/auseinandersetzung-mit-der-geschichte/bildungsarbeit-mit-zeugnissen/berlin-2009/interviews-berlin-zeitzeugen>

Politische Witze:

- x. Interview mit dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk über politische Witze: [http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=265](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=265)
- y. Interview mit dem Politologen Daniel Kraft über politische Witze: [http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=281](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=281)
- z. Sammlung von DDR-Witzen von Spiegel-Online: <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,455904,00.html>
- aa. Informationen über und Hinweise auf Seiten, auf denen man DDR-Witze findet: [http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4\[contribid\]=280](http://www.friedlicherevolution.de/index.php?id=49&tx_comarevolution_pi4[contribid]=280)

Wolf Biermann, Robert Havemann, Renft:

- ab. Homepage von Wolf Biermann: <http://www.wolf-biermann.de>
- ac. Informationen über das Konzert von Wolf Biermann 1976 in Köln: <http://www.wdr.de/themen/kultur/stichtag/2006/11/13.jhtml>
- ad. Informationen über Wolf Biermann: <http://www.br-online.de/bayern2/radiowissen/radiowissenvorschau-mauerfall-ID1251152036027.xml>
- ae. Informationen über Robert Havemann: <http://www.havemann-gesellschaft.de/index.php?id=399>



- af. Homepage von Renft: <http://www.renftcombo.de>
- ag. Informationen über Renft: <http://www.mdr.de/kultur/2157450.html>
- ah. Informationen über Renft: <http://www.laut.de/Klaus-Renft>

Rahmenlehrpläne der Länder Berlin und Brandenburg:

- ai. Rahmenlehrpläne für das Land Berlin: <http://www.berlin.de/sen/bildung/schulorganisation/lehrplaene/>
- aj. Rahmenlehrpläne für das Land Brandenburg: http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/curricula_gost_bb.html

(Letzter Zugriff auf alle Adressen am 10.3.2010)

Archivalien:

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

- * BV Berlin AOP 137/88
- * BV Berlin AOP 5214/91
- * BV Berlin AOPK 2332/86
- * BV Berlin KD Prenzl.Berg/1195
- * BV Halle AOPK 2502/87
- * BV Leipzig AOP 189/58
- * BV Leipzig AOP 29/57
- * BV Leipzig AP 3683/62
- * MfS AOP 1057/91, Bd. 9
- * MfS AOP 12223/78
- * MfS AOP 25425/91
- * MfS AOP 41/61 TV1, Bd. 1–3
- * MfS AOP 41/61, Bd. 1–4
- * MfS AP 13293/92
- * MfS AU 14127/89
- * MfS AU 543/60 (Gefangenenaakte)
- * MfS AU 543/60, Bd. 1–3
- * MfS AU 543/60, Bd. 1–3 (Gerichtsakten)
- * MfS AU 543/60, Bd. 1–7 (Beiakten)
- * MfS AU 543/60, Bd. 1 HA/GA
- * MfS AU 543/60 Re-Kass-Handakte



Robert-Havemann-Gesellschaft

- * EP 03
- * EP 08
- * EP 11/01
- * RG/B 20/01–02
- * RG/B 24
- * RG/SA 02
- * RG/T 01
- * TH 01/1
- * TH 07/03
- * TH 11/03
- * ÜG 01/01
- * Fotoarchiv

Archiv der Bürgerbewegung Leipzig

- * Bestand Bickhardt

Sonstiges:

- * Dokumente und Fotos aus dem Privatbesitz von Stephan Bickhardt und Kathrin Bickhardt-Schulz, Peter Bickhardt und Sophia Bickhardt



Die DDR im Unterricht

Veröffentlichungen des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)

■ Die DDR im (DEFA-)Film

Vergangenheit verstehen. Demokratiebewusstsein stärken. Eine Veranstaltungs- und Publikationsreihe. Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, hrsg. vom Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) und Filmernst, Ludwigsfelde 2010.

■ Die Friedliche Revolution 1989/90

Quellen, Fragen, Kontexte, hrsg. vom Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), Ludwigsfelde 2009.

■ Deutschland – einig Fußballland?

Deutsche Geschichte nach 1949 im Zeichen des Fußballs. Fachdidaktische Handreichung zur politisch-historischen Urteilsbildung, hrsg. vom Landesinstitut für Schule und Medien, Cultus e. V., der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Zentrum für deutsche Sportgeschichte Berlin-Brandenburg e. V., Ludwigsfelde 2008.

■ Feindliche Jugend

Verfolgung und Disziplinierung Jugendlicher durch das Ministerium für Staatssicherheit, hrsg. von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), Berlin 2007.

■ Politische Verfolgung in der DDR

Die zentrale Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen – das Gefängnis der Staatssicherheit, hrsg. von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, Berlin 2004.

■ Der 17. Juni 1953

Eine Handreichung für den Unterricht, hrsg. vom Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und dem Berliner Landesinstitut für Schule und Medien, Berlin 2003.

Kontakt:

Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg
14974 Ludwigsfelde-Struveshof

Tel. 03378/209-243 oder -204

Fax: 03378/209-232

www.lisum.berlin-brandenburg.de



Publikationen der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. für Jugendliche und den Schulunterricht

■ **Jugendopposition in der DDR**

Das Multimediaprojekt präsentiert Texte, Fotos, Filmausschnitte, Tondokumente, Zeitzeugeninterviews zu Jugendlichen in der DDR, die mit verschiedenen Aktionen und Initiativen couragiert gegen die SED-Diktatur und für Demokratie und Offenheit in der DDR eintraten. Die biographische Perspektive ermöglicht dabei die Darstellung der Motive, Ziele und Taten der Personen in anschaulicher Form. Für den Schulunterricht sind Arbeitsblätter für die intensivere Bearbeitung der auf der Internetseite behandelten Themen enthalten.

„Jugendopposition in der DDR“ ist ein Kooperationsprojekt der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.

Website und DVD | www.jugendopposition.de

■ **Orte der Friedlichen Revolution in Berlin**

Anhand von Personen, Orten und Ereignissen wird der politische und gesellschaftliche Umbruch in der DDR geschildert und mit konkreten Adressen in Berlin verknüpft. Das informative Kompendium lässt die Erinnerung an jene dramatischen Monate wieder lebendig werden und ist zugleich ein Reiseführer durch ein noch längst nicht abgeschlossenes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte.

Autor: Dr. Martin Jander | Stadtwandel Verlag, Berlin 2009

68 Seiten, gebunden

5,00 Euro

ISBN 978-3-86711-087-7

■ **Für ein freies Land mit freien Menschen**

Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos

In vier Jahrzehnten DDR fanden sich zu allen Zeiten Frauen und Männer, die sich dem Herrschaftsanspruch der SED verweigerten, gegen die Diktatur opponierten oder gar aktiv Widerstand leisteten. Ausführlich werden 73 repräsentative Biographien, die durch 400 Bilder ergänzt sind, vorgestellt. Ihre Geschichte gibt Auskunft über persönliche Motive und politische Absichten und spiegelt die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR wider.

Hrsg.: Ilko-Sascha Kowalczyk / Tom Sello | Berlin 2006

404 Seiten, Pappband

25,00 Euro

ISBN 978-3-938857-02-1

Zu beziehen über:

Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.

Schliemannstr. 23

10437 Berlin

Tel. 030/44 71 08 21

Fax 030/44 71 08 19

www.havemann-gesellschaft.de

e-mail: info@havemann-gesellschaft.de